

**Deutscher
Reporterpreis
2018**

**Die 15 nominierten
Recherchen in der
Kategorie
„Investigation“**

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

01) Sönke Iwersen und Volker Votsmeier: Raubritter mit beschränkter Haftung (32737)	03
02) DIE ZEIT und ZEIT ONLINE: Toll Collect (55134)	15
03) SZ-Magazin: Das Scheingeschäft (57091)	33
04) Leila Al-Serori und Oliver Das Gupta: Die Akte Strache (61014)	52
05) Sebastian Erb, Marina Mai, Christina Schmidt: Liebesgrüße aus Hanoi (86524)	63
06) Annabel Wahba, Jana Simon, u.a.: Wedel-Recherche (92680)	76
07) Pascale Müller, Stefania Prandi: „Vergewaltigt auf Europas Feldern“/ „Er kommt am Abend (93123)	146
08) Jonas Breng und Barbara Opitz: Erdogans deutsche Jünger (95895)	173
09) Ulrich Kraetzer und Martin Nejezchleba: Die unsichtbaren Volksvertreter (99540)	184
10) Christoph Giesen, Klaus Ott, Nicolas Richter: Schöner Schein (108217)	190
11) Süddeutsche Zeitung: Daphne-Projekt (111392)	202
12) Wigbert Lör, Marta Orosz: Sexueller Missbrauch beim WDR (112175)	262
13) Manuel Bewarder, Florian Flade, Franziska Holzschuh: Fehler im System (119650)	294
14) Rafael Buschmann, Jörg Schmitt, Jürgen Dahlkamp und Gunther Latsch: Der Mann an ihrer Seite (150001)	306
15) Rafael Buschmann, Jörg Schmitt, Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch, Dinah Deckstein, Gerald Traufetter: Meister Proper mit Problem (1500010)	317

Raubritter mit beschränkter Haftung

Es ist der größte Steuerbetrug Europas: Ein internationales Netzwerk soll mehr als zwei Milliarden Euro erbeutet haben. Diverse Behörden ermitteln, ein englisches Gericht friert Dutzende von Konten ein. Eine wichtige Rolle spielt eine Bank in Mainz.

Von Sönke Iwersen und Volker Votsmeier, Handelsblatt, 6.9.2018

So viel Sarkasmus begegnet Steuerfahndern selten. Monatelang waren die Ermittler aus Kopenhagen schon einer internationalen Gruppe auf der Spur, die ihrem kleinen Staat einen Steuerschaden in Milliardenhöhe zugefügt hatte. Sie verfolgten komplizierte Geldströme, die von Dänemark nach Deutschland, England, Kanada, Luxemburg und Malaysia führten. Dann stießen sie auf eine Gesellschaft im US-Bundesstaat Delaware: die Raubritter LLC.

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. LLC steht für Limited Liability Company. Die Raubritter arbeiteten mit beschränkter Haftung. Allein diese Firma soll in Dänemark 9,3 Millionen Euro aus der Steuerkasse veruntreut haben. Der Mann, der sie vor genau sechs Jahren ins Handelsregister eintragen ließ, heißt Adam LaRosa. Er gab vor, es handele sich um einen amerikanischen Pensionsfonds. Tatsächlich war die Raubritter LLC nicht mehr als eine Briefkastenfirma, gegründet, um europäische Steuerzahler auszusaugen. Von ihrer Sorte betrieb der heute 48-jährige Amerikaner noch 23 andere.

LaRosa ist damit Teil eines Skandals, der als größter Steuerraubzug der Wirtschaftsgeschichte Finanzfahnder und Staatsanwälte in aller Welt beschäftigt. Die Beute waren „Erstattungen“ für Kapitalertragsteuern, die gar nicht gezahlt worden waren. LaRosa und andere erfanden nach Behördenangaben mehr als 300 Pensionsfonds, um sich damit allein in Dänemark und Belgien um mehr als zwei Milliarden Euro zu bereichern. Ein Partner LaRosas wusch Hunderte von Millionen bei

einer Bank in Norddeutschland. Nun arbeiten Behörden aller drei Länder zusammen. Außerdem gibt es Ermittlungen in Großbritannien und den USA.

Ein Mann mit vielen Talenten

Trotz des ungeheuren Schadens war Adam LaRosa der Öffentlichkeit bisher völlig unbekannt. Er schloss sein Jurastudium an der renommierten Seton Hall Law School im US-Bundesstaat New Jersey mit einem Dokortitel ab und bildete sich dann an der noch renommierten New York University Law School fort zum Spezialisten für Steuerrecht. Seine berufliche Karriere begann LaRosa bei der Beratungsgesellschaft KPMG. Später übersah er beim US-Versicherer Prudential die Abteilung Global Tax Compliance. LaRosa war damit für die Einhaltung von Steuergesetzen zuständig, nicht für ihr Biegen und Brechen.

Zuletzt arbeitete LaRosa bei der US-Gesellschaft Vale Insurance Partners - aber nicht nur. Er besitzt einen Weinhandel und führt eine Firma für Sportfischerei. Bis zu zwanzig Mal im Jahr steht LaRosa auf Fahrten an der US-Atlantikküste am Steuer eines seiner vielen Boote, nimmt an Rennen teil und schreibt Artikel für Fachmagazine. Er spendet seiner Universität größere Summen und engagiert sich ehrenamtlich als Vizepräsident der Stiftung Hope for Children.

Wie kam dieser Mann vom Pfad der Tugend ab? Ermittler beschuldigen LaRosa nicht nur des Steuerbetrugs, sondern auch der Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation. LaRosa äußert sich dazu nicht. Fest steht, dass er ab 2012 begann, Pensionsfonds zu gründen - wenn auch nur auf dem Papier.

LaRosas wichtigster Partner bei diesen Aktivitäten heißt Sanjay Shah. Auch er startete seine Karriere einst bei KPMG. 1970 als Sohn indischer Eltern in London geboren, wurde Shah Wirtschaftsprüfer. Sein beruflicher Weg führte von der US-Bank Merrill Lynch über Morgan Stanley, Credit Suisse und ING bis zur Rabobank. 2009 verlor er durch die Finanzkrise seinen Job. Dann machte er sich selbstständig. Es entstand die Firma Solo Capital.

Nach Erkenntnissen von Fahndern war Solo Capital auch hierzulande Dreh- und Angelpunkt eines Milliardenbetrugs. Hier bediente sich Shah des sogenannten Cum-Ex-

Handels, bei dem der Fiskus ebenfalls um Kapitalertragsteuern gebracht wurde. Shah war nicht der Einzige, der diese Methode anwandte - deutschen Steuerfahndern liegt eine Liste von 130 beteiligten Banken und Investoren aus aller Welt vor. Geschätzter Gesamtschaden in Deutschland: zwölf Milliarden Euro.

Shah bestätigt eine Beteiligung, verbittet sich aber Vorwürfe deswegen. „Wir haben nichts Illegales gemacht, wir haben nur Marktopportunitäten ausgenutzt“, sagte er der dänischen Börsenzeitung. „Deutsche Anwälte haben mir erzählt, dass viele Leute mit diesen Geschäften viel Geld verdienen. Es war, als ob sie Lastwagen in ein Lagerhaus fahren und sie 24 Stunden am Tag mit Bargeld befüllen.“

Das Lagerhaus war das Finanzamt. Legal oder nicht - Shah fuhr mit. Als das in Deutschland nicht mehr funktionierte, zog Shah weiter.

Den größten Reibach machten er, LaRosa und ein dritter Geschäftspartner in Belgien und Dänemark. Ermittler in beiden Ländern arbeiten seit drei Jahren den Schaden auf, den das Trio anrichtete. In Belgien wurde laut Ermittlungsakten ein Schaden von 500 Millionen Euro verursacht. In Dänemark waren die Partner mit Gesellschaften wie der Raubritter LLC noch erfolgreicher, hier betrug ihre Beute 1,7 Milliarden Euro. Und erneut gab es Helfer aus Deutschland.

„Schwierig, kompliziert, nicht lösbar. Wenn Sie das schon öfters gehört haben, sollten Sie mit uns sprechen“: So lautet die Kundenansprache auf der Website der North Channel Bank in Mainz. In normalen Zeiten mögen diese Worte vielversprechend wirken. Jetzt, da die selbstbewusste Bank Staatsanwälte im Haus hat, klingen sie verdächtig.

Die erste Durchsuchung war vor einem Jahr. Beamte der Staatsanwaltschaft Koblenz reagierten auf ein Rechtshilfeersuchen aus Kopenhagen. Als sie die Geschäftsräume der North Channel Bank in einem der Mainzer Bonifazius-Bürotürme betraten, brachten sie eine lange Wunschliste mit. Sie wussten schon, dass 27 angebliche Pensionsfonds Konten bei der North Channel Bank führten. Jetzt forderten sie die Herausgabe von Notizen, Rechnungen, Sitzungsprotokollen und Verträgen. Außerdem fragten sie die Bank nach ihrer Eigentümerstruktur.

Nun gibt sich das Mainzer Geldhaus gern als traditionsreich. „Keine Standard-Fragen. Keine Standard-Antworten. Keine Standard-Bank. Seit 1924“ - so die Eigenwerbung. Die Realität ist komplizierter. Tatsächlich wurde die Bank 1924 gegründet - aber nicht in Mainz und mit dem Namen North Channel Bank, sondern in Berlin als Bankhaus Oswald Kruber. Vom 1. Januar 2000 an gehörte sie zur Hornblower Fischer AG.

Pensionsfonds als Luftnummern

Dies war kein glücklicher Eigentümerwechsel. Die Frankfurter Bank Hornblower Fischer blickte zwar auf eine 125-jährige Geschichte zurück, wurde aber 2002 von Alexander Falk übernommen. Dessen Vater Gerhard hatte die berühmten Falk-Pläne erfunden, die früher in kaum einem deutschen Auto fehlten. Alexander Falk verkaufte die Familienfirma, stieg ins Internetgeschäft ein und scheiterte spektakulär.

Damit brach auch Hornblower Fischer zusammen. Nach der Insolvenz der Mutter wurde das Bankhaus Kruber verkauft. Im September 2004 zahlte die amerikanische Ocwen Financial Corporation 7,25 Millionen Euro. Fünf Jahre später reichten die Amerikaner das Bankhaus Kruber ihrerseits weiter an eine neue Gesellschaft: Oban.

Von allen Eigentümern der Bank ist sie die geheimnisvollste. Ihre Hintermänner sind noch immer unklar. Beim Kauf des Bankhauses Kruber nannte Oban nicht einmal ihren Namen und gab den Deutschen einen neuen: North Channel Bank.

Danach ging es sprunghaft aufwärts. Lag die Bilanzsumme 2009 bei 30 Millionen Euro, waren es 2012 schon 183 Millionen Euro. Der Jahresüberschuss stieg von 2011 bis 2016 um das 16-Fache auf fast elf Millionen Euro. Das gelang auch dank einer neuen Kundengruppe: US-Pensionsfonds.

Luftnummern, sagen heute Ermittler. Hinter den mehr als 300 Briefkastenfirmen standen weder Pensionäre, noch waren sie je im Besitz der Aktien, die sie zu handeln vorgaben. Alles Weitere sind logische Ableitungen: Ohne Aktien gab es keine Dividenden, ohne Dividenden keine Steuern, die darauf abgeführt wurden. Trotzdem stellten Geldhäuser wie die North Channel Bank den angeblichen Pensionsfonds

Steuerbescheinigungen für Gutschriften aus. Und die Finanzämter zahlten. Heute verklagt der dänische Staat auch die Bank. Sie sagt dazu nichts.

So bleiben die Erkenntnisse der Justiz. Zahllose Klagen sind anhängig. 277 der dubiosen Gesellschaften, darunter auch die Raubritter LLC von Adam LaRosa, sind in den USA registriert. Die dänischen Steuerbehörden verklagten LaRosa deshalb in dessen Heimat.

„Das dauernde betrügerische Verhalten des Angeklagten zeigt einen hohen Grad moralischer Verkommenheit und mutwillige Unehrlichkeit“, heißt es in der Klageschrift. Einerseits arbeitete der Raubritter-Fonds mit Solo Capital von Sanjay Shah zusammen, andererseits wurde ein international anerkannter Finanzdienstleister eingeschaltet. Vor allem dänischen, aber auch anderen europäischen Finanzämtern wurde so vorgespielt, dass die Scheinfonds hohe Erstattungsansprüche hatten. Allein die Raubritter LLC stellte zwischen Januar 2013 und August 2014 insgesamt 26 entsprechende Anträge.

Geschäfte ohne wirtschaftlichen Sinn

Einmal mit ihrer Masche durchgekommen, verloren die Beteiligten alle Hemmungen - schreckten selbst vor logischen Unmöglichkeiten nicht zurück. Bei einer dänischen Aktiengesellschaft stellten sie so hohe Erstattungsanträge, dass sie 2,6 Millionen Aktien hätten besitzen müssen. Das waren aber 1,7 Millionen mehr Aktien, als ausländische Aktionäre theoretisch maximal halten konnten. Aufgrund der irrsingen Verhältnisse tobt in dem Land jetzt eine Debatte um die Sicherheitsvorkehrungen im dänischen Steuersystem.

In Belgien war der Schaden kleiner, aber immer noch erheblich. Allein über die deutsche North Channel Bank beantragten 27 Pensionsfonds 2014 und 2015 Steuergutschriften von 48,3 Millionen Euro. Belgische Behörden ermitteln nun wegen „besonders schweren Betrugs“ gegen eine Vielzahl von Beschuldigten.

Verantwortliche der North Channel Bank sind bislang nicht angeklagt. Allerdings vermutet die Staatsanwaltschaft Brüssel, dass sowohl der Eigentümer der Bank als auch mehrere ihrer Geschäftsführer an der „Einrichtung eines Betrugssystems beteiligt“ sein

könnten, wie es in den Ermittlungsunterlagen heißt. Das Mainzer Geldhaus fungierte als Depotbank für Aktiengeschäfte, die laut Untersuchung „einem regelmäßigen Muster folgten und für sich gesehen keinen wirtschaftlichen Sinn hatten“.

Der größte Teil der vorgegebenen Transaktionen, vermuten die Ermittler, fand gar nicht erst statt. Um die angegebenen Nettodividenden in Höhe von 417 Millionen Euro zu erzielen, hätten diese Fonds Aktien im Wert von 24,9 Milliarden Euro besitzen müssen. Ein schwer vorstellbarer Wert für Konten, die erst kurz vor dem ersten Aktiengeschäft angelegt wurden und keinerlei sonstige Guthaben auswiesen. Trotzdem stellte die North Channel Bank Steuergutschriften in Höhe von fast 50 Millionen Euro aus.

Das wirft viele Fragen auf. Die Bank möchte keine davon beantworten. Auch Adam LaRosa, Chef des Raubritter-Fonds, gibt keinen Kommentar.

Als Amerikaner kommt LaRosa bald vor Gericht, sein Partner Sanjay Shah hat es besser. Der Brite lebt seit Jahren außerhalb der Reichweite europäischer Staatsanwälte in Dubai, gibt sich dort als Philanthrop und fliegt Weltstars für Wohltätigkeitskonzerte ein. Über seinen Sprecher Jack Irvine lässt Shah ausrichten, er habe sich nichts vorzuwerfen, im Übrigen arbeite der Rechtsstaat in Europa viel zu langsam.

Dabei kommt er ihm schon näher. Dem Handelsblatt liegt eine sogenannte „Freezing Injunction“ des High Courts of Justice in London vor. Das Gericht ordnet darin an, die Konten von 47 Personen und Gesellschaften einzufrieren, die Sanjay Shah nahesteht oder von ihm kontrolliert werden. Viele davon befinden sich in Großbritannien, andere in Australien, Dubai, Luxemburg und auf den Seychellen. Auch eigene Konten von Shah sind betroffen.

Shahs Sprecher Irvine kündigte an, der Investor werde bald erklären, warum die Betrugsvorwürfe unzutreffend seien. Die Sicherungsmaßnahmen würden Shah kaum treffen. „Es ist zwar sehr viel Geld eingefroren“, sagt Irvine. „Aber Herr Shah hat Reserven, die für viele, viele Jahre reichen.“

PORTRAIT: SANJAY SHAH

Cum, Ex - und hopp

Der britische Finanzprofi ist Philanthrop, Filmproduzent und mutmaßlich Europas größter Steuerbetrüger. Staatsanwaltschaften in etlichen Ländern ermitteln - bisher erfolglos.

Von Sönke Iwersen & Volker Votsmeier

Handelsblatt, 6.6.2018

Manchmal, wenn ihm danach ist, erzählt Sanjay Shah rührende Geschichten. Der Mann, der seiner Frau zum 43. Geburtstag eine Hermés-Handtasche für 125.000 Euro schenkte, erinnert sich dann an seine bescheidenen Anfänge. Seine Kindheit in einem Londoner Vorort, wo seine Familie zu viert eine Wohnung mit einem Schlafzimmer teilte. Seinen ersten Stundenlohn als Zeitungsjunge - zwölf Pfund pro Woche. Und an das Jahr 2003, als seine Frau schwanger war, Shah eine riesige Hypothek aufgenommen hatte und seinen Job als Investmentbanker verlor. Er musste seinen prächtigen Mercedes ML gegen einen billigen Toyota eintauschen. Shah: „Mein Stolz war verletzt. Ich habe mich gefragt, was die Nachbarn wohl denken.“

So redselig ist er selten. Shah, der im Zentrum der Ermittlungen eines Milliardenkandals steht, wollte dem Handelsblatt nicht eine einzige Frage beantworten. „Tut mir leid, ich kann nicht mit Ihnen sprechen, aus offensichtlichen Gründen“, schreibt Shah aus seinem Domizil in Dubai. Mit dem Magazin „The National“ aus Abu Dhabi plauderte Shah dafür ausführlich über sein Leben und gab sogar Finanztipps.

Mit sieben richteten ihm die Eltern ein Konto ein. „Sie erklärten mir, wie das Bankwesen funktionierte und lehrten mich, nie über meine Verhältnisse zu leben.“ Diesem Rat sei er weitgehend gefolgt. Zwar könne er ab und an ein kleines Vermögen im Restaurant ausgeben, nehme sich aber oft sein Essen mit zur Arbeit. Was er jungen Menschen rate? Sparen, sparen, sparen. Sein größter Fehler sei der Kauf einer Yacht gewesen, für eine Million Pfund und mit endlosen Folgekosten. Shah: „Sie steht zum Verkauf, aber keiner will sie haben.“

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Ob es am Namen liegt? „Cum-Ex“ hat Shah die Jacht getauft. Manche mögen das höhnisch finden. Hinter dem Begriff verbirgt sich eine Methode, Aktien mit (cum) und ohne (ex) Dividendenanspruch zu handeln. Die Papiere werden dabei so hin- und hergeschoben, dass die Finanzämter durcheinandergeraten und eine nur einmal erhaltene Quellensteuer auf Dividenden mehrfach erstatten. Der Schaden soll allein für den deutschen Steuerzahler zwölf Milliarden Euro betragen. Shah, damals noch mit seiner Firma Solo Capital in London aktiv, gilt als maßgeblicher Strippenzieher.

Shah schweigt zu solchen Vorwürfen. Sein Sprecher Jack Irvine sagt, es gebe nichts zu sagen, und beschwert sich stattdessen über die lange Ermittlungsdauer. Seit mehr als 900 Tagen stünden die Vorwürfe nun im Raum. „Verzögertes Recht ist verweigertes“ Recht, mahnt Irvine. Er habe im Übrigen den Eindruck, dass die dänischen Politiker, die gegen Shah poltern, gar nicht wissen, wovon sie reden. „So weit ich sehen kann, sind die Feinheiten des Steuersystems ein Mysterium für diese Leute“, sagt Irvine. Dabei habe er doch immer eine hohe Meinung vom dänischen Staat gehabt.

So viel Selbstbewusstsein ist in der Cum-Ex-Szene üblich. Viele Jahre lang griffen Finanzjongleure in Europas Steuereinkassen. Manager, die an dem Spiel ohne Risiko nicht teilnahmen, galten als Dummköpfe. Mehr als hundert Banken beteiligten sich an dem Aktienhandel auf Kosten der Allgemeinheit, in Deutschland sogar Landesbanken, die damit ihre öffentlichen Eigentümer schädigten. Als die Finanzämter die Erstattung verweigerten, reagierten die Akteure nicht mit Reue, sondern mit Protest. Das sei nun mal so, hieß es aus London, Frankfurt oder Paris. Wer sich an Cum-Ex störe, verstehe das System nicht.

Diese Haltung speiste sich aus einer Gewissheit: Finanzbeamte würden das System niemals knacken. Zu kompliziert. Hochbezahlte Steueranwälte taten alles, um den Cum-Ex-Handel hinter einem Gewirr aus Transaktionen zu verschleiern. Jahrelang schleppten sich Verfahren hin, immer wieder blieben die Ermittler stecken. Dann redeten die ersten Kronzeugen.

Dänemark will 1,65 Milliarden Euro Nun scheint der Bann gebrochen. In Deutschland hat die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt die erste Anklage erhoben, der dänische Staat fordert von 212 US-Pensionsfonds 1,65 Milliarden Euro Schadensersatz. Sie sollen nicht mehr als Briefkästen gewesen sein, mit schönen Namen wie Snow Hill,

die wiederum mit Firmen wie West Point Derivatives zusammenarbeiteten. Ein Name, der an die berühmte US-Militärakademie erinnert, in Wirklichkeit aber zum Einflussbereich von Sanjay Shah zählen soll. Shah und zwei Amerikaner sind die Hauptverdächtigen im größten Steuerskandal, den es in Dänemark je gab.

Shahs Probleme reichen weit über Dänemark hinaus. Ermittler in London und Brüssel sind in seiner Sache unterwegs, auch Norwegen ist alarmiert. In Deutschland fällt sein Name in einer ganzen Reihe von Verfahren. Shah kaufte sich bei der Varengold Bank ein und transferierte dreistellige Millionenbeträge. Die Staatsanwaltschaft Hamburg ermittelt wegen des Verdachts der Geldwäsche. Bei der Dero Bank in München, bei der Shah Aufsichtsratschef war, kam die Methode Cum-Ex zum Einsatz. Die Ausführung war allerdings so krude, dass die Finanzaufsicht die Bank Anfang 2018 unter ein Moratorium stellte, dann meldete sie Insolvenz an. Die Mainzer North Channel Bank bestätigt eine Razzia und sagt auf Fragen zu Shah, sie würde die Ermittler aktiv unterstützen.

Viele Wege, so zeigen die Ermittlungsakten aus halb Europa, führen in der Cum-Ex-Affäre zu Sanjay Shah und seiner Firma Solo Capital. Sie ist inzwischen geschlossen. Insider beschreiben Shah als hyperaktiven Anbahner von Cum-Ex-Geschäften. Außerdem habe er sich früh eine Expertise mit dem elektronischen Datenträgerverfahren DTV angeeignet - eine Schlüsselstelle im Steuerbetrug. Papier wurde von Beamten wenigstens einmal angeguckt, im digitalen Verfahren gingen viele Millionen einfach so durch die Leitung.

Shah habe damals seine eigene DTV-Filer-Nummer für die Erstattungen angeboten, berichtet ein damaliger Geschäftspartner. Die Gebühren für diesen Service sollten 0,5 Prozent der Brutto-Dividenden betragen. Das klingt nicht hoch - bis man sie mit den Milliardensummen multipliziert, die im Cum-Ex-Handel bewegt wurden. Wie viel Geld bei Shah selbst hängen blieb, ist unklar. Im Interview mit „The National“ nannte er 100 Millionen Pfund als sein nächstes Ziel.

Das schafft Spielraum zur Selbstverwirklichung. Shah gibt sich als Philanthrop und buchte für Charity-Veranstaltungen Weltstars wie Prince und Lenny Kravitz. Nebenbei finanziert er Filme. 2017 erhielt das Werk „Under the Shadow“ einen Preis als bestes Debüt. Die Hauptdarstellerin wird von Dschinn verfolgt, teuflischen Geistern,

die nicht ablassen wollen. Zumindest dieses Schicksal bleibt Shah erspart. Ihn suchen nur Staatsanwälte.

PORTRAIT: ANNE BRORHILKER

Auf der Jagd

Eine Kölner Staatsanwältin hält die Fäden im größten Steuerverfahren der Republik zusammen. Jetzt steht sie vor dem Durchbruch.

Von Sönke Iwersen & Volker Votsmeier

Handelsblatt, 12.7.2018

Die Frau, die Europas reichste Steuersünder jagt, schwelgt nicht im Luxus. Der Arbeitsplatz von Anne Brorhilker liegt in einem baufälligen Gebäude in Köln-Sülz. Nach der Eingangskontrolle wartet ein ruckeliger Aufzug, der Weg zu ihrem Einsatzort führt über mausgraue Flure. Das Büro von Brorhilker ist eigentlich zu klein für all die Akten, die sich hier stapeln. Der Bodenbelag hat seine besten Tage hinter sich.

Die Herren, die die Staatsanwältin hier besuchen, sind anderes gewohnt. Selten erscheinen die Steuersünder selbst, sie schicken ihre Anwälte. Männer in teuren Anzügen, die schon für den Anfahrtsweg ein paar Hundert Euro berechnen. In ihren eigenen Kanzleien schreiten sie über Marmorflure, an ihren Wänden hängen Gemälde. Was für ein Glück, dass ich nicht in den öffentlichen Dienst gegangen bin, wird sich mancher denken, der auf dem Weg zu Brorhilker ist. Und dann macht sie ihre Ansagen.

Zierlich, brünettes, schulterlanges Haar, braune Hornbrille. So sitzt Brorhilker hinter ihrem Schreibtisch und nimmt es mit der internationalen Finanzelite und ihren Rechtsbeiständen auf. Lange Zeit wurde sie bestenfalls bemitleidet. "Die versteht doch gar nicht, wie die Sache funktioniert", sagte einer, der inzwischen in die Schweiz geflüchtet ist. Die Sache, das war die größte Steuerhinterziehung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte.

Cum-Ex nannten sich die Geschäfte, mit denen sich Banken, reiche Privatinvestoren und ihre Steuerberater zulasten der Steuerzahler die Taschen füllten.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Riesige Aktienpakete wurden rund um deren Dividendenstichtag gehandelt - so lange, bis der Fiskus die Übersicht verlor. Am Ende hatten sich mehrere der Beteiligten eine Kapitalertragsteuer erstatten lassen, die nur einer von ihnen abgeführt hatte. Zwölf Milliarden Euro zu viel sollen die Cum-Ex-Akteure auf diese Weise aus der Steuerkasse gekitzelt haben. Nun läuft eine riesige Rückholaktion.

Das Zentrum der Ermittlungen Allerorten sind Staatsanwaltschaften in Sachen Cum-Ex aktiv. Frankfurt, München, Stuttgart. Doch nirgends wird das Thema so umfassend aufbereitet wie in Köln. Grund ist die Zuständigkeit Kölns für ausländische Fondsfirmen, denen das Bundeszentralamt für Steuern das Geld überweisen sollte. Brorhilker kommt mit der Jagd auf die Steuersünder eine riesige Verantwortung zu.

Eine unmögliche Aufgabe, frohlockten die Gejagten. Die Banken und Investoren hatten die besten Steuerberater, die besten Anwälte, die man für Geld kaufen konnte. Das ganze Cum-Ex-Geschäft war darauf ausgelegt, möglichst undurchsichtig zu sein. Auf dem Papier war zwischen Beteiligten, die sich bei dem Aktienhandel eng absprachen, keinerlei Kontakt zu sehen.

Brorhilker focht das nicht an. Viele Monate arbeitete sie praktisch im Stillen. Dann ihr Paukenschlag: Ende Oktober 2014 führte sie bei einer Großrazzia in der Schweiz die Zügel. Beamte durchsuchten Räume der Bank Sarasin in Basel und Zürich sowie Büros und Wohnungen an weiteren Orten in der Schweiz. Brorhilker und ihr Team notierten 30 Beschuldigte. Dann ließen sie sie schwitzen.

Keine Kronzeugenregelung

Die Vernehmungen waren für die Akteure ein Schock. Manch ein Steueranwalt, der sein Geld mit seinem guten Ruf verdient, sah sich einem jahrelangen Verfahren gegenüber. Zu Beginn eines Gesprächs bot Brorhilker ein Stück Merci-Schokolade auf ihrem Besprechungstisch an, dann schenkte sie ihrem Gegenüber nicht einen Zentimeter Spielraum. Nach vielen Monaten solcher Termine knickten mehrere Insider ein. Die führten die Staatsanwältin hinter ihre Kulissen. Sie erklärten, welche Puzzlesteine zueinander gehörten. Und wo die lagen, die sie noch nicht hatte. Ihre große Hoffnung: ein Status als Kronzeuge.

Brorhilker ließ sie in dem Glauben, ja, bestärkte ihn sogar. Die Staatsanwältin richtete eine Prüfbitte an das Landgericht Bonn, ob man den redseligen Cum-Ex-Akteuren eine Anklage ersparen könne. Erfreulicher Nebeneffekt für Brorhilker: Das Landgericht Bonn war dadurch in der Lage, schneller eine eigene Kammer für das Verfahren einzurichten als ursprünglich geplant.

Nun ist klar, dass die Prüfbitte bei Gericht keinen Anklang findet. Folge: Höchstwahrscheinlich kommen auch die redseligen Beschuldigten vor Gericht. Für die hoffnungsvollen Kronzeugen ist das eine Katastrophe, Brorhilker verliert deshalb keinen Schlaf. Und wenn es inzwischen mehr als 100 Beschuldigte sein mögen, die auf ihrer Liste stehen. Die 44-Jährige wird viele von ihnen in den Gerichtssaal zitieren, schon Ende des Jahres sollen die ersten Anklagen fertig sein. Die Zeiten, in denen Brorhilker unterschätzt wurde, sind vorbei.

Toll Collect: Ein Kartell gegen die Steuerzahler

Toll Collect hat dem Staat bei der Lkw-Maut jahrelang Millionen Euro zu viel in Rechnung gestellt. Die Regierung stört das nicht. Sie ließ sich hereinlegen und lernt daraus wenig. Warum?

Von Johannes Edelhoff, Götz Hamann, Karsten Polke-Majewski, Felix Rohrbeck und Christian Salewski / DIE ZEIT und ZEIT ONLINE, 09.08.2018

Spätabends, an einem milden Wintertag im Januar 2012, brennt im achten Stock der Berliner Toll-Collect-Zentrale am Potsdamer Platz noch Licht. Es scheint aus dem Büro von Joachim Wedler, einem großen, gutmütigen Kerl von fast 1,90 Metern mit einer Schwäche für selbst gedrehte Zigaretten. Eigentlich wollte Wedler, so erinnert er sich heute, schon lange zu Hause sein. Nun aber hockt er in seinem Büro und starrt, umgeben von Regalen voller Aktenordner, auf eine Tabelle. Sie passt auf ein DIN-A4-Blatt und trägt den drögen Titel "Übersicht Vergütung MaB". Fünf Jahre später wird sie zu Ermittlungen führen, die so brisant sind, dass sich sogar die Bundesregierung einmischte.

Wedlers Arbeitgeber Toll Collect lebt von einem einzigen Kunden: dem deutschen Staat. Für ihn betreibt das Unternehmen seit 2005 die Lkw-Maut auf Deutschlands Autobahnen. Über Satellit und mit eckigen Kameras auf grauen Maut-Brücken erfasst es, wenn Lastwagen die Straßen nutzen, und stellt die Nutzung dann in Rechnung. Für den Staat ist das eine wichtige Geldquelle: Rund 4,5 Milliarden Euro bringt sie pro Jahr ein. Außerdem verdienen daran zwei Unternehmen, denen Toll Collect mehrheitlich gehört: die Telekom und Daimler.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Als Wedler Anfang 2012 über die Tabelle stolpert, geht es für Toll Collect um einen wichtigen Zusatzauftrag. Die Lkw-Maut, so will es die Bundesregierung, soll künftig auch auf großen Bundesstraßen erhoben werden. Wedler und seine Kollegen haben berechnet, welche Kosten Toll Collect durch den neuen Auftrag entstehen würden. Laut Tabelle sind das 2,1 Millionen Euro pro Jahr. Es gibt aber noch eine zweite Zahl, und sie lässt Wedler keine Ruhe. Sie gibt an, was Wedler als Kosten beim Bund abrechnen soll. Sie ist mehr als doppelt so hoch: 5,3 Millionen Euro. Wedler soll gut drei Millionen Euro pro Jahr zu viel verlangen.

Wedler ist Diplom-Kaufmann, kein Jurist. Aber er empfindet das, was er tun soll, als Betrug. Er fragt sich, so erinnert er sich heute: "Was, wenn das auffliegt? Bin ich dann mit dran?"

Der Öffentlichkeit ist zu jener Zeit aus dem Innenleben von Toll Collect so gut wie nichts bekannt. Die Regierung behandelt die Zusammenarbeit mit dem Unternehmen von Beginn an wie ein Staatsgeheimnis. Mehr als 17.000 Seiten umfasst der Vertrag mit dem Maut-Betreiber. Nicht eine davon hat die Regierung veröffentlicht. Wie Toll Collect für seine Dienste bezahlt wird, können die Bürger nicht nachvollziehen.

Dabei gibt es zwischen dem Unternehmen und dem Staat seit Jahren Streit um Summen, zu denen sich die Millionen von Joachim Wedler im Vergleich recht klein ausnehmen. Wegen unzähliger Streitpunkte hatten der Bund und Toll Collect sich auf Milliarden Euro verklagt. 14 Jahre lang lief die Auseinandersetzung, quasi von Vertragsbeginn an. Ausgetragen wurde der Streit hinter verschlossenen Türen, vor einem privaten Schiedsgericht. Zuletzt forderte der Bund von Toll Collect 9,6 Milliarden Euro. Im Mai dieses Jahres gab es einen Vergleich, auch er ist nicht öffentlich. Es handele sich um "die bestmögliche Lösung für den Steuerzahler", verkündete Andreas Scheuer, der Verkehrsminister von der CSU. Doch wie soll die Öffentlichkeit das beurteilen, wenn fast alles unter Verschluss gehalten wird? Und steht

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

nicht zu befürchten, dass viel mehr im Argen liegt, wenn Mitarbeiter wie Wedler höhere Kosten abrechnen sollen, als angefallen sind?

Tatsächlich gibt es viele Gründe, Toll Collect und seinen Managern zu misstrauen, zumal das Verkehrsministerium in den vergangenen Jahren nicht den Eindruck machte, die Interessen der Steuerzahler gegen das Unternehmen durchzusetzen. Dieses Bild ergibt sich aus Dokumenten, die die ZEIT, ZEIT ONLINE und das ARD-Magazin Panorama ausgewertet haben.

Den Reportern liegen Verträge, interne Untersuchungsberichte, E-Mails, Ermittlungsakten, Durchsuchungsprotokolle sowie geheime Unterlagen aus dem Schiedsgerichtsverfahren vor. Außerdem haben sie mit Insidern aus dem Umfeld von Toll Collect, einem früheren Geschäftsführer, Beamten, dem aktuellen und zwei ehemaligen Verkehrsministern gesprochen. Mehrfach haben sie sich zudem mit Joachim Wedler getroffen, der sich schließlich entschied, mit seiner Geschichte aus dem Innenleben von Toll Collect an die Öffentlichkeit zu gehen.

Die Recherchen zeigen, dass Toll Collect dem Staat Hunderte Millionen Euro zu viel in Rechnung stellte, sogar Dinge, die nichts mit der Maut zu tun hatten. Sie zeigen, wie Wedlers Entdeckung die Staatsanwaltschaft Berlin zu Ermittlungen wegen Betruges veranlasst hat und wie die Regierung versuchte, das Verfahren im Keim zu ersticken. Und sie werfen grundsätzliche Fragen auf: Warum verheimlicht der Staat fast alles, was mit diesem Unternehmen zu tun hat? Wäre es im Sinne der Steuerzahler nicht besser, er würde die Zusammenarbeit aufkündigen?

Gerade die Frage nach der Zusammenarbeit stellt sich in diesen Tagen dringend. Nach 16 Jahren läuft der Betreibervertrag des Bundes mit Toll Collect nämlich Ende dieses Monats aus. Die Regierung aber will das Maut-System wieder an Konzerne vergeben, die Ausschreibung läuft bereits. Es ist sogar vorstellbar, dass Toll Collect

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

künftig auch noch die geplante Pkw-Maut eintreiben soll, schließlich verfügt die Firma praktischerweise bereits über die erforderlichen Kontrollbrücken.

Ein Mann wie Joachim Wedler stört da nur, wenn er auf Missstände aufmerksam macht, die Fragen zur Integrität der Toll-Collect-Manager aufwerfen.

Anfang 2012 arbeitet Wedler seit sieben Jahren bei Toll Collect. Die ersten fünf hat er in guter Erinnerung. Er wurde sogar in das "Toll Collect Entwicklungsprogramm" aufgenommen. Das, so beschreibt es eine interne Präsentation, fördert Mitarbeiter, die sich durch ein "großes Maß an Leistungsfähigkeit" auszeichnen. In einem Zwischenzeugnis von 2010 heißt es, Wedlers Verhältnis zu Vorgesetzten und Kollegen sei "einwandfrei".

2010 wechselt Wedler in eine Abteilung, die für die Abrechnung mit dem Bund zuständig ist. Dort fühlt er sich schnell unwohl. Der Druck, so empfindet er es, ist hoch, die Zeit knapp, der Ton eisern. Nachfragen zur Abrechnung mit dem Bund, so schildert es Wedler, seien unerwünscht gewesen. Als er den Abteilungsleiter dennoch auf sein Problem mit den fünf Millionen Euro anspricht, habe die Antwort gelautet: "Wollen Sie etwa die Geschäftsführung kritisieren?" So sagt Wedler es später bei der Staatsanwaltschaft aus. Der Abteilungsleiter behauptet hingegen, so ein Gespräch habe nie stattgefunden.

Gelernt hat Wedler ursprünglich den Beruf des Bierbrauers, das BWL-Studium sattelte er obendrauf. Es ist nicht die erste schwierige Situation in seinem Berufsleben. Aber diese macht ihm besonders zu schaffen. Selbst im Skiurlaub redet er über kaum etwas anderes. "Das war eine ständige psychische Belastung", sagt Wedler heute. Schließlich wird er krank, für mehrere Wochen, leidet an Erschöpfung und Schlafstörungen.

In dieser Zeit, Ende März 2012, wird der Vertrag zur Erweiterung der Maut auf Bundesstraßen geschlossen. In ihm stehen als zu erwartende Betriebskosten jene 5,3 Millionen Euro, die Wedler als Betrug empfindet. Sie bekommt Toll Collect jedes Jahr bezahlt. Der Vertrag legt zusätzlich eine garantierte Rendite von fünf Millionen Euro pro Jahr fest, obendrauf kommen auch noch Erfolgs- und Risikoprämien. Sie, so erklärt es ein Vertreter des Bundesverkehrsministeriums gegenüber der Staatsanwaltschaft Berlin, summieren sich über die Vertragslaufzeit auf mehr als 50 Millionen Euro.

Ein Vertrag mit quasi risikofreien Gewinnen für ein privates Unternehmen, garantiert vom Staat. Kann es wirklich sein, dass Toll Collect das noch nicht reicht, dass der Konzern dann auch noch betrügt?

Tatsächlich ist die intransparente Natur der Beziehung zwischen dem Staat und dem Unternehmen schon seit den Anfängen in einem undurchsichtigen Vertragswerk angelegt, auch wenn die Beteiligten zunächst lieber den Eindruck von Aufbruch und Fröhlichkeit vermitteln.

Am 20. September 2002, zwei Tage vor der Bundestagswahl, erheben vier Männer in Berlin ihre Gläser, trinken Sekt und strahlen über das ganze Gesicht. Einer von ihnen ist Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig von der SPD. Die anderen drei sind Manager von Telekom, Daimler und des französischen Unternehmens Cofiroute, das ebenfalls mit zehn Prozent an Toll Collect beteiligt ist. Zeitungen werden später schreiben, die vier Männer hätten den Vertrag unterzeichnet, mit dem die Firma Toll Collect vom Bund beauftragt wird, ein Lkw-Maut-System aufzubauen. Doch vor Bodewig liegt, so zeigen es Zeitungsfotos von damals, nur eine dünne gelbe Aktenmappe. Der Vertrag kann das nicht sein. Dieser umfasst ja mehr als 17.000 Seiten.

Der Vertrag, so berichtet es der *Spiegel* zwei Jahre später, war schon kurz vorher unterschrieben worden, im schweizerischen Zug. Zwei Mitarbeiter des Bundesamts für Güterverkehr hätten ihn dort hingebacht. Notare in der Schweiz haben nämlich den

Ruf, schneller zu prüfen. Und für die Bundesregierung zählt in jenen Tagen vor allem eines: Geschwindigkeit.

Der Ex-Minister Bodewig lebt heute in Hamburg und ist Präsident der deutschen Verkehrswacht. Zum Treffen im Restaurant eines Einkaufszentrums kommt er im kurzärmligen Hemd. Fragt man ihn, warum es so schnell gehen musste, sagt er, man habe eine entfernungsabhängige Lkw-Maut mit dem modernsten technischen System einführen wollen, "solange es noch eine Veränderungsbereitschaft in der Gesellschaft gab". Nach 16 Jahren Helmut Kohl hatte sich die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder 1998 aufgemacht, das Land zu erneuern. Sie führte die Ökosteuer ein, den Doppelpass und die Hartz-Reformen. Die Lkw-Maut war ihr wichtigstes Verkehrsprojekt.

Zugleich fehlte der Regierung das Geld. Deutschland stand kurz davor, gegen die Verschuldungsregeln der Europäischen Union zu verstoßen, die es selbst durchgesetzt hatte. Die Maut kam da gerade recht, versprach sie doch viele Milliarden Euro Einnahmen.

Bodewig spricht nach Vertragsschluss von einem "Quantensprung" in der Verkehrspolitik. Doch der unter ihm ausgehandelte Vertrag ist ein Monstrum. Zweimal muss die Vertragsunterzeichnung in der Schweiz wiederholt werden, weil den Juristen Fehler auffallen. Der Vertrag ist so lang, dass wohl kein einzelner Mensch ihn je ganz gelesen hat.

Im Kern funktioniert das Modell, das darin vereinbart wird, so: Toll Collect bekommt die Kosten für den Betrieb des Systems zurück, darauf kommt eine feste Gewinnmarge, und dazu gibt es weitere Erfolgs- sowie Risikoprämien. Allein die Prämien für die Maut auf Autobahnen summieren sich in den Jahren 2005 bis 2016 auf etwa 700 Millionen Euro. So geht es aus dem Business-Plan von Toll Collect und weiteren Dokumenten hervor.

Das war den Toll-Collect-Managern aber offenbar nicht genug. Dokumente, die der ZEIT aus dem Umfeld des Unternehmens zugespielt wurden, zeigen, dass Toll Collect auch versuchte, sich möglichst viele Ausgaben als Kosten vom Bund erstatten zu lassen. Das Unternehmen rechnete selbst Posten beim Bund ab, die nichts mit der Maut zu tun hatten.

2010 etwa sponsert Toll Collect eine Oldtimer-Rallye. Bei strahlendem Sonnenschein fahren 183 Klassiker auf idyllischen Nebenstrecken von der Hamburger Hafencity bis zur Zentrale von Toll Collect in Berlin. Auch der Chef von Toll Collect, Hanns-Karsten Kirchmann, fährt mit und belegt im grünen Jaguar E-Type den 53. Platz. Mit der Organisation und Durchführung hat Toll Collect eine Agentur beauftragt. Ihr Budget liegt bei 41.000 Euro. Diese Kosten rechnet Toll Collect später beim Bund ab.

Im selben Jahr lässt es sich die Führungsmannschaft von Toll Collect im Brandenburger Luxushotel Zur Bleiche gut gehen. In der "Rumpelguste", einem Oldtimer-Bus, geht es zum Bootshaus Conrad, dort gibt es Lunch, dann wird auf der Spree gepaddelt, abends ordentlich getrunken: Bier, Wein, Campari, Sherry, Gin Tonic. Der Ausflug kostet mehr als 9000 Euro. Auch diese Summe rechnet Toll Collect beim Bund ab. Selbst Ausgaben für soziales Engagement stellt man dem Bund in Rechnung. So etwa im Fall des Berliner Kinderheims Elisabethstift.

Würde das Unternehmen diese Dinge aus den eigenen Gewinnen zahlen, wäre das seine Sache. Toll Collect aber schiebt sie in einem Wust von Abrechnungen als Kosten für die Maut dem Staat zu. In allen drei Fällen rechnet das Unternehmen die Ausgaben als "Marketingkosten" für die Maut ab. Das widerspricht der vertraglichen Regelung mit dem Bund, die der ZEIT vorliegt. Auf 25 Seiten wird festgelegt, dass Informations- und Marketingkampagnen dazu dienen, die Lkw-Fahrer und Spediteure über das Maut-System aufzuklären. Egal wie viel Fantasie man aufbringt: Oldtimer-Rallyes, Chef-Ausflüge und die Unterstützung von Kinderheimen fallen nicht darunter.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Toll Collect dementiert nicht, diese Kosten dem Bund in Rechnung gestellt zu haben. Stattdessen schreibt das Unternehmen: "Aufwendungen, die im Betreibervertrag nicht beschrieben und geregelt sind, wurden und werden durch den Auftraggeber nicht vergütet." Das kann auch heißen: Ja, wir haben versucht zu bescheißen, wurden aber erwischt. Fast gleichlautend äußert sich der Bund. Man erstatte "nach Prüfung der Rechnungen nur solche Aufwendungen, die nach dem Vertrag vergütungsfähig sind". Eine Oldtimer-Rallye sei nicht erstattet worden.

Das ist schwer nachzuvollziehen. So kommt ein geheimes Gutachten der Wirtschaftsprüfer von Mazars 2018 zum Ergebnis, dass im Geschäftsjahr 2004/2005 rund 40 Prozent der Rechnungen von Toll Collect an den Bund zu Unrecht gestellt wurden. Auch in den Geschäftsjahren 2008/2009 sowie 2012/2013 wurde laut dem Gutachten alles Mögliche abgerechnet, darunter auch eine Oldtimer-Rallye. Die Wirtschaftsprüfer kommen für drei Jahre auf eine Summe von 298 Millionen Euro, die Toll Collect zu viel abrechnete. Die anderen Geschäftsjahre aber wurden nicht untersucht, das Gutachten ist bloß eine Stichprobe. Wie das Verkehrsministerium sich dennoch sicher sein will, nie zu viel bezahlt zu haben, bleibt sein Geheimnis. Zumal es im Streit vor dem Schiedsgericht ja explizit auch um die "Rückzahlung überzahlter Betreibervergütung" ging, so steht es in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Bundestags-Haushaltsausschusses.

Bei Toll Collect gibt es sogar einen Begriff für die Methode, möglichst viele und hohe Kosten beim Bund abzurechnen: "Storytelling". Es geht darum, Geschichten zu erzählen, die der Bund glauben kann. Joachim Wedler nennt das ganze Abrechnungssystem eine "Einladung zum Betrug". Die tatsächlichen Kosten seien für den Bund kaum zu überprüfen.

So ist es auch bei der Erweiterung der Maut auf Bundesstraßen. Im November 2011 schlägt der Leiter der Abteilung von Joachim Wedler einem Geschäftsführer von

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Toll Collect zwei Optionen zur Berechnung der Betriebskosten vor, die der Bund dann erstatten soll. Beide, heißt es in einer E-Mail, hätten "mit der Realität oder einer halbwegs plausiblen Herleitung nicht mehr viel zu tun". Die eine aber, glaubt der Abteilungsleiter, lasse sich gegenüber dem Bund "gerade noch ›ohne vollends rot zu werden‹ argumentieren". In einer weiteren Mail schreibt er an den Geschäftsführer, er könne das Preismodell "entsprechend weiter ›verbiegen‹ so dies gewünscht wird".

Derlei Schamlosigkeit hat ihre Ursachen in der Anfangszeit. Da haben die Konzerne viel Geld verloren. Nun soll es wieder reinkommen. Schon einen Tag nach dem Start der Maut am 31. August 2003 war das System nämlich zusammengebrochen. Die Geräte in den Lkw, die die Streckendaten übertragen, senden keine oder falsche Informationen. Daimler und Telekom haben versagt. Der neue seit Oktober 2002 amtierende Verkehrsminister Manfred Stolpe (ein ausführliches Interview mit ihm finden Sie auf ZEIT ONLINE) einigt sich mit den Konzernen auf einen Kompromiss: Sie zahlen eine Strafe und sichern zu, dass die Maut bis zum Januar 2005 funktioniert.

Der Mann, der das bewerkstelligen soll, heißt Christoph Bellmer. Er wird im Frühjahr 2004 Chef von Toll Collect. Heute ist er knapp 50 Jahre alt und Internetunternehmer in München, wo er für diese Recherche von damals erzählt. Besonders in Erinnerung blieb ihm, so berichtet er, ein Treffen mit dem Entwickler des Geräts, das in den Lkw nicht funktionierte. Der Mann hatte seine Firma OMP genannt. Als Bellmer ihn fragte, was das denn bedeute, habe dieser geantwortet: "One Man's Project" – Einmannunternehmen. Bellmer sagt, er habe zwar an den Mann geglaubt, "ihn aber auch sofort mit eigenen Leuten verstärkt und massiv unterstützt".

Tatsächlich schafft es Bellmer, dass das Maut-System 2005 funktioniert. Seitdem arbeitet es zuverlässig. Doch der verspätete Start hat Folgen. Telekom und Daimler mussten laut Bellmer rund eine Milliarde Euro mehr ausgeben als geplant. Dazu entgingen dem Bund jeden Monat, den das System nicht funktionierte, mehr als 100 Millionen Euro Einnahmen. So kommen schnell ein paar Milliarden zusammen. Wer

aber soll für den Schaden aufkommen, wer hat Schuld? Der Bund und Toll Collect haben da unterschiedliche Auffassungen.

Ein Schiedsgericht soll Klarheit schaffen.

Die Streitparteien mieten für die Sitzungen des Schiedsgerichts meist einen riesigen Konferenzraum in irgendeinem gehobenen Hotel. Auf der einen Seite sitzen dann die Vertreter des Bundes, gegenüber die von Toll Collect. Die Herren des Verfahrens sind drei Richter. Lukrativ ist die Auseinandersetzung vor allem für die Anwälte: Über 250 Millionen Euro wird der Bund für sie ausgeben. Auch Toll Collect bildet in der Bilanz 2013/2014 Rückstellungen über 200 Millionen Euro für Anwaltskosten. Ziemlich viel Geld, das man sich offenbar zurückholen wollte: Aus dem Gutachten der Wirtschaftsprüfer von Mazars geht auch hervor, dass das Unternehmen sogar einen Teil seiner Anwaltskosten für das Schiedsgerichtsverfahren dem Bund in Rechnung stellte.

Bellmer, der Mann, der das Maut-System zum Laufen brachte, will sich zu den ungerechtfertigten Abrechnungen aus seiner Zeit nicht äußern. Auch der heutige Chef, Hanns-Karsten Kirchmann, lehnt ein Interview zur Abrechnungspraxis von Toll Collect ab. Die Sprecherin des Unternehmens begründet das nicht. Knapp teilt sie mit: "Die Möglichkeit, ein Interview zu geben, möchten wir nicht nutzen."

Auch intern gab es offenbar wenig Interesse an kritischen Nachfragen. Im Sommer 2012 schreibt Wedler an Kirchmann, Betreff: "Bitte um Abhilfe". Es geht um seine berufliche Zukunft, aber auch um die "entstehende Differenz zwischen den voraussichtlich tatsächlichen Betriebskosten und den dem Bund in Rechnung zu stellenden Kosten" bei der Maut auf Bundesstraßen. Auf den Brief antwortet nicht Kirchmann, sondern der Personalchef. Später lädt man Wedler zu einem Gespräch über seine "berufliche Situation". Ende 2012 kündigt Toll Collect Wedler fristlos. "Ich war geschockt und wollte das nicht auf sich beruhen lassen", sagt Wedler heute. Wenn

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Wedler sich an etwas festbeißt, lässt er nicht so schnell locker. Das rechtfertigt aber keine Kündigung.

So sieht es auch das Arbeitsgericht Berlin. Toll Collect muss Wedler weiter beschäftigen. Im März 2014 tritt er seinen Dienst an, will zurück auf seine alte Stelle. Stattdessen aber weist man ihm eine neue Aufgabe zu: Er soll Akten scannen, den ganzen Tag, in einem Raum ohne Telefon und Internet. Eine Spedition liefert Ordner voller Belege an, sie sind mehr als zehn Jahre alt. Wedler soll sie auf einem Gerät scannen, bei dem er jede Seite einzeln auflegen muss. Einen modernen Scanner, der nicht weit entfernt steht, darf er nicht benutzen. So geht es aus Gerichtsunterlagen und weiteren Dokumenten hervor.

Abends muss Wedler dann begründen, warum er die vorgegebenen Scan-Ziele nicht erreicht hat. In kurzen Notizen für seinen Abteilungsleiter hält er darum selbst seine Toilettengänge fest ("groß, kurz nach Mittag"). Mehrere Wochen geht das so. Dann verhängt das Arbeitsgericht Berlin ein Zwangsgeld in Höhe von 12.000 Euro gegen Toll Collect. Das Scannen von Unterlagen, so die Begründung, sei für einen Experten wie Wedler unangemessen und falle "keinesfalls in den Rahmen der titulierten Beschäftigungspflicht".

Toll Collect will Wedler unbedingt loswerden, kündigt ihm erneut. Die Zermürbungstaktik funktioniert. "Irgendwann konnte ich einfach nicht mehr", sagt Wedler. Er einigt sich mit Toll Collect auf einen Vergleich. Doch die Sache mit den zwei und fünf Millionen Euro lässt ihn nicht los. Im Oktober 2016 erstattet er Anzeige wegen Abrechnungsbetrugs.

Für die Bundesregierung ist das ein schlechter Zeitpunkt. Der ursprüngliche Maut-Vertrag läuft aus. Gerne würde sie den Auftrag erneut an private Konzerne vergeben. Dafür aber muss der Schiedsgerichtsstreit vom Tisch. Nun steht jedoch der

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Vorwurf des Betrugs im Raum. Eine Einigung mit potenziellen Betrügern wäre politisch kaum zu erklären. Wedler gefährdet den Deal.

Im Dezember 2016 schreibt der Berliner Oberstaatsanwalt Wolfgang Kirstein an das Bundesamt für Güterverkehr (BAG), das für die Abrechnung mit Toll Collect zuständig ist. Er teilt dem Präsidenten mit, dass er ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugs gegen Verantwortliche der Toll Collect eröffnet habe, und will wissen, ob das BAG die merkwürdigen Kostenrechnungen kennt. Kirstein bittet um Unterlagen.

Bald darauf klingelt sein Telefon. Es meldet sich aber nicht das BAG, sondern ein Beamter aus dem Verkehrsministerium. Man würde dem Staatsanwalt gerne "die Verfahren und Grundlagen der Maut-Erhebung" vorstellen.

Zum Termin Mitte Januar 2017 erscheint dann Gerhard Schulz in Begleitung von zwei weiteren Beamten. Schulz leitet damals die Abteilung Grundsatzangelegenheiten. Heute ist er Staatssekretär unter Verkehrsminister Andreas Scheuer. In Berliner Kreisen nennt man ihn "Mr. Maut", weil seine Karriere so eng mit der Abgabe verknüpft ist. Ein Betrug sei für ihn "nicht vorstellbar", sagt er dem Staatsanwalt. Toll Collect habe für den Bundesstraßen-Vertrag aus 2012 schließlich eine Erfolgs- und Risikoprämie von 50 Millionen Euro erhalten. In Anbetracht dessen würden "drei Millionen zusätzliche Kostenerstattung pro Jahr nicht ins Gewicht" fallen. So hält es der Staatsanwalt in einer Aktennotiz fest. Der Beamte weist den Verdacht also mit dem Argument zurück: Toll Collect macht doch eh schon so viel Gewinn! Da betrügen die doch nicht!

Offenbar treiben Mr. Maut aus dem Ministerium auch politische Erwägungen um. Die Ausschreibung für die Neuvergabe der Maut laufe schon, sagt er dem Staatsanwalt. Das bisherige Konsortium habe "eine aussichtsreiche Bewerbung abgegeben". Das Verfahren sei daher "zu einem sensiblen Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft anhängig". Denn, so Schulz: "Im Falle nachgewiesenen betrügerischen Handelns dürfte eine Übernahme der Toll Collect GmbH politisch nicht mehr in Betracht zu ziehen

sein." Auch das ist eine bemerkenswerte Aussage. Schließlich kann man sie so deuten, dass der Staatsanwalt besser keinen Betrug finden soll, damit der Staat weiter mit den Konzernen arbeiten kann. Auf Anfrage nimmt das Verkehrsministerium zu dem Vorgang keine Stellung.

So richtig schlimm scheint man es beim Bund ohnehin nicht zu finden, dass die Konzerne bei der Abrechnung an die Grenzen des Erlaubten und darüber hinaus gehen. Hört man sich bei Personen aus dem Umfeld des Verkehrsministeriums um, ist man dort durchaus zufrieden: Das System läuft ja und spült Geld in die Kassen. Irgendwie wollen alle, dass es weitergeht. Der Ökonom Holger Mühlenkamp von der Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer kennt solche Konstellationen, in denen Konzerne Geld verdienen, Politiker keinen Ärger und Beamte ihre Karrieren schützen wollen. Es handelt sich, sagt er, um ein "Kartell gegen die Steuerzahler".

Aber darf ein Spitzenbeamter einem Staatsanwalt klarmachen, dass seine Ermittlungen unerwünscht sind? Die ZEIT hat Gerhard Strate, einem der angesehensten Strafverteidiger Deutschlands, Einsicht in die Unterlagen gegeben und ihn um eine Bewertung gebeten. Er sagt: "Das ist inakzeptabel und hat mit der Gewaltenteilung in unserem Rechtsstaat nichts zu tun." Ein Staatsanwalt müsse ermitteln, wenn es einen Verdacht gibt, vollkommen unabhängig davon, ob es für die Bundesregierung angenehm sei oder nicht. "Insofern", so Strate, "ist dieser Auftritt schon eine Grenzüberschreitung." Und natürlich sei es kein Betrug, "wenn zwei Komplizen miteinander schachern". Man müsse eher vermuten, dass Bund und Toll Collect zusammengesessen hätten, um den Steuerzahler um erhebliche Beträge zu erleichtern. "Das ist Haushaltsuntreue."

Staatsanwalt Kirstein ermittelt zunächst weiter wegen Wedlers Anzeige und der 5,3 Millionen Euro. An einem Mittwochmorgen im Mai 2017 fahren 15 Beamte des Berliner Landeskriminalamts am Potsdamer Platz vor und durchsuchen die Toll-Collect-Zentrale. Für das Unternehmen und seine Eigentümer geht es nun um alles.

Werden sie wegen Betrugs überführt, ist eine Neuvergabe der Maut an das Konsortium nicht mehr zu vermitteln. Die entscheidende Frage ist nun: Wie sind die 5,3 Millionen Euro an Kosten zustande gekommen, die Toll Collect dem Bund in Rechnung stellte und von denen Wedler sagt, sie seien manipuliert?

Der Mann, der sie berechnet hat, lebt in einer Wohnung in einem Neubaugebiet unweit des Flughafens Madrid. Enrique S. und seine Firma Ubiquitous Consulting SL teilen sich hier einen Briefkasten mit den Crazy Riders, einem Motorradclub. Warum Enrique S. 2011 als externer Berater bei Toll Collect tätig wird, um die 5,3 Millionen Euro zu berechnen, wird Joachim Wedler damals schnell klar. Enrique S. bezeichnet seine Methode ihm gegenüber als "kreativ", so erinnert Wedler sich. Enrique S. streitet das später gegenüber der Staatsanwaltschaft nicht ab.

Mit der ZEIT will Enrique S. nicht sprechen. Dem Staatsanwalt aber hat er geschildert, wie es zu der Zahl kam. Es habe eine "übergeordnete und auch über die Zeit unveränderliche Vorgabe" gegeben. Die Systemkosten bei der Maut auf Bundesstraßen würden wohl, so hatte der heutige Verkehrsminister Andreas Scheuer, als er noch parlamentarischer Staatssekretär war, im Bundestag einmal gesagt, 12,5 Prozent betragen. Bei den kalkulierten Einnahmen von 100 Millionen Euro ergibt das 12,5 Millionen Euro. Toll Collect tat nun offenbar alles, um diese von Scheuer unbedacht in die Welt gesetzte Quote irgendwie zu erreichen. Die Vorgabe war "das Maß aller Dinge", wie Enrique S. es gegenüber dem Staatsanwalt ausdrückt. Die Kostenpauschale habe da als "Stellschraube" gedient. Mit den tatsächlichen, intern errechneten Kosten von 2,1 Millionen Euro hatte das nichts mehr zu tun.

Toll Collects Rechtfertigung gegenüber der Staatsanwaltschaft ist verwirrend: Es sei bei den 5,3 Millionen Euro nicht um direkt zuzuordnende Kosten gegangen. Vielmehr habe man mit dem Bund eine Art Preis vereinbart. Dieser sei nicht getäuscht worden. Als Staatssekretär Schulz kurz vor Weihnachten 2017 offiziell im Landeskriminalamt dazu befragt wird, sagt er, es sei um die Gesamtkosten der Maut-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Erweiterung gegangen, nicht um tatsächlich entstandene Kosten. Dass diese laut interner Rechnung von Toll Collect nur 2,1 Millionen betragen, habe er nicht gewusst. Aus seiner Sicht seien die 5,3 Millionen Euro trotzdem "angemessen".

Es ist auch diese Aussage, aufgrund derer Staatsanwalt Kirstein das Verfahren im Februar 2018 einstellt. Was soll er auch machen, wenn nicht mal das potenzielle Betrugsopfer sich betrogen fühlt? "Nach allem", schreibt er an Wedlers Anwalt, "ist der Nachweis eines Betrugs nicht mit der für eine Anklage erforderlichen Sicherheit zu erbringen." Der Betrugsvorwurf ist nun aus der Welt, der Weg frei für die große Einigung im Schiedsgerichtsstreit. Fast zehn Milliarden Euro verlangt der Bund von Toll Collect. Auch das Unternehmen findet, der Bund habe Forderungen zu Unrecht einbehalten. Im Mai dieses Jahres einigt man sich nach 14 Jahren auf einen Vergleich. 3,2 Milliarden Euro, so heißt es, bekommt der Bund von Toll Collect. Scheuer spricht von einem "historischen Durchbruch".

Die Details des Deals sind mal wieder ein Geheimnis. Nach Informationen der ZEIT aber hatten die Parteien sich im Vorfeld des Vergleichs auf eine Fifty-fifty-Regel geeinigt. Von den Forderungen des Bundes wurden die Forderungen von Toll Collect abgezogen. Dann wurde diese Summe einfach durch zwei geteilt, und anschließend wurden noch weitere Posten zugunsten von Toll Collect verrechnet. Das Verkehrsministerium äußert sich auf Nachfrage nicht zu dem Vorgang.

Das Ergebnis: Wirklich bar fließen sollen nur 1,1 Milliarden Euro. Der Rest wird irgendwie verrechnet, mit bisherigen Einbehaltungen und potenziellen Zinsforderungen zum Beispiel. Damit sind alle "Ansprüche abgegolten", auch solche "wegen vorsätzlichen Verhaltens". So steht es in einer Version des Vergleichs kurz vor der Beurkundung im Juli 2018. Die Fassung stammt aus dem Umfeld von Toll Collect, wo man mit der Einigung hochzufrieden ist. Im Klartext bedeutet sie: Wenn jetzt herauskommen sollte, dass Toll Collect noch viel mehr zu Unrecht abgerechnet hat, wären die Konzerne fein raus, und das Geld für den Steuerzahler wäre weg.

Wedler hat nach seinem Ausscheiden bei Toll Collect keinen neuen Job mehr gefunden. Er lebt von Erspartem, doch auch das wird bald aufgebraucht sein. "Meine berufliche Existenz ist zerstört", sagt er. Sein größter Wunsch: wieder zu arbeiten.

Spricht man Verkehrsminister Scheuer auf Toll Collect an, wird er aufbrausend. Dass ein Reporter ihm auf einem Pressetermin in Brandenburg vor laufender Kamera kritische Fragen zu Toll Collect stellt, gefällt ihm nicht. "Sagen Sie mal, wo leben Sie denn?", raunzt er ihn an. Auf die Frage, warum der Minister das Maut-System wieder an Konzerne vergeben wolle, sagt Scheuer: "Es würden sich viele auf der Welt die Finger abschlecken, wenn sie so ein Top-Maut-System haben würden."

Aus technischer Sicht mag das stimmen. Das Maut-System zu entwickeln war komplex. Man kann verstehen, warum der Staat es von Konzernen entwickeln ließ. Nun aber läuft das System zuverlässig, seit fast 14 Jahren. Besonders komplex ist der laufende Betrieb mit rund 600 Mitarbeitern nicht. Er habe sich nach der erfolgreichen Einführung "zu Tode gelangweilt", sagt der frühere Toll-Collect-Chef Bellmer. Warum also will der Staat Toll Collect nach einer kurzen Übergangslösung trotz all dieser Erfahrungen wieder privatisieren? Warum sagt er sich nicht dauerhaft los von den Konzernen, die ihn hintergangen haben?

Die offizielle Version lautet, dass der Betrieb so wirtschaftlicher sei. Das allerdings stimmt wohl nur für die Konzerne, nicht für den Steuerzahler.

Infobox

Zum Ende dieses Monats übernimmt der Bund Toll Collect. Diese Verstaatlichung soll aber nur eine Zwischenlösung sein. Danach soll die Lkw-Maut wieder an Konzerne vergeben werden. Das Verfahren zur Ausschreibung läuft bereits. Es verzögerte sich aber wegen des Streits mit den Altgesellschaftern Telekom und

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Daimler. Nun muss der Bund aus zeitlichen Gründen erst einmal selbst ran. Bekannt ist, dass vier Bieter an der Ausschreibung teilnehmen. Die Namen seien vertraulich, teilt das Verkehrsministerium mit. Als sicher gilt, dass die Telekom sich wieder beworben hat, Daimler dagegen erklärte auf Anfrage, sich nicht an der Neuvergabe zu beteiligen. Weitere Bieter sollen Konzerne aus ganz Europa sein.

Umsetzung: Julian Stahnke, Julius Tröger, Sascha Venohr

Mitarbeit: Jonas Schreijäg

Die ARD hat den Film "Die Maut-Mafia – Ein Insider packt aus" in der Panorama-Sendung am Donnerstagabend (9. August) um 21:45 Uhr gezeigt. Nun ist der Film auf www.panorama.de abrufbar.

Onlineversion:

<https://www.zeit.de/2018/33/toll-collect-lkw-maut-staat/komplettansicht>

Hinter der Geschichte

Nach den ersten Berichten von ZEIT, ZEIT ONLINE und dem ARD Magazin Panorama versuchte Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer angestrengt, eine Debatte um die Lkw-Maut und mögliche Verfehlungen des Managements von Toll Collect zu verhindern. Er selber schwieg, während seine Mitarbeiter über Tage hinweg einseitige Informationen lancierten. Ende August veröffentlichte das Ministerium sogar bis dahin geheime Dokumente auf der Webseite des Ministeriums. Sie sollten belegen, dass Scheuer bei der Maut alles richtig macht. Trotzdem hat der Verkehrsausschuss des Bundestages den Minister am 11. September zu einer Sondersitzung gebeten, wo dieser zu den Vorwürfen Stellung nehmen musste. Außerdem entsendet Scheuer nun einen hohen Beamten ins Toll Collect-Management, um es besser zu kontrollieren.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Zugleich steht auch er selbst unter verschärfter Kontrolle. Bis Ende des Jahres will der Minister entscheiden, welcher Konzern die Lkw-Maut in den kommenden Jahren einzieht.

Aber das letzte Wort ist nicht gesprochen. Der Bundesrechnungshof hat sich nach den Veröffentlichungen von ZEIT, ZEIT ONLINE und Panorama entschieden, den neuen Betreibervertrag und ein finales Wirtschaftlichkeitsgutachten des Ministeriums zu prüfen.

ZEIT und ZEIT ONLINE haben die Ereignisse mit weiteren Berichten begleitet. (9. August: „Ich ahnte, dass eine Bombe tickt“ (<https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-08/lkw-maut-manfred-stolpe-privatisierung-toll-collect>); 11.8. „Eigentlich müsste man da sofort mit Durchsuchungsbeschluss rein“ (<https://www.zeit.de/mobilitaet/2018-08/toll-collect-steuergeld-bund-alexander-eisenkopf-interview>); 22. August: „Mit Vollgas ins nächste Debakel?“ (<https://www.zeit.de/2018/35/toll-collect-privatisierung-andreas-scheuer-kosten>); 12. September: „Auf falscher Spur“ (<https://www.zeit.de/2018/38/lkw-maut-verkehrsminister-andreas-scheuer-gutachten>))

Das Scheingeschäft

Angriff auf die Wissenschaft: Dubiose Unternehmer geben sich als Fachverleger aus und veröffentlichen gegen Geld auch den größten Unsinn als seriöse Studie. Recherchen des SZ-Magazins und des NDR zeigen: Forscher, Firmen und Behörden nutzen dieses System. Sie schaden damit nicht nur ihrer Glaubwürdigkeit – sondern auch der Gesellschaft

Von Patrick Bauer, Till Krause, Katharina Kropshofer, Katrin Langhans und Lorenz Wagner (Text); Felix Ebert, Laura Eßlinger, Jan Schwenkenbecher und Vanessa Wormer (Datenrecherche), SZ-Magazin, 20.07.2018

Wir nennen uns Richard Funden. Dr. Richard Funden. Kurz: R. Funden. Wir ernennen uns zum Mitarbeiter des Klinikums Himmelpforten. Himmelpforten – deutsche Adresse für Briefe an das Christkind. R. Funden hat ein Institut gegründet. Das IFABIR. Institute For Applied Basic Industrial Research. R. Funden hat neben seinem Namen und seinem Institut ein Mittel gegen Krebs erfunden. Eine Tinktur aus Propolis. Bienenharz. R. Funden hat eine Studie dazu geschrieben. Kernsatz seiner These: »Bislang ist kein Fall von Darmkrebs bei Bienen bekannt.«Außerdem, heißt es in R. Fundens Papier, »legt das generelle Wesen der Bienen nahe, dass eine Therapie mit Bienenharz erfolgversprechend ist (siehe Gibbs 2012)«. Gemeint ist Edward Gibbs. Sein Standardwerk heißt Little Bee und ist ein 24 Seiten langes Bilderbuch für Kleinkinder. Die Studie von R. Funden trägt den Titel „Die kombinierten Effekte von Essigsäureethylesterextrakten in Bienenharz auf das Absterben menschlicher Darmkrebszellen“. Doch das Wichtigste ist die Bienenharztinktur »Bio 99 TM«, die am Ende der Studie erwähnt wird und der R. Funden eine fast magische Wirkung in der Krebstherapie zuspricht. R. Funden ist im Besitz der Formel. Leider aber ist er bisher nicht im Besitz eines guten Renommees. Daher möchte R. Funden seine Entdeckung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift veröffentlichen. In einem Verlag, der damit wirbt,

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

dass unabhängige Gutachter jeden Beitrag prüfen. Am 23. März 2018 reicht Funden das Manuskript beim Verlag Omics ein, aufgehübscht mit eilig zusammengebauten Diagrammen, erfundenen Fachbegriffen und Untersuchungsberichten über angeblich geheilte Patienten. Bei Omics erscheinen Arbeiten von Harvard-Professoren, Pharmakonzernen und Forschern großer deutscher Universitäten. Funden bittet um Veröffentlichung im Journal Of Integrative Oncology. Er weiß: Wenn die Studie dort erscheint und seiner Bienenharz-Therapie den Anschein von Seriosität verleiht, könnte aus »Bio 99 TM« ein großes Geschäft werden. R. Funden gibt es nicht wirklich. Er hat ein Twitterprofil und eine Website, aber er wurde nur für diesen Artikel geschaffen. Das war nötig, um Einblicke in eine Welt zu erhalten, von deren Existenz kaum jemand weiß, eine Welt voller Gestalten, die R. Funden ähneln: Wissenschaftler auf Abwegen. Und dubiose Verlage, die in Kauf nehmen, dass ein Gemisch aus Schummelei, Achtlosigkeit und Profitgier aushöhlt, was als Säule des Fortschritts gilt. Wissenschaftliche Publikationen haben eine jahrhundertealte Tradition. Viele Entdeckungen haben ihre erste Bühne in einem akademischen Journal. Wer Professor werden will, muss dort veröffentlichen. Meistens dauert es Monate, bis ein Aufsatz angenommen wird. Nur was andere Wissenschaftler geprüft haben, was neu ist und die Forschung voranbringt, darf erscheinen. »Peer Review « heißt die Begutachtung durch Fachkollegen. Auch da können Fehler passieren, das System ist nicht perfekt, aber die Methode gilt bis heute als Goldstandard der wissenschaftlichen Qualitätskontrolle. Akademische Veröffentlichungen erfüllen eine grundlegende gesellschaftliche Aufgabe. Auf Basis ihrer Studien und Artikel wird Forschung gelenkt und Aufmerksamkeit erzeugt. Werden Gesetze geschrieben und Fördergelder vergeben. Werden Medikamente zugelassen und politische Entscheidungen getroffen. Bisher war das allgemeine Vertrauen in solche Arbeiten groß. Dieses Vertrauen wird gerade verspielt. Ausgerechnet in Zeiten von Fake News, Propaganda und Gegenpropaganda, in denen die Menschen nach Halt und Wahrhaftigkeit suchen, hat ein Teil der Wissenschaftswelt begonnen, sich von der Wirklichkeit abzukoppeln. Ausgerechnet in der Wissenschaft, für viele eine der letzten Bastionen der Glaubwürdigkeit, ist eine Industrie der Irreführung entstanden. Es ist ein Millionenmarkt mit einem einfachen Geschäftsmodell: Betreiber von Internetseiten geben sich als renommierte Wissenschaftsverlage aus und bringen Forscher dazu, bei ihnen zu veröffentlichen oder

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

ihre Konferenzen zu besuchen – gegen Gebühren von bis zu 2000 Euro. Das Problem: Die Beiträge erscheinen oft ohne nennenswerte Prüfung, und so kann dort die Arbeit namhafter Universitäten neben Unfug von Scharlatanen stehen, Verschwörungstheorien neben Werbung. Kritiker haben für diese scheinwissenschaftlichen Verlage einen griffigen Namen gefunden: »Raubverleger«. Deren Ziel ist das Ausplündern ihrer Kunden aus Forschung und Industrie – und sie nehmen dabei in Kauf, dass die Wissenschaft an sich in Mitleidenschaft gezogen wird. Journalistinnen und Journalisten des SZ-Magazins und des Investigativressorts der Süddeutschen Zeitung, des NDR und des WDR haben sich monatelang in der Welt dieser Raubverleger bewegt, Konferenzen in aller Welt besucht und mit Dutzenden Experten gesprochen. Gemeinsam mit internationalen Medien wie dem New Yorker und Le Monde haben wir mehr als 175 000 Publikationen von Raubverlegern ausgewertet, darunter auch Tausende deutsche Autoren, die Artikel in Raubverlagen veröffentlichten. Unsere Recherchen zeigen: Die Fake-Wissenschaft ist längst zu einer relevanten Größe geworden. Nobelpreisträger treten als Redner bei Konferenzen von Raubverlegern auf. Professoren vieler deutscher Universitäten erscheinen auf zweifelhaften Veranstaltungen und veröffentlichen bei Raubverlagen – und verschwenden damit Steuergelder, die eigentlich in Spitzenforschung fließen sollten. Zahlreiche Wissenschaftler der Helmholtz-Gemeinschaft und der Max-Planck-Institute publizieren dort, Forscher der renommierten Fraunhofer-Institute sind mit mehr als hundert Veröffentlichungen vertreten. Beiträge von Beamten deutscher Behörden, die die Wissenschaft kontrollieren sollten, finden sich bei Raubverlegern. Und Pharmakonzerne rühmen auf diesem Weg die Wirksamkeit ihrer Medikamente. Die meisten Autoren haben für die Veröffentlichungen eine Menge Geld bezahlt – viele im Irrglauben, es mit angesehenen Verlagen zu tun zu haben. Doch einige Forscher nehmen die Abkürzung offenbar öfter. Und große Firmen präsentieren ihre hauseigene Forschung bei Pseudo-Verlagen, darunter BMW, Siemens und der Flugzeugbauer Airbus. Bayer hat eine Studie zu Aspirin in einem Fake-Journal veröffentlicht. Mitarbeiter von zwölf der dreißig Unternehmen aus dem Dax haben bei Raubverlegern publiziert oder bei deren Konferenzen gesprochen. Das Geschäft mit der zweifelhaften Wissenschaft missbraucht eine eigentlich gute Idee: »Open Access« heißt das Prinzip. Die alten Machtstrukturen sollten aufgebrochen werden – mithilfe wissenschaftlicher Journale, die genauso streng

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

prüfen wie ihre gedruckten Pendanten, aber kostenlos im Netz zugänglich sind. Das Wissen der Welt sollte nicht mehr nur in elitären Fachzeitschriften gesammelt werden, deren teure Abonnements sich nur Universitäten in reichen Ländern leisten konnten. Bei Open Access zahlen Forscher eine Gebühr für die Prüfung und Veröffentlichung ihrer Arbeit, danach sind ihre Texte kostenlos verfügbar. Von dieser guten Idee erzählte Srinubabu Gedela noch 2017 bereitwillig, als er Journalisten des US-Magazins Bloomberg Businessweek in seinem Büro in der indischen Metro pole Hyderabad empfing. Er erzählte, wie er als junger Doktorand der Medizin zu Diabetes forschen wollte, seine kleine Universität an der Ostküste Indiens aber keine ordentliche Bibliothek hatte. Er, Sohn eines Dorfbauern, groß geworden in einer Lehmhütte, investierte also Monat für Monat 250 Rupien, knapp vier Euro, um mit dem Nachtbus zwölf Stunden lang nach Hyderabad zu fahren, wo es Forschungsinstitute mit neuen Zeitschriften aus der Medizin und Chemie gab. Und als er seinen Doktor hatte, gründete Gedela den Verlag Omics Online Publishing, der heute damit wirbt, 700 wissenschaftliche Journale zu veröffentlichen, in denen pro Jahr rund 50 000 Artikel erscheinen, davon laut Omics vierzig Prozent aus Europa. Unter den fünf Ländern, aus denen die meisten Beiträge kommen, ist Deutschland. Srinubabu Gedela hat viele Unternehmerpreise gewonnen, aber Journalisten empfängt er inzwischen selten. Denn er gilt als einer der Verantwortlichen dafür, dass die eigentlich gute Idee des Open Access oft missbraucht wird. Die US-Verbraucherschutzbehörde FTC wirft Omics »irreführende Praktiken« vor, im August 2016 wurde in den USA ein Verfahren eröffnet: Gedelas Firma täusche Forscher, indem er ihnen vorgaukele, es mit einem seriösen Verlag zu tun zu haben. Tatsächlich ist vieles an seinem Geschäft nur heiße Luft. Gegen Geld veröffentlichen seine Journale fast alles, eine Prüfung durch Gutachter ist oft bestenfalls oberflächlich. Sowohl seine angeblichen Fachzeitschriften als auch die Konferenzen – etwa 3000 im Jahr – werben mit bekannten Wissenschaftlern, die aber teilweise nie zugestimmt haben, mit Omics zusammenzuarbeiten. Kurz: Die FTC hält das Ganze für einen großen Schwindel. Das meint auch der US-Bibliothekar Jeffrey Beall, der den Begriff »predatory publisher« – Raubverleger – erfunden und die »Beall 's List« erstellt hat, auf der er die Namen der schlimmsten Pseudomagazine gesammelt hat. Die Liste ist nicht unumstritten, doch an Omics besteht kaum Zweifel. Beall nannte Omics einen »globalen Parasiten« und die

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

»Schlimmsten der Schlimmen«. Auch wir wollten mit Gedela reden, doch nach einer ersten Zusage meldete er sich nicht mehr. Unser Kollege Shyamlal Yadav vom Indian Express übernahm, er bekam einen Termin, doch als er im 15. Stock des Hightech-Gebäudes in Hyderabad eintraf, war Gedela nicht da. Yadav begann, mit Arbeitern Fragen zu stellen, was dazu führte, dass Gedela sich auf dem Handy meldete: Na schön, am Abend könne man sich treffen. Einen Tag nachdem R. Funden seine angebliche Bienenharz-Sensation bei Omics eingereicht hat, bekommt er Antwort von Natalia Jones, Koordinatorin. Die Telefonnummer in ihrer Mail-Signatur führt zu einer Adresse südlich von San Francisco, ein zweigeschossiges Haus, Wohngebiet. Die Studie werde nun geprüft, schreibt Jones. Und weiter: Omics veranstalte ja viele Konferenzen, R. Funden sei herzlich eingeladen, seine Forschung dort vorzustellen. Für 10 000 Dollar könne Funden auch Förderer des Journal Of Integrative Oncology werden und dürfe sich drei Jahre Mitglied der »Association of Omics International« nennen. Zwei Tage später die nächste Mail: Fundens Artikel sei in der Vorprüfung für gut befunden worden. Er gehe nun an die Gutachter. Fünf Tage nach der Einreichung schickt Omics eine detaillierte Antwort auf die Bienenharz-Studie. Die Gutachter sind demnach beeindruckt von Fundens Nonsens-Artikel. Er zeige »wichtige experimentelle Nachweise für die mögliche Anwendung von ›Bio 99‹ in der Krebstherapie«. Funden müsse noch an der ein oder anderen Stelle nachbessern: Es fehle eine Größenangabe in einer Abbildung, die drei fast identische Kreise zeigt. Und die Gutachter würden fragen – erstaunlich gewissenhaft –, ob Funden die Zustimmung einer Ethikkommission hat. Immerhin werde an Menschen experimentiert. R. Funden ergänzt die Studie mit dem Satz, dass sie »sehr wahrscheinlich mit ethischen Regeln übereinstimmt«. Die Änderungen genügen, am 3. April 2018 wird die Studie angenommen. Dazu die Frage, ob sein Institut nicht Sponsor einer Konferenz werden wolle. Am 9. April schreibt Omics wieder, diesmal in Person von Joseph Marreddy aus London. Googelt man seine Adresse, landet man bei einer Firma, die Büroanschriften verkauft. Marreddy schreibt: »Ihr Artikel ist fertig zur Veröffentlichung. Wir freuen uns, Ihnen mitzuteilen, dass er bald von 25 Millionen Lesern auf der ganzen Welt gesehen wird.« Der Mail ist eine Rechnung angehängt: 1892 Euro, zu zahlen innerhalb einer Woche an eine Bank in Singapur. R. Funden ignoriert die Rechnung. Am nächsten Tag meldet sich das Journal of Integrative Oncology: Man stehe unter dem Druck des Managements. Die Rechnung

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

müsse dringend beglichen werden, dann stehe der Artikel auch schon am Folgetag online. R. Funden reagiert nicht. Tags darauf steht der Artikel dennoch online. R. Funden ist nun angekommen in der Welt der Scheinwissenschaft. Ein Anbieter namens Edelweis, der ein Journal zum Thema Krebs verlegt, möchte wissen, ob Funden für ihn als Redakteur arbeiten möchte. Auch eine Kongress-Organisatorin meldet sich: In Paris finde der »9. Weltkongress zum Thema Brustkrebs« statt. Ob Funden mit seiner Erfahrung nicht das Ganze zu einem großen Erfolg führen wolle? R. Funden kann nun eine wissenschaftliche Veröffentlichung vorweisen, ist Redakteur einer Krebs-Fachzeitschrift und Mitorganisator einer internationalen Brustkrebskonferenz in Paris. Auf den ersten Blick erscheint unser Versuch mit R. Funden wie eine drollige Spielerei. Aber es ist keine. Die Welt der Raubverleger ist bevölkert von Menschen, die sich das Privileg erkaufen, ihre Ideen als seriöse Wissenschaft ausgeben zu können. Im selben Journal wie R. Funden veröffentlichte eine Heilpraktikerin eine Arbeit darüber, wie das Gift des Knollenblätterpilzes Tumore bekämpfen könne. Als das Deutsche Ärzteblatt einige ihrer Annahmen »unbewiesen« nannte, verteidigte sich die Heilpraktikerin in einem Leserbrief und berief sich auf ihre Publikationen in »peer-reviewten« Zeitschriften. Niemand widersprach. Auf Nachfrage sagt sie, dass sie von Raubverlegern nichts wisse, die Zusammenarbeit mit Omics als »ordentlich« empfunden habe und man bei der Entwicklung einer neuen Therapie nun mal auf Gegenwind stoße. Auch andere Anbieter nutzen Raubverlage, um alternative Krebstherapien zu bewerben. Die vor zwei Jahren verstorbene Moderatorin Miriam Pielhau, die schwer an Krebs erkrankt war, setzte ihre letzte Hoffnung in ein Mittel namens GcMAF (siehe Seite 20). Wenn man GcMAF googelt, stößt man schnell auf wissenschaftlich anmutende Studien, erschienen bei Raubverlegern. Eine Expertin, der wir mehr als ein Dutzend dieser Artikel vorlegten, kommt zu dem Schluss, dass sie die Wirksamkeit des Mittels nicht belegen. Das macht das Geschäft mit der angeblichen Wissenschaft so gefährlich: Die Grenzen zwischen Wahrheit und Trug verschwimmen. In traditionelle Bibliotheken würde es ein Raubjournal kaum schaffen, im Internet sind Artikel von renommierten Journalen wie Nature oder dem New England Journal of Medicine und das Journal of Integrative Oncology von Omics nur ein paar Klicks voneinander entfernt. Dabei sollte das Peer Review, das genaue Prüfen von Forschung durch andere Forscher, dafür sorgen, dass der Zugang zu einer wissenschaftlichen

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Veröffentlichung so schmal ist wie ein Nadelöhr. Stattdessen ist er mittlerweile breit wie ein Abflussrohr. Für diese Recherche haben wir gemeinsam mit dem NDR und internationalen Partnermedien bei insgesamt 13 verdächtigen Journalen und Konferenzen Unsinnstexte eingereicht. Zehn wurden ohne große Änderungen angenommen. Drei erkannten den Schwindel – die Firma IISTE schrieb zurück: »Macht lieber etwas Sinnvolles.« Auch bei anderen Journalen bekamen wir Rückmeldung von angeblichen Gutachtern, die allerdings offenbar von dem Thema so wenig Ahnung hatten, dass ihnen nicht auffiel, dass sie es mit Schrott zu tun hatten, der teils sogar nur von Computern verfasst wurde. Vor acht Jahren gingen Experten von rund 50 000 Artikeln bei Raubverlegern aus, heute sollen es mehr als 400 000 sein. Jeffrey Beall, der Raubverleger-Jäger, ging Anfang des Jahres in Ruhestand und führt seine Liste nicht mehr weiter. Im Netz ist sie noch leicht auffindbar. Doch es gibt eine weitere Quelle: Die Analysefirma Cabell's aus Texas hat eine nur für zahlende Kunden zugängliche Liste erstellt, die anhand von 65 Kriterien entscheidet, ob eine Zeitschrift seriös ist. Voriges Jahr hat sie 4000 Raubjournale aufgelistet, dieses Jahr sind es schon 8700. In Hyderabad ist Gedela tatsächlich eingetroffen. Er ist Mitte dreißig, klein, stämmig und ausgesprochen freundlich. Er sagt, dass Leute wie Jeffrey Beall oder die US-Behörde FTC nur die alten Verlage schützen und den Fortschritt bekämpfen wollten. Er schimpft darüber, wie die Beall-Liste ihm geschadet habe. Er sei ein Opfer, kein Täter. Gedela sagt, eigentlich müsste er die FTC wegen Geschäftsschädigung verklagen, auf mindestens 3,1 Milliarden Dollar. Aber weitere Fragen sollen wir doch bitte per E-Mail stellen. Im Gespräch mit den US-Behörden im März dieses Jahres war Gedela auskunftsfreudiger, er stand unter Eid. Die Ermittlungsunterlagen zeichnen von Omics ein desaströses Bild. Von den angeblich mehr als 25 000 Wissenschaftlern, die als Gutachter für Omics-Journale arbeiten sollen, konnte Gedela nur von 380 Forschern eine Bestätigung vorlegen. Für mehr als die Hälfte aller bei Omics veröffentlichten Artikel lieferte er keinen Beleg für Peer-Review-Gutachten, und auch bei den Texten, die angeblich von anderen Wissenschaftlern begutachtet worden waren, fand sich in vielen Fällen nicht mehr als ein Vermerk, dass die Texte ohne Änderungen veröffentlicht werden können. Auch die angebliche Reichweite von Gedelas Journalen schrumpfte nun sehr: Die »Impact-Faktoren«, mit denen die Omics-Journale Werbung machen, seien nicht die weltweit üblichen Maßstäbe zur Bewertung wissenschaftlicher

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Relevanz, sondern »selbst ausgerechnete Zahlen«. Auch gab Gedela zu, dass seine Zeitschriften, anders als behauptet, nicht in den wichtigen Datenbanken von Pubmed, der nationalen medizinischen Bibliothek der USA, geführt werden, obwohl er deren Logo prominent auf seiner Website platziert hatte. Das Geschäft mit Omics-Konferenzen nannten die Ermittler »irreführend«. Immer wieder seien bekannte Forscher unabgesprochen in die Programme geschrieben worden, um andere Wissenschaftler anzulocken. Ein Zeuge wird in den ansonsten nüchtern formulierten Akten mit den Worten zitiert: »Omics! Diese Dreckskerle!« Und doch: Zwischen 2011 und 2017 habe Omics rund fünfzig Millionen Dollar eingenommen. Damit ist Omics einer der erfolgreichsten Raubverlage. Aber der Markt ist längst groß genug geworden, dass auch andere daran verdienen, Wissenschaftler und die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. London, Januar 2018. Die Frau an der Rezeption des Mittelklassehotels am Stadtrand hat den Namen der Konferenz nie gehört: »International Conference on Internet Communication Technologies«... Sie blättert in Belegungsplänen, aber nein, nichts. »Gehen Sie einfach in den ersten Stock, da ist eine Wissenschaftskonferenz. Wird schon Ihre sein.« Am Ende eines langen Gangs sitzt ein Mann hinter einem Klapptisch, darauf liegen Namensschilder und Programmheftchen. Der Mann, rundes Gesicht, Anfang dreißig, die schwarzen Haare zum Pferdeschwanz gebunden, stellt sich als Naheed vor, angeblich Doktorand der Informatik aus Zypern. Naheed heißt, nach allem, was wir wissen, in Wahrheit Bora Ardil, stammt aus der Türkei und ist, zusammen mit seinem Vater Cemal und seiner Schwester Ebru, Betreiber von Waset, einem Veranstalter von vermeintlichen Fachkonferenzen. Verwickelt man »Naheed« in ein Gespräch, wird er nervös. Das Thema seiner Doktorarbeit? Äh, also, alles noch ziemlich am Anfang. Nicht einmal der Name seiner Universität will ihm so schnell einfallen. Die Ardils laden fast jede Woche zu einer Konferenz ein, Singapur, Bali, Stockholm, Rom. Die Waset-Website gleicht einem Reisekatalog, lauter Bilder von Metropolen und Stränden und lauter Titel von wichtig klingenden Zusammenkünften. Bora Adils Aufgabe ist dabei stets die gleiche: An ihm muss vorbei, wer in den Tagungsraum will. Dabei interessiert ihn nur, ob man den Konferenzbeitrag bezahlt hat, 300 Euro für Zuhörer, 400 für Vortragende. Bis ins Jahr 2030 reicht das Programm, Und obwohl ihre Webseite verdächtig dilettantisch aussieht, schaffen es die Ardils wöchentlich, Wissenschaftler auf ihre Konferenzen zu locken. Im Konferenzraum:

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

zugezogene Vorhänge, wässriger Kaffee aus Styroporbechern. Und rund zwanzig Stühle, ziemlich wenig dafür, dass hier laut Programm 34 verschiedene wissenschaftliche Vorträge gehalten werden sollen – über Filmwissenschaft, Informatik, Mathematik. Vorne sitzt ein Student aus Saudi-Arabien, er wirkt aufgeregt und bittet seinen Nebenmann, ein Foto zu machen, sobald er präsentiert. »Für Mama.« Ein Professor aus Indien hält zu Beginn einen Vortrag, in dem er zwanzig Minuten lang Zahlenreihen herunterbetet. Die anwesenden Geisteswissenschaftler blättern in ihren Programmheften: Ist hier was durcheinandergeraten? Sind wir im falschen Raum? Bora Ardil ist nicht mehr zu finden, sein Klappstisch verwaist. Er möchte offenbar nicht gefragt werden, warum hier statt etlicher Fachkonferenzen, mit deren Namen die Angereisten gelockt wurden, eine einzige Allesmöglichekonferenz stattfindet. Waset steht für »World Academy of Science, Engineering and Technology«, aber vielleicht ist es ein kühner Scherz der Ardils, dass sich aus den Buchstaben auch leicht das englische Wort waste bilden lässt, Müll. Üblicherweise haben wissenschaftliche Konferenzen den Zweck, dass sich Forscher aus einem Fachgebiet treffen, um aktuelle Forschung zu präsentieren, darüber zu diskutieren und sich zu vernetzen. Universitäten, aber auch große Unternehmen sind stolz, wenn ein Vortrag ihrer Mitarbeiter bei einer renommierten Konferenz angenommen wurde. Denn das heißt, dass die Forschung relevant genug ist, um einem kundigen Publikum präsentiert zu werden. Doch in London ist der ganze Tag eine Thema verfehlung: Politikwissenschaftlerinnen aus Korea verstehen kein Wort beim Vortrag einer Psychologin aus Singapur. Der saudische Doktorand verschwindet nach Vortrag und Foto schnell. Der indische Professor gibt in der Kaffeepause zu, er habe sich beim Blick in das Programm im Internet schon gedacht, dass das hier wenig bringe. Aber seine Uni zahle die Reise – und sollte nicht jeder Mensch mal in London gewesen sein? Den Rest der Vorträge spart er sich und geht shoppen. Eine junge Doktorandin aus Asien ist so sauer, dass sich ihre Stimme überschlägt, als sie in der Mittagspause erzählt, wie sie hereingelegt wurde: Die Konferenz, bei der sie dachte, sich angemeldet zu haben, heißt ICLS, ein in ihrem Fachgebiet bekanntes Treffen, das dieses Jahr ebenfalls in London stattfindet. »Ich war stolz, dass mein Vortrag angenommen wurde«, sagt sie, und ihr ohnehin schwächlicher Körper scheint mit jedem Satz ein Stück kleiner zu werden. Gelandet ist sie jedoch bei einer Konferenz namens ICLSECE, drei Buchstaben mehr und ohne jede Reputation, so

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

wertvoll wie eine gefälschte Sonnenbrille von Rai Bahn. Die Forscherin ist ehrgeizig, sie hat ein Stipendium für eine angesehene Universität in den USA, und doch hat sie Geld ihrer Uni für eine akademische Täuschung ausgegeben. Was soll sie tun, wenn sie zu Hause nach ihrem Beitrag auf der Konferenz gefragt wird? Gibt sie zu, einem Schwindel aufgefressen zu sein, riskiert sie vielleicht die weitere Förderung ihres Projekts? In kaum einer Branche sind Berufsanfänger so sehr auf ihren Leumund angewiesen wie in der Wissenschaft. Die Doktorandin wird schweigen – und will ihren Namen nicht in diesem Artikel lesen. Doch es sind nicht nur Betrogene und Konferenztouristen nach London gekommen. Zum Abschluss am Nachmittag hält ein Australier einen Vortrag. Er trägt ein schwarzes Poloshirt mit aufgesticktem Firmenlogo und spricht über ein Messverfahren, das die Stabilität von Beton bestimmen könne, »besser als die meisten anderen Verfahren«. Er mache gerade seinen Doktor, aber eigentlich sei er Unternehmer. Das stimmt: Er ist Chef der Firma, die ihren Kunden jenes Messverfahren anbietet, das er präsentiert. »Mit akademischem Hintergrund nehmen mich unsere Kunden ernster«, sagt er, deswegen sei er hier. »Ich kann dann sagen, dass ich unser Verfahren vor internationalem Fachpublikum vorgestellt habe.« Im Publikum befindet sich zu dieser Zeit noch genau ein Zuhörer, ein Franzose, der gegen den Schlaf kämpft. Um zu zeigen, wie einfach man bei einer Waset-Konferenz auftreten und dort unbehelligt Unsinn erzählen kann, haben auch wir uns an diesem Tag in London als Vortragende angemeldet, mit falschen Namen. Niemand bei Waset scheint sich die Vorträge vorher anzuschauen. Solange man die Gebühr bezahlt, kann man präsentieren, was man will. Unser Vortrag mit dem Titel Highly-Available, Collaborative, Trainable Communication: A Policy-Neutral Approach stammt nicht mal von uns. Wir haben im Internet ein Programm namens Scigen entdeckt, das automatisch Texte generiert, die auf den ersten Blick wissenschaftlich wirken, aber nur sinnlose Aneinanderreihungen von Fachbegriffen sind, inklusive Diagrammen ohne Sinn und Zweck. Ausgedacht haben sich diesen Wissenschaftsgenerator ein paar US-Studenten, ein Insiderwitz, um den Jargon der Wissenschaft auf die Schippe zu nehmen. In unserem Vortrag in London sagen wir unter anderem, wir hätten unsere Messungen mit alten Nintendo-Gameboys statt mit Computern durchgeführt. Niemand im Publikum stört sich daran. Am Abend erreicht unsere fiktiven Wissenschaftler eine Mail von Waset. Für unseren Vortrag bekämen wir eine Auszeichnung: Best Presentation Award.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Das Zertifikat ist der Mail schon angefügt. Auf Waset-Konferenzen in Wien, New York oder Berlin zeigt sich ein ähnlich jämmerliches Bild. In Berlin versuchen wir noch einmal, mit Bora Ardil ins Gespräch zu kommen. Wir fragen, was an diesen Konferenzen die Bezeichnung Wissenschaft verdiene. Ardil presst die Lippen zusammen, hebt die Hände, wehrt ab. »Ich werde meine Anwälte einschalten«, sagt er. Er läuft durch den Flur des Hotels, telefoniert und ruft schließlich das Sicherheitspersonal des Hotels. Auf eine schriftliche Anfrage antwortet Waset nicht. Natürlich ist nicht jeder Teilnehmer einer Waset-Konferenz ein Betrüger. Genau wie nicht jede der Studien bei Omics Unsinn ist. Das Problem ist nur: Es fehlt an genauer Prüfung. Das ist etwa so, als würde der TÜV jedem Auto ungesehen eine Plakette erteilen. Viele dieser Autos würden tadellos fahren. Aber manche von ihnen würden viel mehr Schadstoffe ausstoßen als erlaubt. Einige hätten keine Bremsen. Und so gibt jede Firma, jedes Institut, das sich nicht die Mühe macht, genau zu schauen, in was für einen Laden man da sein Geld und seine Forschung steckt, den Raubverlegern Auftrieb. Und jeder, der weiß, was es mit Waset, Omics und anderen Anbietern auf sich hat, und dennoch Arbeiten bei solchen Konferenzen und Journalen einreicht, macht sich erst recht schuldig am Siegeszug der Scheinwissenschaft. Wie tief verwurzelt dieses Problem ist, das zeigt ein Blick in die Daten einiger der bei den bekanntesten Raubverlegern veröffentlichten Artikel und Konferenzbeiträge. Darin finden sich Professoren, Lehrstuhlinhaber, Dekane aus ganz Deutschland. Der Universitätsrektor Bernd Scholz-Reiter von der Universität Bremen hat 13 Mal bei Raubverlegern publiziert, er schreibt auf Anfrage, dass ihm damals die Machenschaften dieser Verlage unbekannt waren und er sie heute verurteile. Selbst Stars der Wissenschaft haben mehrfach bei Raubverlegern veröffentlicht, so wie die Aachener Professoren Günther Schuh und Achim Kampker, bekannt als Entwickler des Elektrotransporters Streetscooter, der Pakete für die Deutsche Post ausfährt. Kampker lässt ausrichten, man sei um Aufklärung bemüht. Schuh sagt, er habe nie von solchen »Fake-Veranstaltungen« wie Waset-Konferenzen gehört. Wenn jemand seinem Institut eine Bühne biete, »nehmen wir die in aller Regel mit«. Das werde sich nun ändern. Und dann ist da noch Peter Nyhuis, Leiter des Instituts für Fabrikanlagen und Logistik an der Universität Hannover und stellvertretender Vorsitzender der wissenschaftlichen Kommission des deutschen Wissenschaftsrates, des mächtigsten wissenschaftspolitischen Beratungsgremiums für Bund und Länder. Nyhuis

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

' Institut ist nach unseren Datenauswertungen unter den deutschen Spitzenreitern, was die Veröffentlichungen bei Raubverlegern angeht. Allein 32 Artikel in Journalen im Rahmen von Waset-Konferenzen aus den Jahren 2009 bis 2016 tragen seinen Namen. Peter Nyhuis war nie auf einer Waset-Konferenz. Aber viele seiner Mitarbeiter, und Nyhuis war oft Co-Autor dessen, was sie dort vorstellten. An einem Junimorgen baten wir Peter Nyhuis um ein allgemeines Interview über wissenschaftliches Publizieren. Nyhuis, äußerst angespannt, äußerst freundlich, merkt aber gleich, worauf wir hinauswollen. Er weiß, dass es um seinen guten Ruf geht. Es ist ihm peinlich. Er sei von einem Kollegen einer anderen Universität auf einen Waset-Beitrag seines Instituts aufmerksam gemacht worden, sagt Nyhuis. »Er hat gesagt: Sind Sie denn des Wahnsinns, dort zu publizieren?« Nyhuis sagt, seine Mitarbeiter und er hätten das Problem abgestellt. Mittlerweile weist er in jedem Vorstellungsgespräch darauf hin, dass Waset tabu sei. 32 Veröffentlichungen, das sind etwa 15 000 Euro Einreichungsgebühren – Steuergelder. Weshalb fiel niemandem auf, dass jede Waset-Konferenz ein Witz ist? Oder war das der Witz daran: dass man bei Waset schnell und unkompliziert publizieren kann? Nein, sagt Nyhuis. Sie seien von Waset getäuscht worden, weil dort nicht wie angegeben Peer Review stattfindet. Natürlich hätten sie dadurch auch selbst etwas vorgetäuscht, aber nicht wissentlich. Nyhuis sagt, das interne Prüfungssystem seines Instituts stelle sicher, dass kein Artikel das Haus verlasse, der es nicht wert sei, veröffentlicht zu werden. Trotzdem: Sein Institut – wie viele andere auch – hat einen unseriösen Veranstalter mit seinem exzellenten Namen geadelt. Der Publikationsdruck ist immens, das wird klar, wenn man Peter Nyhuis zuhört. Bei ihm gelte die alte Faustregel: Zwei deutschsprachige, zwei englischsprachige Veröffentlichungen im Jahr. 2016 haben in Deutschland rund 30 000 Studierende ihre Promotion abgeschlossen. An manchen Instituten werden Doktorarbeiten geschrieben wie am Fließband, und irgendwo sollen die Erkenntnisse ja landen. Es gibt ein Überangebot an Forschung und nur wenige, die Berichte darüber drucken wollen. Diese Marktlücke erkannt und konsequent genutzt zu haben ist die eigentliche unternehmerische Leistung von den Ardils und von Srinubabu Gedela. Haben denn seine Mitarbeiter, die auf einer Waset-Konferenz waren, die anderen danach nicht gewarnt? Es gebe regelmäßig Feedback nach solchen Reisen, sagt Peter Nyhuis. Aber auch renommierte Konferenzen seien immer mal wieder enttäuschend, das sei nicht weiter

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

bemerkenswert. Außerdem sei niemand aus seinem Institut ein zweites Mal zu Waset gefahren. Es sind aber auch aus Hannover immer neue Kollegen nachgekommen. Hat er denn, als das Problem erkannt worden war, je mit Forscherkollegen gesprochen, um sie davor zu bewahren? Vereinzelt schon, sagt Nyhuis. Aber er allein könne ja nicht das Wissenschaftssystem »gesunden«. Das Geschäft von Raubverlegern wie Waset ist auch eines mit der Scham. Der Scham jedes wissenschaftlichen Mitarbeiters, der sich nach einer Konferenz nicht traut, dem Doktorvater zu gestehen, dass Flug, Anmeldung und Übernachtung verschenkt waren. Dass ein eingereichter Artikel ohne Wenn und Aber angenommen worden ist. Dass man den Artikel aus dem Veröffentlichungsverzeichnis streichen müsste. In der Wissenschaftswelt ist Reputation die härteste Währung, und aus Angst, sie zu verspielen, decken viele Forscher lieber ein zweifelhaftes System. Als wir weitere Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler mit unserer Recherche konfrontieren, zeigen sich viele reumütig. Die Helmholtz-Gemeinschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft teilen mit, es handle sich um Einzelfälle, die man bedaure und nun prüfen wolle. Der deutsche Chemie-Nobelpreisträger Robert Huber, der 2017 Jahr Redner auf einer Omics-Konferenz in Rom war, wirkt überrascht. Die Konferenz sei unauffällig gewesen, sagt er. Dass es sich um einen Raubverleger handelt, habe er nicht gewusst. Das Geschäftsmodell solcher Verlage bezeichnet er als »kriminell«. Doch dieses Geschäftsmodell ist längst nicht mehr auf die akademische Welt beschränkt. Von führenden Wissenschaftlern entwickelt – mit diesem Argument bewerben Firmen ihre Produkte sehr gern. Im Herbst 2017 erschien im Journal of Health Care and Prevention bei Omics eine Studie über eines der bekanntesten Medikamente von Bayer: Aspirin. Das Mittel ist nach wie vor lukrativ, doch da andere Hersteller den Wirkstoff von Aspirin oft deutlich billiger anbieten, bringt Bayer leicht variierte Versionen von Aspirin auf den Markt, die teurer sind. Zum Beispiel: »Aspirin plus C«. Das ist nichts anderes als Aspirin mit zugesetztem Vitamin C, aber fast doppelt so teuer. Ob dieses Mittel besser hilft, ist umstritten. Doch in der Omics-Studie steht schon in der Überschrift: »Aspirin plus C« wirke besser gegen Erkältungssymptome. Diese Studie vergleicht »Aspirin plus C« mit einem Placebo, also wirkungslosem Brausewasser. Da ist es wenig überraschend, dass Aspirin, ein anerkannter Wirkstoff, die Symptome der Erkältung besser lindert als Sprudel. Die Frage müsste sein: Hilft das teure Medikament besser als das billigere ohne Vitamin C? Doch das wird nicht untersucht. Martin Hug,

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Pharmazieprofessor an der Universität Freiburg, hat sich die Studie im Auftrag des SZ-Magazins angeschaut. Sein Fazit: »Ob dieses Präparat einen Vorteil gegenüber normalem Aspirin hat, kann aus der vorliegenden Arbeit nicht abgeleitet werden.« Ein seriöses Journal hätte diese Studie wohl kaum angenommen, der Erkenntnisgewinn sei zu gering. Die Stiftung Warentest hat sich ebenfalls mit dem Unterschied zwischen Aspirin und »Aspirin plus C« bei Fieber und Schmerzen befasst – und macht klar: »Der Zusatz von Vitamin C ist überflüssig.« Doch wenn man bei Google nach Studien zur Wirksamkeit von »Aspirin plus C« sucht, taucht der Omics-Aufsatz unter den ersten Treffern auf. Welcher Leser will und kann so eine vermeintlich seriöse Studie genauer prüfen? Bei anderen Produkten geht Bayer noch weiter. Im Februar 2017 veröffentlichte der Pharmakonzern eine Pressemeldung, deren Titel alarmierend klang: »Defizite bei der Mikronährstoffversorgung junger Frauen auch in Deutschland«. Darin wird auf ein »aktuelles wissenschaftliches Review« hingewiesen, das eine »bisher allgemein vorherrschende Überzeugung infrage stellt«, nämlich dass Frauen in der Schwangerschaft durch normales Essen genug Mikronährstoffe aufnehmen. Nein, auch in der westlichen Welt herrsche ein erheblicher Mangel an Folsäure, Vitaminen, Mineralstoffen. Das könne »schwerwiegende Konsequenzen« haben: Das Risiko, eine Fehlgeburt zu erleiden oder ein geistig zurückgebliebenes Kind zu bekommen, sei durch einen solchen Mangel erhöht. Ärzte sollten in der Schwangerschaft Frauen nicht nur die bereits übliche Folsäure empfehlen, sondern auch Tabletten aus Vitaminen und Mineralstoffen. Genannt wird das Produkt »Elevit« von Bayer: Die aktuelle wissenschaftliche Publikation einer Bayer-Forscherin lasse den Schluss zu, dass Frauen von der Einnahme profitieren können. Es gibt schon eine Studie, die eine bestimmte Kombination von Nährstoffen empfiehlt – ebenfalls bei Omics erschienen und von derselben Autorin verfasst. Auch da lautet das Ergebnis, das untersuchte Präparat helfe Frauen in der Schwangerschaft, einen Mangel an Nährstoffen auszugleichen. Zeigt man diese Studie dem Heidelberger Medizinprofessor und Experten für Perinatalmedizin Herbert Fluhr, sagt er: »Wenn Sie etwas verkaufen wollen, sind Schwangere und junge Mütter eine super Zielgruppe. Die sorgen sich um ihr ungeborenes Kind und wollen alles richtig machen.« Die Qualität der Studien schätzt er als gering ein. Problematisch ist für ihn vor allem die Schlussfolgerung: »Nur wenn das Produkt besser wäre als andere Produkte, wäre so eine Studie wissenschaftlich relevant.« Das beworbene Mittel

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

»Elevit« aber sei ein Standardprodukt. Eine Packung mit 90 Tabletten »Elevit« kostet 36 Euro, in der Drogerie findet sich ein fast identisches Mittel für weniger als drei Euro. Bayer gibt auf Nachfrage zu, es gebe bei manchen Verlegern »schwarze Schafe«, verweist aber darauf, dass man nur in wissenschaftlichen Publikationen veröffentliche, »die bei Fachleuten anerkannt sind«. Ob es weiter bei Raubverlegern publizieren werde, erklärt das Unternehmen nicht. Pharmakonzerne scheinen die Raubverleger häufig zu nutzen. Große Firmen wie Pfizer oder Bristol-Myers Squibb veröffentlichen dort Studien. Im August 2016 erschien bei Omics ein Artikel zu einem hoch umstrittenen Arzneimittel: »H.P. Acthar Gel« von der US-Firma Mallinckrodt. Das Mittel wird unter anderem bei Epilepsie von Säuglingen eingesetzt und gilt als eines der teuersten Medikamente der Welt. Viele Forscher sind überzeugt, dass es oft kaum besser wirkt als ein wesentlich günstigeres Produkt der Konkurrenz. Voriges Jahr musste Mallinckrodt wegen Wettbewerbsverzerrung einhundert Millionen Dollar Strafe zahlen. Bei Omics hat ein Berater des Unternehmens eine Studie veröffentlicht, die »H.P. Acthar Gel« eine Wirkung gegen eine Krankheit bescheinigt, für die es ursprünglich gar nicht vorgesehen war: eine Muskelentzündung bei Erwachsenen. Die Firma dränge in neue Märkte, berichtete der Fernsehsender CNN kürzlich. Eine Sprecherin von Mallinckrodt antwortete auf Fragen des SZ-Magazins, dass es Sache der Forscher sei, wo sie ihre Studien veröffentlichen. So wird die Welt des Wissens mithilfe der Raubverleger überflutet von kommerzieller Forschung – von Firmen, die ihre Produkte wissenschaftlich unterfüttern wollen. Ein Vorstand des Think Tanks »ILSI Europe«, der unter anderem von Coca-Cola und Kellogg's finanziert wird, hielt bei einer Omics-Konferenz zum Thema Übergewicht bei Kindern einen Vortrag über ausgewogene Ernährung. Der Tabakkonzern Philip Morris, der von zahlreichen seriösen Konferenzen und Wissenschaftsjournalen ausgeschlossen ist, veröffentlicht bei Waset Studien über die angeblich weniger schädlichen Tabakverdampfer seiner Marke Iqos und lässt seine Forscher auf Omics-Kongressen auf aller Welt sprechen. Philip Morris ließ mehrere E-Mails des SZ-Magazins unbeantwortet. Auch »ILSI Europe« reagierte nicht auf eine Anfrage. Doch auch weniger umstrittene Firmen sind oft bei Raubverlegern zu finden, das zeigen unsere Recherchen. Der Autobauer BMW veröffentlicht Studien über selbstfahrende Autos bei Waset, Siemens-Ingenieure sprechen auf Omics-Konferenzen in Spanien über Beschichtungen für Windräder. Forscher der Firma Framatome –

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Geschäftsgebiet: Sicherheit in Atomkraftwerken – stellen auf einer Waset-Konferenz in Madrid Notfallpläne für Reaktorunfälle vor. Der Flugzeugbauer Airbus veröffentlicht bei Waset Informationen über die Stabilität von Flugzeugkabinen. Die Firmen zeigen solche Vorträge und Publikationen oft in Hochglanzbroschüren und auf ihren Unternehmenswebsites. Auf Nachfrage reagieren die Unternehmen irritiert. BMW schreibt, dass Mitarbeiter künftig von Waset Abstand nehmen sollen. Siemens nannte die Vorgänge »bedauerlich« und überlegt, eine interne Liste anzulegen, welche Verleger künftig tabu sind. Der Pressesprecher von Airbus schreibt, dass ihm das Phänomen der Raubverleger unbekannt sei und man die Veröffentlichungen überprüfe. Die Nuklearfirma Framatome teilt mit, man verbessere die Auswahl der besuchten Konferenzen stetig. Durch Omics und andere Raubverleger sickert eine Mischung aus Unternehmenswerbung, halbgarer Wissenschaft und gefährlichem Halbwissen immer weiter in die Gesellschaft. Mit dem Geld, das auch große Institute und Konzerne in die Veröffentlichung bei Raubverlegern investieren, machen sie das System stabiler. Die Websites von Omics und anderen Anbietern sehen auf den ersten Blick professionell aus, die Journale tragen wohlklingende Namen, die Artikel sind auf den ersten Blick nicht von Aufsätzen in seriösen Fachzeitschriften zu unterscheiden. Doch wissenschaftliche Publikationen sollen nicht nur Kunden überzeugen, eher diese Tablette zu kaufen, dieses Auto oder diese Industrieanlage. Was Forscher publizieren, findet Einzug in den politischen Alltag, auch das zeigen unsere Recherchen. Das Europäische Institut für Klima und Energie, kurz EIKE, gilt als Sammelbecken für Leugner des menschen gemachten Klimawandels. EIKE arbeitet auch mit Leuten zusammen, die von der hoch umstrittenen »CO2 Coalition« unterstützt werden, die wiederum Donald Trump nahesteht. Ihre These: Ein hoher Kohlenstoffdioxid-Ausstoß sei gut für den Planeten. Vizepräsident von EIKE ist Michael Limburg, der zur Bundestagswahl 2017 auf Listenplatz zehn der Brandenburger AfD stand und im Landtag Brandenburg als eingeladener Experte kürzlich wettete, es gebe gar keine Beweise dafür, »dass das menschengemachte CO2 auf irgendeine mysteriöse Weise die Temperatur der Atmosphäre dieses Planeten erwärmt«. Dem SZ-Magazin sagt Limburg: »Die Wissenschaft gibt uns immer, wenn richtig betrieben, die Möglichkeit, den Dingen auf den Grund zu gehen.« Im Internet bewirbt EIKE Studien als »peer-reviewed«, die in Raubjournalen erschienen sind. Dazu gehört eine Arbeit des EIKE-Pressesprechers

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Horst-Joachim Lüdecke, der Ende 2017 auf einer Konferenz in Düsseldorf betonte, eine Veröffentlichung in der Fachwissenschaft sei nicht leicht zu erreichen. »Die Hürden sind sehr hoch.« Allerdings hat Lüdecke 2016 einen Beitrag im Journal of Geography, Environment and Earth Science International veröffentlicht. Auch dort haben wir einen computergenerierten Nonsens-Aufsatz eingereicht. Das Journal meldet sich, wir sollten nur ein paar Änderungen einfügen, der Artikel wurde angenommen. Lüdecke bestreitet auf Anfrage, dass es sich um ein Raubjournal handeln würde, das Peer Review sei »sehr ordentlich« und der Umgang mit dem Journal »ungewöhnlich höflich, fair, sachlich und nett« gewesen. Als wir den Verlag mit unseren Vorwürfen konfrontieren, meldet sich eine Person, die sich Dr. Mondal nennt und die Anschuldigungen zurückweist. Man sei kein Raubverlag, das Peer Review sei vielleicht nicht perfekt, aber man bemühe sich um Transparenz. Wer einen Fehler in einem Artikel findet, könne darüber auf der Website von Sciencedomain diskutieren. Jochem Marotzke, Direktor am Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg, hat sich Lüdeckes Arbeit für das SZ-Magazin angesehen. »Die Arbeit genügt nicht den allerniedrigsten wissenschaftlichen Standards«, sagt Marotzke. »Eine solche Arbeit in diesem Journal zu veröffentlichen, würde für jeden Wissenschaftler einen Bann durch das Max-Planck-Institut bedeuten.«

Parteinahе Institute der AfD verfolgen eine politische Agenda. Doch die Ergebnisse aus zweifelhafter Forschung tauchen auch schon an vielen vertrauenswürdigen Orten auf, an denen sie nichts verloren haben. In einem Bericht der Europäischen Kommission. In Patentanträgen für Medizinprodukte. Und sogar in der Datenbank des Gemeinsamen Bundesausschusses, der darüber entscheidet, ob ein Medikament in Deutschland von der gesetzlichen Krankenkasse bezahlt wird. Pharmafirmen reichen dort Anträge ein, oft Hunderte Seiten lang, mit denen die Wirksamkeit ihrer Medikamente bewiesen werden soll. In diesen Pharma-Dokumenten finden sich viele Bezüge zu Artikeln in Raubjournalen: eine Fußnote hier, ein Zitat dort, eine Erwähnung im Literaturverzeichnis zwischen Artikeln aus den renommiertesten Journalen. Beim Antrag auf Zulassung eines Krebsmedikaments übernahm die einreichende Pharmafirma eine komplette Grafik aus dem Journal of Cancer Science & Therapy von Omics. Das Journal führt den Medizinprofessor Kurt Zänker von der Universität Witten /Herdecke als Chefredakteur. Darauf angesprochen, erklärt Zänker, sein Lebenslauf und sein Bild seien ohne sein Einverständnis dort erschienen. Sicher, keine

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

dieser Studien ist allein ausschlaggebend dafür, ob ein Medikament in Deutschland auf den Markt kommt, ebenso wenig wie ein leicht überschrittener Grenzwert eines Giftstoffes im Trinkwasser zu einem Massensterben führt. Und doch sollte im Trinkwasser kein Giftstoff sein. Und im Umfeld so wichtiger Entscheidungen wie einer Medikamentenzulassung möchte man keine Artikel finden, die bei Raubverlegern erschienen sind, gegen die in den USA wegen Täuschung ermittelt wird. Man wisse von der Gefahr der Raubverleger, schreibt der Gemeinsame Bundesausschuss auf Anfrage. Die genannten Studien seien vorab bei der Bewertung aussortiert worden, da sie die »wissenschaftlichen Kriterien nicht erfüllt haben«. Das Bundesinstitut für Risikobewertung gilt vielen als eine Festung der seriösen Forschung. Seit mehr als 15 Jahren hat das Institut den Auftrag, Lebensmittel, Chemikalien und andere Produkte zu untersuchen und festzustellen, ob und wie sie die Gesundheit gefährden könnten. In einem Glas- und Backsteinbau in Berlin arbeiten 800 Mitarbeiter, etwa die Hälfte von ihnen sind Wissenschaftler. Sie lesen Fachveröffentlichungen und erstellen daraus Gutachten, die an Ministerien weitergeleitet werden, wo über die Zulassung von Produkten, über Grenzwerte und Warnhinweise entschieden wird. Das BfR spielt eine wichtige Rolle dabei, welche Pflanzenschutzmittel in Deutschland erlaubt sind und welche Chemikalien in Waschmitteln enthalten sein dürfen. Dass auf den Schreibtischen der BfR-Forscher auch Veröffentlichungen aus Raubjournalen landen, ist unvermeidbar. Doch sie auszusortieren fällt einigen Mitarbeitern offenbar schwer. So schrieben Gutachter des Instituts im Jahr 2013 eine Stellungnahme über das umstrittene Insektengift Glyphosat, in der ein Artikel im Journal of Environmental & Analytical Toxicology im Mittelpunkt stand – einem Omics-Journal. Auf unsere Nachfrage hin erklärt das BfR, es führe keine Liste mit verdächtigen Publikationen, die für Bewertungen ausgeschlossen sind. Mitarbeiter des BfR haben selbst Artikel bei Omics veröffentlicht und waren zu Gast bei zweifelhaften Konferenzen von Waset und Omics. Das Institut hat bei Omics eine eigene Webseite. Dass dieser Verleger ein Raubverleger ist, schien der Behörde erst durch den Hinweis des SZ-Magazins klarzuwerden. Man werde »rechtliche Möglichkeiten« gegen Omics prüfen, sagt das BfR nun. Doch mit Klagen und Verboten wird man den Verlegern kaum beikommen: Es sind zu viele. Wird ein Journal geschlossen, macht ein neues auf, man braucht dafür nicht viel mehr als einen Computer mit Internetverbindung. Was müsste passieren, damit dieser Schwindel

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

ernst genommen und gestoppt wird? Müsste erst ein Medikament wie das angeblich krebshelende Bienenharz von R. Funden von Behörden durchgewinkt und von Krankenkassen bezahlt werden? Müssten Lügen über den Klimawandel in Gesetzestexten auftauchen? »Es bräuchte neue Regeln, wie Wissenschaft bewertet werden könnte«, sagt die Wissenschaftsaktivistin Debora Weber-Wulff (siehe Interview Seite 13). Um den Raubverlegern die Existenzgrundlage zu entziehen, müsste sich ihre Zielgruppe von ihnen abwenden – die Wissenschaftler. Doch dafür müssten sie sich einer schmerzhaften Erkenntnis stellen: dass gerade sie, die hochgebildeten Forscher, Teil eines Betrugssystems geworden sind. Erst als Opfer – aber im nächsten Schritt auch als Täter, wenn sie schweigen, vertuschen, sich herausreden. Professor Peter Nyhuis aus Hannover hat das Schweigen gebrochen. Er hat angeregt, dass sich der Deutsche Wissenschaftsrat, dessen Mitglied er ist, des Themas Raubverleger annimmt. Dort zeigt man sich aufgeschlossen, wie zu hören ist. Anlass, im Gremium über die Gefahr zu beraten, hätte es längst gegeben: Zwei Wissenschaftler aus diesem Kreis tauchen mit Studien bei zweifelhaften Verlegern auf, drei weitere werden von Raubverlegern als Experten geführt. Ohne ihr Einverständnis, wie sie sagen, als wir sie darauf aufmerksam machen. Unser fiktiver Forscher R. Funden hat derweil viel erreicht. Alle paar Tage bekommt er Einladungen, einen neuen Artikel zu verfassen, auf einer Konferenz zu sprechen oder sich als Redakteur einer Fachzeitschrift registrieren zu lassen. Aber wir möchten mit R. Funden abschließen. Er soll sich aus der Welt der Scheinwissenschaft verabschieden und seinen Aufsatz aus dem Journal of Integrative Oncology zurückziehen. Doch so leicht es ist, Unsinn als Wissenschaft auszugeben, so schwer ist es, diesen Unsinn wieder aus der Welt zu schaffen. Der angebliche Chefredakteur des Journals, ein texanischer Dermatologie-Professor im Ruhestand, reagiert nicht auf unsere E-Mail. Nur Natalia Jones, die Koordinatorin des Journals, meldet sich auf Fundens Bitte, den Artikel aus dem Netz zu nehmen, da er »schlimme Fehler enthält«. Man könne den Artikel nicht so einfach entfernen, schreibt Jones, da er sich bereits »im Druck« befinde. Es gebe aber noch die Möglichkeit, den Artikel zu löschen, schreibt Jones weiter. In diesem Fall würde eine Rückzugsgebühr von 2019 Dollar fällig.

Die Akte Strache

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache war als junger Mann in der Neonazi-Szene unterwegs. Wie tief steckte er wirklich drin? Eine Rekonstruktion.

Von Leila Al-Serori und Oliver Das Gupta, SZ.de, 10.10.2017

Nach wenigen Minuten reicht es Heinz-Christian Strache mit der Fragerei. Vielleicht ahnt er, dass er etwas zu viel erzählt hat. Er rutscht auf seinem Holzstuhl zurück, die Stimme bebzt. "Es ist offensichtlich, dass Sie nur ein Thema interessiert", sagt der FPÖ-Chef und kneift die Augen zusammen. Sein Pressesprecher fährt mit der Hand flach über den Tisch, Schluss jetzt. Das Thema ist heikel, sehr heikel: Straches Zeit in der Neonazi-Szene.

Bis dahin ist die Atmosphäre gelöst. Strache erzählt in der holzvertäfelten Stube eines historischen Innsbrucker Gasthauses aus seiner frühen Jugend. Er sitzt in flaschengrüner Trachtenweste locker auf seinem Stuhl, scherzt. Die Stimmung kippt, als Fragen zu seiner Phase im Milieu kommen. Für den 48-jährigen Strache, der drauf und dran ist nach der Parlamentswahl am 15. Oktober als Vizekanzler in der österreichischen Regierung zu sitzen, sind diese mehr als nur unangenehm.

Vor zehn Jahren gab es dazu einige Enthüllungen in den Medien, meist belegt mit Fotos. Der FPÖ-Chef wackelte, aber er stürzte nicht.

SZ-Recherchen zeigen, wie tief er als junger Erwachsener wirklich drin steckte. Schilderungen von Augenzeugen, Erkenntnisse deutscher Sicherheitsbehörden und Archivmaterial belegen: Strache war über Jahre Bestandteil der Neonazi-Szene und begann parallel dazu seine Karriere in der FPÖ.

Seine Verteidigungslinie an diesem Tag in Innsbruck ist ähnlich wie die Jahre zuvor: Er verdammt den Nationalsozialismus und gleichzeitig Extremismus aller Art. Seine Jahre im Milieu damals: ein Lernprozess. "Ich war ein Suchender, ich habe mir vieles angeschaut", sagt Strache und fährt mit dem Zeigefinger über das weiße Tischtuch. Einen Fehler nennt er diese Erfahrungen nicht, für ihn ist damit alles gesagt. Auch sein Pressesprecher schüttelt den Kopf: Jugendsünden seien das gewesen, harmlos. Bei Nachfragen droht das Gesprächsende.

Mit dieser Taktik hat Strache in Österreich das Thema abgestreift. Er ist heute einer der erfolgreichsten Rechtspopulisten Europas, 2016 schafft er es sogar auf die Titelseite des *Time Magazine*. In zwölf Jahren hat Strache seine "Blauen" mit Dauerwahlkampf zur Volkspartei gemacht, erklärtes Vorbild für die AfD. Bei den Parlamentswahlen könnte die FPÖ 25 Prozent oder mehr holen. Während in Deutschland aufgrund der relativen Neuheit der Partei der Einzug der AfD in den Bundestag mit knapp 13 Prozent Empörung hervorruft, stört sich im Nachbarland kaum jemand daran, dass die FPÖ der kommenden Regierung angehören könnte. Viel zu lange prägen Rechtspopulisten dort schon das politische Tagesgeschäft. Strache wäre der erste Politiker mit Vergangenheit im Neonazi-Milieu, der in Europa mitregiert.

Er selbst spricht von drei Jahren. Seine Biografinnen Claudia Reiterer und Nina Horaczek schreiben dagegen, dass er "in etwa zwischen 1985 und 1992" in der rechtsextremen Szene verkehrte. Anfang der 90er Jahre sei er ein "gefestigter politischer Mensch" gewesen, sagt Heinz-Christian Strache 2006.

Wenn er damals ideologisch angekommen ist, müssen ihn die Jahre vorher entscheidend geprägt haben. Eine Rekonstruktion in elf Kapiteln.

1. Mit der Wiking-Jugend in Fulda

Die letzten Stunden des Jahres 1989 sitzt Heinz-Christian Strache in einem vergitterten Bus der deutschen Polizei. Identitätsfeststellung - gehen darf er vorerst nicht. Es ist kalt, die Situation schmachvoll. Für Strache beginnt das neue Jahrzehnt in Gefangenschaft.

Der 20-jährige Wiener ist den weiten Weg von seiner Heimatstadt ins deutsche Fulda gefahren, mehr als 800 Kilometer mit der Bahn. Seine Freundin ist dabei und ein paar andere Österreicher. Von dort geht es mit dem Auto weiter in östlicher Richtung, nach Simmershausen an der Grenze zur DDR, wo schon ein paar Gleichgesinnte warten - und Dutzende Gegendemonstranten. Die deutsche Wiking-Jugend will hier ihr "Mahnfeuer" abhalten, so geht das seit Jahren an Silvester. Die Organisation steht in der Tradition der Hitler-Jugend, das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz stuft sie als "neonazistisch" ein. 1994 wird die Gruppe verboten.

Gegen 20 Uhr stapfen Strache und seine Kameraden bis zur noch immer gesicherten Grenze zur DDR.

"Wir sind doch auf eurer Seite", versichert die Gruppe den westdeutschen Sicherheitsbeamten. "Die haben sich als Retter Deutschlands aufgespielt", sagt der damalige Polizeieinsatzleiter heute. Spätestens zu diesem Zeitpunkt müssen auch die Österreicher wissen, dass die Veranstaltung der Wiking-Jugend von den Behörden verboten ist - wie auch die Jahre zuvor.

"An dem bis zuletzt geheim gehaltenen Versammlungsort, einem Steinbruch (...) entzündeten etwa 20 Personen Fackeln, sangen Lieder und riefen Parolen in Richtung innerdeutsche Grenze", vermerkt der hessische Verfassungsschutz später. Strache hält auch eine Fackel, die Gruppe singt: "Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt" - die bis 1945 gebräuchliche erste Strophe der Nationalhymne, die auch Österreich und Dänemark zum Teil des Reichs erklärt. Einer bläst "die Fanfare, die eher zitterte als schmetterte", schreibt die *Fuldaer Zeitung*. Auch eine Fahne mit "Runen-Kreuz" ist im Text erwähnt - ein möglicher Hinweis auf die österreichische Neonazi-Gruppe "Volkstreue Außerparlamentarische Opposition" (VAPO). Der damalige Journalist der *Fuldaer Zeitung* vermutet heute, dass die Wiking-Jugend an Silvester ein Event für die Medien kreieren wollte. Bei den Festgenommenen werden vier Schreckschusswaffen und eine Gaspistole sichergestellt, schreibt der Verfassungsschutz Hessen.

"Die Wiking-Jugend hat uns eingeladen, um gegen die Mauer zu demonstrieren. Und ich war immer ganz klar gegen Kommunismus", sagt Strache heute in Innsbruck. Er habe nicht gewusst, worauf er sich einlasse. Erst anschließend habe er recherchiert und für sich beschlossen, er besuche solche Veranstaltungen nicht mehr.

Gegenüber anderen Journalisten hat Strache früher den Wiking-Jugend-Aufmarsch [als humanitäre Aktion gerechtfertigt](#): Man habe "Brotkörbe" über die innerdeutsche Grenze geworfen. Augenzeugen, mit denen die SZ gesprochen hat, können das nicht bestätigen. Auch die Wiking-Jugend beschreibt in ihrer Propaganda-Zeitschrift *Wiking* den "Jahreswechsel an der Zonengrenze": Von "Brotkörben" und dergleichen ist dort nichts zu lesen, dafür von den festgenommenen Kameraden, die Neujahr im Polizeibus, der "Grünen Minna", feiern mussten. Die Wiking-Jugend zählt alle Festgenommenen, also auch die Österreicher, zu ihrer Gruppe, so machen es auch die Polizei und der Verfassungsschutz.

2. Zelten mit der "Volkstreuen Jugend"

Es deutet viel darauf hin, dass Strache schon vor Fulda mit der Wiking-Jugend in Berührung gekommen ist.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre besucht er Zelt- und Skilager in Kärnten. Organisiert werden sie ihm zufolge vom "Familienkreis Volkstreue Jugend". Als radikal habe er die Lager nicht wahrgenommen, sagt Strache. Wer hinter dem "Familienkreis Volkstreue Jugend" steckt, ist unklar. Eine Organisation dieses Namens ist Experten nicht bekannt. Allerdings schmückt sich mit dem Beinamen "Volkstreue Jugend" die Wiking-Jugend, wie mehrere Publikationen der Gruppierung zeigen.

Dass die von ihm in Kärnten besuchten Zeltlager mit der neonazistischen Organisation in Verbindung stehen, räumt Strache nun erstmals im Gespräch mit der SZ ein: "Die Volkstreue Jugend hatte auch den Kontakt zur Wiking-Jugend." Der FPÖ-Chef nennt keine Namen, sagt aber, dass er so von der Veranstaltung in Fulda erfahren habe.

3. In der deutschnationalen Burschenschaft

Schon viel früher dockt Strache an das Umfeld an, das ihn politisch prägen wird. Über einen Freund aus einem Kung-Fu-Kurs kommt er mit 17 Jahren zur Pennalen Burschenschaft Vandalia in Wien. Strache ist begeistert und steigt voll ein, es ist ein Bund fürs Leben. Er vermittelt Neulingen ideologische Inhalte, fungiert als Fechtwart und schlägt Mensuren - rituelle Zweikämpfe – bis heute sind es sieben. Wie es im Jahr 2013 im Vandalen-Heim aussieht, zeigen bislang unveröffentlichte Fotos, die der SZ vorliegen.

Auf einem Bild ist ein schwarzer Stahlhelm zu sehen, der auf einem Totenschädel liegt. Andere Aufnahmen zeigen junge Männer mit klaffenden Schnittwunden, die sie sich beim Fechten zugezogen haben. An der Wand hängt eine schwarz-weiß-rote Reichskriegsflagge aus der deutschen Kaiserzeit, ein Motiv, das auch Neonazis bei Aufmärschen gerne schwenken. Die Vandalia tickt klar deutschnational, in den Farben des 1945 untergegangenen Reichs, und nicht österreichisch Rot-Weiß-Rot.

Über die völkischen Korporierten kommt Strache auch in Kontakt mit dem bekannten Rechtsextremen Norbert Burger, in dessen Tochter Gudrun er sich verliebt. Sie begleitet ihn später nach Fulda.

4. Tumult im Burgtheater

Seinen ersten großen Auftritt hat der noch unbekannte Strache am 4. November 1988, [Fernsehbilder](#) zeigen ihn als wütenden Besucher des Wiener Burgtheaters (*siehe Header*). Schriftsteller Thomas Bernhard feiert an diesem Abend Premiere mit seinem "Heldenplatz", einem kritischen Stück über Österreichs Umgang mit der NS-Zeit. Strache ist damals ein schlaksiger junger Mann mit Popperfrisur, aber klar auf den Videoaufnahmen erkennbar. Er steht auf der Empore, reckt die Faust und brüllt mit anderen jungen Männern zornig Richtung Bühne. Aus dem Parkett schreien Bernhard-Anhänger "Nazi-Goschn" hinauf. Zeitungen schreiben später, dass eine Handvoll "Rechtsradikale" an Karten gekommen sei.

5. Kriegsspiele im Wald

Etwa zur gleichen Zeit entwickelt Strache ein neues Hobby: Gemeinsam mit Kameraden aus der Burschenschafterszene ballert er mit Soft-Guns in einem Waldstück in Kärnten in Kampfmontur herum. Die originalgetreuen Waffen, die Plastikprojekteile und Farbkugeln abfeuern, werden populär, gerade unter jungen Männern. Doch die Spiele haben "politischen" Charakter, wie es einer formuliert, der damals dabei ist. Mit dem späteren FPÖ-Chef kriechen berüchtigte Neonazis durchs Unterholz, unter anderem der spätere NPD-Funktionär Andreas Thierry.

Es entstehen Fotos, einige davon werden 2007 bekannt: Sie zeigen Strache, wie er mit einer Waffe posiert, beim Schlagstocktraining, neben einem Kriegerdenkmal. Solche paramilitärischen Übungen stufen deutsche Sicherheitsbehörden als "Wehrsport" ein. Neonazis sehen "in Wehrsport-Aktivitäten Vorbereitungshandlungen für die von ihnen angestrebte Stunde 'Null', in der sie als 'Avantgarde' ein neues, nationalsozialistisches System errichten wollen", schreibt der Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen.

So ein Denken herrscht wohl auch unter Straches Kampfkameraden. Zwei von ihnen sind damals mit der VAPO verbandelt, einer faschistischen Truppe, die vom Holocaust-Leugner Gottfried Küssel angeführt wird - dieser sitzt heute wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung eine Haftstrafe ab.

Strache wird später die Übungen als harmlose Paintball-Spiele abtun, doch gerade die VAPO setzt damals explizit auf solche Übungen. In der Neonazi-Zeitschrift *W - Die Neue Front* vom September 1990 berichtet die Küssel-Truppe von einer "Übung militärischen Charakters mit Kameraden aus den Gauen Wien und Niederösterreich". Der Einsatz von "Farbkugelpistolen hilft wesentlich zur Erreichung möglichst großer Realität", heißt es in der Neonazi-Zeitschrift, unter den Text ist ein VAPO-Schriftzug samt Runenkreuz gedruckt.

Küssel veranstaltet zwischen 1987 und 1992 Wehrsportübungen nahe dem Ort Langenlois in Niederösterreich. Auch dorthin fährt Strache mindestens einmal. Er habe den Besuch abgebrochen, sagt Strache, die Zustände und Leute als entsetzlich empfunden. Nur Neugierde habe ihn dorthin geführt.

Zwei ehemalige Neonazis, die damals regelmäßig mit Küssel für die Machtübernahme üben, berichten der SZ hingegen, dass bei den Wehrsportübungen "keiner von außen reingekommen" sei, es handelte sich um einen "geschlossenen Zirkel". Als Gast reinschnuppern, sei demnach unmöglich gewesen. "Keine Einladung ohne Empfehlung eines wichtigen Mitglieds", so habe die Formel gelautet.

Das Programm der Küssel-Gruppe ist den beiden Aussteigern zufolge umfangreich: Die ausschließlich männlichen Teilnehmer lernen, wie man sich bei einem Verhör verhält, erhalten Schlagstocktraining und ideologische Schulungen, müssen exerzieren. Manchmal wird auch scharf geschossen. Das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW), die wichtigste Forschungseinrichtung für Rechtsextremismus im Land, bewertet diese Schilderungen als tatsachengetreu.

Die zwei Ex-Neonazis berichten außerdem von damals in der Szene kursierenden "Kauft nicht bei Juden"-Aufklebern, die sie mit Rasierklingen darunter angebracht hätten, um Menschen zu verletzen, die diese wieder entfernen wollten.

6. Bei der DVU in Passau

1990 nehmen deutsche Polizisten Strache erneut vorübergehend fest. In Passau besucht er am 10. März eine Großveranstaltung zum Thema "Wiedervereinigung sofort" der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU), die später mit der NPD fusioniert. Die Zuschauer singen alle drei Strophen des Deutschlandlieds, einer reckt ein Schild in die Höhe, auf dem steht: "Oberschlesien ist und bleibt deutsch." Vorne, unter dem Rednerpult, hat jemand eine Reichskriegsflagge aufgehängt, wie Archivfotos und Berichte in der parteieigenen Zeitung von damals zeigen. Eine Ansprache des britischen Holocaust-Leugners David Irving ist auch in der Nibelungenhalle geplant, wird allerdings von den Behörden untersagt. Bereits im Jahr zuvor besucht Strache eine Veranstaltung Irvings in Wien. Auch da findet die Rede wegen eines Verbots letztlich nicht statt. Dafür spricht ein FPÖ-Politiker über "Österreichs deutsches Bekenntnis".

Der bayerische Verfassungsschutz attestiert der DVU eine "vorwiegend nationalistische Fremdenfeindlichkeit, gelegentlich auch durch eine Vermengung von

Antisemitismus und Antizionismus gekennzeichnet". Außerdem versuche die DVU die Rolle von Hitler-Deutschland im Zweiten Weltkrieg "zu relativieren bzw. zu rechtfertigen".

An die 4000 Menschen kommen nach Passau, wie der deutsche Verfassungsschutz notiert, elf Personen nimmt die Polizei fest. "Ihnen wurde das Mitführen verbotener Gegenstände vorgeworfen", schreibt die SZ damals. Strache ist einer von ihnen. Er soll eine Schreckschusspistole bei sich gehabt haben.

7. Eine Art Doppelleben

Während sich Strache in der Neonazi-Szene bewegt, tritt er 1989 in die FPÖ ein. Als vaterlos aufgewachsenes Einzelkind findet er in der Partei eine Art Familie, sagen Wegbegleiter. Politisch gefällt dem 20-Jährigen der Kurs von Parteichef Jörg Haider. Der Kärntner Landeshauptmann hat Österreich kurz vorher zur "ideologischen Missgeburt" erklärt und damit vor allem Wähler am äußersten rechten Rand angesprochen.

Strache, der zu der Zeit als Zahntechniker arbeitet, wird vom damaligen FPÖ-Funktionär Herbert Güntner in die Partei geholt. Der Zahnarzt ist auch in einer rechten Studentenverbindung, und er weiß, dass Strache mit der Tochter des Rechtsextremisten Norbert Burger liiert ist. Aber von Kontakten zu Neonazis wie Küssel habe er nichts gehört, erzählt er im Gespräch mit der SZ. Als 2007 die Fotos von Straches Wehrsport-Spielchen und seinen Kontakten zur Wiking-Jugend publik werden, sei er unangenehm überrascht gewesen: "Diese Dinge waren für mich mit dem jungen Mann, den ich damals kannte, nicht vereinbar."

Strache nimmt also an martialischen, rechtsextremen Veranstaltungen teil, auf der anderen Seite tritt er vor Parteifreunden höflich, zuverlässig und dankbar auf. Güntner, der damals FPÖ-Chef in Straches Wiener Heimatbezirk Landstraße ist, sieht ihn als politisches Talent und fördert ihn. Beide kritisieren vor allem die Vorherrschaft der Großparteien SPÖ und ÖVP im Land, den Proporz.

Dass Strache sich aus dem Milieu löst, liegt wohl vor allem an seiner Bekanntschaft mit Güntner.

8. Am rechten Rand der FPÖ

Strache ist anfänglich auch in der FPÖ manchen zu rechts, wie ehemalige Parteikollegen bei Treffen in Wien erzählen. Von 1990 bis 1994, als Strache längst in der Partei ist, versucht er auch der FPÖ-Jugendorganisation Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) beizutreten, wird aber abgelehnt. "Strache und andere wollten die Organisation übernehmen, daraus eine ideologische Kaderschmiede machen", sagt Peter Westenthaler heute, der zu diesem Zeitpunkt im Vorstand des RFJ sitzt und sich an Auseinandersetzungen mit dem Jungpolitiker erinnert. Sein RFJ-Kollege und spätere Verteidigungsminister Herbert Scheibner erzählt: "Strache war uns damals zu rechts und hat zu sehr gepoltert."

Ähnliches fällt auch Parteifreunden auf, die selbst rechtsaußen positioniert sind. Der mittlerweile verstorbene FPÖ-Veteran Otto Scrinzi sagt für die Biografie "HC Strache" 2008: "Vom Strache glaube ich, dass er im Grunde ein Nationaler aus Überzeugung ist. Er mag im jugendlichen und pubertären Wallen vielleicht sogar ein bisserl weit rechts gestanden haben." Scrinzi war vor 1945 SA-Sturmführer und Mitarbeiter des Innsbrucker Rasse-Instituts der Nazis.

9. "Ich war nie ein Neonazi"

Nachdem Jörg Haider und seine Anhänger die FPÖ 2005 verlassen haben, ist die Partei am Boden. Heinz-Christian Strache wird Parteiobmann. Zu seiner Aufbauarbeit gehört ein Interviewbuch, in dem er sich über sein Leben ausfragen lässt. Von seiner Zeit in der Neonazi-Szene sagt er nichts.

Wenig später holt ihn die Vergangenheit ein. Fotos der vermeintlichen Wehrsportübungen werden 2007 publik. Die österreichische Presse druckt auch ein Bild, auf dem er im Burschenschaftleraufzug mutmaßlich einen neonazistischen Drei-Finger-Gruß zeigt - den sogenannten Kühnen-Gruß, der in Deutschland verboten ist.

Strache beteuert, er habe lediglich drei Bier bestellt. Vor [laufenden Kameras sagt der FPÖ-Vorsitzende](#): "Ich war nie ein Neonazi und ich bin kein Neonazi."

10. Absolution vom Kanzler

Die Öffentlichkeit in Österreich und auch politische Mitbewerber sind empört - lassen sich aber beruhigen. Maßgeblichen Anteil daran hat der damalige SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer: Er werde niemandem irgendwelche "Jugendtorheiten" ein Leben lang nachtragen, sagt er. Strache erhält Absolution vom obersten Sozialdemokraten. Damit ist die Rücktrittsdebatte beendet.

In Deutschland hätten solche Enthüllungen wohl das Ende einer politischen Karriere bedeutet. Doch in Österreich wird Strache immer erfolgreicher - [obwohl die Partei nach rechtsaußen weit offen ist und dafür in der Kritik steht](#). Wer sich heute unter Österreichern aller politischer Richtungen umhört, stößt vor allem auf eine Meinung: "Das interessiert niemanden mehr."

Weder die Medien noch die politische Konkurrenz thematisieren seine Jahre im rechtsextremen Milieu in diesem Wahlkampf. Eine Koalition mit ihm schließen weder Sebastian Kurz (ÖVP) noch Christian Kern (SPÖ) aus. Da die große Koalition in den vergangenen Jahren mehrfach scheiterte, ist es wohl auch Pragmatismus: Außer mit der FPÖ lässt sich rechnerisch kein anderes Bündnis schmieden.

11. Reue nur vor der Mutter

Dass Strache mit der Verschleierung seiner Vergangenheit erfolgreich ist, liegt auch daran, dass viele Fragen nur einer beantworten kann: er selbst. Doch der FPÖ-Chef bevorzugt es, gewisse Details im Dunkeln zu lassen - oder wie beim SZ-Gespräch in Innsbruck mit dem Interview-Ende zu drohen. Erst als sich die Fragen von den 80er Jahren wegbewegen, lehnt sich Strache in der holzvertäfelten Stube wieder in seinen Stuhl zurück, kommt wieder ins Plaudern.

Dabei bleibt vieles ungeklärt: Wer waren die Männer, mit denen er im Burgtheater von der Empore brüllte? Wie kam er zu Küssels Wehrsportübungen?

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Zerknirscht soll sich Strache nur bei seiner Mutter gezeigt haben, die ein Gespräch mit der SZ ablehnt. Aber 2007, als die ersten Fakten bekannt werden, weinen sie beide, erzählte Marion Strache [der Zeitung Kurier](#): Er sei heute nicht mehr der, der er damals war, sagte sie. "Im Innersten bereut er es."

Liebesgrüße aus Hanoi

Ein Vietnamese beantragt in Deutschland Asyl – dann wird er vom Geheimdienst seines Landes entführt. Ein Jahr später fragen die Ermittler immer noch: Wie konnte so etwas passieren? Ein Agentenkrimi zwischen Berlin und Hanoi

Von Sebastian Erb, Marina Mai, Christina Schmidt, taz am Wochenende,
21.07.2018

Am 1. August 2001 reist ein junger Vietnamese, 25 Jahre alt, nach Deutschland, bezieht ein Einzelzimmer in einem Schulungsheim in der bayerischen Kleinstadt Murnau am Staffelsee und beginnt einen Deutschkurs. Die Bundesrepublik hat ihn dazu eingeladen. Genauer gesagt: der Auslandsgeheimdienst BND.

16 Jahre später, am 23. Juli 2017, bezieht derselbe Mann wieder ein Zimmer in Deutschland, in der Kiez-Pension, Berlin-Friedrichshain. Nur wird er dieses Mal nicht lange bleiben, sondern noch am selben Tag wieder auschecken. Er heißt Quang Dung Vu und ist Mitarbeiter der Hauptabteilung 1 des Ministeriums für öffentliche Sicherheit in Vietnam. Geheimdienst.

Noch am selben Tag verschwindet ein anderer Vietnamese mitten in Berlin. Er heißt Trinh Xuan Thanh und hat vor wenigen Wochen in Deutschland Asyl beantragt. Er selbst sieht sich als Opfer eines Machtkampfes innerhalb der kommunistischen Staatsführung. Die vietnamesische Regierung sagt, er sei korrupt.

Eine gute Woche später taucht Trinh Xuan Thanh wieder auf, im vietnamesischen Staatsfernsehen, abgemagert, wie ein Geist. Er sagt, er sei freiwillig in sein Heimatland zurückgekehrt. Ihm droht die Todesstrafe.

Die Ermittler, die von Deutschland aus nach ihm suchen, sind sich da schon sicher: Er wurde entführt, vom Geheimdienst seines eigenen Landes.

Das ist nun ein Jahr her. Das Auswärtige Amt spricht damals von einem „präzedenzlosen und eklatanten Verstoß gegen deutsches Recht und gegen das Völkerrecht“, zwei Botschaftsmitarbeiter müssen Deutschland verlassen. Schon deutlich leiser wird die strategische Partnerschaft mit Vietnam ausgesetzt, die Entwicklungshilfe heruntergefahren, Vietnamesen mit Diplomatenpass brauchen jetzt ein Visum, um in Deutschland einzureisen.

Die Bundesregierung teilt damals mit, man habe von den Entführungsplänen nichts gewusst, deshalb sei die Sache bedauerlich, aber nicht zu verhindern gewesen. Keine Nachfragen, keine Aufarbeitung im Bundestag.

Es war ein erstaunlich ruhiges Jahr.

Nur die Ermittler setzen bis heute zusammen, was wirklich passiert ist. Ein mutmaßlich beteiligter Mann steht derzeit vor dem Berliner Kammergericht. Er hat die Taten gestanden und wird voraussichtlich kommende Woche verurteilt.

Aber es geht um mehr als um einen Kriminalfall. Vietnamesen in Deutschland fragen sich nun, auf welcher Seite sie eigentlich stehen – manche werden mit dem Tode bedroht. Und bis heute nicht geklärt ist die Frage: Hätten deutsche Behörden die Entführung verhindern können?

Kapitel 1: Ein besonderer Prozess

Frühjahr 2018, Berlin, Kammergericht. Der Generalbundesanwalt hat einen Mann angeklagt, weil er an der Entführung beteiligt gewesen sein soll. Die Anklage wirft ihm vor, drei Autos, die zur Entführung benutzt wurden, angemietet und sich um das Hotelzimmer des mutmaßlichen Anführers gekümmert zu haben. Kleine Taten, die ihre Wucht erst durch einen Zusatz entfalten: „Geheimdienstliche Agententätigkeit“. Und: „Gegen die Bundesrepublik gerichtet“.

Der Mann heißt Long N. H. Er ist 47 Jahre alt und betreibt ein Geldtransferbüro in Prag.

Aber das Gericht will nicht nur herausfinden, was der Angeklagte getan hat. Die zwei Richterinnen und drei Richter des Senats wollen die globale Odyssee der Entführten nachvollziehen. Sie befragen die Zeugen, die beobachtet haben, wie Trinh Xuan Thanh zusammen mit seiner Geliebten, mit der er im Berliner Tiergarten

spazieren ging, um 10.47 Uhr in einen VW-Bus gezerrt wurde. Sie lassen sich von den ermittelnden Polizisten berichten, wie die Entführten in die vietnamesische Botschaft gebracht und dort festgehalten wurden, als die Ermittler längst nach ihnen suchten.

Long N. H., der Angeklagte in Berlin, scheint von all dem nicht viel wahrzunehmen. Mit rundem Rücken sitzt er neben den beiden Dolmetschern, die ihm über einen Kopfhörer simultan ins Vietnamesische übersetzen, was gesagt wird, nicht aber, was gemeint ist. Und so wird einmal selbst die Frage der Richterin, ob er denn nun wirklich gerade während der Verhandlung Kaugummi kauen, zu einem Zwischenspiel, bis er versteht, dass er das Ding ausspucken soll. Und sogar dann guckt er mit diesem leeren Blick, als ginge es gar nicht um ihn.

Geht es ja auch nicht.

Der Prozess ist politisch aufgeladen und er bewegt sich auf unbekanntem Terrain. In den Zuschauerreihen sitzen Mitarbeiter der vietnamesischen Botschaft, die den Prozess genau beobachten. Mit militantem Islamismus kennen sich deutsche Gerichte inzwischen aus. Mit dem vietnamesischen Regime eher nicht.

Deshalb reicht eine simple Frage, um für Aufregung zu sorgen. Die Ehefrau des Entführungsofers ist als Zeugin geladen. Die Richterin fragt: „Hat Ihr Mann irgendetwas erwähnt, wie er zurückgekommen ist nach Vietnam?“ Die Ehefrau schaut vorsichtig nach links, zu ihrem Zeugenbeistand. „Darf ich um eine Unterbrechung bitten?“

Am Morgen war sie von drei Personenschützern begleitet worden, über eine geschützte Treppe direkt in den Sitzungssaal 145a hinein. Eine schmale Frau, sie trägt eine elegante türkisfarbene Jacke und verdeckt ihr Gesicht mit einem Blatt Papier.

Sie berichtet davon, wie ihr Mann Karriere machte, in der Politik und der Wirtschaft, es bis in die Spitze der Bausparte des staatlichen Öl- und Gaskonzerns brachte, zum Vize-Gouverneur einer Provinz. Wie es vor Jahren Vorwürfe gegen ihn gab, es damals aber hieß, er sei unschuldig. Und wie dann die neuen Machthaber die alte Geschichte wieder herausgekratzt hätten.

Sie erzählt, wie sie mit ihren drei Kindern nach Deutschland geflohen war. Wie ihr Mann am 20. August 2016 nachkam. Sie spricht vom zurückgezogenen Leben in

Berlin und der Angst, gefunden zu werden. Trotzdem erreichten sie die Warnungen aus Hanoi. Warnungen, dass Agenten auf sie angesetzt worden seien. Sie hörten, dass Vietnam Deutschland um die Auslieferung gebeten habe. Deshalb beantragt Trinh Xuan Thanh im Mai 2017 politisches Asyl, wenige Wochen vor seiner Entführung. Doch dem langen Arm des autoritären Staates entkommt er nicht.

Nach der kurzen Unterbrechung weigert sich seine Frau, auf die Frage der Richterin zu antworten. Im Saal entbrennt eine Diskussion: Greift hier ihr Zeugnisverweigerungsrecht?

Trinh Xuan Thanks Anwältin schaltet sich ein. Weil er im Verfahren der Nebenkläger ist, darf Petra Schlagenhauf im Saal sprechen: „Mein Mandant sitzt in Vietnam im Knast“, sagt sie. „Wenn ihm Äußerungen zur Verbringung zugeschoben werden könnten, könnte das Repressalien nach sich ziehen!“ Was, wenn der Angeklagte die Informationen nach Vietnam durchsticht, oder sein Verteidiger?

Das Gericht entscheidet: Die Ehefrau muss antworten, ohne Zuschauer im Saal, die Prozessbeteiligten werden zur Geheimhaltung verpflichtet. Als hätten Pflichten und Regeln irgendjemanden zuvor von der Tat abgehalten.

Kapitel 2: Wie man Agenten enttarnt

Die Ermittler hatten Glück. Hätten die Tatzeugen im Tiergarten nicht das Nummernschild des VW-Busses aufgeschrieben und hätte der Mietwagen kein GPS-System gehabt, dann hätte es durchaus sein können, dass die Entführer nie gefunden worden wären.

Aber so kennen die Ermittler der 4. Mordkommission des Berliner Landeskriminalamtes die exakte Route, die das Entführungsfahrzeug gefahren ist. Sie finden so die Hotels, in denen die Agenten abgestiegen sind, zwei davon in unmittelbarer Nähe des Sheraton, wo Trinh Xuan Thanh vier Nächte mit seiner Geliebten verbrachte. Sie können stundenlange Aufnahmen von Überwachungskameras sichten.

Ein kleiner Mann mit Mondgesicht und Halbglatze taucht da öfter auf. Als ein Kriminalbeamter ihn mithilfe einer Google-Bildersuche identifiziert, steht fest: Das war eine Entführung, die ganz oben organisiert wurde.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Der Mann auf den Videos ist Generalleutnant Duong Minh Hung. Der Vize-Geheimdienstchef im Sicherheitsministerium, zwei goldene Sterne auf der Schulterklappe, kam eigens nach Berlin gereist. Und er checkte unter seinem echten Namen ein. Die Entführer fühlten sich sicher.

Ein anderer Entführer wird identifiziert, weil der General geizig war. Das Hotel Berlin, Berlin blockt zur Sicherheit einen Betrag auf Hungs Kreditkarte. Der wird nicht zurückgebucht, ein Fehler. Der General schickt eine Beschwerdemail und gibt für Rückfragen eine Handynummer an.

Mit dieser Nummer ist das Facebook-Profil eines anderen Mannes verknüpft. Die Ermittler jagen den Namen durch die Datenbanken. Treffer. Der Mann ist ein alter Bekannter: Quang Dung Vu, der ehemalige BND-Stipendiat.

2001 hat er gut acht Monate in Deutschland verbracht, 20 Wochen Sprachkurs beim Goethe-Institut kosteten den BND 5.368,57 Euro. Das geht aus Unterlagen des BND und der Ausländerbehörde hervor. Er reiste danach immer wieder nach Deutschland. Heute ist er stellvertretender Leiter der Abteilung „Liaison“, die für die Beziehungen zu ausländischen Nachrichtendiensten zuständig ist. Für die Entführung ist er nicht nur wichtig, weil er Deutsch spricht. Sondern auch, weil er gute Kontakte hat.

Mit all den Telefonverbindungen zwischen den Handys, die bei der Entführung eine Rolle spielten, erstellen die Ermittler ein Schaubild. Das Netzwerk der Entführer.

Allmählich wird den Ermittlern klar, wie viele Personen an dem Komplott beteiligt waren. Sie sehen die Gruppe, die aus Prag anreiste, die aus Paris, die Botschaftsleute, die teils immer noch in Deutschland sind, weil sie Immunität genießen. Schlüsselfiguren sind Quang Dung Vu, der General und ein hochrangiger Geheimagent, dessen Telefonverbindungen nahelegen, dass er die Entführung mit koordiniert haben muss. Bisher wissen die Ermittler über ihn nur, dass er ein Smartphone der Marke Samsung mit Prepaid-SIM-Karte nutzte.

Wer Entführungsoffer von Deutschland nach Vietnam bringen will, steht vor einem Problem: Früher oder später muss er in ein Flugzeug steigen und an Flughäfen werden Passagiere kontrolliert. Den Ermittlern ist klar: Sie müssen den Flug finden.

Aber sie landen erst einmal beim Hotel Borik, das auf einer Anhöhe in Bratislava gelegen ist, der Hauptstadt der Slowakei.

Dorthin fahren drei Tage nach der Tat zwei Autos, ein Range Rover und ein Mercedes Vito. Die Insassen, da sind sich die Ermittler sicher: einige der Entführer und der Entführte. Und dann wird es für die Ermittler schwierig. Vietnamesische Agenten mögen dauernd zwischen verschiedenen Ländern pendeln. Deutsche Polizisten können das nicht. Der Generalbundesanwalt muss Rechtshilfeersuchen stellen, das dauert und gerade im Falle der Slowakei werden sie nur dürftig beantwortet.

Im Hotel Borik findet an dem Mittwoch nach der Entführung eine Runde zusammen, die man in diesem Agentenkrimi nicht besser hätte erfinden können. Gastgeber ist der damalige slowakische Innenminister Robert Kaliňák. Vier Vietnamesen sind dabei, darunter General Hung, der in Berlin die Entführung koordiniert hatte, und ein weiterer 2-Sterne-General aus dem Ministerium. Der Kopf der Delegation heißt To Lam. Es ist der Sicherheitsminister Vietnams, Chef von Polizei und Geheimdiensten höchstpersönlich.

Das Treffen, das hatten taz-Recherchen ergeben, dauerte nur rund 50 Minuten. Es wurde erst ein oder zwei Tage vorher angesetzt und war ein guter Vorwand für die Vietnamesen, um ihre slowakischen Freunde nach einem Flugzeug zu fragen. Acht weitere Vietnamesen stoßen zur Gruppe, darunter Quang Dung Vu, der BND-Stipendiat. Eine Gruppe von Entführern auf dem Weg nach Hause.

Die Gäste haben nicht einmal Zeit für den Nachtisch. Der A319 nach Moskau wartet am VIP-Terminal des Flughafens. Um 14.46 Uhr hebt Flug SSG004 ab, zwölf Passagiere sind an Bord, alle haben Diplomatenvpässe. Einer davon, da sind sich die Ermittler sicher, ist der Entführte Trinh Xuan Thanh. Natürlich nicht unter seinem echten Namen.

Damit ist klar: Ein EU-Partnerland ist in die Entführung eines Asylbewerbers aus Deutschland verstrickt. Als dieser Verdacht Ende April aufkommt, verspricht der slowakische Ministerpräsident Peter Pellegrini Bundeskanzlerin Merkel, alles aufzuklären. Seitdem hat man von ihm nicht mehr viel gehört.

Unklar ist den Ermittlern, wie der Entführte von Moskau weiter nach Vietnam kam. Anfang August 2017 beauftragen sie die BKA-Verbindungsbeamtin, herauszufinden, ob der Entführte an Bord einer bestimmten Maschine war. Vietnam Airlines, Flugnummer VN64, Abflug vom Flughafen Moskau-Domodedowo am 27. Juli um 19 Uhr.

Die Verbindungsbeamtin fragt beim russischen Geheimdienst FSB nach und meldet drei Monate später nach Deutschland: Sie habe keine Antwort bekommen und da sie nicht davon ausgehe, dass eine kommt, habe sie auch nicht weiter nach.

Kapitel 3: Kommunisten und Volksverräter

Im Minutentakt zählt er mit, wie die Nachricht aus Berlin ihr Publikum findet. Die Verhandlung ist am Mittag unterbrochen und der Journalist Trung Khoa Le nutzt die Zeit, um ein Video aufzunehmen: Der Angeklagte hat seine Mittäterschaft gestanden, das erklärt Le nun im Detail, die Kamera wackelt. Er postet es auf Facebook. Stunden später werden es fast 50.000 Vietnamesen gesehen haben. Le grinst. Aber so grinst er auch, wenn er von den Morddrohungen gegen ihn spricht.

Trung Khoa Le ist einer der wichtigsten vietnamesischen Journalisten in Deutschland. In seiner Heimat herrscht Medienzensur, in der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ steht Vietnam auf Platz 175 von 180. Seine Seite, Thoibao.de, ist dort nur über Umwege zu erreichen. Im vergangenen Sommer war er der erste Journalist, der von der Entführung berichtete. Weltweit.

Bis 2016 war Trung Khoa Le das, was man linientreu nennt. Wenn die Botschaft bei ihm anrief und bat, seine Artikel zu ändern, tat er das.

Vor einem Jahr hatte er über den Besuch des vietnamesischen Premierministers Nguyen Xuan Phuc auf dem G20-Gipfel in Hamburg nicht in dem patriotischen Ton berichtet, den Hanoi wünschte. Trung Khoa Le erhielt Todesdrohungen und ging zur Polizei. Anschließend schoss er ein Foto von sich und seinem deutschen Presseausweis vor dem Polizeigebäude und stellte das auf seine Website. Die Botschaft: Ich bin ein deutscher Journalist. Hier ist nicht Vietnam.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Seit Trung Khoa Le über die Entführung berichtet, ruft die Botschaft nicht mehr bei ihm an. Die Staatskonzerne, die bei ihm Anzeigen geschaltet hatten, auch nicht. Die einen nennen ihn nun Volksverräter, andere bitten ihn um ein Selfie, als sei er ein Star.

Es ist eng in der Diaspora. Die Herkunft aus der gleichen Provinz, dem Norden oder Süden des Landes strukturiert auch hierzulande die Community. Und die Nähe zum Regime. Diplomaten sind Ehrengäste bei Familienfeiern oder Vereinsfesten, sie sind es, die ihre Landsleute mit lukrativen Aufträgen versorgen.

Nur will die nicht mehr jeder haben. Ein Mann erzählt der taz, dass die Botschaft ihn als Reiseleiter für eine Polizeidelegation beauftragen wollte, er aber ablehnte, aus Angst, in dubiose Machenschaften verwickelt zu werden. Ein anderer meldete sich gleich nach der Entführung bei der Polizei und erzählte, wie ihn ein Bekannter aus der Botschaft gebeten hatte, das Gepäck einer erkrankten Vietnamesin aus einem Hotel abzuholen. Es war das der entführten Geliebten, die noch am Abend mit einem Linienflug nach Hanoi gebracht wurde. Eine Aussage gegen einen Diplomaten – noch vor Monaten undenkbar.

Es sind fast nur Vietnamesen, die diese Verschiebung der Loyalitäten im Gerichtssaal verfolgen. In der einen Zuschauerreihe sitzen Mitarbeiter der Botschaft, zwei Männer staatlicher Nachrichtenagenturen, gelegentlich Angehörige des Angeklagten. „Kommunisten“ werden sie von denen in der anderen Sitzreihe genannt, den Oppositionellen. Das sind die „Volksverräter“. Trung Khoa Le sitzt vorne bei den Journalisten.

Ende Juni geht ein Hinweis bei der Berliner Polizei ein. Anonym. Schon wieder soll ein Komplott geplant sein: Der Journalist Trung Khoa Le soll verschwinden. Vergiftet werden vielleicht oder überfahren.

Der taz sagt die Polizei, es gebe kein erhöhtes Sicherheitsrisiko für Vietnamesen in Deutschland. Trung Khoa Le aber bitten sie zum Gespräch und schreiben ihm eine Telefonnummer auf. Die soll er anrufen, wenn ihm etwas auffällt. Oder er sich bedroht fühlt.

Kapitel 4: Was wussten die Deutschen?

Ein ausländischer Geheimdienst entführt einen Mann – und niemand will etwas von den Vorbereitungen gemerkt haben. Recherchiert man in Ministerien, bei Geheimdiensten, in Ermittlungsakten und Polizeiberichten, drängt sich ein anderes Bild auf. Die vietnamesische Regierung hat die deutschen Behörden und sogar deutsche Minister vor der Entführung so sehr bedrängt, Trinh Xuan Thanh auszuliefern, dass den Behörden deutlich werden musste: Sie wollen den Mann um jeden Preis.

Herbst 2016, Trinh Xuan Thanh ist aus Vietnam geflohen. Um ihn zu suchen, schickt die Regierung Polizisten der Fahndungsabteilung C52 nach Europa. Sie suchen in Prag nach ihm, in Deutschland. Zwei Beamte des Sicherheitsministeriums reisen nach Berlin, „um die Botschaft zu unterstützen“, heißt es in einem Schreiben der Bundespolizei an das LKA aus diesem Jahr.

In Hanoi bestellt das Sicherheitsministerium im September 2016 den Verbindungsbeamten der Bundespolizei ein, dreimal. Er bekommt einen Brief überreicht, adressiert an den deutschen Innenminister. Darin: Ein Fahndungs- und Auslieferungsersuchen. Der Bundespolizist gibt es an das BKA weiter. Später erhält der BKA-Präsident persönlich einen Anruf aus Hanoi. Zu diesem Zeitpunkt ist Trinh Xuan Thanh bereits über Interpol zur internationalen Fahndung ausgeschrieben.

Wieder kommen Delegationen nach Deutschland. Am 13. September 2016 werden die Vietnamesen im Bundespolizeipräsidium in Potsdam vorgestellt, ein weiteres Mal am 22. September. Die Vietnamesen sagen, sie würden die Kosten für die Rückführung übernehmen.

Der vietnamesische Ministerpräsident schickt einen Brief an Angela Merkel. Die Bundeskanzlerin verweist in ihrer Antwort auf die unabhängige Justiz, die über die Auslieferung zu entscheiden habe. Später wird sie vom Ministerpräsidenten persönlich auf die Sache angesprochen, Anfang Juli, am Rande des G20-Gipfels in Hamburg.

Die zuständigen Stellen in Deutschland haben längst die Brisanz des Falles erkannt. Sie halten es für möglich, dass Trinh Xuan Thanh ein politischer Prozess droht. Das Auslieferungsersuchen war formal nicht vollständig, der Vorwurf nur vage beschrieben: Trinh Xuan Thanh soll als Chef des Staatsunternehmens einen Verlust von

130 Millionen Euro erwirtschaftet haben. Der Haftbefehl ist nicht einmal von einem Richter unterschrieben.

Die Behörden entscheiden deshalb, den Gesuchten nicht festzunehmen. Er wird lediglich zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben. Um überhaupt herauszufinden, wo er wohnt.

Die Vietnamesen lassen nicht locker: Sie weisen auf mutmaßliche Aufenthaltsorte hin, schicken deutsche Mobilnummern und das Foto eines Autokennzeichens, das zu ihm führen soll.

„Im Nachhinein“, so sagte es ein Beamter des BKA-Referats Interpol-Personenfahndung vor Gericht, „verwunderte uns das schon.“ So viel Detailwissen, so aufwendig zusammengetragen. Geheimdienstarbeit.

Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Vietnamesen offen gesagt haben: Wenn ihr Trinh Xuan Thanh nicht ausliefert, entführen wir ihn. Aber es gab Gerüchte. Hat irgendjemand in Erwägung gezogen, dass man den Asylbewerber schützen müsste? Das Auswärtige Amt, das Innenministerium, der Verfassungsschutz und der BND schweigen sich dazu aus. Aus Sicherheitskreisen ist lediglich zu hören, dass der Verfassungsschutz, der für die Spionageabwehr im Inland zuständig ist, vom BND nicht informiert wurde. Ihm wurde nicht mitgeteilt, dass namentlich bekannte Geheimagenten nach Deutschland reisten. Aber dass ein ausländischer Geheimdienst sich so eine Aktion traut, habe ohnehin niemand geahnt.

Dabei gibt es Hinweise, dass der vietnamesische Geheimdienst schon mehrfach im Ausland Landsleute entführt hat. Aber das war in Südostasien, weit weg. Eine Entführung durch einen ausländischen Geheimdienst in Deutschland – so ein Fall war zuletzt am Ende des Kalten Kriegs bekannt geworden.

Deutschland und Vietnam verbindet eine Beziehung, die die einen pragmatisch nennen, die anderen gut. 2011 vereinbarten Bundeskanzlerin Merkel und der damalige vietnamesische Premierminister eine strategische Partnerschaft. Die Justizministerien arbeiteten eng zusammen, regelmäßig besuchen deutsche Delegationen Vietnam und andersherum. Und nicht zu vergessen: Es war das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, dass den Vietnamesen bis 1989 half, ihren Geheimdienst zu modernisieren.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Vietnam, das ist der Anker des Westens in dieser Region. Für deutsche und amerikanische Dienste ist es wichtig, die Beziehung zu Hanoi zu pflegen, um so mehr über China zu erfahren. Wichtiger vielleicht noch als eine diplomatische Kränkung. Und das Schicksal eines Flüchtlings.

So kommt wieder Quang Dung Vu ins Spiel, der Geheimdienstmitarbeiter, der den Sprachkurs in Deutschland besucht hatte. Immer wieder bietet Deutschland Kurse für Sicherheitskräfte aus Staaten an, in denen Recht und Sicherheit noch ausbaufähig sind. Ausbildungshilfe heißt das dann. Nur profitiert von solchen Beziehungen nie nur eine Seite.

Für April 2017 beantragt Quang Dung Vu ein Visum für Deutschland. Als Referenz führt er eine BND-Mitarbeiterin in Hanoi an. Sein Reisezweck: „Gespräch mit Vizepräsident des BND“. Ein Termin ganz oben.

Auch ein weiterer Mann wurde von Deutschland ausgebildet: Thanh Hai Le, er ist der Verbindungsbeamte der vietnamesischen Polizei in Berlin, also der Ansprechpartner für deutsche Behörden. 2012 war er als Teilnehmer am BKA-Stipendiatenprogramm in Berlin. Das Programm umfasst Sprachkurse, Workshops, Praktika. Kosten, laut Innenministerium: mehr als 22.000 Euro.

Auch Thanh Hai Le hatte seine Kontakte genutzt. Er war es, der 2016 Fahndungshinweise an die deutschen Behörden weitergeleitet hatte. Er war es, der bei der Bundespolizei vorstellig wurde. Als alles nichts hilft, steigt er am 25. Juli, zwei Tage nach der Entführung, in seinen blauen Passat, Diplomatenkennzeichen 0-147-15, und fährt mit Quang Dung Vu und den anderen in der Wagenkolonne, mit der vermutlich das Entführungsoffer nach Brünn in Tschechien gebracht wird, von wo es dann weitergeht in die Slowakei.

Zwei Monate nach der Entführung teilte der BND auf Anfrage des BKA mit: Es lägen „keine gerichtsverwertbaren Erkenntnisse“ zur politischen Verfolgung von Trinh Xuan Thanh vor. Ebenso wenig Angaben zu seiner politischen Funktion, seiner Zugehörigkeit zu politischen Lagern, dem Vorgehen der Parteiführung gegen politische Gegner sowie zu seinem Strafverfahren in Vietnam. Nichts.

Der BKA-Stipendiat Thanh Hai Le lebt nach wie vor in Berlin. Er genießt diplomatische Immunität. Und Quang Dung Vu ist heute immer noch der Ansprechpartner für den Bundesnachrichtendienst in Hanoi.

Kapitel 5: Der Deal

Am frühen Morgen des 29. Juli, sechs Tage nach der Entführung, besucht eine ungewöhnlich große Entourage Zelle 12 im Straflager B14 in Hanoi. Ein General aus dem Ministerium für öffentliche Sicherheit ist gekommen, ein Mann aus der Anstaltsleitung begleitet ihn, mehrere Wachleute und ein Gefängnisarzt. Sie wollen zu Trinh Xuan Thanh. Daran erinnert sich Nguyen Van Dai, ein Menschenrechtsanwalt, der ein paar Zellen weiter saß und vor einigen Wochen nach Deutschland ausreisen durfte. In einem Café nahe Frankfurt am Main erzählt er von seiner Haft.

Im Straflager darf jeder Häftling einmal im Monat Besuch empfangen. Die Gespräche werden überwacht. Die meisten Insassen lesen Bücher, rennen stundenlang auf der Stelle, um sich fit zu halten. Raus aus den Zellen dürfen sie nur, wenn die Ermittler Fragen haben. Immer die gleichen. Stundenlang.

Trotzdem spricht sich schnell rum, wie prominent der neue Insasse ist.

Sind gerade keine Wärter in der Nähe, unterhalten sich die Häftlinge über ihre Fenster, von Zelle zu Zelle. Stille Post. Trinh Xuan Thanh reagiert nicht, als der Menschenrechtler Nguyen Van Dai versucht, ihn anzusprechen.

Trinh Xuan Thanh's Prozesse in Vietnam sind inzwischen abgeschlossen, zweimal lebenslänglich. Das Auswärtige Amt hatte verlangt, dass er nicht zum Tode verurteilt wird. Die Berufung hat er im Mai zurückgezogen. Weil er keine Hoffnung auf ein faires Verfahren habe, sagt seine deutsche Anwältin. Und womöglich auch, weil längst feststeht, dass über seine Freiheit nicht im Gerichtssaal entschieden wird.

Ende Juni kommt der Handelsrat der vietnamesischen Botschaft am Rande einer Veranstaltung in Berlin ins Plaudern. Es gebe doch längst eine Vereinbarung zwischen beiden Regierungen, sagt er, seit Dezember 2017. Darüber, wie sich die Beziehungen normalisieren sollen. Deutschland hatte stets betont, Trinh Xuan Thanh müsse dafür freikommen. Auf die Frage nach einem Deal schweigt das Auswärtige Amt.

Wenn Trinh Xuan Thanh frei ist, könnte endlich das Freihandelsabkommen mit der EU in Kraft treten, das Vietnam so wichtig ist.

Er kann jederzeit nach Deutschland einreisen. Am 5. Dezember 2017, ein knappes halbes Jahr nach der Entführung, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ihm Asyl gewährt.

Sebastian Erb, 34, ist Redakteur der taz am Wochenende.

Marina Mai, 57, ist freie Journalistin.

Christina Schmidt, 32, ist Reporterin der taz.

Wir reichen hiermit die drei Texte aus der ZEIT/ZEITmagazin ein, die sich mit den Vorwürfen gegen den Regisseur Dieter Wedel befassen. Die erste Geschichte „Im Zwi-licht“ von Jana Simon und Annabel Wahba erschien im ZEITmagazin. Da sich nach der Veröffentlichung immer mehr Frauen bei den beiden Autorinnen meldeten, entstand dar-aus das Dossier „Der Schattenmann“ unter Beteiligung weiterer Autoren und anschlie-ßend der dritte Text „Das System“.

Im Zwielight

Mehrere Frauen beschuldigen den Regisseur Dieter Wedel. Es geht um Übergriffe bis hin zur sexuellen Nötigung und um Machtstrukturen in der Filmbranche. Wedel weist alle Vorwürfe zurück

Von Annabel Wahba und Jana Simon , ZEITmagazin, 04.01.2018

Vor wenigen Wochen stand eine Meldung in vielen deutschen Zeitungen. Unter der Überschrift »sexuelle Belästigung« meldete sich der bekannte Regisseur Dieter Wedel zu Wort: »Auch Männer sind Übergriffen ausgesetzt«, sagte er. »Als ich ans Theater kam, wurde ich immer für schwul gehalten. Homosexuelle Regisseure und Schauspieler haben mich mächtig unter Druck gesetzt. Aber ich habe nicht nachgegeben. Und ich bin auch nicht gebrochen worden.«

Dieter Wedel drehte bis vor ein paar Jahren erfolgreiche Fernsehmehrteiler wie etwa *Die Affäre Semmeling*, *Der Schattenmann* und *Gier*. Mitte November feierte er seinen 75. Geburtstag, auch darüber berichteten die Medien. Jene jüngste Meldung hätte eine unter vielen in der derzeitigen Debatte über sexuelle Belästigung bleiben können. Für drei Frauen war diese Wortmeldung Wedels eine zu viel. Sie fühlten sich verhöhnt: Ausgerechnet Dieter Wedel stellt sich als Opfer von sexuellen Übergriffen dar. Deshalb

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

rangen sich die ehemaligen Schauspielerinnen Jany Tempel und Patricia Thielemann nach langem Zögern dazu durch, öffentlich über ihre Erinnerungen an den Regisseur zu sprechen. Sie gaben eidesstattliche Versicherungen zu ihren Schilderungen ab. Eine weitere Frau berichtet hier anonym.

Auch drei ehemalige Mitarbeiter von Dieter Wedel sprechen, unabhängig von den Frauen, darüber, wie sie seinen Umgang mit Schauspielerinnen erlebt haben. Es ist das erste Mal in der Debatte um sexuelle Übergriffe, dass in Deutschland Frauen öffentlich einen Namen nennen. Ihre Schilderungen sind sehr unterschiedlich, in einem Fall reicht der Vorwurf bis zum erzwungenen Sex. Alle drei Frauen waren, als sie auf Wedel trafen, junge Schauspielerinnen, die noch am Anfang ihres Berufslebens standen. Und alle beschäftigen ihre Erinnerungen bis heute.

Dieter Wedel selbst lehnte ein Treffen mit dem *ZEITmagazin* ab. Mit den Vorwürfen schriftlich konfrontiert, gab er schließlich eine umfangreiche Erklärung in Form einer eidesstattlichen Versicherung ab. Er habe Frauen nicht physisch bedrängt oder belästigt oder gar versucht, sie in irgendeiner Form zu sexuellen Handlungen zu zwingen, schreibt er. Sein Anwalt droht dem *ZEITmagazin*, falls es über die Vorwürfe der Frauen berichten werde, mit einer Klage und Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe.

Dieter Wedel leitet seit drei Jahren ein erfolgreiches Theaterfestival in Bad Hersfeld. Er hat sechs Kinder mit sechs verschiedenen Frauen. In der Öffentlichkeit spricht er gern über seine erotischen Abenteuer mit Darstellerinnen und gibt Einblicke in die einstige Dreiecksbeziehung mit seiner langjährigen »Hauptfrau« und seiner 34 Jahre jüngeren Freundin. Auch das Ende dieser Ménage-à-trois 2012 wurde von ihm in Interviews kommentiert. Dass er ein Opfer von Übergriffen männlicher Kollegen sein soll, ist eine überraschende Wendung.

Und nicht nur das, in einem Gespräch mit dem Radiosender Hitradio FFH am 22. November letzten Jahres sagt er: »Schauspielerinnen sind unter einem großen Druck. Sie können die Julia nicht mit 30 spielen, die müssen sie mit 25 spielen. Und plötzlich

ist da einer, und der kann ihnen die Julia geben. Aber sie müssen ein bisschen lieb sein. Furchtbar. Widerlich. Schrecklich.«

»Wie absurd«, dachte Jany Tempel, als sie die Meldung über Dieter Wedel las. Tempel war Anfang der neunziger Jahre Moderatorin beim Jugendmagazin *Telewischen* des DFF, des Nachfolgers des DDR-Fernsehens, später hat sie einige größere und kleinere Rollen in Fernsehserien gespielt, mit 30 wurde sie kurzzeitig Kommissarin im Frankfurter *Tatort*.

Wenn sie in ihrer Berliner Wohnung von jenem Tag mit Wedel erzählt, zieht sie die langen Ärmel ihres Wollpullovers über ihre Hände, als sei ihr kalt. Tempel wuchs bei Adoptiveltern im Voralpenland auf. Sie ist jetzt 48 und hat lange dunkle Locken. In ihrer Wohnküche steht Foto-Equipment an der Wand, heute arbeitet sie hinter der Kamera, sie ist Fotografin, schreibt Drehbücher und wurde für ihren Debütfilm als Regisseurin beim Max-Ophüls-Festival in Saarbrücken mit einem Preis ausgezeichnet. Vor Kurzem hat sie zusätzlich eine Ausbildung zur Beratung und Begleitung von Psychiatrie-Patienten gemacht. Dass sie vor vielen Jahren mit der Schauspielerei aufgehört habe, liege unter anderem an jenem Tag mit Dieter Wedel, sagt sie.

Als er sie über ihre Agentin 1996 zu einem Vorsprechen einlud, war das für die damals 27-Jährige der Augenblick, auf den sie lange gewartet hatte. Wedel suchte Darsteller für seinen Fernsehreihe *Der König von St. Pauli*, die fiktive Geschichte über ein Striplokal an der Hamburger Herbertstraße. Jany Tempel hatte Gerüchte über Wedels sexuelle Annäherungsversuche gegenüber Schauspielerinnen gehört, aber ihre Hoffnung, besetzt zu werden, überwog. »In einer Produktion des berühmten Regisseurs mitzuspielen, das klang für mich nach der Erfüllung eines Traums.« Die Bavaria Filmproduktion habe ihr das Drehbuch geschickt und sie nach München eingeladen. »Es hieß, es gehe um eine größere Rolle«, erinnert sich Jany Tempel.

Wedel galt damals als einer der besten TV-Regisseure Deutschlands. »Verehrter Hexenmeister der Fernseherzählung« nannte ihn der frühere ZDF-Intendant Markus Schächter einmal. Wedel hatte für das ZDF erfolgreiche Mehrteiler gedreht, oft mit Mario Adorf in der Hauptrolle. Kaum einem Regisseur gewährten die Sender derart

hohe Budgets wie ihm. Daran änderten die zahlreichen Plagiatsvorwürfe nichts, die es gegen ihn gab. Auch über seine berüchtigten cholерischen Anfälle am Set sah man bereitwillig hinweg. Die meisten Darsteller nahmen sie hin, weil sie mit Wedel arbeiten wollten. »Sein Erfolg schützte ihn in jeder Hinsicht«, sagt eine Schauspieleragentin, die öfter mit ihm gearbeitet hat, dem *ZEITmagazin*. Ab Ende der neunziger Jahre rieten sie und eine weitere Agentin ihren Schauspielerinnen davon ab, mit Wedel zu arbeiten – wegen seines Rufs. Die bekannte Schauspielerin Corinna Harfouch sagt dazu: »Viele haben gewusst, dass Wedel Schauspielerinnen schlecht behandelt und demütigt. Das war ein von allen gestütztes System.«

Jany Tempel sagt, sie erinnere sich noch, wie sie über den roten Teppich des Hotels Vier Jahreszeiten lief, in dem Wedel während seines Aufenthalts in München gewohnt habe. Ein Treffen im Hotel sei ihr nicht ungewöhnlich vorgekommen. Sie ging davon aus, dass noch andere bei dem Vorsprechen dabei seien, etwa Produzenten oder Assistenten des Regisseurs. »Ich klopfte an die Zimmertür, die mir genannt worden war«, sagt Tempel. Dann habe Dieter Wedel im Bademantel vor ihr gestanden. Sie erinnert sich, dass sie eine Entschuldigung stammelte, sie komme später wieder. Wedel habe ihr geantwortet, sie solle ruhig hereinkommen, beim Film seien doch alle eher locker. Er bat sie, sich schon mal aufs Sofa zu setzen und eine bestimmte Szene zu lesen, er sei gleich fertig im Bad.

Nach den Enthüllungen über den Produzenten Harvey Weinstein und andere Männer aus der Film- und Medienbranche in den USA kommt einem diese Szene wie ein Klischee vor: der mächtige Mann im Bademantel. Jany Tempel hat den Vorfall im Hotel, den sie dem *ZEITmagazin* schildert, aber schon einmal aufgeschrieben, 2003, in einem Buchmanuskript, das von ihrem Leben handelt. Das Manuskript, das dem *ZEITmagazin* vorliegt, war von einem bekannten Berliner Agenten interessierten Verlagen angeboten worden. Zu einer Veröffentlichung kam es nicht, unter anderem weil man Klagen der beschriebenen Männer befürchtete, wie Jany Tempel und ihr damaliger Agent heute sagen.

Während Wedel im Bad gewesen sei, sagt Jany Tempel, habe sie angefangen, im Drehbuch zu lesen. »Ich fand mich in einer erotischen Szene wieder«, sagt sie. Da sei

sie schon ein wenig beunruhigt gewesen, dann sei Wedel ins Zimmer zurückgekommen, noch immer im Bademantel. Er habe sich neben sie gesetzt und sie gebeten, den Text zu lesen. »Ich zögerte, da griff er sich einen Satz aus dem Dialog raus und rückte ganz nah an mich heran«, erinnert sich Jany Tempel. Sie wollte aufspringen, er habe sie aber an der Schulter zurück auf das Sofa gedrückt. Dann habe sie so etwas gerufen wie »Lassen Sie mich!«, habe sich losgerissen und sei zur Tür gestürzt, Wedel ihr hinterher. »Ich riss die Tür auf, aber ich schaffte es nicht mehr hinaus.« Jany Tempel sagt, sie erinnere sich noch genau an seinen festen Griff an ihrem linken Arm und wie sich der Knoten von seinem Bademantelgürtel in ihren Bauch gebohrt habe. »Er hat mich mit Wucht gepackt und gegen die Wand gepresst. Er hat mich angeschrien, ich wisse doch, wer er sei. Wer eine Rolle bei ihm wolle, müsse auch etwas dafür tun.« Wedel habe auf Tempel wie ein erregtes Tier gewirkt.

Wedel habe sie dann so festgehalten, dass sie keine Chance gehabt habe, ihm zu entfliehen. »Ich hätte schon Karate können müssen, um da wieder rauszukommen.« Sie habe »Bitte nicht!« gerufen, er habe sie aufs Bett geworfen und gesagt, je mehr sie sich wehre, umso aufregender sei es. »Ich weiß nicht mehr, wie meine Kleidung von mir kam, ich weiß nur noch, dass ich wimmerte und es so schmerzfrei wie möglich über mich ergehen lassen wollte. Ich riss mich zusammen. An einen absurden Satz von mir erinnere ich mich noch: »Bitte machen Sie mir kein Kind.«« Zu Hause in Berlin warteten ihr damaliger Freund und ihr einige Monate altes Baby.

Tempel sagt, sie könne sich sehr genau an den Vorfall in dem Hotelzimmer erinnern, könne ihn aber zeitlich nicht exakt zuordnen. Alles, was sie zu verdrängen versucht habe, sei ihr immer wieder in ungewollten Flashbacks erschienen. Die Mutter ihres damaligen Lebensgefährten erinnert sich hingegen auf Anhieb daran, dass der Übergriff im Sommer 1996 gewesen sei. Tempel hatte ihr nach ihrer Rückkehr aus München den Vorfall angedeutet. Die Mutter hat den Kalender jenes Jahres aufbewahrt. Darin hatte sie notiert, dass Tempel sich mit Wedel in München traf, weil sie selbst an diesen Tagen in Berlin auf das Baby aufpasste. Laut Kalender, der dem *ZEITmagazin* in Auszügen vorliegt, gab es im August 1996 drei Treffen zwischen Wedel und Tempel in München. Tempel hat von weiteren Begegnungen mit Wedel nur einzelne, dafür aber

sehr deutliche Bilder im Gedächtnis behalten, etwa dass sie mit Wedel in einer Hotellobby saß. An welchem der drei Treffen der Übergriff stattgefunden haben soll, kann Tempel nicht mit Sicherheit rekonstruieren. Sie habe ihre eigenen Kalender aus jenen Jahren als »Akt des Vergessens« vernichtet.

Jany Tempel sagt, sie habe Wedel selbst dann noch gesiezt, als er sie zum Sex gezwungen habe. Als er fertig gewesen sei und von ihr abgelassen habe, habe sie sich schnell angezogen und das Zimmer verlassen. »Ich stolperte durch das Foyer und versuchte, die Contenance zu bewahren. Mir kam es so vor, als würden mich alle anstarren«, sagt sie, »als würde jeder sofort sehen, was gerade passiert ist.«

Wenn alles sich so zugetragen hat, wie Jany Tempel es darstellt, würde das zumindest den Tatbestand der sexuellen Nötigung erfüllen, Sexualstraftaten verjähren jedoch spätestens nach 20 Jahren. Tempels Vorwürfe sind schwerwiegend. Aber ihre Schilderungen, wie sie zu Wedel ins Hotelzimmer gelangt sei, dass es um ein Treffen mit ihm allein wegen einer Rolle gegangen sei und er sie dort bedrängt habe, ähneln den Berichten der anderen Frauen gegenüber dem *ZEITmagazin*.

Dieter Wedel schreibt in seiner Stellungnahme zu den Vorwürfen, er könne sich an Jany Tempel erinnern, er wisse inzwischen auch, dass sie eine Rolle im *König von St. Pauli* gehabt habe. »Ich erinnere mich, dass ich Frau Tempel mochte und mit ihr auch eine kurze Affäre hatte.« Ihre schauspielerische Leistung beim Dreh habe ihm gefallen, und er habe sie einer Vertreterin der Bavaria Film weiterempfohlen. Ausschließen könne er aber, dass er jemals in irgendeiner Form gewalttätig gewesen sei. Ebenso könne er ausschließen, dass er sie oder eine andere Schauspielerin für ein Vorsprechen im Bademantel empfangen habe. Die Zitate, die Tempel ihm in den Mund lege, entsprächen nicht seiner Diktion. »Ich bin sicher, mich nicht so geäußert zu haben.« Dies gelte erst recht für das angebliche Zitat, je mehr sie sich wehre, umso aufregender sei es. Eine derartige Äußerung finde er widerlich. »Frau Tempel gegenüber war ich definitiv nie gewalttätig, ich habe sie nicht ›gepackt‹, ›an die Wand gepresst‹ und auch nicht ›mit Gewalt zum Geschlechtsverkehr‹ gezwungen. Ein solches Verhalten ist mir gänzlich fremd, und ich finde jegliche Form von sexueller Gewalt abstoßend.«

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Jany Tempel ist entrüstet über Wedels Behauptung, sie hätten eine Affäre gehabt. »Das ist nicht wahr. Wie perfide, dass er das jetzt behauptet.«

Tempel sagt, sie habe lange darüber nachgedacht, warum dieser Übergriff ausgerechnet sie getroffen habe. Sie will nicht zu viele Details aus ihrem Privatleben in der Öffentlichkeit ausbreiten, nur, dass sie schon als Kind Missbrauchserfahrungen und später eine Therapie gemacht habe. Für das *ZEITmagazin* hat sie ihre Psychotherapeutin, bei der sie von 2010 an wegen wiederkehrender Depressionen fünf Jahre lang in Behandlung war, von der Schweigepflicht entbunden. Auch der Therapeutin hat Jany Tempel von dem Übergriff durch Dieter Wedel erzählt. »Sie hat berichtet, dass er sie zum Sex gezwungen hat, und konnte sich an einzelne Details sehr genau erinnern. Ich habe keine Zweifel an ihrer Darstellung.« Das Ekelgefühl, das sie nach diesem sexuellen Übergriff gehabt habe, sei der Patientin noch sehr präsent gewesen. Auch dass sie einen Aids-Test gemacht habe, aus Angst vor einer möglichen Infektion.

Tempel sagt, ihr sei im Laufe der Therapie klar geworden, dass ihr Verhalten Männern gegenüber wie eine Programmierung sei: »Mir wurde Gefälligkeit anezogen, das ist wie Gehirnwäsche. Das kleine, hübsche Mädchen zu sein, das immer nett ist – das ist die Thematik meines Lebens. Auch das Schweigen, das Nicht-darüber-Sprechen.«

Jany Tempel ging, so sagt sie, in das Hotelzimmer in München, um für einen Film vorzusprechen. Einen, der im Rotlichtmilieu spielt, die meisten Frauenrollen darin waren auf Stripteasetänzerinnen und Prostituierte beschränkt, das wusste sie. »Im Nachhinein kann man sich natürlich fragen, ob das klug war von mir«, sagt Jany Tempel. »Ich war naiv, ja. Und ich wollte eine Rolle in dieser großen TV-Produktion, aber das gibt niemandem das Recht, mich zum Sex zu zwingen.«

Tempel sagt, sie habe den Beruf der Schauspielerin erst später kritisch gesehen. »Man wird Schauspieler, weil man gesehen und geliebt werden will. Das ist einem erst mal nicht bewusst, aber das ist ein Teil dieses Berufes.«

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die meisten Schauspieler, es sei denn, sie sind sehr bekannt, sind bei jedem neuen Projekt abhängig von der Gunst der jeweiligen Produzenten, des Senders und des Regisseurs. Jeder Job könnte der letzte sein. So entsteht ein Machtgefüge, in dem ein hohes Maß an Zudringlichkeit auf ein hohes Maß an Willigkeit trifft. »Dazu kommt, dass dieser Beruf das Privatleben beeinflusst. Man ist wochenlang an einem Filmset mit denselben Leuten zusammen, man wird fast zu einer Familie«, sagt Tempel.

Gleichzeitig ist die Arbeit als Schauspieler eine hochemotionale. »Der Seelenstriptease geht schon in der Schauspielschule los«, sagt sie. Immer gehe es darum, auf der Bühne oder vor der Kamera möglichst weit zu gehen.

Wedels langjährige Casterin Sabine Schroth, die fast alle seine Filme seit Anfang der neunziger Jahre besetzt hat, sagt, ihr gegenüber habe sich nie eine Schauspielerin offenbart. »Die Mädchen haben mir das nie erzählt.« Sie habe zahlreiche Vorsprechen in Hotellobbys für Dieter Wedel organisiert, bei vielen sei sie dabei gewesen, da habe er sich stets korrekt verhalten. »Ich wusste auch, dass er ab und zu Schauspielerinnen mit aufs Hotelzimmer nahm.« Sie habe aber alle jungen Darstellerinnen stets davor gewarnt, mit einem Regisseur aufs Hotelzimmer zu gehen. Sie kannte die Gerüchte um Wedels sexuelle Annäherungsversuche Schauspielerinnen gegenüber. Die Frauen seien unter Druck gewesen. »Sie wollten arbeiten.« Aus Angst, nicht mehr besetzt zu werden und dass die Männer untereinander redeten, hätten sie vermutlich geschwiegen. »Wenn sie es mir gesagt hätten, hätte ich das an die Produktionsleitung weitergeben müssen. Wie schnell ist man raus aus dem Beruf – auch ich«, sagt sie. Früher habe keiner über sexuelle Nötigung und Machtmissbrauch gesprochen, heute sei der Umgang damit ein ganz anderer.

Die Berliner Schauspielagentin Antje Kronacher hält die #MeToo-Debatte für sehr wichtig, weil über das Thema endlich diskutiert werden müsse. Aber sie sagt über das Machtgefüge in der Filmbranche auch: »Ich kenne einige wenige Schauspielerinnen, die sich freiwillig in solche sexuellen Situationen begeben, um einen Vorteil davon zu haben.«

Beim Film gebe es ein Überangebot an Sex, sagt auch Jany Tempel. Sie selbst war mit mächtigen Männern aus der Branche zusammen und gibt zu, dass sie manchmal nicht so genau unterscheiden konnte, ob sie einen Mann einfach attraktiv fand oder ob sie der Attraktion der Macht erlag und sie sich eine Rolle versprach. Genau hier verläuft sie, die Grenze: zwischen einvernehmlichem Sex auf der einen Seite – auch wenn er ein Mittel sein mag, um eine Rolle zu bekommen – und erzwungenem Sex auf der anderen Seite.

Damals habe sie als Erstes ihrer Agentin erzählt, was passiert sei, sagt Jany Tempel. Sie sei direkt aus dem Hotel zu ihr ins Büro gegangen, das ebenfalls in München lag. Die Agentin habe zu ihr gesagt, es sei doch klar gewesen, dass der Regisseur mit ihr Sex haben wollte. »Dann zeigte sie mir auf, welche Wahl ich hätte: ›Entweder du machst ein Fass auf und gehst zur Polizei, dann steht Aussage gegen Aussage. Die Zeitungen berichten darüber, und du kannst deine Karriere als Schauspielerin vergessen. Oder du kommst damit klar und hältst die Klappe.« Tempel hat seit Jahren keinen Kontakt mehr zu ihrer früheren Agentin. Als das *ZEITmagazin* sie für diese Geschichte kontaktieren will, stellt sich heraus: Die Agentin ist einen Monat zuvor gestorben.

Tempel entschied sich dann sehr schnell dafür, lieber den Mund zu halten. Ihr damaliger Lebensgefährte, der Kameramann Tilman Büttner, erinnert sich noch, wie seine Freundin von dem Casting in München in ihre Kreuzberger Wohnung zurückkehrte. »Sie wirkte aufgelöst und gleichzeitig verschlossen«, sagt Tilman Büttner. Tempel habe ihm zunächst nicht gesagt, was los sei. Später am Abend erzählte sie Büttner dann eine abgeschwächte Version des Übergriffs – genau wie später seiner Mutter: dass der Regisseur ihr im Bademantel die Tür geöffnet und sie bedrängt habe. Sie erzählte ihm weiterhin, dass Wedel sie an die Tür gedrückt und seinen Bademantel geöffnet habe, um sich ihr nackt zu zeigen. Und dass sie sich mit aller Kraft losreißen konnte, ihn wegstieß und floh. »Ich war außer mir, was für ein kranker Typ der Mann ist«, erinnert sich Tilman Büttner. »Ich konnte mir einfach nicht vorstellen, dass das wirklich so passiert ist, wie man es immer hört von unserer Branche. Jedenfalls habe ich nie gedacht, dass auch ich mal mit so etwas konfrontiert werden würde.«

Büttner sagt, er wäre am liebsten direkt nach München gefahren, um sich Wedel »vorzuknöpfen«. Aber seine Freundin Jany habe ihn gebeten, es sein zu lassen. »Sie werde damit schon allein fertig. Ich gab nach – leider«, sagt Tilman Büttner.

Gegenüber dem Mann, mit dem sie das Bett teilte, verharmloste sie den Übergriff, weil sie sich schämte, wie sie sagt. Einige Monate später vertraute sie sich aber einem engen Freund an, dem Autor Christoph Silber. Er hat zahlreiche bekannte Kino- und Fernsehdrehbücher geschrieben, heute lebt er in Los Angeles. Jany Tempel und Silber haben sich 1997 bei einem Filmprojekt kennengelernt und angefreundet. Ihm erzählte sie, dass Wedel sie in München zum Sex gezwungen habe. »Als ich sagte, man müsse doch etwas tun, winkte sie schnell ab, ich hätte davon keine Ahnung, das würde ihre Karriere restlos zerstören.« Damals, er war selbst Mitte 20 und neu in der Branche, glaubte er das. »Wedel kam uns vor wie ein Gigant, der den Sendern Ansagen machte, der nur die Hand zu heben brauchte, und dann waren Schauspieler am Ende.«

Später, zum Teil erst Jahre später, erzählte Jany Tempel weiteren Freunden davon, mit sechs von ihnen hat das *ZEITmagazin* gesprochen. Dass Tempel hier ihre Geschichte offenbart, hat auch mit diesen Freunden zu tun. Sie – und ihre beiden inzwischen erwachsenen Kinder – haben ihr zugeraten, jetzt an die Öffentlichkeit zu gehen, weil so viele für das Thema sensibilisiert sind.

»Ich kann es nicht mehr ändern, dass ich nicht zur Polizei gegangen bin«, sagt Jany Tempel. »Die Jany von heute würde sich anders verhalten.« Damals sei ihre Angst zu groß gewesen, ihre Karriere und, wie sie sagt, damit ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Erst jetzt, sagt Jany Tempel, fühle sie sich durch die #MeToo-Enthüllungen und die Beratung und Unterstützung durch einen Anwalt stark genug, ihre eigenen Erfahrungen öffentlich zu machen. »Ich will dazu beitragen, die Branche zu verändern, indem ich die kranken Machtdynamiken beschreibe«, sagt sie. Und sie sieht durch den Beginn der Debatte auch erste Erfolge: Der Bundesverband Regie hat jüngst eine Beschwerdestelle eingerichtet, der sich auch andere Branchenverbände anschließen wollen. Die Deutsche Filmakademie schrieb Anfang Dezember an ihre Mitglieder und lud sie zu einem »Arbeitsdiskurs« zu dem Thema ein: »Es ist gut, zu spüren, wie die Branche bei diesem Thema zusammenrückt.« Die Münchner Produzentin Gabriela

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Sperl, die seit Jahrzehnten Filme macht, sagt: »#MeToo ist eine Befreiung für all diejenigen, die über Jahre aus Angst und Scham geschwiegen haben, und es ist für die Zukunft ein wichtiges Signal: Steht auf und wehrt euch! Habt keine Angst! Durchbrecht das Schweigen! Nur dann wird der Machtmissbrauch, den es überall und immer wieder geben wird, keine Chance haben.«

Einige Monate nachdem sie Wedel im Hotel getroffen habe, sagt Jany Tempel, habe sie über ihre Agentin einen Vertrag von der Bavaria Filmproduktion für einen Drehtag beim *König von St. Pauli* bekommen. Das Dokument hat Tempel noch, darin ist eine Tagesgage von 2800 Mark vermerkt. Wie es dazu kam, dass sie doch noch auf der Besetzungsliste landete, weiß Jany Tempel nicht. Sie erinnert sich aber an eine Diskussion mit ihrer Agentin. Tempel sagte, sie wolle nicht mit Wedel drehen, sie könnte sich doch krankmelden. Die Agentin habe geantwortet, jetzt müsse sie erst recht mitmachen, immerhin habe sie einen Drehtag in einer der größten Filmproduktionen Deutschlands. Eine Absage sei ein Affront. Also fuhr Jany Tempel hin.

Sie hatte nur eine sehr kleine Rolle, und sie habe sich gefühlt wie das Kaninchen vor der Schlange, sagt Tempel heute. Die Dreharbeiten hätten nicht lange gedauert, Wedel habe sie kaum beachtet.

Wedel schreibt dazu in seiner Stellungnahme, er sei enttäuscht gewesen, dass sich Jany Tempel nach dem Dreh nicht mehr bei ihm gemeldet habe. »Dass sie unsere Begegnung in so völlig anderer Erinnerung hat als ich, tut mir ganz außerordentlich leid.«

Im Nachhinein ist vielleicht schwer nachvollziehbar, warum sie nach dem von ihr geschilderten Übergriff im Hotel Vier Jahreszeiten überhaupt noch mit Wedel gearbeitet hat. Auch dass sie ihn offenbar zuvor noch einmal zu einer Drehbuchbesprechung in einem Berliner Hotel traf. Die Angst, die Jany Tempel vor diesem Termin hatte, ist Christoph Silber gut im Gedächtnis geblieben. Tempel selbst erinnert sich nur noch schemenhaft an eine Begegnung mit dem Regisseur im Hotelgarten. Sie erklärt ihr Verhalten heute so: »Das ist ja das Verrückte am Beruf der Schauspielerin, dass man so etwas mitmacht und damit das ganze System toleriert und aufrechterhält.« Oft hat sie

sich nach ihrer »Mitschuld« an dem Übergriff gefragt. »Die Mitschuld, so etwas wie den berühmten Minirock, den die Frau trägt und damit selbst schuld ist, dass der Mann über sie herfällt, gibt es die wirklich?«, fragt Tempel.

Etwa drei Jahre nach dem Vorfall mit Wedel brach Jany Tempel bei Dreharbeiten für einen *Tatort* psychisch zusammen. Sie habe danach versucht, sich das Leben zu nehmen, sagt Tempel. Kurz darauf beendete sie ihre Schauspielkarriere und gab ihren Lebensraum auf. Fortan trat sie nur noch ab und zu in kleinen Produktionen von Freunden auf.

Heute glaubt Jany Tempel, dass Wedel einen untrüglichen Instinkt dafür gehabt habe, wie naiv sie gewesen sei. Viele Schauspielerinnen, vor allem die erfahreneren und bereits erfolgreichen, hat er hofiert oder – abgesehen von seinen Wutausbrüchen, die auch Männer trafen – korrekt behandelt. Heike Makatsch schrieb in einem Beitrag für Wedels Autobiografie 2010 über ihn: »Man fühlt sich (endlich) entdeckt, gefordert und gefördert zugleich. Dieses Geschenk hat Herr Wedel mir gemacht.« Jasmin Tabatabai sagte in einem Interview, das in Wedels Memoiren abgedruckt ist, er sei immer »hochkonzentriert« bei der Arbeit und »hochintelligent«. Wedel »ist ja ein Siezer. Man siezt ihn, und er siezt einen.«

Er selbst schildert in seiner Biografie private Details über Schauspielerinnen, bis hin zu Sexszenen. Hannelore Elsner, die auch die Mutter eines von Wedels Kindern ist, klagte deshalb gegen Wedel und setzte eine Geldentschädigung durch. Ihr Anwalt Christian Schertz bezeichnete die beanstandeten Passagen damals als »unerträgliche Melange aus Unwahrheiten und Indiskretionen«.

Eine ehemalige Schauspielerin, die anonym bleiben möchte, lernte Wedel 1995 bei einer Veranstaltung in Berlin kennen. Sie erinnert sich, wie er ihr einmal sein System am Set erklärt habe: Frauen, mit denen man ins Bett wolle, würden gesiezt. Frauen, mit denen man schon im Bett gewesen sei, würden geduzt. Die Frauen, mit denen man keinen Sex haben möchte, würden herablassend und nicht zuvorkommend behandelt. Auch ihr habe Wedel ein Vorsprechen für den *König von St. Pauli* angeboten, zu dem er sie einladen wollte. Dieses Vorsprechen habe aber nie

stattgefunden, weil er immer wieder gesagt habe, es sei etwas dazwischengekommen. Aber sie könnten sich doch auch so treffen.

Bei ihrer ersten Begegnung nach dem Kennenlernen hätten sie in einer Berliner Hotelbar miteinander getanzt, sagt die ehemalige Schauspielerin. Dabei habe sie sich sehr unwohl gefühlt, weil ihr der Tanz zu eng vorkam. Sie habe das klargestellt und sei einen Schritt zurückgewichen. Anschließend habe sie gedacht, die Fronten seien nun geklärt, warum solle sie ihn nicht weiter treffen. Heute sagt sie, ihr sei damals nicht klar gewesen, dass Wedel dies vielleicht als Doppelbotschaft aufgenommen haben könnte: Sie habe ihn zwar abgewiesen, sei aber trotzdem weiter mit ihm ausgegangen. Für Wedel sei das vermutlich ein interessanter Auftakt zur Jagd gewesen.

Wedel und sie hätten sich noch mehrmals getroffen, sagt die ehemalige Schauspielerin. Sie hätten fortan ein kumpelhaftes Verhältnis gehabt. Sie habe Wedel als intelligenten Mann erlebt, sie sprachen übers Theater, über Literatur. Bis Wedel sie eines Abends nach einem gemeinsamen Essen gebeten habe, ihn in sein Hotelzimmer zu begleiten. »Er nannte irgendeinen Vorwand, er habe etwas vergessen oder so ähnlich«, sagt sie. Die ehemalige Schauspielerin sagt, sie sei ihm ohne Bedenken gefolgt. Wedel habe sich dann umgezogen und sei auf einmal im Bademantel ins Zimmer zurückgekehrt und habe sich zu ihr aufs Sofa gesetzt. Dann habe er ihr gesagt, er brauche ihre Nähe, er fühle sich so einsam, ob sie ihn nicht am Unterarm oder am Nacken kraulen und bei ihm bleiben könne. »Ich sagte ihm, dass ich nach Hause müsse, ihm aber, wenn er so einsam sei, noch etwas vorlesen könnte.« Wedel habe sich dann ins Bett gelegt, und sie habe ihm aus einem Buch vorgelesen, an dessen Titel sie sich nicht mehr entsinne. Wedel sei währenddessen eingeschlafen. Erst bei diesem Annäherungsversuch im Hotelzimmer habe sie begriffen, dass Wedel ihr anfängliches Nein doch nicht akzeptiert habe. Sie sahen sich nie wieder.

Dieter Wedel sagt dazu in seiner Stellungnahme, er habe die Aussage, er duze Frauen oder sieze sie, abhängig davon, ob er mit ihnen bereits im Bett gewesen sei oder nicht, nicht getätigt, sie entspreche auch nicht seinem Sprachgebrauch. Er könne sich an die ehemalige Schauspielerin nicht erinnern. »Durchaus möglich ist aber, dass eine Schauspielerin privat bereit war, mit mir auf das Hotelzimmer zu gehen und dann dort

ablehnte, mit mir schlafen zu wollen. Das habe ich ja offenbar akzeptiert. Möglich ist auch, dass sie mir etwas vorgelesen hat – sicherlich nicht aus einem meiner Drehbücher –, wobei ich eingeschlafen bin.«

Wie Wedel Schauspielerinnen am Set behandelte, davon berichten zwei Männer, die bei dem Mehrteiler *Die Affäre Semmeling* Anfang der 2000er Jahre mit Dieter Wedel zusammengearbeitet haben. Der Kameramann Jules van den Steenhoven, ein Niederländer, erinnert sich daran, wie Dieter Wedel eine Schauspielerin vor der gesamten Crew anbrüllte. Diese Schauspielerin habe ihm damals erzählt, sagt van den Steenhoven, dass sie zuvor Wedels sexuelle Annäherungsversuche abgewehrt habe. »Die Schauspielerin, die nicht mit ihm schlafen wollte, hat er fertiggemacht.« Er habe so etwas nie wieder in seiner beruflichen Laufbahn erlebt. Die Art und Weise, wie Wedel mit seinen Darstellern umging, nennt er »extrem«. Van den Steenhoven sieht einen Unterschied in der Arbeitsweise zwischen den Niederlanden und Deutschland, die Hierarchie spiele hier eine größere Rolle. Am Set hätten die meisten Schauspieler den Regisseur mit »Doktor Wedel« angeredet. Van den Steenhoven sagt, er sei damals nach sechs Monaten aus dem Filmprojekt ausgestiegen.

Auch ein weiterer, führender Kollege aus dem Filmteam erzählt, wie Wedel diese Schauspielerin über Monate schikaniert habe. Er habe sie zum Beispiel eine simple Szene an die siebzig Mal wiederholen lassen: Sie sollte in ein Zimmer gehen und einen einfachen Satz sagen. Mal um Mal habe Wedel die Szene aufnehmen lassen, weil angeblich die Schrittfolge der Darstellerin nicht gestimmt habe. Das sei Wedels Methode gewesen, glaubt der Mann: Frauen am Set so lange mies zu behandeln, bis sie nachgeben und ihm willfährig ins Bett fallen.

Die Frau selbst bestätigt die Berichte der beiden Männer gegenüber dem *ZEITmagazin*, will ihre Geschichte aber nicht unter ihrem Namen veröffentlicht sehen, weil sie glaubt, dass Wedel noch immer mächtige Fürsprecher habe, die bereitwillig bestätigen würden, dass er sicher niemals Frauen bedrängt habe, schon allein, weil zu jeder Zeit so viele Frauen um ihn herumgeschwirrt und ihm freiwillig zur Verfügung gestanden hätten.

Für die Schauspielerinnen war es sehr schwer, sich zu wehren, weil es im künstlerischen Bereich kaum objektive Bewertungskriterien gibt und ein Regisseur immer behaupten kann, sie wären eben nicht gut genug.

In seiner Stellungnahme schreibt Dieter Wedel, es sei für ihn schwierig, angebliche Vorfälle einzuordnen, zu denen die Betroffenen nicht benannt werden. Nicht ausschließen könne er, dass er die Darstellerin vor versammelter Crew lautstark kritisiert, möglicherweise auch angeschrien habe. »Es ist sehr naheliegend, dass eine Schauspielerin meine Verärgerung über ihre Leistung damit begründet hat, dass sie mir eben privat nicht entgegengekommen sei.« Dass diese Kritik manchmal auch verletzend oder grob ausgefallen sei, tue ihm heute leid. »Grundsätzlich habe ich im beruflichen Bereich ein überbordendes, manchmal auch grenzüberschreitendes Temperament, dabei habe ich vermutlich auch oft Schauspieler und Schauspielerinnen in ihrem Stolz und Selbstwertgefühl verletzt.«

Auch Patricia Thielemann war zu Beginn ihrer Karriere als Schauspielerin unsicher. Thielemann ist eine Erscheinung, sehr groß, sehr schlank, sehr durchtrainiert. An einem grauen Novembertag wartet sie an einem hinteren Tisch in einem Berliner Café. Ihre kurzen platinblonden Haare trägt sie streng zurückgekämmt. Sie ist 50 und eine der bekanntesten Yoga-Lehrerinnen des Landes. In Berlin betreibt sie die drei Studios »Spirit Yoga«, führt 200 Mitarbeiter, vertreibt Yoga-CDs und -Videos, sie hat zwei Kinder und gibt Interviews darüber, wie man Körper und Geist in Einklang bringt oder seine »innere Mitte« findet. Ihr Buch, eine Mischung aus Autobiografie und Yoga-Manifest, trägt den Untertitel *Aufrecht, stark und klar im Leben*. Die Geschichte, die sie über Dieter Wedel erzählen wird, wirkt wie ein Überbleibsel aus einer anderen Zeit. »Sie steht im Widerspruch zu allem, was ich heute mache«, sagt Thielemann. Sie ist schon lange keine Schauspielerin mehr. Und sie braucht auch nicht die Aufmerksamkeit, die eine Offenbarung in der Öffentlichkeit bewirkt. Eher im Gegenteil.

1991 lebte Patricia Thielemann in Hamburg, damals schrieb sie einen Brief an Dieter Wedel. Sie habe von dem Filmprojekt *Der große Bellheim* gehört und würde gern für eine Rolle darin vorsprechen. Als Antwort lud Wedel sie zu einem ersten

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Kennenlernen in seine Hamburger Wohnung ein. Es sei ein sehr angenehmes Treffen gewesen, erinnert sich Thielemann, auch Wedels Ehefrau sei kurz dabei gewesen. »Er hat gesagt, er könne sich eine Zusammenarbeit mit mir durchaus vorstellen.«

Dieter Wedel schreibt dazu in seiner Stellungnahme, er könne sich nicht an Patricia Thielemann erinnern. Seine Frau könne sich ebenso wie er nicht entsinnen, dass Thielemann sie zu Hause besucht habe. »Es ist aber durchaus möglich, dass ich Schauspielerinnen zu einem ersten Kennenlernen, allerdings nicht zu einem Vorsprechen, zu mir nach Hamburg eingeladen habe.«

Ein paar Wochen später, sagt Patricia Thielemann, habe sich Wedel tatsächlich bei ihr gemeldet und sie zu einem Casting bestellt. Thielemann solle ihn im Bremer Parkhotel besuchen. Nach Drehschluss werde er sich für sie Zeit nehmen. Thielemanns damaliger Freund Götz Bühler, ein Musikjournalist, erinnert sich heute daran, dass er und Patricia darüber diskutiert hätten, ob sie überhaupt dorthin fahren solle. Kollegen hätten abgeraten. »Es war klar, das ist ein schlimmer Finger. Aber dass er übergriffig wird, das wussten wir nicht.« Es geschah häufiger, dass Regisseure seine junge und attraktive Freundin ausführten oder zum Essen einluden. Und Thielemann hoffte, ihre Karriere voranzutreiben.

Seit ihrer Jugend spielte sie Theater, das erste Mal mit 13 einen Geist im *Faust* am Thalia-Theater. Ihre Eltern hatten sich getrennt, als sie vier war. Thielemanns Großmutter, bei der sie aufwuchs, feierte die Enkelin für ihre Rollen oder schlug sie »grün und blau«, wenn sie einmal nicht so gut war. In ihrem Buch schreibt Thielemann: »Es war nicht die große Bühne, die ich suchte, sondern der Einklang, der entsteht, wenn eine Inszenierung aufgeht, dieses einzigartige Gefühl des Getragenseins.« Später studierte sie in New York zwei Jahre lang Schauspiel, in Deutschland übernahm sie Anfang der neunziger Jahre kleinere Rollen in der *Lindenstraße* oder mal in einem *Tatort*. Sie galt als deutsche Antwort auf Brigitte Nielsen und schlug sich so durch. »Es war auch ein wenig Verzweiflung dabei. Es musste endlich mal was passieren«, sagt Götz Bühler. Beide dachten, das Treffen mit Wedel könnte eine echte Chance sein, vielleicht den Durchbruch für Patricia Thielemann bedeuten.

Um der Rolle, für die sie vorsprechen sollte, eine attraktive Frau, gerecht zu werden, habe sie sich zurechtgemacht: hohe Schuhe, kurzer Rock, Bluse. Dann sei sie nach Bremen aufgebrochen, erzählt sie. Wedel habe sie nach längerem Warten in der Lobby des Parkhotels empfangen. Er sei sehr nett und zuvorkommend gewesen, sagt Thielemann, und habe sich noch nach einem Raum für das Vorsprechen erkundigt. Aber alle Konferenzräume seien belegt gewesen. Darauf folgte Wedels Frage, ähnlich wie bei Jany Tempel und der anderen Schauspielerin, ob es für sie in Ordnung sei, wenn sie in seiner Suite für die Rolle vorspreche. »Ich fand das ein bisschen komisch, aber ich dachte: Ach, sei kein Spieß! So sind eben die Umstände«, sagt Thielemann, dann sei sie mitgegangen.

»Sobald die Tür hinter mir zufiel, veränderte sich Wedels Gesicht vollkommen.« Das Charmante sei verschwunden gewesen. Ohne Vorwarnung habe er sie bedrängt, ihre Bluse aufgerissen und versucht, sie rückwärts auf die Couch zu werfen, erzählt Thielemann. Sie wehrte sich und schrie ihn an, er solle sofort damit aufhören. Stell dich doch nicht so an, habe er gesagt. Sie habe geantwortet: »So habe ich es mir nicht vorgestellt. Ich gehe lieber.« Da habe ihr Wedel den Hals zgedrückt und gebrüllt: wie doof sie eigentlich sei. Er könne ihre Karriere starten oder sie zerstören. Sie sei ja schließlich mitgekommen. »Ich bekam große Angst und wehrte mich mit aller Kraft«, sagt Thielemann. Es sei ihr gelungen, ihn im Gesicht zu kratzen und sich ihm zu entziehen. Thielemann ist sehr groß und Wedel offenbar physisch überlegen. Heute sagt sie, das sei ihre Rettung gewesen. Sie wisse nicht, wie der Abend ausgegangen wäre, wenn sie kleiner und schwächer gewesen wäre. So schaffte sie es, aus der Suite zu fliehen. »Ich bin wie eine Furie aus dem Zimmer gerannt.« Noch in der Nacht fuhr sie mit dem Auto zurück nach Hamburg. Dort erzählte sie alles ihrem damaligen Freund Götz Bühler.

In seiner Stellungnahme schreibt Dieter Wedel, er wisse nicht mehr, ob er 1991 im Bremer Parkhotel gewohnt habe, könne dies aber nicht ausschließen, da er vielleicht zu einer Talkshow bei Radio Bremen eingeladen gewesen sei. Er schließe aber aus, dass er Patricia Thielemann in sein Hotelzimmer gebeten, sich auf sie gestürzt, ihr die Bluse zerrissen und sie auf die Couch geworfen habe. »Die dazu angeblich von mir getätigten

Äußerungen stammen definitiv nicht von mir, so etwas habe ich nie gesagt und würde es auch nicht tun.« Er sei Thielemann nie an die Gurgel gegangen oder habe sonst in irgendeiner Form Gewalt gegen sie verübt.

Thielemanns Freund Götz Bühler erinnert sich noch genau an jene Nacht. »Patricia kam völlig verheult zurück. Ihre Bluse hing in Fetzen, alle Knöpfe fehlten.« Sie berichtete ihm, was in der Hotelsuite geschehen sei. Bühlers erste Reaktion ähnelt der von Jany Tempels Mann, obwohl sich die beiden und auch Patricia Thielemann und Jany Tempel nie begegnet sind: »Ich fahre hin und poliere dem die Fresse!«

Bühler dachte auch an eine Anzeige. Aber wie Jany Tempel hielt Thielemann ihren Freund zurück. Sie stritten. Patricia Thielemann fürchtete, der bekannte und mächtige Regisseur würde sie fertigmachen. »Dann hätte sie sich gleich einen neuen Job suchen können«, sagt Bühler. Dann wäre sie nicht mehr die junge, hoffnungsvolle Schauspielerin gewesen, sondern die junge, unbekannte Schauspielerin, die den großen Dieter Wedel angezeigt hat, die sich womöglich auf seine Kosten aufspielen will. Thielemann und Bühler hatten Angst vor den öffentlichen Reaktionen, vor Fragen wie diesen: Was zieht sie auch einen kurzen Rock an? Warum ist sie überhaupt mit in die Suite gegangen? Warum begibt sie sich in eine solche Situation? Dass vielleicht sogar Thielemanns Mutter, eine Immobilienmaklerin, sagen würde: Du bist doch selbst schuld!

Also blieb Götz Bühler in jener Nacht zu Hause. Heute fragt er sich, ob die Bitte seiner Freundin, nicht zu Wedel zu fahren, damals eigentlich bedeutete: Bitte fahr doch! Ende der neunziger Jahre trennten sich Thielemann und Bühler. Er hat all die Jahre mit niemandem darüber gesprochen. »Endlich kommt es raus«, sagt er heute.

Und auch Patricia Thielemann schwieg. Erst die Weinstein-Debatte in den USA führte dazu, dass sie mit Freunden darüber redete. Damals sei ihr Schamgefühl zu groß gewesen, um etwas gegen Dieter Wedel zu unternehmen. »Ich fühlte mich schuldig, dachte, ich hätte ihn dazu eingeladen.« Thielemann geht hart mit sich selbst ins Gericht, auch heute noch in dem Berliner Café: »Warum habe ich mich hübsch gemacht und bin

mit ihm in die Suite gegangen? Zu einem, der als Schürzenjäger bekannt war?« Sie gibt sich die Antwort sogleich selbst: »Weil ich so dringend mitspielen wollte.«

Warum betrachten die Frauen ihre Rolle selbst als ambivalent? Sie agieren in einem extrem hierarchischen Umfeld, in dem meist Männer Rollen vergeben, darüber bestimmen, ob sie wahrgenommen werden oder eben nicht. Deshalb zögern die Frauen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Auch bei Wedel, von dem es in der Branche heißt, er sei »ein Grapscher«. Alle drei Frauen haben sich gefragt, ob es sinnvoll ist, sich jetzt, Jahre später, zu Wort zu melden. Sie betonen, dass es ihnen nicht darum gehe, einen prominenten Mann wie Dieter Wedel nachträglich in Verruf zu bringen, sondern den Machtmissbrauch offenzulegen und damit die Mechanismen der Filmbranche zu verändern.

Im Rückblick sieht Thielemann sich als Teil eines Systems. »Das mit Wedel war für mich ein Schlüsselerlebnis, darauf zu schauen, was ich in der Schauspielerei suche.« Heute wertet sie ihr einstiges Verhalten als übersteigerte Suche nach Bestätigung, nach Liebe und Anerkennung, die sie am Ende in eine Hotelsuite führte.

Damals habe ihr Schauspielagent oder vielleicht auch sie selbst, genau wisse sie das nicht mehr, nach ein paar Wochen in Wedels Produktionsbüro nachgefragt, erzählt Thielemann. Da hieß es, die Rolle, für die Thielemann angeblich hatte vorsprechen sollen, sei längst vergeben gewesen. »Da war klar, Wedel hat mich unter einem Vorwand zu sich gelockt. Um zu schauen, ob ich *fuckable* bin«, sagt Thielemann. Gegenüber ihrem Agenten habe sie den Übergriff verharmlost. Gern würde man mit diesem Agenten sprechen. Am Telefon sagt er, er könne sich dunkel an etwas mit Wedel und Thielemann erinnern. Danach bricht er das Gespräch ab und ist nicht mehr erreichbar.

Patricia Thielemann ist Dieter Wedel nie wieder begegnet. Etwas Vergleichbares ist ihr nie wieder passiert: »Dass jemand so aggressiv wird, dass ich Angst bekomme, nicht aus der Situation herauszukommen, weil ein Nein kein Nein ist.«

Ein paar Jahre später, 1997, zog Thielemann nach Los Angeles. Sie wollte es in Hollywood schaffen. In den USA ging es weiter wie in Deutschland, Patricia Thielemann bekam ein paar Episodenrollen in TV-Serien. Nicht klein, aber auch nichts Großes. Im Nachhinein schreibt sie über diese Zeit: »Ich war ein ambivalentes Fabelwesen mit wunderschön geschminkten Lippen und fantastischen High Heels. Um endlich als Frau, die jemand lieben könnte, gesehen zu werden, war ich bereit, mich ganz schön zu verbiegen.« Nebenbei entdeckte Thielemann Yoga für sich, begann zu lehren. Schließlich gab sie die Schauspielerei auf. »Die Begegnung mit Wedel war eines der Erlebnisse, die mitverantwortlich dafür sind, dass ich aus dieser kranken Branche raus bin«, sagt sie heute. 2004 kehrte Thielemann nach Berlin zurück und eröffnete ihr erstes Yoga-Studio am Hackeschen Markt.

In ihrem Buch erwähnt Patricia Thielemann Dieter Wedel nicht, er sei es nicht wert, genannt zu werden, sagt sie. Thielemann will ihm keine zu große Bedeutung in ihrem Leben einräumen. Auch für dieses Gespräch mit dem *ZEITmagazin* sagt sie erst zu, dann ab, will zunächst anonym bleiben. Am Ende entscheidet sich Thielemann doch dafür, ihren Namen preiszugeben. Zu der Klarheit zu stehen, über die sie in ihrem Buch schreibt. Es ist keine Geschichte, die man gern über sich selbst in der Öffentlichkeit liest. Und sie fürchtet nach wie vor, dieser Vorfall könne nun alles andere überschatten. Dass sie nicht mehr als die erfolgreiche Unternehmerin wahrgenommen werde, sondern als die Frau, die Dieter Wedel zum Sex zu zwingen versucht habe.

In seiner Stellungnahme geht Dieter Wedel auch auf seinen generellen Umgang mit Frauen ein. Grundsätzlich sei aus den Medien bekannt, dass er viele wechselnde Beziehungen mit Frauen gehabt habe, manchmal mit mehreren gleichzeitig, schreibt er. »Einiges davon stimmt, einiges wurde für die PR genutzt. Promiskuität ist ja nicht strafbar.« Er könne jedoch ausschließen, dass er Frauen auf sein Hotelzimmer gebeten habe, um ihnen aus einem Drehbuch vorzulesen und dann die Situation für sexuelle Annäherung auszunutzen. Wenn eine Schauspielerin bereit gewesen sei, aus privaten Gründen mit ihm auf ein Hotelzimmer zu gehen, habe er sie nicht physisch bedrängt oder belästigt oder gar versucht, sie in irgendeiner Form zu sexuellen Handlungen zu

zwingen. »Wenn es dazu kam, geschah dies in meiner Wahrnehmung im gegenseitigen Einvernehmen.«

Sicherlich, schreibt Wedel, sei er oftmals laut gewesen und habe sein Unverständnis, etwa wenn Schauspieler ihre Rollen nicht hinreichend beherrschten und nur schlecht vorbereitet oder ihm nicht ausreichend begabt erschienen, auch grob zum Ausdruck gebracht. »Unzutreffend ist aber, dass derartige Handlungen im Zusammenhang mit sexuellen Forderungen oder Avancen Frauen gegenüber standen.« Wedel selbst erwähnt eine Begebenheit, die rund 35 Jahre zurückliegt: »Damals hatte eine Schauspielerin unzutreffend – allerdings halb scherzhaft – über mich verbreitet, ich hätte sie im Bademantel im Hotelzimmer empfangen und sie hätte anschließend eine Rolle in einem meiner Filme nur deshalb nicht bekommen, weil sie nicht auf meine Avancen eingegangen sei.« Von da an sei ihm bewusst gewesen, dass es in seiner beruflichen Position auch aufgrund seines Bekanntheitsgrads nicht empfehlenswert sei, Frauen im beruflichen Zusammenhang allein im Zimmer zu empfangen. »Von da an war regelmäßig immer entweder der Regieassistent, ein Vertreter der Produktion oder die Casting-Beraterin Sabine Schroth bei Probeaufnahmen für eine Rolle in einer meiner Produktionen bzw. unter meiner Regie anwesend.«

Das steht im Widerspruch zu den Angaben der drei Frauen. Alle drei arbeiten heute nicht mehr als Schauspielerin.

Alle drei sagen, sie hätten nach dem Erlebnis mit Dieter Wedel nicht mehr so weitermachen können wie zuvor.

Genau hier verläuft sie, die Grenze: Zwischen einvernehmlichem Sex auf der einen Seite – auch wenn er ein Mittel sein mag, um eine Rolle zu bekommen – und erzwungenem Sex auf der anderen Seite

Um der Rolle, für die sie vorsprechen sollte, eine attraktive Frau, gerecht zu werden, habe sie sich zurechtgemacht: Hohe Schuhe, kurzer Rock, Bluse. Dann sei sie nach Bremen aufgebrochen

Warum betrachten die Frauen ihre Rolle selbst als ambivalent? Sie agieren in einem extrem hierarchischen Umfeld, in dem meist Männer Rollen vergeben, darüber bestimmen, ob sie wahrgenommen werden

Dieter Wedel, 75, schuf als Regisseur und Drehbuchautor mit seinen Mehrteilern nationale Fernseh-Ereignisse: 1972 drehte er »Einmal im Leben«, die Geschichte über den Eigenheimbau der Familie Semmeling, die er 1976 und 2002 weitererzählte. In den neunziger Jahren folgten »Der große Bellheim«, »Der Schattenmann« und »Der König von St. Pauli«. Wedel wurde mit dem Grimme-Preis, der Goldenen Kamera und dem Bambi ausgezeichnet

Der Schattenmann

Weitere Schauspielerinnen erheben schwere Vorwürfe gegen den Regisseur Dieter Wedel. Ihre Berichte handeln von üblen Schikanen, Körperverletzung und sexuellen Attacken bis hin zur Vergewaltigung

Von Annabel Wahba, Christian Fuchs, Khuê Pham, Nadine Ahr, Jana Simon, Die Zeit, 25.01.2018

An einem Januarmorgen 2018 sitzt die Schweizer Schauspielerin Esther Gensch im Büro eines Anwalts in Zürich. Sie ist 61, zierlich, blond. »Ich habe dank Dieter Wedel einen Gang durch die Hölle gemacht«, sagt sie. »Die Sache belastet mich und meine Familie bis heute massiv.« Gensch hat sich an die *ZEIT* gewandt, nachdem sie im Magazin der Zeitung vor drei Wochen einen Artikel gelesen hatte. Darin hatten mehrere Frauen schwere Vorwürfe gegen den deutschen Regisseur Dieter Wedel erhoben. Der Mut der Schauspielerinnen, ihre Geschichten zu erzählen, habe sie sehr bewegt, sagt Esther Gensch. Auf einen derartigen Beitrag habe sie jahrzehntelang gewartet. Er hat sie dazu bewogen, nun auch von ihrem eigenen »Drama« zu erzählen, das im Dezember 1980 im bayerischen Bad Kissingen seinen Anfang genommen habe.

Im genannten Text vom 4. Januar warf die ehemalige Schauspielerin Jany Tempel dem Regisseur Wedel vor, sie 1996 in einem Münchner Hotelzimmer zum Sex gezwungen zu haben. Und Patricia Thielemann – früher ebenfalls Schauspielerin, heute eine bekannte Yogalehrerin – berichtete darin, wie Wedel sie 1991 in einem Bremer Hotelzimmer sexuell massiv bedrängt und ihr den Hals zugeedrückt habe, sodass sie sich nur mit äußerster Kraft von ihm habe befreien können. Beide Frauen gaben gegenüber der *ZEIT* eidesstattliche Versicherungen ab. Ehemalige Mitarbeiter einer Filmproduktion erinnerten sich in dem Artikel daran, wie Wedel eine weitere Schauspielerin bei Dreharbeiten sexuell unter Druck gesetzt habe.

Dieter Wedel, der im November 75 Jahre alt geworden ist, dementierte jeden dieser Vorwürfe in einer schriftlichen Erklärung und unterstrich seine Angaben ebenfalls mit einer eidesstattlichen Versicherung. Wedel hat nach einer erfolgreichen Karriere als Fernsehregisseur lange das Theater-Festival in Bad Hersfeld geleitet. Von diesem Posten trat er am Montag zurück. In einer persönlichen Stellungnahme schreibt er, dass er die Festspiele »aus der diffamierenden Diskussion« um seine Person heraushalten möchte. Er betont, dass er jede Form von Gewalt verabscheue, gegen Frauen ebenso wie gegen Männer.

Nach der Veröffentlichung Anfang Januar erhielt die *ZEIT* von Lesern und aus der Film- und Medienbranche viel Zustimmung. Schauspielerinnen meldeten sich in der Öffentlichkeit zu Wort und berichteten von unangenehmen bis verstörenden

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Erfahrungen mit Dieter Wedel, zuletzt im *ZEIT*- Interview die Schauspielerin und Präsidentin der Deutschen Filmakademie, Iris Berben. Der Bundesverband Schauspiel und die Filmakademie wollen nun eine Beschwerdestelle einrichten.

Es wurde aber auch scharfe Kritik an der *ZEIT* geübt. Die Veröffentlichung der Vorwürfe gegen Dieter Wedel wurde als »Hexenjagd« bezeichnet. Ein Mann, für den zunächst die Unschuldsvermutung gelten müsse, werde »an den Pranger gestellt«. Mehrfach wurde auch insinuiert, Jany Tempel, Patricia Thielemann und jene ehemaligen Mitarbeiter Wedels könnten gelogen haben. Dieser Vorwurf motivierte wiederum weitere Menschen aus der Filmbranche, ihr Schweigen zu brechen. In den Gesprächen, die sie mit der *ZEIT* führten, war oft die Wut über Dieter Wedels Selbstverteidigung zu spüren. »Wenn eine Schauspielerin (...) bereit war, aus privaten Gründen mit mir auf ein Hotelzimmer zu gehen, habe ich sie nicht physisch bedrängt oder belästigt oder gar versucht, sie in irgendeiner Form zu sexuellen Handlungen zu zwingen.« So schreibt Wedel in seiner eidesstattlichen Versicherung.

»Wenn er das tut, kann ich nur sagen: Er lügt!«, sagt dazu etwa der Charakterdarsteller Michael Mendl, der selbst mit Wedel gearbeitet hat. Neben der Schauspielerin Esther Gensch und Mendl werden hier noch drei weitere Personen zu Wort kommen. Die Vorwürfe reichen bis hin zur Vergewaltigung. Zahlreiche Anschuldigungen lassen sich durch Dokumente aus Archiven belegen, andere durch Aussagen von Zeugen am Filmset und von Freunden und Angehörigen der Frauen.

Am Freitag vergangener Woche hat die *ZEIT* Dieter Wedel um eine Stellungnahme zu den neuen, detaillierten Vorwürfen gebeten. Darauf antwortete sein Anwalt am Montagmittag, sein Mandant könne der Bitte nicht nachkommen, da er »aus gesundheitlichen Gründen« dazu nicht in der Lage sei. Er liege mit Herzbeschwerden im Krankenhaus. Wenige Stunden später wandte sich Wedel in einer ausführlichen Stellungnahme an die Öffentlichkeit – laut *Bild*- Zeitung vom Krankenbett aus formuliert. Er sprach von einem »Klima der Vorverurteilung«, vermeintliche Zeuginnen hätten versucht, ihn zu erpressen, er habe von Menschen gehört, denen »fünfstellige Beträge für Aussagen« gegen ihn angeboten worden seien. Der Umfang der Darstellungen habe ein für seine Gesundheit und seine Familie erträgliches Maß

überschritten. »Deswegen werde ich mich von jetzt an nicht mehr öffentlich äußern«, schreibt Dieter Wedel.

Die *ZEIT* hat keinem Gesprächspartner bei der Recherche zu den Vorwürfen gegen Dieter Wedel Geld bezahlt oder auch nur angeboten. Auch hat dies keine der hier zu Wort kommenden Frauen verlangt. Die Zeuginnen kennen einander nicht, und ihre zitierten Äußerungen sind genau so gefallen.

In der Zürcher Anwaltskanzlei erzählt Esther Gensch, sie habe die Macht des Regisseurs erlebt, er habe sie fast um ihren Beruf gebracht. Gensch ist in der Schweiz sehr bekannt, von 1999 bis 2007 hat sie eine der Hauptrollen in der Schweizer Serie *Lüthi und Blanc* gespielt, sie bekam den Prix Walo und war für den Schweizer Filmpreis nominiert. Allerdings fällt in ihrem Lebenslauf auf, dass sie in den achtziger und neunziger Jahren kaum einen Film gedreht hat.

Im Dezember 1980 hieß Esther Gensch noch Esther Christinat und war 24 Jahre alt, eine junge, hoffnungsvolle Schauspielerin, die gerade ihre ersten Rollen spielte. Da meldete sich die Künstleragentur Jovanovic aus München, bei der Gensch unter Vertrag war: Einer der größten deutschen Regisseure, Dieter Wedel, wolle sie casten, es gehe um eine Hauptrolle. Wenn sie die bekomme, bedeute das den Durchbruch, hätten ihre Agentinnen ihr gesagt, so erinnert sich Gensch. Die Agentur Jovanovic existiert heute noch, Genschs damalige Agentinnen leben aber nicht mehr.

Im Jahr 1980 sei sie nach Hamburg zu »Doktor Dieter Wedel« gefahren, um sich vorzustellen, sagt Esther Gensch. Sie nennt den Regisseur – er hat über Erscheinungsformen des Expressionismus promoviert – bis heute so, »um Distanz zu wahren«. Wedel habe sie in seiner Wohnung empfangen, dort habe sie auch seine Frau Uschi Wolters kennengelernt. Sie hätten über das Filmprojekt *Bretter, die die Welt bedeuten* geredet. Während ihres Aufenthaltes in Hamburg habe sie im Hotel Bellevue übernachtet, und noch am selben Abend habe Wedel vor ihrer Zimmertür gestanden. In ihrem Zimmer habe er das erste Mal versucht, sie zu küssen, und sie überall angefasst. Gensch sagt, sie habe sich sehr bedrängt gefühlt, aber versucht, höflich zu bleiben, und etwas in der Art wie »Jetzt nicht!« gesagt.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Sie sah ihre Chance auf eine große Karriere, und auch ihre Agentinnen hätten ihr zuvor geraten, sie dürfe auf keinen Fall den »großen Wedel« verärgern. »Ich habe das über mich ergehen lassen«, sagt Gensch. Sie dachte, der Übergriff sei ein einmaliger Ausrutscher, der sich am Set nicht wiederholen werde. »Es war mir unangenehm, ich schämte mich und habe mit niemandem darüber gesprochen.«

Dieter Wedel hatte für den Achteiler *Bretter, die die Welt bedeuten* auch am Drehbuch mitgeschrieben. Produziert wurde die Serie von Telefilm Saar, einer hundertprozentigen Tochter des Saarländischen Rundfunks, Telefilm Saar gibt es seit 2007 nicht mehr. Vier Regisseure wirkten damals mit. Esther Gensch drehte zunächst mit Tom Toelle, der 2006 gestorben ist. »Es war eine wunderschöne Arbeit«, sagt sie. Bis zu jenem Tag Anfang Dezember 1980, dem letzten Drehtag mit Tom Toelle. Im Hotel in Bad Kissingen habe es ein »Nachtessen« gegeben. Als sie das Restaurant betrat, habe Wedel schon am Tisch gesessen. Bereits an diesem Abend sei klar gewesen, was er von ihr wollte, sagt Gensch. Sie aber sei auf ihr Zimmer geflüchtet.

Es folgte der erste Tag mit Wedel, für Gensch »der Beginn eines Alptrahms«. Nichts habe sie dem Regisseur recht machen können. Vor dem gesamten Team habe er sie niedergemacht: was sie da spiele, ob sie überhaupt zu etwas fähig sei? Jede Nacht habe er sie wieder und wieder angerufen und Sex von ihr verlangt – sie solle auf sein Zimmer kommen. Habe sie nicht geantwortet oder den Hörer neben das Telefon gelegt, habe er an ihrer Tür Einlass gefordert. Mal habe sie ihn »abgewehrt«, mal habe sie sich schlafend gestellt. Danach habe ein Prozess der Zersetzung begonnen. Jeden Morgen habe er sie in die Mitte des Teams gestellt und sie gedemütigt: Sie könne kein richtiges Deutsch, es sei eine Zumutung, mit ihr zu arbeiten. Zudem habe er ihr Aussehen kritisiert: ob sie die ganze Nacht rumficke? Gensch sagt, sie habe tatsächlich kaum noch geschlafen, weil Wedel sie mit Anrufen und Klopfen an der Zimmertür wach gehalten habe. Hinzu sei die Angst vor jedem neuen Tag gekommen.

In ihrer Not vertraute sich Esther Gensch der damaligen Kostümbildnerin Regina Bätz an. Bätz bestätigt diese Angaben. Sie habe Gensch sogar mit auf ihr eigenes Zimmer genommen und dort übernachten lassen. »Das gesamte Team hat damals mitbekommen, wie Wedel mich behandelt hat. Niemand hat sich getraut, etwas dagegen

zu sagen«, sagt Gensch heute. »In den Blicken der anderen lag Angst.« Angst davor, als Nächster an der Reihe zu sein.

Nach einer oder zwei Wochen, genau weiß Gensch das nicht mehr, sei sie am Ende gewesen. Da sei Wedel am Set zu ihr gekommen und habe gesagt, sie müssten reden, ob er sie am Abend zum Essen einladen dürfe. Gensch sagte unter der Bedingung zu, dass das Treffen im Hotelrestaurant stattfinde, da auch das gesamte Team im Hotel untergebracht war. An diesem Abend, sagt Gensch, sei Wedel charmant gewesen und habe sich wiederholt für sein rüdes Benehmen entschuldigt: Er wolle es wiedergutmachen. Gensch sagt, sie sei sehr erleichtert gewesen. Dann habe Wedel erzählt, er erwarte noch einen wichtigen Anruf, wolle ihr aber eine Theaterkritik zu lesen geben, die sei wichtig für sie, damit sie seine Arbeitsweise verstehe. Dafür solle sie ihn kurz auf sein Zimmer begleiten.

Also sei sie mitgegangen. Heute findet Gensch ihr damaliges Verhalten selbst blauäugig. Es sei eine Mischung gewesen aus der Hoffnung, nun werde alles gut, und der Furcht davor, den Regisseur erneut gegen sich aufzubringen. Auf dem Flur zu seinem Zimmer habe er sie noch freundlich angelächelt. »Aber als die Tür aufging, blickte ich in ein Gesicht, das ich nicht mehr erkannte«, sagt Gensch. Dann sei alles sehr schnell gegangen. Wedel habe sie in sein Zimmer gerissen, die Tür abgeschlossen, sie auf das Bett geworfen und versucht, ihre Hose zu öffnen und herunterziehen. Sie habe sich mit aller Kraft gewehrt. »Er setzte sich rittlings auf mich, packte meinen Kopf bei den Haaren und schlug ihn immer wieder aufs Bett, einmal auch an die Wand und dann einmal auf die Bettkante. Er hat mir ins Gesicht gespuckt, seinen Speichel wieder abgeschleckt und gesagt: Wenn du mich küsst, kriegst du Schokolade.« Er habe sie als »Drecksau« beschimpft.

Mit ihrer Halswirbelsäule sei sie so hart auf die Bettkante geprallt, dass sie sich vor Schmerzen und Angst nicht mehr habe rühren können. Daraufhin habe sich Wedel mit beiden Ellbogen rechts und links auf ihren Schal gestützt, den sie um ihren Hals geschlungen hatte, und ihr die Kehle abgeschnürt, sodass sie kaum noch Luft bekommen habe. »Ich dachte, jetzt ist es aus.« Esther Gensch sagt: »Es ist ihm nicht gelungen, in mich einzudringen.«

Am Ende verschwimmt ihre Erinnerung. Sie sagt, dass sie nicht mehr weiß, wie sie aus dem Zimmer gelangt sei und den Weg in die Lobby gefunden habe. Sie habe unter Schock gestanden, starke Schmerzen gehabt und ihren Kopf nicht mehr bewegen können.

In diesem Zustand fand die Kostümbildnerin Regina Bätz sie in der Lobby. »Ein zitterndes verrenktes Kind, das Schutz brauchte«, so erinnert sich Bätz. Sie ist jetzt 74 Jahre alt und in Rente. Sie erzählt davon, wie beliebt Esther Gensch damals im Team gewesen sei, »ein Charmebolzen«. An jenem Abend in der Hotellobby habe Esther ihr erzählt, dass Wedel versucht habe, sie zu vergewaltigen, zudem sei ihr Halswirbel verletzt gewesen. »Es war erschreckend. Dass Esther weg- und ich ihr helfen musste, war klar.«

Am nächsten Tag sollte das gesamte Team nach München umziehen. Gensch wohnte im Hotel Vier Jahreszeiten. Bätz habe die Sachen für sie gepackt, sagt Esther Gensch. Sie selbst habe unvorstellbare Schmerzen gehabt. Die Dreharbeiten wurden daraufhin gestoppt. Das bestätigt auch der damalige Erste Aufnahmeleiter Ulrich John. Die Erklärung sei gewesen: »Heute kein Dreh wegen Halswirbelverletzung der Hauptdarstellerin.« Es habe Gerüchte gegeben, was passiert sei. Weiter möchte John dazu aber nichts sagen. Die Schauspielerin Andrea L'Arronge, die später zu den Dreharbeiten dazustieß, sagt gegenüber der *ZEIT*, am Set sei erzählt worden, die Hauptdarstellerin sei verletzt, weil sie nicht mit Dieter Wedel schlafen wollte. Und noch ein weiterer Zeuge, der damalige Requisiteur Manfred Geber, der Gensch schon von vorherigen Filmprojekten kannte, sagt gegenüber der *ZEIT*, Gensch sei von einem Tag auf den anderen nicht mehr zum Dreh erschienen, sie sei »krank«, habe es geheißt. »Ihr ging es dreckig damals, wirklich beschissenst«, sagt Geber. Im Team sei allen klar gewesen, dass Wedel versucht habe, Gensch zu vergewaltigen und sie sich dabei verletzt hatte – aber mit Wedel habe keiner darüber gesprochen.

Esther Gensch erzählt, ein Teammitglied habe sie schließlich in München zum Arzt gebracht, und sie habe über Tage unzählige Spritzen bekommen. Ihr Orthopäde sei Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt gewesen, der langjährige Mannschaftsarzt des FC Bayern München. Gensch entbindet den Arzt von der Schweigepflicht. Seine

Assistentin sagt gegenüber der *ZEIT*, Müller-Wohlfahrt könne sich nach 38 Jahren nicht mehr an Esther Gensch beziehungsweise an Esther Christinat, wie ihr Name damals lautete, erinnern. Er habe auch keine Akte mehr zu ihrem Fall. Aber im Archiv von Telefilm Saar, das beim Saarländischen Rundfunk lagert, findet sich ein Schreiben von Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt an die Anwälte der Schauspielerin. Sie habe sich am 15. Dezember 1980 wegen eines »akuten Torticollis mit heftigen Nacken- und Kopfschmerzen sowie Schwindelgefühl, Übelkeit und Erbrechen« in seine ambulante Behandlung begeben. Die Untersuchungen hätten eine »erhebliche Bewegungseinschränkung in allen Bewegungsebenen insbesondere bei Seitneigungen« ergeben. Weiterhin werden diagnostiziert: »empfindlicher Druckschmerz auch über den Nervenwurzeln der gesamten Halswirbelsäule, ein Nacken-Schulter-Arm-Syndrom mit Kopfschmerzen und ein sehr schlechter Allgemeinzustand«. Müller-Wohlfahrt schreibt: »Diese Symptome können eindeutig als Folge der Gewalttätigkeit vom 12. 12. 80 angesehen werden.«

Nach etwa drei Wochen habe sie sich überzeugen lassen, an den Drehort zurückzukehren, sagt Esther Gensch. Sie habe sich vertraglich und dem Team gegenüber dazu verpflichtet gefühlt. »Und natürlich wollte ich spielen.« Zurück am Set, habe keiner aus dem Team mehr mit ihr sprechen dürfen, Wedel habe sie völlig isoliert. »Alle wussten, was los war. Es sah ja auch jeder, denn ich trug eine Halskrause.«

Für ihre Rolle habe sie dann aber ein schweres Barockkostüm anziehen müssen. »Ich stand allein in einem eiskalten Theater auf der Bühne, hatte Schmerzen, und keiner redete mit mir.« Die Schmerzen in Kopf, Nacken und Rücken seien unerträglich geworden. Während sie drehfertig auf der Bühne wartete, habe Wedel für eine Kamerafahrt Schienen über die Sitzreihen bauen lassen, er habe sie dort stundenlang ausharren lassen und niedergemacht, bis sie mit Fieber zusammengesunken sei. Dann habe man sie in einen Zug nach München gesetzt und sie wieder im Hotel Vier Jahreszeiten untergebracht, aber selbst dort habe der Regisseur sie nicht in Ruhe gelassen.

An die Halskrause kann sich auch die Kostümbildnerin Regina Bätz erinnern. Dem Team habe Wedel gesagt, die Verletzung von Esther Gensch rühre daher, dass sie

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

im Vier Jahreszeiten betrunken die Treppe hinuntergefallen sei. »Mir hat er die Mär erzählt, Esther sei eine Nymphomanin, die hinter Männern her ist«, sagt Bätz. Auch an Gemschs Zusammenbruch und die Unterbrechung der Dreharbeiten erinnert sie sich. »Ich war fassungslos, dass Wedel versucht hat, Esther zu vergewaltigen. Aber alle hatten Angst vor Wedel.« Und alle wollten weiterarbeiten – auch mit ihm.

Gemschs Rolle wurde umbesetzt. Nun sollte die deutsche Schauspielerin Ute Christensen die Hauptrolle bekommen. Bätz sagt, als sie deren Maße nehmen sollte, sei ihr klar geworden, was für eine üble Geschichte das sei. »Ich konnte ihr nicht die Kleider von Esther überstülpen.« Sie habe dabei immer an die Verletzte denken müssen. Daher habe sie Wedel um ihre Entlassung gebeten. Ein paar Jahre später arbeitete sie dann aber doch noch einmal mit ihm zusammen.

Esther Gensch sagt, sie habe Wedel nicht bei der Polizei anzeigen wollen, habe sich aber an einen Münchner Anwalt gewandt. Im Archiv findet sich ein Schreiben von Esther Gemschs Anwalt vom 16. Januar 1981 an die Geschäftsleitung von Telefilm Saar. Darin steht, es sei kein Geheimnis mehr, wie Dieter Wedel sich in der Nacht vom 12. Dezember 1980 im Hotel in Bad Kissingen gegenüber der Schauspielerin verhalten habe. »Dr. Wedel wurde gewalttätig und beleidigend und hat unsere Mandantin erheblich verletzt.« Sie habe ein schweres Nacken-Schulter-Arm-Syndrom und befinde sich in einem außerordentlich schlechten physischen und psychischen Zustand. »Herr Dr. Wedel hat durch sein Verhalten mehrere Straftatbestände erfüllt. Wir verweisen hier auf die Delikte der versuchten Notzucht, vorsätzliche Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Nötigung und Beleidigung.« Wedel habe Gensch – die in dem Schreiben noch Christinat heißt – eine Dreiviertelstunde lang gewalttätig bearbeitet, obwohl sie sich mit allen Mitteln gewehrt und geweint habe und ihre Erstickungsangst für Wedel erkennbar gewesen sei. Die »zuständigen Herren« von Telefilm Saar hätten Gensch Schutz und Unterstützung zugesagt, beides sei dann aber versagt worden. Sie habe noch einmal versucht zu drehen, aber weder ihre Gesundheit noch die Behandlung durch Wedel ließen dies zu. Der Anwalt kündigt das Engagement mit sofortiger Wirkung. Er fordert Schmerzensgeld. Seine Mandantin sei auch entschlossen, Wedel

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

anzuzeigen. Das Attest über Arbeitsunfähigkeit, unterschrieben von Müller-Wohlfahrt, liegt bei.

Darauf antwortet am 28. Januar 1981 Wedels damaliger Anwalt. Er weist die Vorwürfe zurück. Laut seiner Darstellung war alles ganz anders: Bereits beim Vorstellungsgespräch sei es zu für Wedel »peinlichen Annäherungsversuchen« durch Gensch gekommen. Später habe sie ihn wissen lassen, sie träume davon, im Anschluss an die Dreharbeiten mit ihm auf die Bahamas zu reisen. An jenem Abend habe sich Wedel zwischen 22 und 22.30 Uhr verabschiedet, da er sich gesundheitlich angeschlagen gefühlt habe. »Ihre Mandantin folgte unserem Mandanten dennoch bis zu seinem Zimmer.« Sie sei ihm bis in den Vorraum nachgelaufen, Wedel habe sie aufgefordert, ihn nicht länger zu behelligen. »Ihre Mandantin nahm das zum Anlaß, unseren Mandanten zu umarmen. Unser Mandant wies diese Umarmung zurück, woraufhin Ihre Mandantin anfing zu weinen.« Als nach zehn Minuten Wedels Mutter angerufen habe, habe Gensch sich verabschiedet. Erst zwei Tage später habe Wedel von der Halswirbelerkrankung gehört. Gensch habe ihm erklärt, vor Jahren einen Unfall gehabt zu haben, weshalb ihr Halswirbel anfällig sei. Am 17. Dezember habe sie ihm erstmals am Telefon erklärt, dass ihre Verletzung von einem Stoß herrühre, »den unser Mandant ihr (angeblich) im Vorraum zu seinem Zimmer am 12. Dezember 1980 versetzt habe, als er ihre Umarmung zurückgewiesen habe«.

Esther Gensch sagt heute, sie habe sich damals nicht zugetraut, weiter juristisch gegen Dieter Wedel vorzugehen. »Ich war 24 und hatte kein Geld.« Dieter Wedel, erzählt Gensch, habe sie im Hotel weiter angerufen und gedroht, er werde sie vernichten, wenn sie den Mund aufmache, aber ihr werde sowieso niemand glauben. Er sei mächtig genug, um dafür zu sorgen, dass sie nie wieder spielen werde, und die Produktionsfirma werde sie verklagen.

Eric Moss, ein bekannter Münchner Produzent, der damals als Aufnahmeleiter arbeitete, bestätigt Genschs Aussagen. Er hatte 1980 seine Freundin Regina Bätz beim Drehen besucht und dabei auch Esther Gensch kennengelernt. Bätz habe ihn kurz darauf gebeten, sich in München um Gensch zu kümmern, sagt Moss. Der Produzent erinnert sich, dass Gensch in einem kleinen Einzelzimmer des Hotels Vier Jahreszeiten

gelegen habe. Sie sei verletzt gewesen und habe jeden Tag zum Arzt gehen müssen, um Spritzen in den Nacken zu bekommen.

»Esther hat mir erzählt, was passiert ist. Dass Wedel versucht hat, sie äußerst brutal zu vergewaltigen. Sie sagte, Wedel habe sie auf das Bett geschleudert, sie gepackt und ihren Kopf auf das Bett gehauen.« Eric Moss sagt, er sei auch dabei gewesen, als Wedel bei Gensch im Hotel angerufen habe. »Sie ging ans Telefon und sah aus, als hätte sie einen Geist gesehen«, entsinnt er sich. Gensch habe dann den Hörer so gehalten, dass er das Gespräch mithören konnte. Wedel habe zunächst freundlich geklungen, habe gesagt, dass es ihm leidtue und er Gensch beim nächsten Projekt wieder besetzen werde. Dann aber habe sich sein Tonfall verändert: Wedel habe nun Anweisungen gegeben, wie Gensch die Entstehung der Verletzung erklären solle. Sie solle sagen, sie habe Streit mit ihrem Freund gehabt und sei dabei die Treppe hinuntergefallen. Behaupte sie aber etwas anderes, werde er, Wedel, erklären, Gensch habe an seiner Tür geklopft und sei dann wie eine Furie auf ihn losgegangen. Er habe sie nur abgewehrt, und so habe sie sich verletzt. Die Version erinnert an das oben genannte Schreiben von Wedels Anwalt.

»Es war ein Horror«, sagt der Produzent heute noch. Esther Gensch habe Wedel geantwortet, er solle sie in Ruhe lassen. Moss sagt, in diesem Augenblick habe er begriffen, dass Gensch auch im Hotel nicht vor Dieter Wedel sicher sei, deshalb habe er sie für die nächsten Wochen in der Wohnung eines befreundeten Kameramanns versteckt. Der Kameramann bestätigt das gegenüber der *ZEIT*.

Heute sagt Gensch, sie hätte damals sofort zur Polizei gehen müssen, aber in diesem Moment habe sie das nicht gekonnt. Stattdessen habe sie sich selbst die Schuld gegeben, sich gefragt, ob sie Wedel irgendwie zu seinen Handlungen eingeladen haben könnte. Und sie fürchtete die Fragen und Kommentare der anderen: Kann das tatsächlich stimmen? So schlimm kann es doch nicht gewesen sein!

Im Archiv des Saarländischen Rundfunks liegt auch ein interner Bericht der Zentralrevision des SR vom 1. Dezember 1981. Es geht darin um die überhöhten Kosten beim Projekt *Bretter, die die Welt bedeuten*. Es heißt, am 14. Dezember 1980 habe sich

die Hauptdarstellerin mit einer Halswirbelerkrankung und Schockerscheinungen in ärztliche Behandlung nach München begeben. Gleichzeitig habe sich Dieter Wedel krankgemeldet und sei in eine Münchner Klinik gegangen. Nach Auskunft der Hauptdarstellerin habe es sich bei ihrer Verletzung um die Folge einer gewaltsamen sexuellen Annäherung durch Wedel gehandelt. Telefilm Saar habe versucht zu vermitteln. Die Dreharbeiten wurden am 7. Januar fortgesetzt, am 14. Januar habe sich die Schauspielerin erneut krankgemeldet und eine weitere Zusammenarbeit mit Dieter Wedel verweigert. In Klammern steht: »Depressionen, Unzumutbarkeit«. Am 16. Januar sei beschlossen worden, die weibliche Hauptrolle umzusetzen.

Esther Gemsch ging im Frühjahr 1981 zurück in die Schweiz. »Ich habe versucht, das mit Wedel ungeschehen zu machen, als wäre es nie passiert.« Jahrelang reiste sie nicht mehr nach Deutschland. Und jahrelang hatte sie weiter Schmerzen im Genick. Sie trat nur noch in Filmproduktionen von Freunden auf, ansonsten arbeitete sie fortan hinter der Kamera, als Synchronsprecherin und in der Werbung. »Wedel hat mir alles genommen, was mich ausgemacht hat«, sagt sie. Erst als sie um die 40 war, habe sie darüber reden können, was ihr widerfahren sei: »Mit diesem Dreck geht man nicht hausieren.«

Esther Gemsch ist heute Mutter von drei Töchtern. »Ich mache das jetzt für sie!«, sagt sie im Gespräch in Zürich. »Und ich mache das für die Schauspielerinnen, die jünger sind als ich und nicht den Mut haben zu sprechen.«

Esther Gemsch sagt, sie habe sich in ihren Beruf zurückgekämpft. 1999 – sie war 43 Jahre alt – sei sie zum Casting der Serie *Lüthi und Blanc* gegangen. Um zu beweisen, dass sie spielen könne. Als ein Moderator sie drei Jahre später im Mittagstalk des Schweizer Fernsehens nach ihrer langen Familienpause fragte, antwortete sie, sie habe mit der Schauspielerei aufgehört, weil sie »auf ganz brutale Weise von einem Regisseur zusammengeschlagen wurde in Deutschland«. Schweizer Boulevardmedien berichteten über den Auftritt. Die Artikel und der Mitschnitt liegen der *ZEIT* vor. Damals schreckte Esther Gemsch noch davor zurück, Wedels Namen zu nennen. Jetzt rieten Freunde und ihre Töchter ihr dazu, an die Öffentlichkeit zu gehen. Ihre Aussagen hat sie mit einer eidesstattlichen Versicherung bekräftigt.

Die mutmaßlichen Taten, die Esther Gensch schildert, sind mittlerweile verjährt. Anders verhält es sich möglicherweise mit jenem Vorwurf, den Jany Tempel vor drei Wochen in der *ZEIT* erhob: Dieter Wedel habe sie 1996 zum Sex gezwungen. Durch eine Gesetzesänderung von 2015 ruht die Verjährungsfrist von 20 Jahren neuerdings bei schweren Sexualstraftaten bis zur Vollendung des 30. Lebensjahrs des mutmaßlichen Opfers. 1999 wurde Jany Tempel 30 Jahre alt, somit wäre eine Tat erst 2019 verjährt. Die Staatsanwaltschaft München hat aufgrund eines Anfangsverdachts nun ein Ermittlungsverfahren gegen Dieter Wedel eingeleitet.

Jany Tempel und Patricia Thielemann, die Anfang Januar in der *ZEIT* von Übergriffen durch Wedel berichtet hatten, sind schon lange keine Schauspielerinnen mehr. Und Esther Gensch arbeitet längst nicht mehr für den deutschen Film- und Fernsehmarkt. Viele, die weiterhin im Geschäft sind, trauen sich nicht, unter ihrem Namen über Dieter Wedel zu sprechen. Vielleicht können sie es sich auch nicht leisten.

Eine deutsche Schauspielerin, die man aus Filmen und zahlreichen Fernsehserien kennt, berichtet von Abenden, an denen sich Schauspieler untereinander ihre »Wedel-Geschichten« erzählt hätten. Ihren Namen will auch sie nicht nennen. »Wedel ist vielleicht der Schlimmste, aber er ist nicht der Einzige«, sagt sie. Wer jetzt über ihn spreche, plaudere womöglich auch negative Erlebnisse mit anderen aus. Jemand, der als illoyal gelte, werde dann nicht mehr besetzt. »Ich habe eine Familie zu ernähren, ich kann es mir nicht leisten, bei irgendjemandem in Ungnade zu fallen.« Auch Anika Decker, eine der erfolgreichsten Regisseurinnen und Film-Autorinnen Deutschlands, die zuletzt mit *Traumfrauen* und *High Society* ein Millionenpublikum erreichte, sagt: »Die meisten Leute wissen ja gar nicht, wie wenige Frauenrollen es gibt. Diesen wenigen Rollen steht ein Heer von gut ausgebildeten Schauspielerinnen gegenüber. Jede muss peinlich genau darauf achten, was sie in der Öffentlichkeit sagt.«

Der Schauspieler Michael Mendl sagt, er habe selbst einmal miterlebt, wie es einer Frau erging, die sich von Wedel sexuell bedrängt gefühlt habe. »Ich habe keinerlei Ambitionen, Dieter Wedel fertigzumachen«, sagt er. Dass er sich äußere, habe lediglich etwas mit Zivilcourage zu tun: »Es geht nicht, dass er die Frauen der Lüge bezichtigt.«

Frauen, die der Regisseur offenbar als seine Leibeigenen angesehen habe, wie ein absolutistischer Herrscher.

Das Erlebnis, an das Mendl sich deutlich erinnert, trug sich Mitte der neunziger Jahre bei Dreharbeiten zum Mehrteiler *Der Schattenmann* zu. Die Darsteller und der Regisseur wohnten im Hotel Steigenberger in Frankfurt am Main. Eines Abends, sagt Mendl, habe er mit ein paar Kollegen nach Drehschluss mit einer Schauspielerin beisammengesessen. »Sie erzählte uns verängstigt, Wedel habe von ihr verlangt, sie solle ihn noch diese Nacht in seinem Hotelzimmer aufsuchen, und dass sie nicht wisse, wie sie sich verhalten solle.« Sie habe Angst gehabt, einen schweren Stand am Set zu haben, wenn sie der Aufforderung nicht nachkomme. Sie habe ja selbst erlebt, wie Wedel andere bis aufs Blut niedermachen könne. »Ein eindeutiger Gewissenskonflikt, eine psychische Bedrängung«, sagt Mendl. »Wir rieten ihr eindringlich, sich auf gar keinen Fall darauf einzulassen.«

Die Frau habe sich Wedel dann aber doch nicht entzogen – oder nicht entziehen können. »Natürlich war keiner von uns im Hotelzimmer dabei. Aber als die Frau am nächsten Morgen zu uns in den Frühstücksraum kam, war sie in Tränen aufgelöst und seelisch mitgenommen.« Mendl sagt, er habe nicht nach Details gefragt, man lege da nicht noch den Finger in die Wunde. Wedel sei währenddessen auf der Galerie des Hotels in Herrscherpose im weißen Bademantel auf und ab stolziert.

Zwei Jahre später hatte auch eine Schauspielerin, die hier Luise Keller heißen soll, ein Erlebnis mit Dieter Wedel. Wieder wird ein Mehrteiler gedreht: *Der König von St. Pauli*. Nach diesen Dreharbeiten habe sie in keinem Film mehr mitspielen wollen, sagt Luise Keller. Bis auf wenige Ausnahmen war sie danach nur noch auf der Bühne zu sehen.

Keller ist heute in ihren 50ern. Als sie ihre Geschichte bei sich zu Hause erzählt, sitzt ihr heutiger Ehemann dabei. Er hat sie ermutigt, zumindest unter anderem Namen zu berichten. Keller wirkt nervös und sagt, sie habe in der Nacht vor dem Gespräch nicht schlafen können: »Die Erfahrung mit Wedel ist das Schlimmste, was ich bislang in meinem Beruf erlebt habe.«

Am Vorabend ihres zweiten Drehtags, im Januar 1997, habe Wedel sie auf ihrem Hotelzimmer in München angerufen und sie gebeten, zu ihm ins Zimmer zu kommen. Sie könne gerade nicht, redete Keller sich heraus – Wedel habe sehr erbost auf sie gewirkt. Am nächsten Morgen bei Drehbeginn habe er sich dann vor ihrem Auftritt ganz nah hinter sie gestellt, sodass sie seinen Atem im Nacken habe spüren können. Sie brauche es, dass er in ihrer Nähe stehe, soll er gesagt haben. »Dann, als mein Auftritt für die Szene kommen sollte, stieß er mich mit der Faust von hinten so in den Rücken, dass ich stolperte und auf die Knie fiel.« Er habe sie angebrüllt, wie dumm sie sich anstelle, sie vergeude sein teures Filmmaterial. »Ich verstand überhaupt nicht, was er da tat. Ich hatte ja noch gar nicht gespielt, es gab also gar keinen Grund, sich über meine Arbeit aufzuregen«, sagt sie. »Ich ahnte nicht, dass dies der Auftakt für eine Zermürbungskampagne sein würde, die gar nichts damit zu tun hatte, ob ich gut oder schlecht spiele.« Luise Keller berichtet – wie die anderen – von nächtlichem Telefonterror, Schikanen, Drohungen, dass sie keine Rollen mehr bekomme, wenn sie sich nicht füge. Und – vom Regisseur im Bademantel.

Es sei wenige Wochen später gewesen, Februar oder März 1997, als Wedel morgens im Vier Jahreszeiten an ihre Tür geklopft habe. Das Zimmermädchen sei gerade da gewesen, um das Bad zu reinigen. »Die Tür war noch gar nicht ganz offen, da drängte Wedel sich im Bademantel herein«, so erzählt es Luise Keller. »Er packte mich an den Schultern, drückte sich an mich und schob mich rückwärts in mein Zimmer hinein. In dem Moment kam das Zimmermädchen aus dem Bad, Wedel ließ von mir ab und stammelte etwas, ob wir schwimmen gingen oder so.«

Vier Mitglieder des Filmteams bezeugen, wie Wedel die Schauspielerin Luise Keller am Set quälte, sie Szenen Dutzende Male wiederholen ließ. Keller sei oft kurz vor dem Heulen gewesen. Dieter Wedel hat auch Männer am Set angebrüllt und gedemütigt. Einige, die beim *König von St. Pauli* dabei waren, berichten, dass er zum Beispiel den mittlerweile verstorbenen Hauptdarsteller Oliver Hasenfratz regelmäßig beschimpft habe. Die zahlreichen Frauen, die der *ZEIT* von cholerischen Ausfällen ihnen gegenüber berichten, stellen in ihren Fällen jedoch immer eine direkte Verbindung zu abgelehnten sexuellen Avancen her. Es gibt aber auch viele

Schauspieler, Schauspielerinnen und Teammitglieder, die Wedel gut behandelt hat und die ihn bis heute für seine Arbeit und seinen Intellekt schätzen. Wedel habe sich beim *König von St. Pauli* für seine Wutanfälle auch immer wieder vor der Crew entschuldigt. Was viele Gesprächspartner übereinstimmend sagen: Wedel habe sich seine Opfer vor allem unter den jüngeren und eher zarten Schauspielerinnen gesucht, den unsicheren, die ihm offenbar nichts entgegensetzen konnten. »Er zeigte zwei Seiten: Schauspieler, bei denen er wusste, dass er seine Macht nicht ausspielen kann, behandelte er mit Respekt. Und dann gab es solche, die er vor dem gesamten Team erniedrigt hat«, sagt die Autorin Yvonne Görlach, die jahrelang in Wedels Produktionsfirma arbeitete und bei den Dreharbeiten zum *König von St. Pauli* dabei war.

Luise Keller sagt, Wedel habe ihr aber nicht immer gedroht, sondern auch einmal am Telefon gesagt, dass er sich in sie verliebt habe. Die Schauspielerin sagt, sie sei auch darauf nicht eingegangen. Einmal, als sie das Gebrüll am Set nicht mehr ausgehalten und er ihr gedroht habe, sie rauszuschmeißen, habe sie ihm geantwortet: »Ja bitte, schreiben Sie mich raus aus dem Drehbuch, dann hört das endlich auf, und ich muss nicht vertragsbrüchig werden.« Sie wusste, dass es sehr schwer sein würde, aus dem Vertrag herauszukommen. Eine Schauspielerin, die nach Wochen der Dreharbeiten aussteigt, verursacht – anders als Mitglieder des Technikteams – hohe Kosten, weil jede ihrer Szenen mit einer neuen Darstellerin nachgedreht oder das Drehbuch umgeschrieben werden muss. Schauspieler können in solchen Fällen schadensersatzpflichtig sein.

Im Juni 1997, als nur noch wenige Wochen zu drehen waren, erlitt Keller am Set des *Königs von St. Pauli* einen körperlichen Zusammenbruch. »Ich war nach einer längeren Pause wieder am Drehort und saß in der Maske, als ich von nebenan Wedel wieder brüllen hörte, der gerade eine andere Schauspielerin fertig machte. Ich hatte solche Aversionen gegen diesen Mann, gegen seine Stimme, seinen Geruch.« Die Einzelheiten des Zusammenbruchs möchte Keller nicht veröffentlichen, aber die Details sind der *ZEIT* aufgrund eigener Recherchen und ärztlicher Bestätigung bekannt. Auch eine Maskenbildnerin und weitere Teammitglieder erinnern sich an den dramatischen Tag.

Nach kurzer Zeit kehrte die Schauspielerin an den Set zurück. Doch nicht einmal der Produktionsleiterin sei es gelungen, sie vor Wedels Demütigungen zu schützen. »Ich wusste, es blieb mir nichts anderes übrig, also schaltete ich auf Durchzug bis zum Ende der Dreharbeiten«, sagt Luise Keller. Sie habe starke Medikamente verschrieben bekommen, sodass sie sich wie in Watte gepackt gefühlt habe. Danach habe sie nie mehr mit Wedel gearbeitet.

Die ehemalige Schauspielerin Lena Hein, die in Wirklichkeit auch anders heißt, war 32 Jahre alt, als sie auf Dieter Wedel traf. Auch sie, eine mittlerweile 74-jährige schmale Frau, die grauen Locken zusammengesteckt, das Gesicht sorgfältig geschminkt, will ihren richtigen Namen hier nicht nennen. Sie lernte Wedel 1975 bei Dreharbeiten zu der NDR-Serie *Pariser Geschichten* in Hamburg kennen.

Wenige Tage nach Beginn der Proben im Studio Hamburg habe der Regisseur sie um ein Treffen in einem Restaurant gebeten. Er wolle mit ihr über ihre Rolle sprechen. »Ich empfand die Einladung als lästig«, sagt sie. »War er nicht zufrieden mit meiner Arbeit? Am Set hatte ich erlebt, wie er andere per Lautsprecher aus dem Regieraum heraus zur Schnecke machte.«

Nachdem die Proben beendet waren, erzählt Lena Hein, hätten sie sich zu zweit in sein Auto gesetzt und seien losgefahren. Es sei ein großer Wagen gewesen, vielleicht ein BMW. Da sie in München lebte und Hamburg kaum kannte, habe sie kein Gefühl dafür gehabt, wohin es ging. Plötzlich sei Wedel von der Straße in ein Waldstück abgebogen. Wo sie sich befanden, wusste sie nicht. Es sei bereits dunkel gewesen. »Ich hatte ein mulmiges Gefühl.«

Wedel habe den Wagen gestoppt, sagt sie. Dann habe er sich vom Fahrersitz zu ihr herübergebeugt, um sie zu küssen. Sie habe ihn abgewehrt, so etwas wie »Lassen Sie das!« gerufen, doch er habe weitergemacht. »Er sagte etwas in der Richtung von ›Hab dich nicht so!‹«, erinnert sich die Schauspielerin. Vielleicht hätte sie die Tür aufreißen und in den Wald hinauslaufen können, doch sie habe sich nicht getraut: Die Straße konnte zwar nicht sehr weit entfernt gewesen sein, doch weit genug, um sich im Dunkeln zwischen den Bäumen zu verirren. »Er hat an meiner Kleidung gezerrt und

sich zu mir rübergewälzt, bis sein Körper über meinem war.« Sie habe einen Rock getragen, meint sie, er habe seine Hose heruntergezogen.

Hein beschreibt die Szene als aussichtslosen Kampf. »Irgendwann dachte ich: Der einzige Weg, das zu beenden, liegt darin, meinen Widerstand aufzugeben. Dann ist es schnell vorbei.« Ihre Erinnerung an das, was dann folgte, ist verschwommen: Ihr Körper habe schlaff auf dem Beifahrersitz gelegen, während Wedel über sie hergefallen sei. Schließlich sagt sie: »Er hat mich penetriert.«

Wie lange die mutmaßliche Vergewaltigung gedauert habe, wisse sie nicht mehr genau – ein paar Minuten. »Als er befriedigt war, hat er sich sofort von mir abgewendet«, erinnert sie sich. »Ich hab versucht, mich einigermaßen wieder anzuziehen. Ich war total zittrig und verzweifelt.« Viele Details habe sie vergessen. Oder verdrängt. Woran sie sich noch gut erinnern könne: die stumme Rückfahrt. Die heiße Dusche, unter der sie lange geweint habe.

»Ich fühlte mich entwürdigt. Beschämt. Ich habe mich gefragt, ob ich mich anders hätte wehren können oder ob ich in meinem Auftreten zu freundlich war. Und ich dachte: Wie kann ich das jemals wieder schön finden mit jemandem, den ich mag? Hoffentlich ist das nicht für den Rest meines Lebens zerstört.«

Um sie zu verdrängen, habe sie die Ereignisse im Wald sehr lange verschwiegen. Sie habe Angst gehabt, zur Polizei zu gehen, und sie habe sich vor den Folgen für ihren Beruf gefürchtet. Und sie habe sich zu sehr geschämt, um sich ihren Kollegen am Set anzuvertrauen. Von dem Angriff habe sie nur ihrem inzwischen verstorbenen Mann, ihren Söhnen und einer Schwiegertochter erzählt – und auch das erst Jahre später. Andeutungen darüber machte sie auch einigen wenigen Freunden gegenüber.

»Ich weiß nicht, was damals genau stattgefunden hat, aber ich weiß, dass sie sehr ängstlich war und nicht wusste, ob sie weiterdrehen sollte oder nicht«, sagt eine Hamburger Freundin, bei der Hein während der Dreharbeiten wohnte. Die Schauspielerinnen hat auch ihr nichts erzählt.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Am Morgen nach dem Vorfall kehrte Hein an den Set zurück. Ihre Arbeit jetzt abzubrechen, dachte sie, würde das Ende ihrer Karriere bedeuten. Wedel habe sie von nun an anders behandelt: »Er hat seine Regieanweisungen genutzt, um mich herabzusetzen«, sagt sie. »Er wollte, dass meine Figur hässlich und dumm rüberkam. Ich sollte ständig mit vollem Mund sprechen.«

Die Drehtage, sagt sie, habe sie wie Prüfungen absolviert, in denen es galt, ihren Stolz zu retten. »Ich hatte schon von Vergewaltigungen in der Filmbranche gehört und dachte mir: Du bist bestimmt nicht die Einzige. Ich wollte ihm nicht die Genugtuung geben, mich zitternd und gedemütigt zu sehen«, sagt Hein.

Ihr älterer Sohn, heute 50, erinnert sich noch gut daran, wie seine Mutter damals aus Hamburg zurückkehrte. Obwohl er erst acht Jahre alt war, machte er sich große Sorgen um sie. »Sie war völlig aufgelöst und weinte ständig. Sie sagte immer: ›Ich hatte einen blöden Regisseur, der mich gequält hat.«‹ Lange hat er nicht verstanden, was damals mit seiner Mutter los war. Was im Wald passiert sein soll, hat sie ihm, seinem Bruder und dessen Frau erst vor zwei Jahren berichtet. »Wir saßen nach dem Abendessen zusammen am Tisch und kamen irgendwie auf Wedel«, erinnert sich der jüngere, 45-jährige Sohn. »Sie sagte, dass sie von Wedel mit seinem Auto in ein Waldstück gefahren worden sei und dort von ihm vergewaltigt wurde. Ich dachte erst, ich hätte nicht richtig gehört. Ich war fassungslos. Es war ein Schock.«

Beiden Söhnen fiel es schwer, weiter nachzufragen. Details haben sie erst im Zuge der *ZEIT*-Recherchen erfahren. Der Ältere war es, der nach dem ersten *ZEIT*-Artikel über die Vorwürfe gegen Wedel die Reporter in Kontakt mit seiner Mutter brachte und sie selbst dazu ermutigte, ihre Geschichte zu erzählen.

Etwa drei Jahre nach den Dreharbeiten zu den *Pariser Geschichten* bekam Hein über ihre Agentur das Angebot, erneut mit Dieter Wedel zusammenzuarbeiten. Sie sollte eine kleine Rolle in einem Fernsehfilm spielen, der Ende der siebziger Jahre im ZDF lief. Laut einer alten Freundin versetzte das Angebot die Schauspielerin in einen Ausnahmezustand. »Sie war zurückhaltend mit irgendwelchen Schilderungen, sagte mir aber, dass sie Angst vor Wedels Annäherungsversuchen habe«, erzählt die Freundin, bei

der Hein damals drei Wochen verbrachte. In dieser Zeit habe Hein unentwegt um die Frage gekreist, ob sie noch mal mit Wedel zusammenarbeiten sollte oder nicht. »Sie empfand die Vorstellung als gruselig«, erinnert sich die Freundin, »seine Person flöbte ihr Angst ein.«

Doch viele Jobs, die für Hein in Betracht gekommen wären, gab es zu dieser Zeit nicht – sie hatte zwei Söhne zu versorgen, war alleinerziehend und wollte nicht zu lange für Dreharbeiten abwesend sein. Schließlich habe sie sich gesagt: »Es ist eine kleine Rolle in einer großen Produktion. Ich weiß ja jetzt, wie der tickt. Ich falle bestimmt nicht noch mal drauf rein, wenn er mit mir allein etwas besprechen will.« Sie müsse einfach aufpassen.

Vor Drehbeginn änderte sie ihre Meinung. »Plötzlich bekam ich doch kalte Füße.« Sie habe bei der Produktionsfirma angerufen, um zurückzuziehen – das Büro sei einverstanden gewesen. »Die Erleichterung war riesig, als sie das sagten. Ich dachte mir: Es ist viel besser, auf das Geld zu verzichten, als sich ihm noch mal auszusetzen.«

Kurze Zeit später – vielleicht am selben Nachmittag, vielleicht auch am Folgetag – habe Wedel sie angerufen. »Er hat mir gesagt, dass ich mich strafbar mache, wenn ich aus dem Vertrag aussteige«, erzählt Lena Hein. »Er sagte, ich würde nie wieder einen Fuß in ein Studio setzen.« Sie sei eingeschüchtert gewesen und habe ihre Meinung erneut geändert. Während der Dreharbeiten habe sie darauf geachtet, stets in einem Pulk von vielen Menschen zu bleiben. Ihre Erleichterung sei groß gewesen, als die Dreharbeiten nach zwei Tagen ohne Vorfälle vorbei waren.

Je mehr Zeit verging, desto mehr habe sie mit anderen über Wedel geredet. Wenn befreundete Schauspieler Geschichten über Mobbing oder Nötigung durch ihn erzählten, habe sie manchmal gesagt: »Das habe ich auch erlebt.« Warum hat sie ihn nicht angezeigt? »Ich dachte: Da wird einem weiß Gott was unterstellt, und dem wollte ich mich nicht aussetzen.«

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Von den achtziger Jahren an spielte Lena Hein immer weniger Rollen. Schließlich beendete sie die Schauspielerei ganz, um in der Firma ihres zweiten Mannes mitzuarbeiten. In ihrem neuen Beruf, sagt sie, sei sie sehr glücklich geworden.

Und noch eine Frau hat der *ZEIT* geschildert, wie Dieter Wedel sie behandelt habe. Ihre Geschichte führt zurück zu den Dreharbeiten zum Fernsehreiheiter *Bretter, die die Welt bedeuten*, aus denen Esther Gensch mit einer Halsverletzung ausgeschieden war. Im Januar 1981 wurde die Hauptrolle neu mit Ute Christensen besetzt. Jung, blond und zierlich wie die verletzte Esther Gensch. Die Neue wusste nichts vom Schicksal ihrer Vorgängerin und nichts über die Gründe der Umbesetzung. Die beiden Frauen sind einander nie begegnet.

Nach einer kurzen Unterbrechung gingen die Dreharbeiten zu *Bretter, die die Welt bedeuten* also weiter. Wedel tauschte die Hauptdarstellerin aus, doch er blieb offenbar derselbe. Ute Christensen sagt, er habe von ihr verlangt, dass sie ihm ganz gehorche und gehöre.

Christensen war gerade aus Hollywood zurückgekommen, wo sie Werbung für den US-Kinostart eines Mauerdramas gemacht hatte, in dem auch Horst Buchholz mitspielte. Christensen selbst war wenige Jahre zuvor im Kofferraum eines Autos aus der DDR in den Westen geflüchtet. Danach hatte sie große Hauptrollen fürs Fernsehen gespielt und auch fürs Kino. Der *stern* berichtete über ein »Gesicht, das man nicht vergißt«. Eine amerikanische Agentur bot ihr an, sie könne in den USA arbeiten, aber da hatte sie bereits für die Hauptrolle in *Bretter, die die Welt bedeuten* unterschrieben.

Wedel habe sie besetzt, ohne sie jemals getroffen zu haben, erinnert sich Christensen. »Ich war so stolz, mit Doktor Wedel zu drehen.« Noch heute nennt sie ihn stets mit Titel. Er wäre ein »toller Drehbuchautor« und »ein großartiger Regisseur« gewesen, »wenn er durch sein böses Verhalten seine Produktionen nicht so in Gefahr gebracht hätte«. Sie erzählt, wie vielversprechend die ersten Tage am Set waren: Wedel habe sie überschwänglich gelobt, auch gegenüber ihrer Agentin. Nachdem er aufgeschnappt hatte, dass sie weiße Blumen mochte, habe er ihr weiße Rosen geschenkt. So gut sei es gelaufen – bis zu jenem Abend, der alles veränderte.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Ute Christensen hat noch nie öffentlich darüber gesprochen, was sich vor 37 Jahren ereignete. Von den Medien hat sie sich wegen schlechter Erfahrungen ferngehalten. »Das alles war jahrzehntelang in meiner Seele verschüttet«, sagt sie.

Auch sie untermauert heute ihre Schilderungen mit einer eidestattlichen Versicherung. Vieles von dem, was sie erzählt, lässt sich, wie bei Esther Gensch, durch Unterlagen aus dem Archiv von Telefilm Saar belegen. Der Saarländische Rundfunk stellte die Papiere bereitwillig zur Verfügung, da der Sender selbst an einer Aufarbeitung interessiert ist. Und es gibt Augenzeugen, denen noch gut im Gedächtnis ist, was damals geschah: Ein Aufnahmeleiter, der Tonmeister, der Requisiteur und eine prominente Schauspielerin bestätigen, was Ute Christensen berichtet.

»Wedel ist ein Meister der Manipulation«, sagt Christensen, »ein Sadist.« Sie wolle aber nicht sein Opfer sein. Die peinigen Erlebnisse mit ihm hätten sie selbstbewusster und stärker gemacht. Bis heute lebe sie ein glückliches Leben. Nur für eine Sache macht sie den Regisseur mit verantwortlich: für ihre bis heute anhaltende Trauer über eine Fehlgeburt.

Ungefähr nach dem 20. Drehtag habe Dieter Wedel sie ins Kasino in Bad Kissingen eingeladen, sagt sie. Das erste Mal in ihrem Leben habe sie am Roulettetisch gezockt. Fasziniert habe sie Wedel beim Essen zugehört, wie er über die Figur sprach, die sie spielte. Danach habe er sie ins Hotel gebracht und ihr noch Blätter mit einem überarbeiteten Text gegeben, den sie für den nächsten Drehtag über Nacht lernen sollte. Was dann passierte, schildert Christensen so: Als sie sich in der Lobby mit französischen Küsschen auf die Wangen habe verabschieden wollen, habe Dieter Wedel sie festgehalten, an sich herangezogen und auf die Lippen geküsst. Sie habe sich geschämt, es sei ihr peinlich und sie sei überfordert gewesen, sagt Christensen. Wedel habe gewusst, dass sie verheiratet war.

Was er nicht wusste: Christensen war im zweiten Monat schwanger. Ihre mittlerweile verstorbene Agentin habe ihr dazu geraten, diese Tatsache am Set geheim zu halten, sagt sie. Wedel habe über sie gelacht, als sie überrumpelt in der Lobby gestanden habe, erinnert sich Ute Christensen. Dann habe er gesagt: »Du bist wie meine

eigene Tochter, darum muss ich mich doch besonders um dich kümmern.« Daraufhin habe er vorgeschlagen, noch zusammen aufs Hotelzimmer zu gehen, einen Schlummertrunk zu nehmen und gemeinsam den Text zu lernen und noch weiter daran zu arbeiten. Christensen fasste sich und will gesagt haben: »Als deine Hauptdarstellerin sollte ich morgen früh fit sein.« Dann drehte sie sich, nach eigener Schilderung, um und ging auf ihr Zimmer. Allein.

Todmüde, aber aufgewühlt habe sie den neuen Text in der Nacht gelernt. Am nächsten Morgen habe der »Albtraum« begonnen. Als sie in der Maske saß, habe ihr ein Regieassistent mehrere Seiten Papier hereingereicht: neue Dialoge. Der Text vom Vorabend habe plötzlich nicht mehr gegolten. Wedel habe ihre Passagen wohl in der Nacht noch einmal vollkommen umgeschrieben. Den neuen Text habe sie nun auswendig lernen sollen – eine halbe Stunde vor Probenbeginn. Als sie am Text scheiterte, sei Wedel ausgeflippt, erinnert sich Christensen. Er habe gesagt, dass sie weder den Text noch ihre Rolle unter Kontrolle habe. Jähzornig habe er sie – bis eben noch sein Star – angeschrien, die Wörter »Möchtegern-Hauptdarstellerin« und »Kuh« seien gefallen. Als sie daraufhin in Tränen ausgebrochen sei, habe er sich noch weiter in seine Wut hineingesteigert und sie schließlich ins Hotel geschickt, erinnert sie sich.

Die Serie sei erst zu einem Viertel abgedreht gewesen, und es sei von da an immer schlimmer geworden. Oft habe sie nun erst am Morgen ihren jeweils neuen Text bekommen, den sie schnell auswendig lernen musste. Sie sei die einzige Darstellerin am Set gewesen, die Wedel so behandelt habe. Er habe nun alles an ihr kritisiert, ihre Mimik, ihre Gestik. »Das war Mobbing«, sagt Ute Christensen.

Jeden Tag sei sie von nun an vor dem gesamten Team gedemütigt worden. Das bestätigt mit genau diesen Worten auch Manfred Geber, der stets am Set war, weil er für die Requisite verantwortlich zeichnete. Drehtage mit zehn bis 15 Stunden und danach noch nachts im Hotel Texte lernen – das sei keine Ausnahme gewesen, sagt Christensen. Monatlang. Sie habe nicht mehr schlafen und fast nichts mehr essen können, die gesamte Zeit sei ihr übel gewesen. Die Tage seien zur Qual geworden. Wedel habe sogar noch einen Selbstmordversuch ihres Charakters in das Drehbuch

geschrieben. Zudem sei ihre Rolle von Tag zu Tag geschrumpft, andere Schauspielerinnen hätten dafür mehr Text bekommen, sagt sie.

Daran erinnert sich auch Christensens Kollegin Andrea L'Arronge. Sie selbst sei für eine Rolle mit drei Drehtagen für die Serie engagiert worden. Nachdem sie um den 40. Drehtag herum zum Set gestoßen sei, sei der von ihr verkörperte Charakter jedoch immer wichtiger geworden und Christensens Rolle immer mehr aus dem Drehbuch herausgeschrieben worden. Am Ende drehte L'Arronge statt drei volle 30 Tage.

Irgendwann habe sie nicht mehr gekonnt, sagt Ute Christensen heute. Darum habe sie Dieter Wedel um eine Aussprache gebeten. Seine Reaktion sei jedoch nur gewesen: »Ich werde dafür sorgen, dass du – wenn überhaupt – nur noch als Synchronsprecherin arbeiten kannst.« Kurz darauf, am 6. Mai 1981, erhielt Christensen einen Brief der Produktionsfirma, unterschrieben vom Regieassistenten. Sie solle sich vor allen Ensemblemitgliedern entschuldigen, weil sie angeblich am Set herumerzählt habe: »So eine Scheißserie mache ich nicht noch mal wieder.« Der Brief liegt der *ZEIT* vor. Christensen sagt, sie habe diesen Satz nie gesagt.

Der Brief habe sie in einen gelähmten Zustand versetzt, sagt Christensen. Als sie sich ihrer Agentin anvertraut habe, habe diese ihr die alleinige Schuld an der Situation gegeben, sie solle sich gefälligst zusammenreißen. Verzweifelt und erschöpft habe sie eingewilligt.

Andere Ensemblemitglieder wie der Requisiteur Manfred Geber und die Schauspielerin Andrea L'Arronge erinnern sich noch gut an den Tag danach. Vor Drehbeginn habe Wedel das gesamte Team zum Set im Bad Kissinger Theater rufen lassen. Dann habe er Ute Christensen auf die Bühne beordert, ein Scheinwerfer habe ihr ins Gesicht geleuchtet, es habe Inquisitionsstimmung geherrscht, sagt L'Arronge. Christensen habe öffentlich um Entschuldigung für jenen Satz gebeten. Die weiteren damaligen Kollegen bestätigen dies.

»Zuerst bekam sie rote Pusteln, dann brach sie zusammen«, sagt Andrea L'Arronge, die eine Nebenrolle hatte. Alle seien geschockt gewesen. Unter den

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Schauspielern sei zwar getuschelt worden, dass Wedel jetzt zu weit gegangen sei. Andererseits habe auch keiner Ute Christensen beigestanden. »Sie war allein«, sagt L'Arronge und meint das auch selbstkritisch.

Ute Christensen sagt, nach 40 Drehtagen hätten ihr Körper und ihre Nerven dem Druck nicht mehr standgehalten. Sie sei am 20. Mai 1981 mit einem Nervenzusammenbruch und Unterleibsblutungen ins Krankenhaus gekommen. Das geht auch aus einem juristischen Briefwechsel zwischen Christensens Agentur und der Produktionsfirma hervor. Er liegt der *ZEIT* vor. Im Archiv des Saarländischen Rundfunks findet sich ein ärztliches Attest aus dem Krankenhaus Bad Kissingen: Man halte eine zehn- bis 14-tägige Drehpause für erforderlich. Der Ausstatter Manfred Geber bestätigt, dass er Christensen nach der Fehlgeburt im Krankenhaus besucht habe. Im vierten Monat ihrer Schwangerschaft verlor sie eine Tochter. Nach der Fehlgeburt bekam sie keine Kinder mehr.

Alle an der Produktion Beteiligten – der SR, die Produktionsfirma Telefilm Saar und auch Wedels Produktionsfirma Active Film, die die Projektbetreuung innehatte – wussten von dem Nervenzusammenbruch der Hauptdarstellerin und den von ihr genannten Ursachen dafür. Dies geht aus einem regen Briefwechsel zwischen den drei Beteiligten hervor, der der *ZEIT* vorliegt: Telefilm Saar drohte Active Film kurz nach Christensens Zusammenbruch mit Schadensersatzforderungen, da »Herr Dr. Wedel – wie bekanntlich schon einmal geschehen – persönliche Dinge nicht von vertraglichen trennen kann«. Auch dies führte dazu, dass Active Film die Projektbetreuung verlor. Der SR hielt jedoch am Regisseur Wedel fest.

In einem Brief des SR an Telefilm Saar vom 1. Juni 1981 heißt es: »Der Streit ist zunächst eine persönliche Angelegenheit zwischen Herrn Wedel und Frau Christensen und für die Redaktion erst dann wichtig, wenn die Arbeit (...) ernsthaft gefährdet ist.« Sein Verhalten wurde toleriert, obwohl den Beteiligten die sexuellen Vorwürfe bekannt waren: Telefilm Saar erinnerte den SR, ebenfalls am 1. Juni, daran, dass es im Dezember bereits eine Drehunterbrechung gab, »weil es infolge versuchter sexueller Kontakte zu Handgreiflichkeiten« zwischen Esther Gensch und dem Regisseur gekommen sei, mit der Folge, dass sie verletzt war. Ute Christensen wird in dem

Schreiben mit den Worten zitiert, sie habe sich dem Regisseur ständig verweigern müssen.

Christensen kehrte trotz Krankschreibung nach vier Tagen an den Set zurück. Die Kosten waren wegen der Drehunterbrechung vom Dezember und der Umbesetzung bereits in die Höhe geschossen. In einem internen Revisionsbericht des Senders, der später die enorme Kostensteigerung des Mehrteilers von geplanten 3,4 auf 7,7 Millionen D-Mark untersuchen sollte, heißt es: »Obwohl Frau Christensen als Ursache für ihren Krankheitsverlauf einen dem Vorfall Christinat (gemeint ist der Fall Esther Gensch, ehemals Christinat, *Anm. d. Red.*) vergleichbaren Vorgang angab, gelang es, die Darstellerin zur Weiterarbeit zu bewegen.«

Zwei Monate nach ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus fiel Ute Christensen aus gesundheitlichen Gründen ein weiteres Mal aus. Für mehrere Wochen wurden die Dreharbeiten unterbrochen. Dann wurden sie fortgesetzt – zwei andere Regisseure übernahmen die Nachdreh. Ute Christensen hat Dieter Wedel nie wiedergesehen.

HINTER DER GESCHICHTEVor drei Wochen berichteten unsere Autorinnen Jana Simon und Annabel Wahba im ZEITmagazin über mehrere Frauen, die dem berühmten Regisseur Dieter Wedel Belästigungen und Übergriffe bis hin zur sexuellen Nötigung vorwarfen. Das öffentliche Echo war groß. Seither melden sich in der ZEIT-Redaktion immer mehr Zeugen, die erzählen, mit Wedel Ähnliches und Schlimmeres erlebt oder beobachtet zu haben. Mittlerweile sind es 18 Fälle. Einige davon dokumentieren wir hier.

Das System

Kein anderer Regisseur hatte in der deutschen Fernsehlandschaft so viel Macht wie Dieter Wedel. Schauspielerinnen werfen ihm heute sexuelle

Nötigung vor, was er zurückweist. Welche Bedingungen herrschten damals in der Branche?

Von Nadine Ahr, Amrai Coen, Christian Fuchs, Götz Hamann, Anne Kunze, Khuê Phạm und Annabel Wahba, ZEITmagazin Nr. 13, 22.03.2018

Berlin im Februar, Dirk Eisfeld, 55, heute Drehbuchautor, früher Serienchef bei Sat.1, sitzt im Café und spricht über den Mann, den er einst verehrte – bis er mit ihm zusammenarbeitete: über den Autor und Regisseur Dieter Wedel.

Eisfeld, graue Haare, dunkler Wollpullover, lernte Wedel 1996 bei der Produktion des Mehrteilers *Der König von St. Pauli* kennen. Auch Eisfelds Arbeitgeber Sat.1 wollte mit einem von Wedels Großprojekten glänzen, Wedel brachte Quote und Prestige. Eisfelds Auftrag als junger Redakteur damals: einmal in der Woche die Produktion besuchen, das abgedrehte Material sichten, »am Set ein freundliches Gesicht machen«, bloß keinen Grund liefern, dass Wedel explodiert. Eisfeld war vermutlich der Richtige für diesen Job, er wirkt ruhig und gelassen, wenn er über Wedel spricht. »Für mich war er der Großmeister der Fernseherschöpfung.«

Wie viele Opfer Wedels spektakulärer Aufstieg zum »Großmeister« gekostet haben mag, fragen sich viele, seitdem die *ZEIT* kürzlich von Vorwürfen wegen sexueller Übergriffe berichtete (*ZEITmagazin* Nr. 2/18 und *ZEIT* Nr. 5/18). Und: wieso kaum jemand sich Dieter Wedel in den Weg stellte.

Es kamen sieben Frauen zu Wort, die von teilweise schweren Delikten berichteten, bis hin zur Vergewaltigung. Wedel hat die Vorwürfe bestritten. Er betonte, dass er jede Form von Gewalt verabscheue, gegen Frauen ebenso wie gegen Männer. Insgesamt haben sich bis heute mehr als 20 Frauen bei der *ZEIT* gemeldet, die Anschuldigungen wegen sexueller Belästigung gegen ihn erhoben haben.

»Wedel hatte beim *König von St. Pauli* eine nahezu biblische Machtfülle«, sagt Eisfeld. Und fügt hinzu: »Es gibt keinen besseren Nährboden, um die Selbstkontrolle zu verlieren.«

Von körperlichen Übergriffen auf Frauen habe er nichts mitbekommen, sagt Eisfeld, wohl aber von Wedels Lust, Menschen zu demütigen. Nur wer ihn am Set erlebt habe, der verstehe, warum ihm alle gehorchten, die Schauspieler – aber auch die Verantwortlichen. »Wedel hat eine Stimmung der Angst verbreitet: Jeder befürchtete, der Nächste zu sein.« Eisfeld sagt, er habe miterlebt, wie Wedel Einzelne vor versammelter Mannschaft gleichsam verbal hingerichtet hat, wie er beinahe täglich Szenen im Drehbuch änderte, was jegliche Planung unmöglich machte.

»Meiner Meinung nach«, sagt Eisfeld, »darf die Causa Wedel nicht nur auf den Bereich der sexuellen Belästigung reduziert werden. Man muss den Blick auf die ganze Bandbreite seines – tolerierten – Despotismus werfen. Denn darüber wussten alle Bescheid.«

Wer wusste worüber Bescheid? Und warum wurde Machtmissbrauch toleriert? Ist die Filmbranche prädestiniert dafür, weil sich die Macht in den Händen Einzelner konzentriert? Weil wenigen guten Rollen ein Heer von Schauspielern gegenübersteht, die sie haben wollen? Darum soll es in diesem Text gehen: um das System hinter Wedel, das ihn ganz nach oben brachte und das über vier Jahrzehnte hinweg funktionierte. Zu diesem System gehörten Produzenten und Sendervertreter, die von seinem Erfolg offenbar wie geblendet waren. Dazu gehörten auch Schauspieler und Teammitglieder, die trotz allem mit Wedel arbeiten wollten und sich nach Ausbrüchen oder ständigen Demütigungen Einzelner am Set nur selten trauten, gegen den Regisseur aufzubegehren.

Um Dieter Wedels Weg durch die Fernsehlandschaft von 1967 bis in die nuller Jahre nachzuzeichnen, sprach das *ZEITmagazin* mit Redakteuren und Verantwortlichen der Sender, mit denen er an den Stationen seiner Karriere gearbeitet hat – das waren mehrere ARD-Anstalten, das ZDF und Sat.1. Sie überprüfen derzeit selbst ihre Produktionen mit Dieter Wedel. Auch Weggefährten und Freunde Wedels kommen zu Wort, die die Vorwürfe der Frauen zwar für glaubwürdig halten, sie aber nur schwer mit dem

Menschen Wedel in Verbindungen bringen können, wie sie ihn kennen. Und die sich fragen, warum sie von geschilderten sexuellen Übergriffen nichts mitbekommen haben. Aber auch Journalisten sind Teil des Systems. Denn Wedel wurde nicht nur von den Fernsehsendern als Genie verehrt, sondern auch von einigen Medien, zu denen er enge Kontakte pflegte und die manchmal mehr wussten, als sie tatsächlich berichteten.

Das *ZEITmagazin* hat außerdem Dieter Wedel selbst über seinen Anwalt kontaktiert, er äußerte sich jedoch zu keiner der ihm gestellten Fragen.

Bislang wurden gegen keinen anderen in der deutschen Filmbranche derartige Vorwürfe erhoben wie gegen Dieter Wedel. Vielleicht sind weitere Namen auch einfach noch nicht bekannt geworden. Was hinter geschlossenen Zimmertüren geschehen sein soll, konnte niemand sehen. Aber die Demütigungen an Wedels Sets, von denen so viele berichten, geschahen vor den Augen der Anwesenden – viele der Verantwortlichen, das zeigen die Recherchen, nahmen sie hin, weil man sie dem Regiestil Wedels zuschrieb. Wenn die Schilderungen der Frauen stimmen, die sich an die *ZEIT* gewandt haben, waren die »verbalen Gewaltanwendungen«, wie der Redakteur Eisfeld sie nennt, dann schlicht der sichtbare Teil eines viel größeren Machtmissbrauchs? Aber hätte man das damals überhaupt erkennen können? Und was kann die Branche tun, damit sich ein »Fall Wedel« nicht wiederholt?

Dieter Wedel, nach eigenen Angaben 75, begann seinen Aufstieg in der Fernsehspielabteilung des NDR. Sein Karrierestart 1967 fiel in eine Ära des Aufbruchs: In diesem Jahr startete Willy Brandt per symbolischen Knopfdruck auf der IFA in Berlin das Farbfernsehen. Zwischen 1969 und 1991 drehte Wedel für den NDR 69 Filme. Kein anderer Sender hat so viele Aufträge an den Regisseur vergeben.

Till Erwig, früher Schauspieler, hat Wedel Anfang der siebziger Jahre in Hamburg kennengelernt. Die beiden arbeiteten und feierten zusammen, wurden Freunde. Erwig ist ein munterer Mann von 77 Jahren, er trägt ein schwarzes Käppi und eine Brille mit leicht getönten Gläsern. In den vergangenen Wochen hat er seine eigene Aufklärungsarbeit betrieben: Zum Treffen hat er einen Ordner mitgebracht, voll mit Fotos, Zeitungsartikeln und einer fünfseitigen Chronologie von Wedels Filmen und Frauen.

Obwohl Wedel nicht bei Studio Hamburg angestellt war, einer NDR-Tochterfirma, habe er auf dem Gelände ein eigenes Büro gehabt, es habe im selben Flügel gelegen wie das des damaligen NDR-Fernsehspielchefs. Eine »privilegierte Position«, wie Erwig sagt. Aber der Sender bekam dafür etwas zurück: Schon 1973 wurde Wedel seine erste Goldene Kamera verliehen, für seinen Dreiteiler *Einmal im Leben*.

1977 spielte Erwig in Wedels Zweiteiler *Mittags auf dem Roten Platz* mit. Einmal habe er seinen Freund Dieter darauf angesprochen, warum dieser einen Schauspieler einen Monolog mehr als 20 Mal wiederholen ließ, obwohl der dringend zum Flughafen musste. Man müsse Schauspieler brechen, habe Wedel sinngemäß darauf geantwortet, dann könne man sie wieder aufbauen und kriege das, was man von ihnen wolle. Ein Konzept, das Wedel bis zu seiner letzten Karrierestation beibehalten sollte.

Zum Bruch mit Dieter Wedel sei es 1981 beim Dreh zu *Bretter, die die Welt bedeuten* gekommen, sagt Erwig. Er habe damals gehört, dass Wedel versucht habe, die Schauspielerin Esther Gensch zu vergewaltigen. Die *ZEIT* hat über diese Vorwürfe am 25. Januar dieses Jahres berichtet. Gensch sagt, Wedel habe sie am Halswirbel so schwer verletzt, dass sie nicht weiterdrehen konnte.

Erwig erinnert sich, wie ihm die Frau eines Schauspielkollegen erzählt habe, dass Wedel Esther Gensch büschelweise Haare ausgerissen habe und dass sie eine Halskrause tragen müsse. »Ich war so schockiert, dass ich es gar nicht glauben konnte«, sagt Erwig.

Einige Stunden später sei er mit Wedel allein gewesen. Erst hätten sie über die Drehbücher gestritten – Erwig sagt, die Entwürfe zu *Bretter, die die Welt bedeuten* stammten von ihm. »Dann sprach ich ihn auf Esther an und dass ich das eine unheimliche Sauerei fände. Ich fragte ihn, ob er eigentlich noch ganz bei Trost sei«, so erinnert sich Erwig. Beide seien laut geworden. Dann habe Wedel ihm gedroht, sein Satz hat sich bei Erwig bis heute eingebrannt: »Wenn du das verbreitest, verklage ich dich!«

Nach ein paar Tagen wurden die Vorwürfe ohnehin nahezu im gesamten Team bekannt, wie zahlreiche Zeugenaussagen belegen. Aus alten Produktionsakten erhielt

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

die *ZEIT* zudem Anwaltsschreiben und ärztliche Atteste. Nun zeigen neue Recherchen, dass von dem Vorfall nicht nur die Leitung von Telefilm Saar wusste, der vom Sender beauftragten Produktionsfirma, sondern auch die Spitze des Saarländischen Rundfunks – bis hoch zum damaligen Intendanten.

Eine interne Ermittlungsgruppe des SR versucht gerade gewissenhaft, die jahrzehntealten Vorgänge auszuleuchten. Bernd Radeck, der Justitiar, leitet sie. Er hat mittlerweile zehn Augenzeugen gehört und alle 25 noch vorhandenen Aktenordner von Telefilm Saar und dem SR zu der Produktion zusammen mit Kollegen ausgewertet. Den Akten der Produktionsfirma konnte Radeck entnehmen, dass bereits vier Tage nachdem Wedel versucht haben soll, Gensch zu vergewaltigen, die gesamte Leitung von Telefilm Saar in den Vorfall eingeweiht war und auch der Fernsehprogrammdirektor beim Sender darüber informiert war.

Die Sender-Oberen interessierten solche Details aber offenbar wenig. Ihnen ging es darum, die bereits massiv überzogenen Kosten der Serie in den Griff zu bekommen, eine Drehverzögerung wollten sie unter allen Umständen vermeiden. Das geht aus Unterlagen hervor, die die *ZEIT* einsehen konnte. Fragen kann man die wichtigsten Beteiligten nicht mehr: Der damalige Leiter der Fernsehunterhaltung des SR ist gestorben, der damalige Intendant Hubert Rohde ist sehr alt und schwer erkrankt. Zu einem Gespräch ist er nicht mehr in der Lage.

Die Vorwürfe hatten keinerlei Folgen für Wedel. Eine Untersuchung oder auch nur kritische Nachfragen des Senders gab es nicht. Niemand stellte sich Wedel in den Weg, mit einer dramatischen Konsequenz für die Zukunft: Es war ein Signal an ihn, er sei unantastbar.

Der Bericht der *ZEIT* über die damalige Tatenlosigkeit der Verantwortlichen im Saarländischen Rundfunk führte Anfang des Jahres dazu, dass verschiedene ARD-Anstalten, ZDF, Sat.1 und auch die große Münchner Produktionsfirma Bavaria Film ihre eigenen zurückliegenden Produktionen mit Dieter Wedel überprüften.

Die Untersuchungen dauern teilweise noch an, viele Akten sind bereits vernichtet, weil sie nicht länger als zehn Jahre aufbewahrt werden müssen. Lediglich bei der Bavaria lagern noch rund 200 Aktenordner zu drei Wedel-Produktionen. Bislang wurden in den noch vorhandenen Unterlagen keine Hinweise auf sexuelle Übergriffe gefunden. Ans ZDF hat sich eine Schauspielerin gewandt, die anonym bleiben möchte. Und dem WDR liegen mündliche Schilderungen vor, »dass Dieter Wedel am Set eine Person verbal systematisch herabgewürdigt haben soll«, nachdem sie ihn zurückgewiesen habe. Der Bavaria berichteten fast alle Gesprächspartner übereinstimmend, Wedel habe am Set viele Personen gedemütigt, wenn etwas nicht seinen Vorstellungen entsprach. Auch der NDR, wo Wedel seine Karriere begann, fand in den noch verbliebenen Akten keine Hinweise auf sexuelle Übergriffe. Der *ZEIT* sind allerdings Vorwürfe von insgesamt vier Frauen bekannt, die sich auf die Jahre 1971 bis 1980 beziehen, als Wedel für den NDR tätig war.

Eine davon ist Astrid Fournell, heute 72. Sie arbeitete Anfang der siebziger Jahre mit dem Regisseur zusammen. Was sie erzählt, zeigt, dass die Teammitglieder am Set nicht nur stillschweigend alles hinnahmen, sondern dass es auch kleine Helden gab. Fournell sagt, sie habe eine nächtliche Einladung in Wedels Wohnung abgelehnt. Einige Monate später habe er sie beim Dreh für *Das Kurheim* schikaniert. Einmal, es seien 30 Grad im Studio gewesen, habe er die Kostümbildnerin plötzlich angewiesen, sie solle Fournell fünf Pullover überziehen – die Figur, die sie spiele, solle dick sein! »Ich bin fast zusammengebrochen, der Schweiß rann mir herunter«, erzählt Fournell. »Ich wusste nicht, was ich tun sollte.«

Ihre Rettung sei der Kameramann gewesen. »Er hat gesagt: Ich arbeite nicht dort, wo Menschen gequält werden. Dann hat er seine Kamera verlassen und ist rausgegangen.« Wedel sei ihm hinterhergestürzt und habe ihn zurückgeholt. Fournell durfte die Pullover ausziehen. »Ein einziger Mensch«, sagt sie, und die Überraschung ist ihr immer noch anzuhören, »hat sich für mich eingesetzt.«

Warum haben sich nur so wenige Menschen getraut, dem Regisseur öffentlich zu widersprechen? Fournell sagt, dass viele Kollegen Angst gehabt hätten, ihren Job zu verlieren. Die Schauspieler waren frei beschäftigt, die Rollen wurden von Wedel selbst

geschrieben und besetzt. »Ich wusste, dass das ganz schnell gehen konnte.« Wedel habe außerdem zu ihr gesagt, er könne dafür sorgen, dass sie im deutschen Fernsehen keine Rollen mehr bekomme. Er schien ihr unantastbar; sie habe nicht gewusst, bei wem sie sich hätte beschweren können: »Wedel wurde doch vom Fernsehsender und vom Studio Hamburg vergöttert.«

Auch die anderen drei Frauen, die von teilweise schweren Übergriffen Wedels berichten, gaben an, sie hätten sich damals nicht beim NDR oder bei Studio Hamburg gemeldet – sie fürchteten, dass es ihnen schaden könnte oder ihnen nicht geglaubt würde. Eine der Betroffenen, Frederike Frei, hat nun einen offenen Brief an den NDR-Intendanten Lutz Marmor geschrieben, in dem sie berichtet, wie Wedel sie nach Drehschluss im Auto in der Nähe eines Waldstücks massiv bedrängt, dann aber, als sie Nein sagte, von ihr abgelassen habe. In dem Brief erhebt sie außerdem Vorwürfe gegen einen hochrangigen NDR-Mitarbeiter, der verstorben ist. Nach einem Bewerbungsgespräch habe er sie zu Hause besucht und genötigt, ihn mit der Hand zu befriedigen. Der Sender hat mittlerweile mit Frei telefoniert, um die Ereignisse aufzuklären.

Wer fürs bundesdeutsche Fernsehen arbeiten wollte, hatte es bis Mitte der achtziger Jahre mit einer kleinen Branche zu tun. Filme und Serien drehten nur die neun ARD-Anstalten und das ZDF. Und so traf man dort immer wieder auf dieselben Personen, auf Redakteure, die über Jahrzehnte im Sender tätig waren. Man war unter sich auf den Empfängen der Filmfeste und den glamourösen Großereignissen der Branche, der Goldenen Kamera oder dem Telestar. Später kamen durch die Privat- und Pay-TV-Sender und durch die Streamingdienste neue Arbeitsmöglichkeiten dazu. Aber die Fernsehbranche gleicht bis heute einem Karussell, in das man schwer wieder einsteigen kann, wenn man einmal rausgeflogen ist.

Hinzu kommt, dass es sehr viel Überwindung braucht, sich am Set gegen einen Regisseur zu stellen. »Ein Dreh ist wie ein Piratenschiff«, sagt der Regisseur Simon Verhoeven, 45, der mit dem Kinofilm *Willkommen bei den Hartmanns* vor Kurzem ein Millionenpublikum erreichte, »viele Menschen aus verschiedenen Gewerken kommen zusammen.« In den ersten Tagen wachse aus dem bunten Haufen aus Technikern, Schauspielern und Geschäftsleuten eine Piratencrew, die auch im Sturm zusammenhal-

ten müsse. »Stopp« zu rufen, wenn der Dreh schon begonnen hat, weil es ein Problem mit dem Regisseur gibt – also das Schiff in voller Fahrt voraus anzuhalten –, kostet viel Geld und braucht viel Mut«, sagt Verhoeven. »Und natürlich wirklich gravierende Gründe. Wegen ein paar Wutausbrüchen am Set sollte kein Filmdreh gestoppt werden.«

Viele der Frauen haben geschwiegen, und doch hielten sich über die Jahre Gerüchte in der Branche. Die Schauspielerin Nina Petri erinnert sich, dass sie um 1990 herum mindestens zwei Personen vor einer Zusammenarbeit mit Wedel gewarnt hätten. Einer davon, der ehemalige WDR-Fernsehspielredakteur Wolf-Dietrich Brücker, habe zu ihr gesagt, sie solle aufpassen, dass Wedel sie nicht vergewaltige.

Brücker, 72, ist lange im Ruhestand, er sagt, den Ausdruck »vergewaltigen« habe er sicher nicht benutzt, weil ihm so etwas nie zu Ohren gekommen sei. »Ich kannte aber Gerüchte, wie autoritär Wedel sich am Set verhalten haben soll. Ich hätte das an keiner Person nachweisen können, aber ich hatte davon gehört, dass er Frauen sexuelle Avancen gemacht und sie dann, wenn sie ablehnten, gedemütigt haben soll. Gerüchte kannte man, gewusst hat man wenig.« Deshalb habe er sicher auch Petri abgeraten, mit Wedel zu drehen.

Der WDR ließ sich nur ein Mal auf eine Eigenproduktion mit Wedel ein, danach nie wieder. Der Dreiteiler *Wilder Westen inclusive* wurde 1988 ausgestrahlt, die Kosten der Produktion, laut *Hamburger Abendblatt*: 20 Millionen Mark. Heute ist Gebhard Henke, WDR-Programmleiter für Spielfilm und Serie, dort für die Aufklärung zuständig. Hinweise auf sexuelle Übergriffe habe er in den Akten nicht gefunden. Als er darüber hinaus frühere Teammitglieder kontaktierte, stieß er aber auf Karin Boyd.

Sie arbeitet heute nicht mehr nur als Schauspielerin, sondern auch als Theaterregisseurin. Zum Interview in München hat sie einen Ordner mitgebracht, in dem sie Kopien von alten Briefen an ihre engste Freundin aufbewahrt hat. Die wichtigsten hat sie mit Klebezetteln versehen. Zwischen Ende 1986 und Ende 1987 handeln viele der Briefe von dem Dreh mit Dieter Wedel. Sie zeigen, dass es wenig brachte, wenn sich einzelne Schauspieler gegen Dieter Wedel wehrten. Das System war mächtiger.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Karin Boyd spielte in der WDR-Produktion *Wilder Westen inclusive* die Rolle einer Reiseleiterin, gedreht wurde vor allem in den USA. Einige Kollegen hätten sie vor Wedels harschen Arbeitsmethoden gewarnt, sagt sie, und ein Produzent auch davor, dass Wedel sich an fast jede Frau ranmache. »Die ersten Drehtage in Deutschland waren zwar anstrengend, liefen aber gut.«

Bei einem Besprechungstermin im Dezember 1986 habe Wedel ihr dann plötzlich gesagt, er habe sich in sie verliebt. »Ich sagte ihm, dass ich nicht so empfinde und er könne mich umbesetzen, sollte das unsere gemeinsame Arbeit belasten.« Wedel habe freundlich gesagt, er wolle ihr keinesfalls die Chance dieses Films nehmen.

Bei den Dreharbeiten in den USA ab Mitte August 1987 habe Wedel dann alles, was sie machte, als falsch kritisiert. »Über Wochen hat er mich vor dem gesamten Team angebrüllt und gedemütigt.« Eine Kollegin habe ihr geraten, weinend zusammenzubrechen, denn das sei alles, was Wedel wolle. »Aber ich schwor mir: Dieser Mann sieht keine Träne von mir«, sagt Boyd. Ihr Durchhaltewille habe sie so unter Stress gesetzt, dass sie nach Wedels Attacken Herzrasen und Atemnot bekam. Eine Ärztin habe ihr geraten, sie solle mit dieser Arbeit aufhören, so was sei gefährlich.

Die Schauspielerin Sabine Postel erinnert sich noch daran, wie Karin Boyd von Wedel vor dem Team immer wieder erniedrigt wurde. Postel, die neben vielen anderen Rollen als Kommissarin im Bremer *Tatort* zu sehen ist, spielte ebenfalls in *Wilder Westen inclusive* mit. Der Grund, warum keiner aufstand, sei die problematische »hire and fire -Struktur« ihrer Branche. »So ein Mobbing geht mit einer Stigmatisierung einher. Karin saß dann oft allein am Frühstückstisch«, sagt Postel. Sie habe zu ihr gehalten, ihr geraten, sich zu wehren, aber sie sei damals selbst »eine kleine Schauspielerin gewesen, die froh war, mit Wedel zu drehen. Ich hätte ihn nicht zur Rechenschaft ziehen können.« Dazu, das ist ihr heute klar, hätten die Schauspieler sich zusammenschließen müssen. »Wir waren aber kein richtiges Team, es kam selten vor, dass wir mal abends ein Bier getrunken haben.«

Als Anfang Oktober Boyds heutiger Ehemann Henning anreiste, war er schockiert: »Karin sah abgemagert aus und völlig gestresst«, sagt er. Er sei dann zum Pro-

duktionsleiter gegangen – der mittlerweile verstorben ist – und habe ihm gesagt, wenn die Schikane durch Wedel nicht aufhöre, werde seine Freundin den Dreh abbrechen. Der Produktionsleiter solle dafür sorgen, dass Wedel diese Nachricht bekomme, sonst, so Boyds Mann, werde er sie ihm selbst überbringen und ihm dabei auch »eins auf die Nase geben«.

In den Produktionsakten findet sich laut WDR kein Hinweis auf Beschwerden beim Produktionsleiter. Der hat sie möglicherweise nicht an den Sender in Deutschland weitergeleitet. Die mittlerweile pensionierte Redakteurin des WDR besuchte die Dreharbeiten für vier Wochen, sie sagt, sie könne sich nicht erinnern, dass ihr Boyd als besonders gestresst und mager aufgefallen wäre.

Bei Wedel kam die Nachricht von Karin Boyds Ehemann offenbar an. »Ein Assistent Wedels sagte mir dann, ich solle mich vom Drehort fernhalten, sonst werde man das anwaltlich durchsetzen«, erzählt Karin Boyds Mann. Deshalb habe er sich einen Regiestuhl gekauft, »Henning« draufgeschrieben und sich in Sichtweite des Sets hingestellt, um auf seine Frau aufzupassen. »Von da an wurden Wedels Angriffe unterschwelliger, aber nicht weniger verletzend«, sagt Karin Boyd.

Doch dann habe Wedel sie während der Vorbereitung zu einer Szene erneut beschimpft, und es sei aus ihr herausgebrochen, die Sätze hat sie in einem ihrer Briefe notiert: »Herr Dr. Wedel, ich drehe in diesem Film keinen Millimeter mehr. Ich bin nicht länger bereit, Ihre Unverschämtheiten mir gegenüber zu ertragen. Der WDR hat zwar einen Vertrag mit mir, aber er hat nicht meine Seele gepachtet, damit Sie darauf herumtrampeln können.« Sie verlangte ein klärendes Gespräch unter Zeugen. »Dann habe ich gestreikt.« Am nächsten Tag sei es zur Aussprache mit Wedel gekommen, sagt Karin Boyd. Er habe sie für den Rest der Drehzeit dann einfach ignoriert. Ihre Rolle sei beschnitten, ihr Text weitestgehend herausgestrichen worden. »Mir hat das nichts ausgemacht. Ich fühlte mich plötzlich befreit«, sagt sie. Am letzten Drehtag habe sie zum Abschied zu Wedel gesagt: »Ich werde nie wieder mit Ihnen arbeiten.«

Dieter Wedel hat Karin Boyd offenbar nicht vergessen. Fast neun Jahre später, im April 1996, berichtete die *Bild am Sonntag* auf einer Doppelseite über »schwarze Listen

der TV-Produzenten« und darüber, wer warum bei wem nicht mehr spielen dürfe. Unter einem großen Bild von Dieter Wedel war ein kleineres Bild von Karin Boyd zu sehen. Im Text urteilt Wedel über sie: »Die Arbeit mit ihr war schlimm. Frau Boyd war mit ihrer Rolle als Reiseleiterin völlig überfordert, sie ist zwar hübsch, aber leider nicht sehr begabt. Ich habe ihr deshalb nahegelegt, sich einen anderen Job zu suchen.«

In der *BamS* von damals tauchen auch noch andere Namen von Schauspielerinnen auf, die angeblich nichts können. Darunter Brigitte Karner, die Wedel nach ihren Aussagen 1992 bei den Dreharbeiten zum *Großen Bellheim* schikaniert hat, nachdem sie ihn, ähnlich wie Karin Boyd, zuvor abgewiesen hatte, wie sie sagt. Wedel über sie: »Frau Karner spielte so mies, daß ich immer wieder unterbrechen mußte.«

Außerdem tauchte Marion Kracht in dem Bericht auf, eine heute 55-jährige Schauspielerin, die seit ihrem fünften Lebensjahr in deutschen Film-, Fernseh- und Serienproduktionen besetzt wird, zuletzt bei *Babylon Berlin*. 1993 war Wedel schon einmal in der *BamS* über Marion Kracht hergezogen. »Sie ist vom Typ her das Heimchen am Herd, kommt aus der spießigen Ecke«, sagte er über sie.

Die Drohungen, die Wedel nach Aussagen vieler Beteiligten immer wieder aussprach, dass die Schauspielerinnen keine Rollen mehr in Deutschland bekämen, versuchte er offenbar über seinen Einfluss in den Medien wahr zu machen.

Marion Kracht, die nun seit 50 Jahren erfolgreich in ihrem Beruf tätig ist, erinnert sich noch gut an die Demütigungen, mit denen der Regisseur sie bedacht hat. Er sei ihr bei einem Vorstellungsgespräch eindeutig zu nahe gekommen. »Da ich seinen Ruf kannte, habe ich abgelehnt«, sagt Marion Kracht. Als sie später Wedels Äußerungen über sich in der Boulevardpresse gelesen habe, sei ihr klar geworden: »Das ist seine Revanche.« Marion Kracht kann gut nachvollziehen, dass Schauspielerinnen den Einfluss des Regisseurs fürchteten. Ein Einfluss, der sich nicht nur auf die Film- und Fernsehbranche, sondern auch auf die Medien erstreckte, und ganz besonders auf den Boulevard.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Hört man sich unter damaligen Journalistinnen und Journalisten um, erfährt man: Viele kannten Wedels Ruf. Wer herausfinden möchte, warum niemand weiterrecherchierte, beginnt am besten mit einem Anruf bei Michael Graeter. Er ist so etwas wie der Prototyp des Boulevardjournalisten der achtziger und neunziger Jahre und war Vorbild für den Reporter Baby Schimmerlos in Helmut Dietls Serie *Kir Royal*.

Graeter, 77 Jahre alt, sagt, er und seine Kollegen hätten gewusst, wie Wedel mit Frauen umgehe. Wedel selbst habe ja immer gesagt, er müsse Schauspielerinnen ganz genau kennenlernen, um sie führen zu können. Graeter hält das aber nicht für problematisch. »Wer trotzdem mit Wedel gearbeitet hat, ist doch selbst schuld«, sagt er. Dass sich jetzt die Frauen beschweren, versteht er überhaupt nicht. »Wer mit Wedel arbeitet, muss mit ihm schlafen, das haben alle gewusst. Wem es nicht gepasst hat, hätte sich ja einen anderen Regisseur suchen können«, sagt Graeter. »Wenn eine Schauspielerin dann trotzdem über die Schwelle von Wedels Hotelzimmer geht, ist das für mich keine Vergewaltigung, sondern ein Geschäft: Ich nenne das Prostitution.« Graeter sieht auch heute noch keinen Grund, warum er damals über die »Besetzungscouch« hätte berichten sollen. »In der Branche war alles bekannt. Und die Öffentlichkeit geht das nichts an.«

Für seine Frauenbewertungen benutzte Wedel gezielt *Bild*. Man feierte ihn als Star und Frauenschwarm, als »PlayWedel« und »Swinging Wedel«. Der frühere *Bild*- Unterhaltungschef Manfred Meier, 66, sagt heute: »Wedel war der größte Regie-Star in Deutschland. Es gab keinen in seiner Nähe. Alle wollten bei ihm spielen. Wenn er gedreht hat, war das ein Großereignis, darüber habe ich gerne berichtet. Er ist ein Genie, dem ich einiges verzeihe.«

Meier und Graeter, die alten Recken des Boulevardjournalismus, haben Mitleid mit Wedel und allen anderen Männern, die im Rahmen der #MeToo-Debatte »an den Pranger gestellt werden« – wie sie beide es ausdrücken. Graeter schäumt regelrecht am Telefon, wenn er sich darüber auslässt, dass Frauen ja angefasst werden wollten: »Die verschmähte Frau, die ist es, die zur Furie wird!«

Der ehemalige *Bild*- Chef Udo Röbel, 68, nennt an einem Februartag in einem Berliner Café noch einen anderen Grund, warum den Gerüchten nicht nachgegangen

wurde: »Wenn Schauspielerinnen mit Vergewaltigungsvorwürfen zur *Bild* gekommen wären, wir hätten damals wie heute vor einem juristischen Problem gestanden: Gibt es überhaupt schon einen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsvorgang? Und selbst wenn ja, hätte immer noch Aussage gegen Aussage gestanden.« Sie hätten sich der Vorverurteilung schuldig gemacht. Von Wedel habe man überdies gewusst, dass er sofort juristische Schritte eingeleitet hätte.

Wedels Drohungen mit dem Anwalt, von denen mehrere Gesprächspartner berichten, scheinen gewirkt zu haben. Auch so lässt sich ein Machtsystem erhalten.

Und der ehemalige Chefreporter der *Gala*, der 60-jährige Henry C. Brinker, sagt heute: »Man wusste, dass Wedel ein schlimmer Finger ist. Es wurde gefeixt. Die Belästigungen, die Besetzungscouch – all das wurde dem Milieu als typisch zugeschrieben. Es war eben eine andere Welt. Dass da riesige menschliche Dramen dahinterstecken, das wollte man eigentlich nicht wissen. Wir hatten die Aufgabe, etwas Schönes zu zeigen. Den Glamour. Das Drama mochte man als inszenierte Unterhaltung – und nicht als etwas, woran Menschen zerbrachen.«

Brinker nennt noch ein wichtiges Argument, das nicht nur seine, sondern auch andere Redaktionen davon abgehalten habe, den Gerüchten nachzugehen: »Natürlich fragt man sich auch: Wollen wir jetzt diese eine Geschichte über Wedel – oder brauchen wir Wedel über die nächsten Jahre als Quelle für etliche Geschichten?« Vielleicht ist auch das eine Erklärung für die Zurückhaltung der Journalisten, die Wedel als Star und Frauenschwarm feierten.

Eine Wedel-Produktion, über die fast alle Medien berichteten, ist der Sat.1-Mehrteiler *Der König von St. Pauli* über ein Striplokal auf dem Hamburger Kiez. Auf einem *stern*-Cover von 1998 zu diesem Film ist der Regisseur als Frauenheld inszeniert, quasi mit dem Kopf zwischen den geöffneten Schenkeln der Schauspielerin Sonja Kirchberger. »Der Aufreißer« lautete die Titelzeile. Bei dem Mehrteiler lief vieles nicht so wie geplant. Ursprünglich hatte Sat.1 eine ganz besondere Konstellation mit Wedel vereinbart: Er sollte die Drehbücher liefern, bei der Besetzung mitentscheiden, aber nur in einer Folge Regie führen. Ein »Wedel light«, wie es im Sender hieß. Genauso erfolg-

reich, aber hoffentlich preiswerter als seine bisherigen Mammutproduktionen. Wedel war damals ans ZDF gebunden und bereitete dort gerade sein nächstes Projekt vor. Für die anderen Folgen war der Schweizer Regisseur Markus Fischer engagiert worden.

Fischer ist heute 65 und ein erfolgreicher Produzent, unter anderem für die Krimiserie *Der Bestatter*, die dem Schweizer Fernsehsender SRF Einschaltquoten von über 40 Prozent beschert und auch auf Netflix zu sehen ist. Am Esstisch in seiner Berliner Wohnung erzählt er von den Wochen der Zusammenarbeit mit Wedel, dessen Ära im deutschen Fernsehen er schlicht eine »Schreckensherrschaft« gegenüber manchen Cast- und Crewmitgliedern nennt.

Fischer ist zwar nur ein Jahrzehnt jünger als Wedel, aber er entstammt einer anderen Generation – einer, die Autoritäten anzweifelt. Wedel hingegen ließ sich mit seinem Dokortitel ansprechen, er legte großen Wert auf Hierarchien.

Fischer war damals 42, er hatte einige *Tatorte* für die ARD und verschiedene Fernsehfilme mit der Bavaria Film gedreht. Sie produzierte den *König von St. Pauli* im Auftrag von Sat.1. Fischers Vertrag war mit der Bavaria geschlossen, nicht mit Wedel. Aber ihm sei schnell klar geworden, wer das Sagen hatte: Wedel habe sich in alles eingemischt.

Als Co-Produzent war Wedel dabei, wenn das gefilmte Material des Vortags angesehen wurde, schnell kam es zu kleinen Auseinandersetzungen mit Fischer. »Ich inszenierte anders als er, ich fand es zum Beispiel spannend, die Frauen in diesem Milieu nicht als Opfer zu zeigen.« In einer Szene habe man in seinem Material gesehen, wie ein Freier vor einer Stripperin in die Knie ging und sie oral befriedigte. Wedel sei im Vorführsaal ausgerastet: was für eine Scheiße sie da drehen würden! Sinngemäß habe er gesagt: In meinem Film kniet kein Mann vor einer Frau.

Die Auseinandersetzungen wurden schlimmer. Dennoch, sagt Fischer, sei er völlig überrascht gewesen, als die Produktionsleiterin Christine Carben-Stotz an einem Freitagnachmittag im November 1996 den Dreh plötzlich stoppte. Am Abend hieß es, Fischer solle abreisen, Wedel übernehme, Fischers Material sei nicht sendbar. »Ich war

unter Schock«, erinnert sich Fischer. Eine Aussprache zwischen ihm und Vertretern der Bavaria habe es danach nicht gegeben, sagt er. Sein Rauswurf machte die Runde, sein Ruf als Regisseur stand auf dem Spiel.

Fischer nahm sich einen Anwalt und drängte auf Abnahme seines gedrehten Materials, zu der auch unabhängige Gutachter hinzugeholt werden sollten. Dazu kam es am Ende nicht, man habe sich auf eine Abfindung geeinigt. Der Regiewechsel war mit erheblichen Kosten verbunden, Wedel drehte alles neu. Kostenpunkt laut einem *Spiegel*- Artikel von damals: 1,5 Millionen Mark.

Der damalige Sat.1-Redakteur Dirk Eisfeld erinnert sich, dass Wedel damit gedroht habe, seinen Namen zurückzuziehen, falls Fischer nicht gekündigt werde. Wedel war das Aushängeschild für diese Riesenproduktion. Das ZDF gab ihn frei. »Nachdem sich Wedel die Macht über sein Werk zurückerobert hatte«, sagt Eisfeld, »war er wie entfesselt.«

Als Fischer sah, wie leicht Wedel das Projekt übernehmen konnte, wurde er das Gefühl nicht los, Teil eines abgekarteten Spiels zu sein: »Ich vermutete hinterher, dass ich schlicht sein Bauernopfer war, das er brauchte, um Druck zu machen und selber die Regie übernehmen zu können.« Kurz darauf feuerte Wedel auch Fischers preisgekrönten Kameramann Jörg Schmidt-Reitwein, den die Bavaria verpflichtet hatte. »In einem inszenierten Eklat«, wie Eisfeld den Rauswurf nennt. Wieder musste der Dreh gestoppt werden.

Am Ende kostete die Produktion – laut Zeitungsartikeln von damals – insgesamt 23 Millionen Mark und war die bis dahin teuerste Fernsehproduktion Deutschlands. Die Bavaria selbst sagt dazu, sie kommentiere Ergebnisse einzelner Produktionen grundsätzlich nicht. Die Einschaltquoten waren mit rund 30 Prozent Marktanteil sehr gut. Wedel erreichte neun Millionen Zuschauer. »Mit dem Erfolg waren alle Diskussionen im Keim erstickt. Das System Wedel hatte gesiegt. Wieder einmal«, sagt der frühere Redakteur Eisfeld.

Aus heutiger Sicht kann man nur schwer nachvollziehen, wie die Macht eines Einzelnen so groß sein kann, dass ganze Teams sich seinem Diktat beugen. Man würde darüber gerne mit der damaligen Produktionsleiterin reden und mit dem Produzenten Thilo Kleine. Der war bis 2005 Geschäftsführer der Bavaria und hat heute seine eigene Produktionsfirma. Ein Gespräch für diesen Artikel lehnt er ab. Im kürzlich fertiggestellten internen Bericht der Bavaria mit dem Titel »Causa Dr. D. Wedel« wird Kleine mit den Worten zitiert, zu ihm sei »nichts durchgedrungen«. Die damalige Produktionsleiterin Christine Carben-Stotz ist nicht mehr am Leben.

Drei Jahre nach dem *König von St. Pauli* arbeitete Kleine erneut mit Dieter Wedel zusammen. Und Wedel brach seine eigenen Rekorde: Der Sechsteiler *Die Affäre Semmelring* wurde wieder die bis dahin teuerste deutsche Fernsehproduktion, laut Zeitungsartikeln von damals kostete sie 27 Millionen Mark. Der Sechsteiler wurde im Jahr 2002 im ZDF ausgestrahlt. Einer der engsten Vertrauten von Dieter Wedel beim ZDF war sein damaliger Redakteur Siegfried W. Braun. Er hatte mit ihm zuvor schon an seinen Erfolgen *Der große Bellheim* und *Der Schattenmann* gearbeitet.

Braun wohnt im Münchner Stadtteil Nymphenburg, vor seinem gelben Haus stehen hohe Mittelmeerzypressen. Zum ZDF war Braun Anfang der sechziger Jahre gestoßen, er hat Dokumentationen gedreht und Fernsehspiele geschrieben.

Heute ist Braun ein Herr von fast 80 Jahren, an seinem Esstisch erzählt er von Wedel: wie sie gemeinsam an den Drehbüchern zu *Der große Bellheim* und *Die Affäre Semmelring* feilten, wie sie über Figuren und Dramaturgie diskutierten und wie er dem Regisseur für Wochen nach Mallorca folgte, um Werkstattgespräche zu führen. Auf Augenhöhe seien sie miteinander umgegangen, sagt Braun.

Auf dem Tisch liegt der Artikel aus dem *ZEITmagazin* von Anfang Januar, in dem erstmals Frauen Vorwürfe gegen Dieter Wedel erhoben, bis hin zu erzwungenem Sex. »Einerseits«, sagt Braun, »halte ich die Recherchen für handwerklich sehr überzeugend, andererseits fällt es mir schwer, sie mit dem Mann in Verbindung zu bringen, mit dem ich so lange zusammengearbeitet habe und in dem ich durchaus einen Freund sah.«

Nach all dem, was zu lesen war, »frage ich mich, ob ich blind gewesen bin. Aber ich habe nichts gesehen, was ein Verbrechen gewesen wäre«, sagt Braun.

Das Treffen findet Mitte Februar statt. Er habe Wedel erst vor ein paar Tagen angerufen, erzählt Braun. Der Regisseur habe jemanden gebraucht, der ihm zuhört, dem er klagen konnte, dass er selbst von Freunden verraten werde. »Als ich ihn am Krankbett erreichte, war das weder der Ort noch die Zeit, ihn nach dem Wahrheitsgehalt der Vorwürfe zu fragen. Ich hörte ihm zu, was er zu sagen hatte.« Dieter Wedel war zu dieser Zeit vorübergehend im Krankenhaus.

Im Rückblick auf seine Besuche am Set sagt Braun: »In jedem Regisseur steckt auch ein Dompteur. Beide sind hochsensibel, können sich in ihr Gegenüber einfühlen und wollen, ja müssen es auch beherrschen.« Dieser Machtanspruch sei am Set bei einem Team von über 30 Künstlern notwendig, sonst falle alles auseinander. Es herrsche enormer Geld- und Zeitdruck. »Da ist die Versuchung des Regisseurs groß, seine Vorstellungen von einer Szene unerbittlich durchzusetzen«, sagt Braun. Genau das habe Wedel getan.

Aber nie wäre Braun auf den Gedanken gekommen, Wedel deswegen öffentlich zurechtzuweisen, zumal er dessen Kritik in der jeweiligen Situation sachlich für berechtigt hielt. Wie der Regisseur sie äußere, obliege dessen Verantwortung. Da müsse man sich als Redakteur heraushalten. »Während des Dirigierens kann man so einem Menschen nicht in den Arm fallen. Dann geht alles kaputt. Das würde niemand mit sich machen lassen – und die Besten schon gar nicht.«

Der Machtanspruch, den Braun beschreibt, auch das häufige Wiederholen von Szenen, muss keine Schikane sein, sondern kann Ausdruck eines Qualitätsanspruchs sein. Dazwischen verläuft allerdings eine feine Linie, und die hat Wedel laut Teammitgliedern und Schauspielern immer wieder überschritten.

Der Wille des Redakteurs, Wedel zu mäßigen, war gering – und damit lag er auf der Linie seines Senders. Wedel war ein Star, und die Sorge war groß, dass er den nächsten Film nicht mehr fürs ZDF drehen würde, erzählt ein früherer Programmverant-

wortlicher des Senders. Alle wollten Wedel haben. Entsprechend bemüht waren sie im Sender, nicht als Bürokraten dazustehen. »Es gab keinen anderen in Deutschland, der gesellschaftspolitische Themen so exzellent einfangen und zugleich in populäre Fernsehfilme verwandeln konnte, keinen anderen, der an der Oberfläche so viel Tiefe erzeugen konnte«, sagt der ehemalige ZDF-Mann.

Nach der *Affäre Semmeling* sei die Verbindung zum Sender allerdings schwächer geworden. Es habe keinen Bruch gegeben, so erinnern sich mehrere aktuelle Mitarbeiter des ZDF – und so sieht es auch der ehemalige Programmverantwortliche –, aber nach und nach seien eben Wedels Vertraute in den Ruhestand gegangen. Seine Macht verlor an Boden. Das System begann zu zerbrechen.

Wedels letzter Film fürs ZDF liegt mehr als ein Jahrzehnt zurück, das ZDF ist heute ein anderer Sender. Nur das Hochhaus auf dem Hügel über Mainz ist dasselbe, zumindest von außen. Die Fassade schimmert wie angelaufene Bronze, im Innern sind Bautrupps unterwegs. Im zwölften Stock, der Etage des Programmdirektors, knattern die Pressluftbohrer. Arbeiter reißen die Deckenverkleidung raus, sie verpassen dem ZDF einen neuen Brandschutz.

Hier, inmitten des Baulärms, sitzen die internen Aufklärer in Sachen Wedel, Karin Breckwoldt und Florian Kumb. Breckwoldt arbeitet im Justizariat des ZDF, Kumb ist die rechte Hand des Programmdirektors. Ihnen standen zur Aufarbeitung allerdings nur noch zehn Redaktionsordner zur Verfügung, die zu verschiedenen Wedel-Produktionen gehören, alle anderen sind schon vernichtet. Der Sender befragte zudem Redakteure, Programmdirektoren und Intendanten, die mit Wedel zusammengearbeitet haben. Das Ergebnis wurde am 15. Februar veröffentlicht: »Der Untersuchungsbericht zeigt, dass dem ZDF keine Hinweise zu möglichen sexuellen Übergriffen von Dieter Wedel vorliegen.« Eine erstaunlich entschiedene Aussage, angesichts der dürren Aktenlage.

Der *ZEIT* liegen Aussagen von insgesamt acht Frauen vor, denen Wedel anlässlich von ZDF-Produktionen entweder Rollen angeboten oder sie zu Castings eingeladen haben soll, beides verbunden mit der Drohung, wenn sie auf seine Avancen nicht eingingen, werde er ihre Karriere zerstören. Zwei von ihnen berichten von massiven sexu-

ellen Übergriffen, denen sie gerade noch entkommen konnten, Vorwürfe, die sie aber nicht weitergaben.

Die bislang letzte Wedel-Produktion, der Zweiteiler *Gier*, lief 2010 in der ARD. Zum dritten Mal wagte sich die Bavaria an einen Wedel. Der Geschäftsführer war nun allerdings ein anderer. Das Überraschende an *Gier*: Die 61 Drehtage wurden nicht überzogen, die geplanten Kosten sogar geringfügig unterschritten. Woran lag das?

Vor dem Dreh beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit *Gier*. Im Protokoll einer Sitzung vom September 2008 steht: »(Die Betriebsrätin) lobt das Projekt, kritisiert allerdings, dass Herr Dr. Dieter Wedel Regie führt. Man habe mit seiner Menschenführung schlechte Erfahrungen gemacht. (Die Geschäftsführung erklärt) in diesem Zusammenhang, dass alle möglichen Sicherungsmechanismen eingesetzt würden und sie diesbezüglich keine Bedenken hätte. Unter der Voraussetzung, dass die Finanzierung geschlossen wird, wird dem Projekt (...) bei einer Gegenstimme zugestimmt.«

Die Gegenstimme gehörte der Betriebsrätin Anne-Christiane Feddern. Sie erinnert sich noch gut an die Abstimmung. »Da hatte man sehr wenig Verständnis für mich.« 40 Jahre lang arbeitete Feddern für die Bavaria, unter anderem in der Herstellungsleitung. Viele Kollegen hätten sich bei den vorangehenden beiden Wedel-Produktionen bei ihr ausgeweint: Sie beschwerten sich über Wedels schlimmen Ton am Set, über die vielen Überstunden, die er einforderte, die ausufernden Drehzeiten. »Aber niemand hat sich beschwert, dass Wedel gegrapscht hätte. Oder dass es sexuelle Übergriffe gab. Das nie.« Allerdings vertrat Feddern nicht die Schauspielerinnen, sondern ausschließlich die Angestellten der Bavaria.

»Es ist doch unverständlich, warum das Team diesem Mann zum Fraß vorgeworfen wurde«, sagt sie. Wedel habe kein Korrektiv gehabt, alle hätten sich Ruhm und Geld durch ihn erhofft.

Die Produktion von *Gier* scheint, zumindest was die Kosten anbelangt, vergleichsweise reibungslos verlaufen zu sein. Zwei Herren können erklären, woran das

lag. Der eine, Matthias Esche, war damals Geschäftsführer der Bavaria, der andere, Jürgen Kriwitz, war Filmproduzent und ist ein langjähriger Weggefährte Wedels.

Esche, groß gewachsen, Mitte 60, lebt in einer umgebauten Mühle in Mölln. Dort erzählt er: »Ich wusste ja, dass Dieter Wedel cholerische Tendenzen hat, und habe für die Produktion extra mehr Personal eingestellt, das ihn beobachten sollte.« Also engagierte er einen Produktionsleiter, der ganz nah an Wedel dran sein sollte, um ihn zu kontrollieren. Und er beauftragte den Produzenten Jürgen Kriwitz, der an jedem einzelnen Drehtag am Set sein sollte. »Er war so eine Art Kindermädchen für Wedel«, sagt Esche.

Als Kriwitz vor ein paar Wochen im ersten Beitrag der *ZEIT* von den Vorwürfen gegen Wedel las, dachte er: »Niemand! Mein alter Weggefährte Wedel. Das kann nicht sein.« Er habe ihn dann zu Hause besucht. »Ich wollte ihm zeigen, dass ich hinter ihm stehe.« Gemeinsam hätten sie ein Tässchen Kaffee getrunken, lange über Leben und Tod gesprochen. »Er war reduziert«, sagt Kriwitz, »er hatte keine Freudeslaune.«

Jürgen Kriwitz kennt Wedel seit 50 Jahren, schon als junge Männer haben sie zusammen gedreht. Heute ist er 75, ein freundlicher Mann mit weißen Haaren, zum Treffen kommt er in Regenjacke und Cordhose. Lange habe er überlegt, ob er sich äußern solle. »Aber ich muss das machen«, sagt er. »Es lässt mich einfach nicht los.« Die Sache mit Wedel beschäftige ihn seit Wochen, manchmal raube sie ihm den Schlaf. Auf kleinen Zetteln hat er sich Notizen für das Gespräch gemacht, er will nichts vergessen. »Zuallererst will ich sagen, dass mir die Opfer, die es gegeben hat, wahnsinnig leidtun.« Nach dem zweiten Artikel in der *ZEIT* habe sich seine Meinung geändert. Er glaube Esther Gensch, die dort berichtete, dass Wedel versucht habe, sie in seinem Hotelzimmer zu vergewaltigen. »Und ich glaube auch den Menschen, denen sie sich damals anvertraut hat, die diesen Vorfall bestätigen.« Seitdem, sagt er, fahre er nicht mehr zu Wedel auf ein Tässchen Kaffee. »Ich wüsste nicht, was ich ihm sagen sollte.«

Dann schaut er wieder auf seine Zettel. Er wolle noch darüber reden, was ihn so ärgere an der Debatte. »Diese ganzen Regisseure und Experten, die sich zu Wort melden. Die Wedel eine Witzfigur nennen, ein Arschloch, die behaupten: ›Alle haben es gewusst. Alle haben weggeguckt.« Kriwitz wirkt jetzt sehr aufgebracht: »Wir haben das

nicht gewusst!«, sagt er. »Ich habe das nicht gewusst! Und ich hätte auch nicht wegge-guckt!« Er fühle sich in Sippenhaft genommen, verletzt in seiner Ehre.

Bei ihm habe sich nie jemand beschwert, keine Schauspielerin, auch kein Schauspieler. »Wenn mir eine Schauspielerin so was gesagt hätte – ich wäre zu Dieter Wedel gefahren und hätte ihn zur Rede gestellt!« Er habe verbale Entgleisungen erlebt. »Natürlich gab es Krach, wegen Überstunden, wegen Geld und weil er so starrsinnig war.« Aber sie hätten alle freiwillig am Set gestanden. Die, die es so schlimm fanden, hätten einfach gehen können.

Was tut die Branche, damit es erst gar nicht zu derartigen Entgleisungen kommt? Was muss geschehen, damit sich ein »Fall Wedel« nicht wiederholen kann?

Die Schauspielerin und Regisseurin Karin Boyd sagt, sie habe sich nach dem Erlebnis mit Wedel eines geschworen: »Niemals stumm danebenzustehen, wenn Kollegen respektlos oder übergriffig behandelt werden, und Angriffe auf mich selbst sofort und deutlich zu parieren.« Sie würde sich aber wünschen, dass die Schauspieler, die nach Drehbeginn kaum mehr aus einem Vertrag aussteigen können, von ihrem Arbeitgeber vor solchen Arbeitsbedingungen geschützt werden. »Es darf nicht sein, dass unter dem Deckmantel der Qualitätssuche Menschen schikaniert werden.«

Sie glaubt auch nicht, dass man Schauspieler durch Demütigung zu besseren Leistungen antreibt. »Schauspieler müssen sich für ihre Rollengestaltung öffnen. Umso perfider ist es, sie in diesem schutzlosen Zustand böse anzugreifen.« Boyd verweist auf den ungarischen Regisseur István Szabó, in dessen berühmtem Film *Mephisto* sie mit-spielte. Er habe auf die Frage, wie er seine Schauspieler zu so großartigen Leistungen bringe, gesagt: »Ich gebe ihnen die Zeit, die sie brauchen, um gut zu sein.«

Florian Kumb, der für das ZDF im Büro des Programmdirektors arbeitet, sagt, sein Sender wolle die Arbeitsbedingungen am Set verbessern: »Wir können als auftraggebender Sender nicht gewährleisten, dass es beim Dreh nie mehr zu Übergriffen kommt. Aber wir können das Klima in der Filmbranche beeinflussen.« Deshalb verhandle das ZDF mit der Produzenten-Allianz, dem zuständigen Verband. Man wolle

den Verhaltenskodex überarbeiten, den das ZDF mit den Produzenten vereinbart hat. Dort müsse stärker betont werden, dass Diskriminierung und Machtmissbrauch nicht toleriert werden. Das ZDF selbst hat eine Hotline für Schauspieler und Freiberufler eingerichtet, die in Produktionen fürs ZDF arbeiten.

Die Schauspielerin Judith Rosmair, die 2002 mit Wedel bei den Nibelungen-Festspielen in Worms arbeitete, sagt, dass außerdem die Verträge für Schauspieler geändert werden müssten, um ihnen einen besseren Schutz zu gewähren. »In den Verträgen sind fast keine Rechte festgeschrieben«, sagt sie. »Man ist ja nur befristet beschäftigt und hat somit keinen Betriebsrat. Es sollte eine Vertrauensperson oder einen Ansprechpartner in jeder Produktion geben, an den man sich im Zweifel wenden kann.« Rosmair ist eine der renommiertesten deutschen Theaterschauspielerinnen, mit Wedel hat sie nur ein Mal gearbeitet: Auch sie berichtet von psychischen Erniedrigungen vor versammelter Mannschaft.

Das System Wedel scheint jenseits der Fernsender bis zuletzt funktioniert zu haben. Das zeigt ein Blick nach Bad Hersfeld, Wedels bislang letzter Wirkungsstätte, dort war er Festspiel-Intendant. Dort hat ein Schauspieler 2017 genau das getan, was Wedels Freund und Produzent Kriwitz von jenen forderte, denen Wedels Ton nicht passe: Er ging von der Bühne. Mit der Folge, dass er nun in einen Rechtsstreit mit den Festspielen verwickelt ist.

Der österreichische Schauspieler Paulus Manker war in Wedels Stück *Luther – der Anschlag* für eine der Hauptrollen engagiert worden. Er gilt vielen in der Branche als grantiges Genie. Vier Wochen vor der Premiere kam es bei einer Probe zu einer Auseinandersetzung zwischen Manker und Wedel über dessen Regiestil. Am Abend schrieb Wedels Stellvertreter Joern Hinkel eine Mail an Manker, er solle sich zurückhalten. Wedel schätze ihn aber besonders, hieß es da auch. In seiner Antwortmail beschwerte Manker sich über Wedels »diktatorisches Soloprogramm«. Am Ende schrieb er: »Wenn Sie beabsichtigen, sich von mir zu trennen, so stehe ich für ein Vertragsauflösungsgespräch jederzeit zur Verfügung. Noch ist Zeit.«

Die Proben gingen weiter, bis Wedel kurz vor der Premiere seinen Darsteller Manker vor dem Team derart wüst beschimpft haben soll, dass dieser die Bühne verließ. Aus Selbstschutz, wie er sagt. Was ihm aber als Arbeitsverweigerung ausgelegt wurde. Einen Tag vor der Premiere warf Wedel ihn raus: Es sei zu einem »irreparablen Zerwürfnis« gekommen. Der Anwalt Peter Raue vertritt Manker im Rechtsstreit um sein Resthonorar, die Hälfte der vereinbarten Gage. »Ich mache seit 40 Jahren Theaterrecht«, sagt er, »aber ich kenne keinen Fall, der vergleichbar wäre. Man kann streiten, im schlimmsten Fall einigt man sich und löst den Vertrag auf, aber was Herr Wedel hier gemacht hat, ist wirklich unsäglich.«

Wedels *Luther* wird von vielen Zeitungen als Erfolg gefeiert. Nur die *Abendzeitung* spricht ihn auf seinen Führungsstil an. Seine Antwort: »Über mich werden auch Schauergeschichten erzählt, aber ganz so schlimm kann es ja nicht sein, wenn all die Leute seit Jahren mit mir arbeiten wollen.«

Am 22. Januar 2018 gab Dieter Wedel die Leitung der Festspiele ab. Mankers Kündigung soll im Sommer vor dem Landgericht Fulda verhandelt werden.

Dieter Wedel auf einem »stern«-Titel 1998. Der jetzige Chefredakteur Christian Krug sagt, so ein Titelbild wäre heute beim »stern« undenkbar und »sicher kein Ruhmesblatt für das Magazin«

BuzzFeed News, 30.4.:

Vergewaltigt auf Europas Feldern

CORRECTIV, 30.4.:

„Er kommt am Abend“

Unsere Multimedia-Recherche „Vergewaltigt auf Europas Feldern“/„Er kommt am Abend“ für BuzzFeed News Deutschland und CORRECTIV hat zum ersten Mal gezeigt, wie schwerwiegend und verbreitet sexualisierte Gewalt und Nötigung von Erntehelferinnen in der mediterranen Landwirtschaft ist. Dazu haben wir 1,5 Jahre recherchiert, unter anderem im spanischen Huelva, einem der größten Erdbeeranbaugebiete Europas, in Apulien und Sizilien und der süd-marrokanischen Region Souss-Massa – viele der dort angebauten Erdbeeren und Tomaten werden auch in deutschen Supermärkten verkauft.

Wir haben insgesamt mit mehr als 100 betroffenen Frauen in Spanien, Marokko und Italien gesprochen, die angeben vergewaltigt, erpresst, belästigt oder geschlagen worden zu sein. 28 der Frauen geben an, dass sie sexuell belästigt oder vergewaltigt wurden. Rund 50 der Frauen geben an, körperliche Gewalt erfahren oder bedroht worden zu sein.

Alle 100 Frauen erzählten uns, dass sie von ihren Vorgesetzten verbal belästigt, beschimpft und gedemütigt wurden. Weil diese Frauen häufig kein Spanisch oder Italienisch sprechen und fast keine Unterstützung von Behörden und NGOs erhalten, war es für sie fast unmöglich, diese Vorfälle zu melden.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Wir haben über die Lieferkette der Tomaten und Erdbeeren zeigen können, dass die Erdbeeren und Tomaten, die die Frauen ernten in Deutschland – unter anderem bei Lidl, Aldi Süd und Kaufland – als „sicher und nachhaltig“ zertifiziert verkauft werden.

Während der Recherche sind wir teilweise auf massive Widerstände der örtlichen Landwirtschaftsverbände und Farmer gestoßen. NGOs und Wohlfahrtsorganisationen wie die Caritas, die eigentlich dafür zuständig sind, Erntehelferinnen aus dem Ausland zu unterstützen, haben Probleme mit sexualisierter Gewalt uns gegenüber stets kategorisch verneint. Viele Organisationen waren grundsätzlich nicht bereit, uns überhaupt ein Interview zu geben. Landwirte haben uns verjagt und mit dem Auto verfolgt, als wir versucht haben, Arbeiterinnen zu filmen oder mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Weil wir in Marokko ohne journalistische Arbeitsgenehmigung recherchieren mussten, wurde unsere Arbeit von der Regionalbehörde erschwert. Wir wurden mehrfach darauf hingewiesen, dass wir ohne Genehmigung keine weiteren Interviews führen können, unsere Pässe wurden kopiert und man versuchte herauszufinden, in welchem Hotel wir übernachteten. Eine Übersetzerin wurde dazu angehalten, Informationen über uns und den Stand unserer Arbeit zu sammeln.

Die Arbeitgeberverbände Freshuelva und Interfresa aus Huelva bezeichnen unsere Recherche nach wie vor als „wirtschaftlich motivierte Kampagne“, das marokkanische Arbeitsministerium hat uns in Pressemitteilungen ebenfalls der Lüge bezichtigt.

Eine ausführliche Beschreibung unserer Recherchen haben wir in diesem Rechercheprotokoll festgehalten. Diesen Text möchten wir Ihnen zur Bewertung der Recherche-Hürden ans Herz legen. Wie wir mit 100 Erntehelferinnen über Vergewaltigung gesprochen haben, obwohl es die auf den Farmen angeblich nicht gibt

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Auch wenn problematische Arbeitsbedingungen für Erntehelfer in diesen Regionen bekannt waren, waren wir die ersten Journalistinnen, die speziell zu sexualisierter Gewalt recherchiert haben und denen es gelungen ist, betroffene Frauen vor der Kamera zu interviewen.

Die Recherche ist am 30. April 2018 auf BuzzFeed News Deutschland und CORRECTIV erschienen und in den Tagen darauf auch auf Spanisch (BuzzFeed News) und Englisch (CORRECTIV).

Das Multimedia-Feature für CORRECTIV wurde von Benjamin Schubert produziert. Der Artikel auf BuzzFeed News wurde von vier Videos auf Facebook und Twitter begleitet.

Impact/ Folge-Berichterstattung

Die Veröffentlichung hat in Marokko und Spanien zu einer großen öffentlichen Debatte geführt. Die Recherche wurde im spanischen Parlament thematisiert, die andalusische Generalstaatsanwaltschaft leitete Ermittlungen ein, mindestens zwei Männer wurden verhaftet. Mittlerweile ermittelt auch der National Gerichtshof in Madrid. Zwischen Ende Mai und Anfang Juni zeigten dutzende Frauen ihre Arbeitgeber bei der Polizei an, hunderte Frauen demonstrierten in Almonte und Huelva.

Aldi Süd hat als Reaktion auf die Recherche Erdbeeren beschuldigter Unternehmen vorerst aus dem Sortiment genommen. Anfang Juni gingen in ganz Spanien tausende Menschen in mehr als sechs verschiedenen Städten – darunter Barcelona, Granada und Sevilla – gegen Ausbeutung und Missbrauch von Erntehelferinnen auf die Straße.

Eines der weltgrößten Unternehmen für Lebensmittelzertifizierung, Global GAP, will die Vorwürfe auf unserer Recherche hin untersuchen.

Folgeartikel von uns:

Spanien ermittelt nach BuzzFeed-Recherchen gegen Erdbeerproduzenten wegen Verdacht auf Menschenhandel

Zahlreiche Erntehelferinnen werden in Spanien missbraucht – und die EU zahlte Millionen-Subventionen

Aldi Süd nimmt nach BuzzFeed-Recherchen spanische Erdbeeren aus dem Sortiment

Ein Erdbeerproduzent kidnappt Erntehelferinnen, weil die über Missbrauch aussagen wollen

Vier Erntehelferinnen zeigen ihren Vorgesetzten wegen sexualisierter Gewalt an

Die größte spanische Gewerkschaft will jetzt gegen Missbrauch von Erntehelferinnen vorgehen

Die spanische Politik reagiert auf unsere Recherchen zu Missbrauch von Erntehelferinnen

Spanien debattiert nach CORRECTIV-Recherche über Missbrauch von Erntehelferinnen

Wie wir mit 100 Erntehelferinnen über Vergewaltigung gesprochen haben, obwohl es die auf den Farmen angeblich nicht gibt

One Of The World's Leading Food Certifiers Will Investigate The Alleged Sexual Abuse Of Women Farmworkers

CORRECTIV:

<https://correctiv.org/recherchen/stories/2018/08/22/vergewaltigungsskandal-um-spanische-erdbeerpfluckerinnen-geht-vors-nationale-gericht/>

„Er kommt am Abend“

Sie pflücken Europas Erdbeeren: die Erntehelferinnen in der spanischen Region Huelva. Ihr Alltag: sexueller Missbrauch. Beginn unserer Reise zu den Frauen auf den Obst- und Gemüsefeldern am Mittelmeer.

Von Pascale Müller und Stefania Prandi sowie Benjamin Schubert (Gestaltung),
correctiv.org 30.04.2018

Es ist der 3. Mai 2017 in einem Café in der südspanischen Stadt Palos de la Frontera, als Kalima eine Entscheidung trifft, die ihr Leben verändert. Um sie herum essen die Gäste plaudernd zu Mittag.

Kalima arbeitet auf einer Erdbeerfarm nur wenige Kilometer entfernt und das Leben dort ist die Hölle: Es gibt keine Küche, in einem Zimmer schlafen sechs Frauen, nur einmal in der Woche können sie duschen. Und dann ist da ihr Betreuer Abdelrahman, ein Mann aus Marokko. „Er kommt am Abend“, sagt sie.

„Er hat die Telefonnummern aller Frauen.“ Er zwingt sie, Sex mit ihm zu haben, sagt Kalima. Jede Nacht mit einer anderen Frau. „Wenn du nein sagst, bestraft er dich bei der Arbeit“, sagt Kalima. Sie hat Angst. Deshalb ist Kalima nicht ihr richtiger Name. Aus rechtlichen Gründen wurden auch die Namen ihrer Vorgesetzten geändert. Kalima hat nichts mehr zu verlieren. Wenn sie später auf die Farm zurückkehrt, wird es das letzte Mal sein.

Denn an diesem Tag im Restaurant beschließt Kalima, die Vergewaltigung anzuzeigen. Das macht sie zu einer seltenen Ausnahme in Spanien. Meistens schweigen die Frauen, aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Das Schweigen der Frauen wird von einer Zivilgesellschaft und einem Justizsystem verstärkt, die ihnen kaum zu Hilfe kommen. CORRECTIV hat mit

Dutzenden von Arbeiterinnen in der spanischen Region Huelva gesprochen, die meisten von ihnen Marokkanerinnen, die angeben, von ihren Vorgesetzten schikaniert, vergewaltigt, erpresst, körperlich misshandelt oder beleidigt worden zu sein.

„Er hat gesagt, wenn ich nicht mache, was er will, bringt er mich um,“ hat uns Kalima erzählt:

Palos de la Frontera ist eine Stadt, der die Erdbeeren Reichtum gebracht haben. Rund 80 Prozent der Erdbeeren, die Deutschland importiert, stammen aus der Region Huelva in Andalusien. Unter einem weißen Meer von Plastikgewächshäusern werden jedes Jahr über 300.000 Tonnen Erdbeeren geerntet. Andalusien ist der größte Erdbeerproduzent Europas.

Das „rote Gold“ verspricht finanzielle Stabilität und Arbeitsplätze. Im Jahr 2017 exportierte Spanien laut dem Verband der Obst- und Gemüseerzeuger und -exporteure (Fepex) Erdbeeren im Wert von rund 600 Millionen Euro. Der Präsident der Handelsvereinigung Freshuelva, Alberto Garrocho, sprach 2017 von der „besten Erdbeerernte seit 40 Jahren“.

Mit Journalisten wollen die Einheimischen aber nicht über das Geschäft sprechen. CORRECTIVs wiederholte Anfrage um Stellungnahme, wurde von regionale Handelsorganisationen wie Freshuelva und dem Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei der andalusischen Regierung nicht beantwortet.

„Jeder hat davon gehört, dass es Missbrauch gibt, aber niemand redet darüber“, schreibt Pastora Cordero Zorrilla von der Gewerkschaft Confederación Sindical de Comisiones Obreras (CCOO) in einer Erklärung.

Die Arbeiterinnen nennen es das Haus der weinenden Frauen. Hier, inmitten eines Labyrinths aus Hunderten von Gewächshäusern, die durch schlammige Gräben getrennt sind, wurde Kalima missbraucht. Rund hundert Frauen aus Marokko und Rumänien leben auf der Farm. Früh am Morgen, wenn der Nebel noch über den Feldern hängt, stehen sie auf, um Kisten voller Beeren zu sammeln.

Keine von ihnen wagt es, in der Nähe des Hauses mit Journalisten zu sprechen. Damit sie nicht mit Fremden gesehen werden, kommen zwei marokkanische Arbeiterinnen zu einer Farm in der Nähe, auf der sie Freundinnen haben. Sie schließen

die Küchentür und schauen vorsichtig auf das kleine Fenster. Sabiha arbeitet seit Anfang März hier. Der Chef der Firma, sagt sie, sei „grausam und herzlos“. Auch Sabiha fürchtet Konsequenzen, deshalb ist ihr Name geändert.

„Juan“, wütend spuckt sie seinen Namen aus, „schreit, weil wir Arabisch reden, weil wir kein Spanisch können. Er beleidigt uns ständig.“ Manchmal, sagen Sabiha und ihre Kolleginnen, dürfen sie eine ganze Woche lang nicht duschen. Mit Temperaturen weit über 40 Grad und nach harter Arbeit auf den Feldern sei das „ein Albtraum“.

Sie darf keine Pause machen, sagt sie, selbst wenn ihr der Rücken wehtut, vom vielen Bücken, um die Beeren zu sammeln. „Er sagt mir, ich soll mehr Kisten mit Erdbeeren vollmachen, mehr und immer mehr“, sagt Sabiha. Juan schlägt und tritt die Arbeiter, sagen die Frauen. Sabihas Augen füllen sich mit Tränen, als sie darüber spricht. „Es ist die Hölle auf Erden“.

Verheiratet, weiblich, Analphabetin

Der Bedarf an billigen, ungelerten Arbeitskräften in Huelva nimmt stetig zu. Kalima, Sabiha und ihre Kolleginnen kommen aus Regionen Marokkos, in denen es kaum Jobs gibt. Die Arbeit in Spanien ist für sie eine Möglichkeit, der Armut zu entkommen. Sie arbeiten von 6 Uhr morgens, bis zur Mittagspause und dann wieder am Nachmittag. Dabei verdienen sie nicht mehr als 30 Euro am Tag. Unternehmen bezahlen sie nicht, wenn das Wetter zu schlecht für die Ernte ist, die Produktion kurzzeitig heruntergefahren wird oder aus völlig willkürlichen Gründen, zum Beispiel als Bestrafung für Fehler. Die Täter nutzen diese finanzielle Abhängigkeit der Arbeiterinnen aus.

Die Frauen sagen, dass sie von örtlichen Institutionen, Gewerkschaften und Frauenrechtsorganisationen allein gelassen worden seien. Lokale Frauenrechtsorganisationen leugnen und ignorieren das Problem in Interviews mit CORRECTIV.

Wiederholte Versuche von CORRECTIV, Gewalt an Arbeiterinnen mit dem örtlichen Roten Kreuz, der Caritas oder den Frauenrechtsorganisation „Huelva Acoge“, sowie „Frauen in Konfliktregionen“ (Mujer en Zone de Conflictos) zu diskutieren, blieben erfolglos.

Sich an die Justiz zu wenden scheint unmöglich für die Frauen, weil sie kein Spanisch sprechen und den Missbrauch vor Gericht nur schwer beweisen können. Auf die Frage nach laufenden Ermittlungen oder Statistiken im Bezug auf sexuelle Gewalt und Missbrauch antwortet ein örtlicher Polizeibeamter in Palos de la Frontera: „Sexueller Missbrauch ist keine spanische Sache.“

Die Konsequenz ist, dass nur wenige Fälle vor Gericht landen. Wie etwa im April 2014, als das Landgericht Huelva die Farmer Martin, Carlos Ramon und Ambrosio für „Verstöße gegen moralische Integrität und sexuelle Belästigung“ verurteilte. Die Gerichtsdokumente führen nur die Vornamen der Täter auf. Ihre Opfer waren marokkanische Arbeiterinnen, die 2009 für Martin gearbeitet hatten.

Aus den Gerichtsakten geht hervor, dass Martin, Carlos Ramon und Ambrosio Frauen wie folgt beleidigt haben: „Hündinnen, wir schicken euch zurück nach Marokko. Da [in deinem Land] hungert ihr.“

Die Arbeiterinnen waren gezwungen, auf dem Acker zu urinieren und wurden von den Männern körperlich misshandelt. Eine der Arbeiterinnen, Inmaculada, wurde mit einer Eisenstange auf ihre Beine geschlagen. Die Männer forderten „sexuelle Gefälligkeiten“ von den Frauen, sollten sie ihren Job nicht verlieren wollen.

Es gibt noch einen weiteren Hinweis: Die Abtreibungsrate in Palos de la Frontera ist sehr hoch. Die meisten Frauen, die eine Abtreibung vornehmen lassen, sind Gastarbeiterinnen.

Josefa Mora Gomez ist Sozialarbeiterin im örtlichen Zentrum für öffentliche Gesundheit und muss jedem Antrag auf Abtreibung, der dort gestellt wird genehmigen. Sie sagt: „Während der Erntesaison, wenn Gastarbeiterinnen kommen, gibt es einen Anstieg von Abtreibungen und die Mehrheit der Anfragen kommt von marokkanischen, rumänischen und bulgarischen Frauen.“

Laut Gomez gab es in Palos und dem Nachbarort Moguer im Jahr 2016 185 Abtreibungen, 90 Prozent davon wurden von Gastarbeiterinnen verlangt. Sie vermutet, dass viele Abtreibungen auf Vergewaltigungen zurückzuführen sein könnten.

Die einzige Gewerkschaft, die sich zu dem Thema äußert, ist das Sindicato Andaluz de Trabajadores (SAT). In Huelva haben sie nur zwei Vertreter, Jose Antonio Brazo Regalado und seine Frau. Während er durch die Reihen von Gewächshäuser fährt, erklärt er, warum seiner Meinung nach sexueller Missbrauch so ein Tabu in Huelva ist.

„Eine Frau kam weinend zu mir, weil ihr Chef sie missbraucht hat“, sagt er. „Das Gefühl der Ohnmacht ist groß. Sie konnte nichts tun. Es ist unmöglich“. Als kleine Gewerkschaft kann auch SAT den betroffenen Frauen nicht helfen, sagt Regalado, weil sie darauf angewiesen sind, dass Frauen die Übergriffe melden. Doch viele sind zu ängstlich – ein Teufelskreis.

„In Huelva findet die schlimmste Ausbeutung der landwirtschaftlichen Arbeit in ganz Andalusien statt, das ist Sklaverei“, sagt er. „Behörden, die Polizei, die Arbeitsaufsicht, alle schauen weg.“ Seine Gewerkschaft darf die Arbeiterinnen auf den Feldern nicht besuchen.

Versucht er das, bedrohen ihn die Landwirte:

Nachdem die Erdbeeren das Feld verlassen und für den Endverbrauch verpackt sind, erhalten sie ein Global GAP („Good Agricultural Practice“) Zertifikat. Global GAP ist ein Unternehmen, das Standards erstellt, nach denen landwirtschaftliche Produkte hinsichtlich ihrer Sicherheit und Nachhaltigkeit zertifiziert werden. Nach eigenen Angaben ist Global GAP die weltweit am weitesten verbreitete, nicht-staatliche Zertifizierung im Bereich Lebensmittelsicherheit.

In einer Stellungnahme sagt das Unternehmen, es sei über derartige Vorfälle in der Region Huelva bisher nicht informiert gewesen. Das Unternehmen will die Vorwürfe jetzt prüfen. „Soziales Wohlergehen der Arbeiter auf den landwirtschaftlichen Betrieben ist für Global GAP eines der wichtigsten Inhalte“ der von dem Unternehmen

entwickelten Standards. Die Vorwürfe sexueller Ausbeutung in der Region Huelva „befinden sich im kriminellen Bereich und sind unter keinen Umständen zu tolerieren“, so das Unternehmen.

Mithilfe des Global GAP Zertifikats konnte CORRECTIV herausfinden, dass der Arbeitgeber von Kalima eine größere Genossenschaft namens „Sociedad Cooperativa Andaluz Santa Maria de la Rabida“, besser bekannt unter dem Markennamen „Fréson de Palos“ beliefert. 2014 gab die Genossenschaft an, der „größte Erdbeerproduzent in ganz Europa“ zu sein.

Erdbeeren der Marke „Fréson de Palos“ werden nach ganz Europa exportiert, auch nach Deutschland, wie eine Mitarbeiterin des Unternehmens CORRECTIV in einem Telefongespräch Anfang März 2018 bestätigt. Während dieses Telefonats bestätigt die Mitarbeiterin zudem, dass die andalusische Genossenschaft Santa Maria de la Rabida mit dem Arbeitgeber von Kalima zusammenarbeitet und bezeichnet die Farm als „Geschäftspartner“. Die Genossenschaft ließ eine schriftliche Anfrage von CORRECTIV unbeantwortet.

Es ist wahrscheinlich, dass Erdbeeren von Feldern in Huelva, auf denen sexuelle Ausbeutung von Frauen Alltag ist, in vielen Supermärkten in Deutschland landen. Ein Beispiel: CORRECTIV hat Erdbeeren der andalusischen Genossenschaft Santa Maria de la Rabida in einem Lidl-Supermarkt in Nordrhein-Westfalen gefunden.

Der Konzern teilt auf Anfrage mit, dass soziale und ökologische Verantwortung in seinen Unternehmensgrundsätzen festgeschrieben sei. Dazu seien auch seine Lieferanten verpflichtet. Die Erzeuger in der Lieferkette des Unternehmens seien durch das Unternehmen Global GAP zertifiziert und würden regelmäßig kontrolliert.

„Wir distanzieren uns von Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen jeglicher Art. Sollten uns konkrete Sachverhalte bezüglich Verstößen gegen diese Bestimmungen vorliegen, gehen wir dem nach und leiten entsprechende Schritte ein“, so das Unternehmen.

Wie für alle Frauen, mit denen CORRECTIV in Italien, Marokko und Spanien gesprochen hat, verbessert sich Kalimas Situation durch eine Anzeige bei der Polizei nicht. Obwohl sie sich einer Untersuchung unterzieht, in der eine Gynäkologin und ein Gerichtsmediziner „sexuelle Aggression“ als Ursache ihrer Verletzungen attestieren, sagen ihr die Ärzte, dass es ohne Beweise – etwa eine Spermaprobe – schwer werde, gegen ihren Vorgesetzten vorzugehen.

Noch am Tag ihrer Anzeige wird Kalima in ein Frauenhaus gebracht. Nachdem sie vor Gericht gegen ihren Vergewaltiger ausgesagt hat, droht er wiederholt sie umzubringen. Einige Monate später kehrt sie nach Marokko zurück. Ihre Arbeit in Spanien war für sie die einzige Möglichkeit, ihre Familie und ihren bettlägerigen Ehemann zu ernähren.

Eine örtliche Wohltätigkeitsorganisation versorgt sie fortan kostenlos mit Gemüse und Mehl. Kalimas Familie weiß nicht, was mit ihr in Spanien passiert ist. Ihr Vergewaltiger steht derzeit vor Gericht. Arbeiterinnen bestätigten CORRECTIV Ende September 2017 in einem Telefongespräch, dass er weiterhin auf der Farm arbeitet.

<https://correctiv.org/blog/2018/04/30/er-kommt-am-abend/>

Vergewaltigt auf Europas Feldern

Sexuell belästigt, beleidigt, vergewaltigt – das ist der Alltag für tausende Erntehelferinnen in Europa. Sie ernten Tomaten und Erdbeeren, die in deutschen Supermärkten als „sicher und nachhaltig“ verkauft werden. Doch die Verantwortlichen kommen ungestraft davon. In einer monatelangen Recherche in Spanien, Marokko und Italien hat BuzzFeed News diese Missstände aufgedeckt.

Von Pascale Müller und Stefania Prandi , BuzzFeed News Deutschland,

30.04.2018

Es ist ein Mittwochnachmittag im Mai 2017, als Kalima beschließt, ihren Vergewaltiger anzuzeigen. Die Marokkanerin sitzt in einem Café in der südspanischen Stadt Palos de la Frontera, um sie herum essen Handwerker und Büroangestellte zu Mittag. An den Wänden Deko-Fischnetze und Plastik-Krabben. Es riecht nach Fisch und Bratfett. Kalima arbeitet auf einer Erdbeerfarm nur wenige Kilometer entfernt und das Leben dort ist die Hölle. Es gibt keine Küche, in einem Zimmer schlafen sechs Frauen, nur einmal in der Woche können sie duschen. Und dann ist da ihr Vorgesetzter Abdelrahman, ein Mann aus Marokko. „Er kommt immer am Abend“, sagt Kalima.

„Er hat die Telefonnummern aller Frauen.“ Er zwingt sie, Sex mit ihm zu haben, sagt Kalima. Jede Nacht mit einer anderen Frau. „Wenn du nein sagst, bestraft er dich bei der Arbeit.“ Kalima hat Angst, ist verzweifelt. Deshalb ist Kalima nicht ihr richtiger Name. Aus rechtlichen Gründen wurden auch die Namen ihrer Vorgesetzten geändert. Kalima arbeitet nun schon zwei Monate lang in Spanien, Abdelrahman hat sie seitdem mehrfach vergewaltigt. Sie fängt an zu weinen, sagt, dass sie verletzt ist und Schmerzen beim Sitzen hat, dass sie das nicht mehr aushält. Wenn sie später auf die Farm zurückkehrt, wird es das letzte Mal sein.

Dass Kalima Abdelrahman anzeigen will, macht sie zu einer seltenen Ausnahme. Meistens schweigen die Frauen. Sie haben Angst davor, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Und werden allein gelassen. Weil die Frauen häufig Arbeitsmigrantinnen sind, die Sprache nicht sprechen und direkt auf den Feldern leben, ist es für sie fast unmöglich, Anzeige zu erstatten oder sich Hilfe zu holen. Weder Polizei noch Justiz, weder Gewerkschaften noch andere Organisationen kommen ihnen zur Hilfe. Deshalb bleiben viele Vergewaltigungen ein Geheimnis, nur Frauen und Täter wissen Bescheid. Und deshalb wurde darüber bisher kaum geschrieben.

Diese Recherche von BuzzFeed News zeigt zum ersten Mal, wie schwerwiegend und verbreitet sexualisierte Gewalt und Nötigung von Erntehelferinnen in der mediterranen Landwirtschaft ist.

Sie zeigt außerdem, dass mutmaßliche Täter fast immer straffrei bleiben und lokale Gewerkschaften und die Polizei, aber auch die verantwortlichen Behörden in Spanien nicht genug zum Schutz der Frauen beitragen. Gewerkschafter sprechen gegenüber BuzzFeed News von Sklaverei.

- BuzzFeed News hat mit mehr als 100 Erntehelferinnen in Spanien, Marokko und Italien gesprochen und dazu dutzende Interviews mit Wissenschaftlern, Gewerkschaftern, Sozialarbeitern, Priestern und Menschenrechtsaktivisten geführt.

- 28 Frauen gaben BuzzFeed News gegenüber an, von ihren Vorgesetzten sexuell belästigt oder vergewaltigt worden zu sein. Rund 50 weiteren Frauen wurde körperliche Gewalt angetan und sie wurden bedroht.

- Alle gut 100 Frauen sagten BuzzFeed News gegenüber, dass sie von ihren Vorgesetzten verbal belästigt, beschimpft und gedemütigt wurden. Nur eine Handvoll Arbeiterinnen erstattete Anzeige bei der Polizei. Keiner der mutmaßlichen Täter wurde zur Rechenschaft gezogen.

- Lokale Hilfsorganisationen behaupten gegenüber BuzzFeed News, es gebe keine Probleme.

- In Spanien gibt es rund um die Erntezeit einen Anstieg von Schwangerschaftsabbrüchen. Sozialarbeiterinnen vermuten, dass dies ein Hinweis auf Missbrauch sein könnte.

- Die Frauen ernten vor allem Erdbeeren und Tomaten, die als „sicher und nachhaltig“ zertifiziert an deutsche Supermärkte verkauft werden.

- Global GAP, das Unternehmen, das diese Zertifikate ausstellt, hat angekündigt, eine Untersuchung einzuleiten.

- Deutsche Supermärkte wie LIDL sehen sich nicht in der Verantwortung.

Global GAP, das Unternehmen, das diese Zertifikate ausstellt, hat angekündigt, eine Untersuchung einzuleiten.

- Deutsche Supermärkte wie LIDL sehen sich nicht in der Verantwortung.

Die Arbeiterinnen nennen es das Haus der weinenden Frauen. Hier hat Abdelrahman Kalima missbraucht, inmitten eines Labyrinths aus kilometerlangen Feldern, die durch schlammige Gräben getrennt sind. Rund hundert Frauen aus Marokko und Rumänien leben auf der Farm. Früh am Morgen stehen sie auf, um hunderte Kisten voller Erdbeeren und Himbeeren zu sammeln. Am Himmel erheben sich die Schloten einer Chemiefabrik, zu ihren Füßen knien die Frauen zwischen endlosen Reihen aus Erdbeeren im Matsch.

Keine der Frauen wagt es, in der Nähe des Hauses mit Journalistinnen zu sprechen. Damit sie nicht mit Fremden gesehen werden, kommen zwei marokkanische Arbeiterinnen zu einer Farm in der Nähe, auf der sie Freundinnen haben. Sie schließen die Küchentür und schauen vorsichtig auf das kleine Fenster. Sabiha arbeitet seit Anfang März hier. Der Chef der Firma, der Vorgesetzte von Abdelrahman, sei „grausam und herzlos“, sagt Sabiha. Sie fürchtet Konsequenzen, deshalb ist auch ihr Name geändert.

„Er schreit, weil wir Arabisch reden, weil wir kein Spanisch können. Er beleidigt uns ständig.“ Manchmal dürfen sie eine ganze Woche lang nicht duschen, sagen Sabiha und ihre Kolleginnen. Bei Temperaturen weit über 40 Grad und nach harter Arbeit auf den Feldern sei das ein Albtraum.

Sie darf keine Pause machen, sagt Sabiha, selbst wenn ihr der Rücken wehtut, vom vielen Bücken, um die Beeren aufzusammeln. „Er sagt mir, ich soll mehr Kisten mit Erdbeeren vollmachen, mehr und immer mehr“, sagt Sabiha. Der Chef schlägt und tritt die Arbeiterinnen, sagen die Frauen. Sabihäs Augen füllen sich mit Tränen, als sie darüber spricht. „Es ist die Hölle auf Erden.“

„Abdelrahman hat mich isoliert und dazu gezwungen, mit ihm zu kommen“, sagt Kalima. „Wenn ich ihm nicht gehorche, bringt er mich um, hat er gesagt.“ Er habe sie mitten ins Feld geführt, sagt sie, weit weg vom Haus. „Ich sollte mich vor ihm hinknien

und er hat mich zum Analsex gezwungen.“ Abdelrahman habe sie über mehrere Wochen im März und April 2017 regelmäßig vergewaltigt.

Die Erdbeeren werden als „sicher und nachhaltig“ zertifiziert und an deutsche Supermärkte verkauft

BuzzFeed News kann zeigen, dass Erdbeeren, die Frauen wie Kalima ernten, auch in deutschen Supermärkten verkauft werden. Nachdem die Erdbeeren das Feld verlassen und für den Endverbrauch verpackt sind, erhalten sie ein Global GAP („Good Agricultural Practice“) Zertifikat. Global GAP ist ein Unternehmen, das Erzeugern von Feldfrüchten, Viehzucht oder Aquakultur zertifiziert, dass ihre Produkte „sicher und nachhaltig“ seien. Nach eigenen Angaben ist Global GAP die weltweit am weitesten verbreitete, nicht-staatliche Zertifizierung im Bereich Lebensmittelsicherheit.

Mithilfe des Global GAP Zertifikats konnte BuzzFeed News herausfinden, dass der Arbeitgeber von Kalima eine größere Genossenschaft namens „Sociedad Cooperativa Andaluz Santa Maria de la Rabida“ beliefert, besser bekannt unter dem Markennamen „Fréson de Palos“. 2014 gab die Genossenschaft an, der „größte Erdbeerproduzent in ganz Europa“ zu sein.

Global GAP antwortet auf Anfrage von BuzzFeed News:

„Das GLOBALG.A.P. Sekretariat war nicht über die Situation in der Region Huelva informiert. Wir werden Ihre Informationen umgehend in Kooperation mit der zuständigen Zertifizierungsstelle untersuchen.“

Soziales Wohlergehen der Arbeiter auf den landwirtschaftlichen Betrieben sei für Global GAP sehr wichtig. „Die Umstände [...] befinden sich im kriminellen Bereich und sind unter keinen Umständen zu tolerieren“, so ein Sprecher in einer Email an BuzzFeed News.

Erdbeeren der Marke „Fréson de Palos“ werden nach ganz Europa exportiert, auch nach Deutschland. Das bestätigt eine Mitarbeiterin der Genossenschaft in einem Telefongespräch mit BuzzFeed News Anfang März 2018. Die Mitarbeiterin bestätigt auch, dass sie mit dem Arbeitgeber von Kalima zusammenarbeiten und bezeichnet die

Farm als Geschäftspartner. Eine schriftliche Anfrage zu den Vorwürfen wurde von der Genossenschaft nicht beantwortet.

Es ist wahrscheinlich, dass Erdbeeren von Feldern in Huelva, auf denen sexuelle Ausbeutung von Frauen Alltag ist, in vielen Supermärkten in Deutschland landen. BuzzFeed News hat zum Beispiel Erdbeeren der andalusischen Genossenschaft Santa Maria de la Rabida, für die auch Kalima und Sabiha gearbeitet haben, in einem Lidl-Supermarkt in Nordrhein-Westfalen gefunden.

Eine Pressesprecherin von Lidl verweist in einer Stellungnahme auf Global GAP. Erzeuger seien zertifiziert und würden regelmäßig kontrolliert. Darüber hinaus übernehme Lidl „soziale und ökologische Verantwortung entlang der gesamten Wertschöpfungskette.“ Dies sei in den Unternehmensgrundsätzen festgeschrieben, deren Einhaltung durch einen entsprechenden „Code of Conduct“ abgesichert werden. Diesem müssten die Lieferanten zustimmen.

„Wir distanzieren uns von Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen jeglicher Art. Sollten uns konkrete Sachverhalte bezüglich Verstößen gegen diese Bestimmungen vorliegen, gehen wir dem nach und leiten entsprechende Schritte ein. Bei den von Ihnen geschilderten Praktiken handelt es sich nach unserer Ansicht um strafrechtlich relevante Tatbestände, die auch als solche behandelt werden sollten“, so die Sprecherin.

Auf eine mögliche eigene Verantwortung für die konkreten Vorkommnisse vor Ort oder Möglichkeiten, diesen als Unternehmen aktiv zu begegnen, geht Lidl in seiner Antwort mit keinem Satz ein.

Kalima hat Abdelrahman angezeigt, aber ihr Leben hat sich dadurch nicht verbessert. Das hat Kalima mit all den Frauen gemeinsam, mit denen BuzzFeed News in Italien, Spanien und Marokko Interviews geführt hat. Auf ihrer letzten Fahrt zurück zur Farm ist es im Auto ganz still. Kalima trägt eine Sonnenbrille, obwohl es schon dunkel ist. Es geht ohne Scheinwerferlicht über eine Schotterstraße zwischen den Schloten der Fabriken, hinein in das Gewirr aus Gassen und endlosen Reihen aus weißem Plastik. Kalima zieht sich einen dunklen Pullover über den Kopf und versteckt sich zwischen den Sitzen. Ein Stück abseits ihrer Farm steigt sie aus, verschwindet ins Dunkel.

Sie muss sich verstecken wie eine Schwerekriminelle, weil sie heute im Krankenhaus zum ersten Mal öffentlich gesagt hat: „Mein Vorgesetzter vergewaltigt mich.“ In ihrem Bericht notieren die Gynäkologin und der Gerichtsmediziner „sexuelle Aggression“ als Grund für Kalimas Verletzungen. Aber die Ärzte sagen ihr auch: Ohne einen Beweis, etwa eine Spermaprobe, sei es sehr schwer, Abdelrahman juristisch zu belangen.

Am nächsten Morgen flieht Kalima. Noch bevor die Sonne aufgeht rafft sie ihre Kleider zusammen, packt ihren einzigen Koffer und verlässt die Farm. Gemeinsam mit einer Anwältin erstattet sie Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Sie betritt das Gebäude in einem tiefblauen Gewand, das ihren ganzen Körper umhüllt, ein traditionelles Kleid aus dem Atlasgebirge. Die Frauen dort, sagt man, seien besonders stark und stolz. Kalima wappnet sich. An diesem Tag klingelt ihr Handy oft. Einmal, zweimal, dreimal, viermal. Sie sagt: „Abdelrahman“. Und lässt es klingeln.

Direkt nach ihrer Anzeige wird Kalima zur Beauftragten gegen Gewalt gegen Frauen in Huelva gebracht. Die Sozialarbeiterin dort hört sich alles an und fragt dann sehr laut: „Anal? Anal?“ Kalima nickt stumm. Dann bringt die Sozialarbeiterin Kalima nach unten, dort wartet ein Taxi, das sie in ein Frauenhaus bringen soll. Kalima spricht kein Spanisch und versteht kaum, was um sie herum passiert. Sie weint jetzt heftig, ihr Gesichtsschleier färbt sich dunkel von den Tränen. Dann nimmt sie die Hand der Sozialarbeiterin und küsst sie zum Dank, steigt ins Taxi und ist weg.

Wenige Wochen später muss Kalima vor Gericht gegen ihren mutmaßlichen Vergewaltiger aussagen. Abdelrahman ruft sie weiter an und droht, sie umzubringen, sagt Kalimas Anwältin in einem Telefonat mit BuzzFeed News.

Im Sommer 2017 kehrt Kalima nach Marokko zurück. Dort steht sie vor dem Nichts. Weil ihre Arbeit in Spanien die einzige Einkommensmöglichkeit für die ganze Familie war, ist sie auf die Hilfe einer lokalen Wohltätigkeitsorganisation angewiesen. Diese versorgt die Familie mit Mehl und Gemüse, damit sie nicht hungern muss. Kalimas Mann ist krank und bettlägerig, er kann nicht zum Unterhalt der Familie beitragen.

Kalima hat ihrer Familie nicht erzählt, was ihr in Spanien zugestoßen ist. Das Gerichtsverfahren gegen ihren mutmaßlicher Vergewaltiger läuft nach Informationen von BuzzFeed News noch immer. Ehemalige Kolleginnen von Kalima bestätigten BuzzFeed News zuletzt Ende September 2017, dass Abdelrahman weiter auf der Farm arbeitet.

Palos de la Frontera ist eine Stadt, der die Erdbeeren Reichtum gebracht haben. Rund 80 Prozent der nach Deutschland gelieferten Erdbeeren stammen aus der Region Huelva in Andalusien. Die Region ist der größte Erdbeerproduzent Europas. Unter einem weißen Meer von Plastik-Gewächshäusern ernten vor allem Frauen jedes Jahr mehr als 300.000 Tonnen Erdbeeren.

Das sogenannte rote Gold verspricht finanzielle Stabilität und Arbeitsplätze. Im Jahr 2017 exportierte Spanien Erdbeeren im Wert von rund 600 Millionen Euro, angeblich die beste Erdbeerernte seit 40 Jahren. Mit Journalisten wollen die Einheimischen aber nicht über das Geschäft sprechen. Eine wiederholte Anfrage von BuzzFeed News wurde von regionalen Handelsorganisationen wie Freshuelva und der andalusischen Regierung nicht beantwortet.

Der Bedarf an billigen, ungelerten Arbeitskräften in Huelva nimmt stetig zu. Kalima, Sabiha und ihre Kolleginnen kommen aus Regionen Marokkos, in denen es kaum Jobs gibt. Die Arbeit in Spanien ist für sie eine Möglichkeit, der Armut zu entkommen. Sie arbeiten von sechs Uhr morgens bis zu einer oft nur halbstündigen Mittagspause und dann oft wieder den ganzen Nachmittag bis zum Abend. Dabei verdienen sie nicht mehr als 30 Euro am Tag. Wenn das Wetter zu schlecht für die Ernte ist, werden sie nicht bezahlt. Manchmal werden sie aus völlig willkürlichen Gründen mit Arbeitsentzug bestraft, zum Beispiel für das Zerdrücken von Früchten. Diese finanzielle Abhängigkeit der Frauen nutzen die Täter aus.

Die Frauen geben an, dass sie von örtlichen Institutionen, Gewerkschaften und Frauenrechtsorganisationen allein gelassen werden. In Gesprächen mit BuzzFeed News sagen lokale Frauenrechtsorganisationen, es gebe keine Belästigungen, keinen Missbrauch, keine Vergewaltigungen von Feldarbeiterinnen. Wiederholte Versuche,

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Gewalt an Arbeiterinnen mit dem örtlichen Roten Kreuz, der Caritas oder den Frauenrechtsorganisation „Huelva Acoge“, sowie „Frauen in Konfliktregionen“ (Mujer en Zone de Conflictos) zu diskutieren, blieben erfolglos.

In persönlichen Gesprächen mit Vertretern der Caritas und des Roten Kreuzes wurde BuzzFeed News zunächst versprochen, dass ein Interview über die Situation der Erntehelferinnen oder sogar ein Besuch auf den Farmen möglich sei. Diese Termine wurden dann immer wieder verschoben. Auf schriftliche Anfragen, ob den Organisationen Fälle von Missbrauch bekannt sind, erhielt BuzzFeed News keine Antwort. Eine Sprecherin der Frauenrechtsorganisation „Huelva Acoge“ sprach in einem Interview mit BuzzFeed News davon, dass sie Unterkünfte regelmäßig besuche. Dort sei alles in Ordnung. Von Missbrauch habe sie noch nie gehört. Die Frauen, die mit BuzzFeed News gesprochen haben, geben an, auf ihren Farmen nicht von Hilfsorganisationen besucht worden zu sein oder dass die Organisationen nur im Beisein des Chefs dort gewesen seien.

Die Organisation „Frauen in Konfliktregionen“, die selbst eine Studie zum Thema Missbrauch von Erntehelferinnen durchgeführt hat, wollte mit BuzzFeed News nach einer ersten Zusage plötzlich nicht mehr über das Thema sprechen. Beim Versuch, eine Mitarbeiterin im Büro darauf anzusprechen, wurde diese wütend und warf die Journalistinnen hinaus.

Die einzige Gewerkschaft, die sich BuzzFeed News gegenüber zu dem Thema äußert, ist das Sindicato Andaluz de Trabajadores (SAT). In Huelva hat die Gewerkschaft nur zwei Vertreter, Jose Antonio Brazo Regalado und seine Frau. Während Regalado durch die Reihen von Gewächshäusern fährt, erklärt er, warum sexueller Missbrauch seiner Meinung nach so ein Tabu in Huelva ist.

„Eine Frau kam weinend zu mir, weil ihr Chef sie missbraucht hat“, sagt er. „Das Gefühl der Ohnmacht ist groß. Sie konnte nichts tun. Es ist unmöglich.“ Als kleine Gewerkschaft kann auch SAT den betroffenen Frauen nicht helfen, sagt Regalado, weil die Gewerkschaft darauf angewiesen ist, dass Frauen die Übergriffe den Behörden melden. Doch viele Frauen sind zu ängstlich – ein Teufelskreis.

„In Huelva findet die schlimmste Ausbeutung der landwirtschaftlichen Arbeit in ganz Andalusien statt, das ist Sklaverei“, sagt er. „Behörden, die Polizei, die Arbeitsaufsicht, alle schauen in die andere Richtung.“ Seine Gewerkschaft darf die Arbeiterinnen auf den Feldern nicht besuchen. Die Farmer wissen nach kürzester Zeit, dass sich jemand auf dem Gelände befindet.

Als Regalado gemeinsam mit BuzzFeed News eine Unterkunft in Palos de la Frontera besuchen will, dauert es keine fünf Minuten, bis ein Auto auf den Feldweg geschossen kommt. Ein wütender Landwirt steigt aus und droht Regalado mit der Polizei, weil er unerlaubt das Gelände betreten habe. Regalado versucht, auf ihn einzureden, doch der Mann redet sich in Rage, folgt BuzzFeed News und dem Gewerkschafter zum Auto, droht Regalado Prügel an, ruft die Polizei und blockiert das Auto vom Wegfahren. Als die Reporterinnen es schaffen, sich freizufahren und gemeinsam mit Regalado flüchten, verfolgt der Landwirt die Gruppe eine weite Strecke mit dem Auto, bevor er abgehängt wird.

Regalado versucht es an diesem Tag noch auf drei weiteren Farmen, doch die Frauen dort scheinen verängstigt, wiederholen immer wieder: „Todo bien, todo bien – alles ist gut.“ Dabei sind ihre Zimmer mit sechs oder mehr Frauen völlig überbelegt, teilweise gibt es keine Küche, die Wände schimmeln, es stinkt nach Pestiziden und Abgasen aus der nah gelegenen Chemiefabrik. Ein Landwirt hat selbst Angst, sagt er im Gespräch mit Regalado. Er wisse, dass es Gewalt und Missbrauch gebe, sagt der Mann. Als BuzzFeed News fragt, warum er seine Kollegen nicht darauf anspreche oder Anzeige erstatte, sagt der Mann: Jeder soll sich um seine eigenen Angelegenheiten kümmern.

Um die Frauen scheint sich in Südspanien niemand zu kümmern. Sich an Polizei und Justiz zu wenden scheint nahezu unmöglich für die Frauen, weil sie kein Spanisch sprechen und den Missbrauch vor Gericht nur schwer beweisen können. Auf die Frage nach laufenden Ermittlungen oder Statistiken in Bezug auf sexualisierte Gewalt und Missbrauch antwortet ein örtlicher Polizeibeamter in Palos de la Frontera: „Sexueller Missbrauch ist keine spanische Sache.“

Die Konsequenz ist, dass es nur wenige Fälle vor ein Gericht schaffen. Im April 2014 verurteilte das Landgericht Huelva die Farmer Martin, Carlos Ramon und

Ambrosio wegen eines „Verstoßes gegen moralische Integrität und sexuelle Belästigung“. Die Gerichtsdokumente enthalten keine Nachnamen der Täter. Ihre Opfer waren marokkanische Arbeiterinnen, die 2009 für Martin gearbeitet hatten.

„Hündinnen, wir schicken euch zurück nach Marokko. Da hungert ihr.“ So sollen Martin, Carlos Ramon und Ambrosio die Frauen den Gerichtsdokumenten zufolge beleidigt haben. Die Arbeiterinnen waren gezwungen, auf dem Acker zu urinieren und wurden von den Männern körperlich angegriffen. Eine der Arbeiterinnen, Inmaculada, wurde mit einer Eisenstange auf ihre Beine geschlagen. Die Männer forderten „sexuelle Gefälligkeiten“ von den Frauen, sonst würden sie ihren Job verlieren.

Die Abtreibungsrate ist hoch

Es gibt noch einen weiteren Hinweis auf weit verbreiteten sexuellen Missbrauch: Die Abtreibungsrate in Palos de la Frontera ist sehr hoch und die meisten Frauen, die eine Abtreibung vornehmen lassen, sind Gastarbeiterinnen.

Josefa Mora Gomez ist Sozialarbeiterin im örtlichen Zentrum für öffentliche Gesundheit und muss jeden Antrag auf Abtreibung genehmigen. „Während der Erntesaison, wenn Gastarbeiterinnen kommen, gibt es einen Anstieg bei Abtreibungen und die Mehrheit der Anfragen kommt von marokkanischen, rumänischen und bulgarischen Frauen.“ Laut Gomez gab es in Palos und dem Nachbarort Moguer im Jahr 2016 185 Abtreibungen, 90 Prozent davon wurden von Gastarbeiterinnen verlangt. Sie vermutet, dass viele Abtreibungen auf Vergewaltigungen zurückzuführen sind.

In Italien finden sich ähnliche Muster: Die italienische Zeitschrift L'Espresso schreibt im Sommer 2017, dass die Zahl der Abtreibungen in der Stadt Vittoria, einem wichtigen Anbaugebiet für Tomaten, deutlich höher ist als in vergleichbaren Städten in anderen Regionen Italiens. Und vermutlich sind die offiziellen Zahlen nur die Spitze des Eisbergs. In den Statistiken sind keine Frauen berücksichtigt, die auf illegalem Weg oder in ihrem Heimatland abtreiben.

In Italien ist die Ausbeutung von Erntehelfern ein Geschäft krimineller Organisationen wie der Mafia. Illegale Vermittler – sogenannte caporali – beschaffen den Unternehmen billige Arbeitskräfte, kontrollieren sie und kassieren Geld für Essen, sowie Transport und Unterkunft.

In Apulien werden rund 40.000 Italienerinnen und 18.000 Gastarbeiterinnen in der Landwirtschaft ausgebeutet. Das schreibt die italienische Gewerkschaft FLAI-CGIL. Italien ist der weltweit zweitgrößte Hersteller von Tomatenprodukten und exportierte zuletzt mehr als fünf Millionen Tonnen Tomaten, hauptsächlich nach Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Japan und Russland.

Die Frauen arbeiten zwölf Stunden am Tag, verdienen 25 bis 30 Euro und werden für dieselbe Arbeit weniger gut bezahlt als Männer. Viele Frauen werden zudem diskriminiert und sexuell belästigt. „Sicherlich fünf von zehn Arbeitgeber in unserer Region belästigen Arbeiterinnen auf den Feldern“, sagt Rosaria Capozzi, ehemalige Direktorin von „Progetto Aquilone“, die von Gewalt betroffene Frauen unterstützt.

BuzzFeed News hat 2016 und 2017 mit 40 betroffenen Erntehelferinnen in Sizilien und Apulien gesprochen. Alle Frauen bestätigen, dass sexuelle Belästigung und Vergewaltigung durch Vorgesetzte ein massives Problem sei, das man aber nur schwer vor einem Gericht beweisen könne. Zwei der Frauen, mit denen BuzzFeed News gesprochen hat, hatten ihre Vergewaltigung bei der Polizei angezeigt. Ihre Aussagen wurden von Sozialarbeiterinnen unterstützt. Trotzdem wurden ihre Vorgesetzten juristisch nicht belangt.

Im November 2016 wurde in Italien ein neues Gesetz gegen die Ausbeutung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft eingeführt. Das Gesetz bestraft Arbeitgeber, die Arbeiter durch illegale Vermittlungsagenturen rekrutieren, ausbeuten, einschüchtern, bedrohen oder ihnen Gewalt antun. Aber der Kern des Problems – der Mangel an Beweisen – bleibt weiter bestehen. „Es ist fast unmöglich, Missbrauch den Strafverfolgungsbehörden zu melden. Arbeiterinnen glaubt man nicht so leicht und vor allem ist es nicht möglich, ausreichend Beweise für einen Prozess zu sammeln“, sagt Emanuele Bellasai, eine italienische Sozialarbeiterin, die bereits mehrfach für misshandelte rumänische Frauen bei der Polizei ausgesagt hat.

„Ich glaube nicht, dass dieses Gesetz wirklich hilft“, sagt Davide, der nach einem Unfall vor zwei Jahren nicht mehr in der Ernte aushilft. Seine Frau arbeitet noch immer auf den Tomatenfeldern und ist nun der Haupternährer. „Wenn du sexuelle Belästigung oder eine Vergewaltigung melden willst, musst du es beweisen.“

„Aber auf den Feldern gibt es keine Solidarität und keine Zeugen.“

Sexuelle Belästigung von Erntehelferinnen ist in Marokko ein genauso großes Problem wie in Spanien. Mit einem Unterschied: Frauen wie Latifah wollen reden.

„Sie reden mit dir wie mit einem Tier“, sagt Latifah. Sie sitzt auf der Rückbank eines Autos, die Fenster sind zu, es ist stickig und heiß. Neben ihr sitzt eine Arbeitskollegin, ein Kleinkind auf dem Schoß.

„Wollen die Männer Sex von euch?“

„Ja.“

„Ist dir das selbst passiert? Hat dich jemand belästigt oder wollte mit dir schlafen?“

„Ja, viele.“

„Wer war das?“

„Der Vorarbeiter, der Chef...sie sind alle gleich.“

„Es ist Erpressung“, sagt die Arbeitskollegin von Latifah.

Latifah ist 25, haben die Reporterinnen auf einer Landstraße im Süden Marokkos getroffen, in der Region Souss-Massa. Sexuelle Belästigung von Erntehelferinnen ist hier ein genauso großes Problem wie in Spanien. Mit einem Unterschied: Frauen wie Latifah wollen reden.

BuzzFeed News hat mit einem Dutzend Frauen in der Region Souss-Massa gesprochen, die angeben, von ihrem Vorgesetzten sexuell belästigt oder vergewaltigt worden zu sein – oder Belästigung von Kolleginnen direkt mitangesehen zu haben. Auch in Lokalnachrichten und sozialen Medien ist Belästigung ein Thema.

Nirgendwo in Marokko ist die Dichte an Gewächshäusern höher als in Souss-Massa, vor allem rund um die Stadt Ait Aimera. Als die Reporterinnen versuchen, auf

dem Freitagsmarkt mit Erntehelferinnen ins Gespräch zu kommen, folgt ihnen ein Polizist durch den Markt. Der Polizist schaut genau, mit wem sie reden. Vertraulich können die Reporterinnen mit den Frauen nur im eigenen Auto reden – so wie mit Latifah. Oder bei den Frauen zu Hause.

Es ist Mitte Mai 2017 und nach einem Tag sengender Hitze taucht die Dämmerung das fensterlose Ziegelhaus in Ait Aïmera in Dunkelheit. Vier Erntehelferinnen haben sich zu Tee und Süßigkeiten versammelt. Alle Frauen um den Tisch haben in den umliegenden Feldern gearbeitet. Sie tauchen pfannkuchendickes Brot in zähen, goldenen Honig, während sie davon sprechen, was ihnen dort passiert ist.

„Ich habe 2016 drei Monate lang in Tomaten-Gewächshäusern mit einem Vorgesetzten gearbeitet, der Brahim hieß“, sagt Asmaa, die Jüngste von allen. Weil Asmaa Angst davor hat, dass sie sozial stigmatisiert wird und Brahim sich an ihr rächen könnte, haben wir ihren Namen geändert. Asmaa ist Studentin und arbeitet während der Semesterferien oder an Wochenenden auf den Farmen. Weil sie beide Eltern bei einem Unfall verloren hat, ist sie auf das Einkommen angewiesen. Sie finanziert damit ihr Studium und sorgt für ihre beiden jüngeren Geschwister. Eine Situation, die Brahim auszunutzen wusste.

„Er hat oft versucht, mich zu belästigen“, sagt Asmaa. „Er hat mich auf der Arbeit von den anderen getrennt und er hat versucht, mich anzufassen.“

Das Unternehmen, für das sie damals arbeitet, ist eines der größten in diesem Sektor und verkauft vor allem Tomaten, hauptsächlich nach Großbritannien. Die Straßen in der Region Souss-Massa sind mit riesigen Reklametafeln gesäumt, auf denen das Unternehmen für seine neueste Tomatensorte wirbt: gesünder, widerstandsfähiger, saftiger. Auf den Feldern ernten Frauen wie Asmaa für umgerechnet etwa sechs Euro Lohn am Tag.

Marokko will auf den europäischen Lebensmittelmärkten konkurrenzfähig werden. Fast 40 Prozent aller Marokkaner arbeiten in der Landwirtschaft. Kirschtomaten aus Souss-Massa können in vielen deutschen Supermärkten gekauft werden. Vermutlich werden viele dieser Tomaten von Frauen geerntet, die bei der Arbeit belästigt oder missbraucht wurden.

Missbrauch ist in der marokkanischen Landwirtschaft weit verbreitet. Für den Norden des Landes, wo hauptsächlich Erdbeeren angebaut werden, hat die Menschenrechtsorganisation „Solidarische Hände“ (Mains Solidaires) vor einigen Jahren fast 2000 Verstöße gegen das marokkanische Arbeitsgesetz notiert, darunter mehr als 100 Fälle von Beleidigung und ungerechtfertigter Bestrafung und zwei Fälle von Vergewaltigung. Die Organisation Shaml dokumentierte in Gesprächen mit Landarbeitern insgesamt 855 Fälle sexueller Gewalt, von Belästigung bis Vergewaltigung.

„Femmes du Sud“, die einzige Frauenrechtsorganisation in Souss-Massa, war dagegen nicht bereit, mit BuzzFeed News zu sprechen. Einer Angestellten zufolge sind die meisten hilfesuchenden Frauen Erntehelferinnen. Die Angestellte wollte ihren Namen aus Angst vor einer Entlassung nicht öffentlich machen.

„Das Erste, was er macht, ist deine Hand anzufassen“, sagt die Studentin Asmaa. Ihr Vorgesetzter habe ihr absichtlich Aufgaben gegeben, bei denen sie sich häufig habe bücken müssen und ihr dann auf den Hintern geschlagen. „Mir ist aufgefallen, dass er den Mädchen gefolgt ist, wenn sie auf die Toilette gegangen sind“, sagt sie. „Er hat ein Loch gemacht und sie dadurch gefilmt.“

Asmaa stellte einen Eimer vor das Loch und wehrte sich gegen die permanenten Übergriffe. Das habe ihren Vorgesetzten aggressiv gemacht, sagt sie. Als sie eines Tages einen Asthmaanfall bekommt, ruft er erst Stunden später einen Notarzt. Kurz darauf kündigt Asmaa. Jetzt steht Asmaa am Morgen neben Dutzenden anderen Frauen auf dem mawkaf von Ait Aimera. An diesem Sammelpunkt warten Arbeiterinnen in den frühen Morgenstunden auf Kleinbauern, die dort ihre Angestellten für den Tag auswählen. Sie klettern auf Pick-up-Trucks und bedecken ihre Gesichter mit einem traditionellen Schleier, der sie vor Hitze und Staub schützt.

Gewerkschaften wie die Marokkanische Arbeiterunion (UMT) wehren sich gegen niedrige Löhne und gefährliche Arbeitsbedingungen. „Vor 10 Jahren gab es keine soziale Absicherung, keinen sozialen Schutz, keine gesundheitliche Unterstützung für die Arbeiter“, sagt Houcine Boulbourj, Regionalsekretär der UMT. In den vergangenen Jahren hat die UMT langsam damit angefangen, sich auf Frauen zu konzentrieren. Mutterschaftsurlaub steht auf Boulbourj's Liste, geschlechtergerechte Bezahlung und

mehr weibliche Chefs. Mit mehr Frauen in Führungspositionen, so die Logik, käme sexuelle Belästigung weniger häufig vor.

„Wir fordern unabhängige und unparteiisches Gerichte und Behörden hier in unserer Region, weil wir sehen, dass die Behörden sich im Streitfall eher auf die Seite des Arbeitgebers schlagen, als auf die der Frauen“, sagt Abdallah Mahmaoui vom marokkanischen Verband für Menschenrechte, der auch mit der Gewerkschaft UMT zusammenarbeitet. „Frauen haben nicht den Mut, ihre Rechte einzufordern, weil sie wissen, dass sie ungerecht behandelt werden.“

Sie zeigt den Mann bei der Polizei an – verurteilt wird er nicht

Menna lebt mit ihrem Sohn, ihrer Tochter und ihrem Ehemann in einem sogenannten duar von Ait Aimera. Einem ärmlichen Viertel, das hauptsächlich von Erntehelfern bewohnt wird. Die Menschen leben in einfachen Betonhäusern, meist ohne Fenster. Die Sonne steht tief am Himmel, über die Staubwege flitzen Hühner. Mit Frauen beladene Pick-Up Trucks tauchen aus den Feldern auf.

Weil ihr Mann Menna verboten hat, mit Journalisten zu sprechen, wurde ihr Name geändert. „Ich habe auf einer Farm gearbeitet, auf der ich von einem Gewerkschaftsangestellten sexuell belästigt wurde“, sagt sie. Menna spricht langsam, während sie sich an den Übergriff erinnert. Ihr jugendlicher Sohn beobachtet die Szene aufmerksam, versteckt hinter einem Vorhang.

„Er hat mich von hinten gepackt und versucht, mich in die Toilette zu zwingen“, sagt sie. „Ich habe mich gewehrt und ihn geschubst, da hat er mich wieder angegriffen.“ Menna sticht ihrem Angreifer schließlich mit einer Gartenschere in den Rücken, flüchtet ins Büro des Chefs. Sie zeigt den Mann bei der Polizei an, verurteilt wird er nicht. Andere Gewerkschafter im Unternehmen hätten für ihn ausgesagt, sagt Menna. Nachprüfen lässt sich das nicht mehr.

Plötzlich unterbricht sie sich. Das Telefon klingelt, es ist ihr Ehemann. Vom Sohn alarmiert fordert er sie auf, mit dem Reden aufzuhören. Er droht, die Polizei zu rufen, wenn BuzzFeed News die Aufzeichnung des Gesprächs nicht sofort löscht. Der Sohn kontrolliert, dass die Aufnahmen auch wirklich von der Kamera verschwinden. Dass der erste Teil des Gesprächs auf einer anderen SD-Karte aufgenommen wurde, hat er nicht

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

mitbekommen. Auf einmal beginnt der Sohn mit seinem Smartphone Fotos von den Reporterinnen zu machen, sein Vater sei gleich da. Es bleibt nur, schnell zusammenzupacken und sofort zu gehen.

Draußen ist es pechschwarz. Die Reporterinnen steigen ins Auto, stecken sich die SD-Karte mit Mennas Interview in den BH und treten aufs Gaspedal. Das Auto fliegt über die Straße, die Felder rauschen vorbei. In der Heckscheibe verschwindet Ait Aimera in der Dunkelheit.

https://www.buzzfeed.com/de/pascalemueller/vergewaltigt-auf-europas-feldern?utm_term=.vvyKPB3y5K#.przNmvKRMN

Erdogans deutsche Jünger

Im ganzen Land sind türkische Rockergruppen entstanden – heimatverbunden, gewalttätig und mit besten Kontakten nach Ankara. Dies ist die verhängnisvolle Geschichte eines ihrer Chefs

Von Jonas Breng und Barbara Opitz, stern, 12.07.2018

Der deutsche Staat besucht Hamit Paksoy zur Mittagszeit. Es ist ein stiller Februartag in Wuppertal, nur vom Bolzplatz um die Ecke dringt das Scheppern der Metallzäune durch die Opphofer Straße, vorbei an Bülents Kiosk und dem türkischen Supermarkt gegenüber. Der deutsche Staat klopft nicht an, sondern schlägt die Tür ein. Hamit Paksoy kommt aus dem Badezimmer, er trägt nur ein Handtuch um die Hüften, als die Beamten des SEK in die Wohnung stürmen. „Auf den Boden! Auf den Boden!“, schreien sie. Ein maskierter und schwer bewaffneter Polizist drückt Paksoys Frau mit dem Knie auf die Fliesen.

Die Polizisten wissen, auf wen sie treffen. Man hat sie, so heißt es später, auf den Einsatz präzise vorbereitet. Hamit Paksoy, 43, türkischer Rockerpräsident von Wuppertal, sei kein besonnener Mann, hat man sie gewarnt. Und er trage immer gleich zwei Schusswaffen bei sich.

Es gibt verschiedene Versionen davon, was in den nächsten Sekunden dieses 9. Februar 2018 passiert. In der Version der Polizei heißt es, dass Paksoy einen Gegenstand in der Hand hält, der sich später als ein Handy herausstellen wird. Und dass zur gleichen Zeit eine Blendgranate explodiert, was klingt wie ein Schuss. Der Beamte, der Paksoy gegenübersteht, drückt den Abzug. In einer anderen Version, die Paksoys Frau einer türkischen Zeitung erzählen wird, gleicht der Einsatz einer „Hinrichtung“. Fest steht, dass um 12.16 Uhr eine Neun-Millimeter-Kugel Paksoy trifft. Sie durchschlägt erst seinen Arm, den er abwehrend vor den Körper hält, und durchbohrt dann die Brust.

Es ist das Ende einer kurzen Karriere. Und der Beginn einer neuen Zeit. Vier Wochen später stürmen 1000 Beamte 60 Wohnungen, Klubhäuser und Lagerräume in ganz

Deutschland. Im Visier: die „Osmanen Germania“, ein türkischer Rockerklub, der sich binnen kurzer Zeit zum Sammelbecken für Nationalisten, Religiöse, Abgehängte und Kriminelle entwickelt hat. Sie geben vor, ein „Boxklub“ zu sein. Oft aber werden auch hochkriminelle Geschäfte abgewickelt – Drogendeals, Menschenhandel, versuchter Mord.

Es ist bereits die zweite Großrazzia gegen die Osmanen. Der deutsche Staat will im Frühjahr 2018 das zurück, was ihm zuvor entglitten ist: die Kontrolle.

Wie aus dem Nichts waren die Türken in Lederkutti aufgetaucht. Sie formierten sich in verschiedenen Gruppen, „Osmanen Germania“, „Turan“, „Turkos“, „Osmanen Muhacir“. Wenn man so will, sind es türkische Heimatvereine in Rockergewand: Migranten der dritten Generation, deren Sehnsucht nach dem Vaterland größer zu sein scheint als die ihrer Väter.

Die Osmanen Germania wachsen am schnellsten. 2015 gegründet, explodiert ihre Mitgliederzahl innerhalb kürzester Zeit. Rund 40 lokale Gruppen, „Chapter“, können sie aufbauen, 14 allein in Nordrhein-Westfalen.

Die nationalistischen Osmanen Germania verehren den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan und seine AKP. Die faschistischen „Turan“ hingegen träumen von einem Großtürkischen Reich, das von Japan bis Norwegen gehen soll, ihr Ziel ist die „Vereinigung der Turanischen Rasse“. Erstmals traten die Turan bei einer Demonstration in Duisburg 2016 auf. Männer in schwarzem Leder brüllten „Turan!“ und formten die Finger zum Wolfsgruß, einer Art Hitlergruß auf Türkisch. Seither werden sie vom Verfassungsschutz beobachtet.

In den vergangenen Monaten sprach der stern mit Aussteigern und Mitgliedern der Osmanen Germania und der Turan. Die Treffen fanden an mehreren Orten im Ruhrgebiet statt. Weil die Männer um ihr Leben fürchten, können ihre echten Namen nicht genannt werden.

Die Gespräche zeigten: Der Erfolg dieser Gruppen ist auch Ausweis einer gescheiterten Integration. Ihre Mitglieder verbindet die Mentalität der Großväter – oder zumindest die Vorstellung davon. Ehre, Stolz, Loyalität. Die Angst vor „Assimilation“, vor der Erdogan die deutschen Türken warnt. Das Empfinden, hier nicht angekommen zu sein. Der Zorn auf den „Westen“, von dem sie sich nicht ernst genommen fühlen – was dem politischen Kalkül Ankaras in die Hände spielt: Abhörprotokolle deutscher Si-

cherheitsbehörden zeigen, dass die neuen Rocker enge Verbindungen zur türkischen Regierung halten und den Kampf gegen Erdogans Feinde in Deutschland weiterführen sollen.

Die Geschichte von Hamit Paksoy, dem Osmanen-Präsidenten von Wuppertal, erzählt von alldem. Es ist eine Geschichte über Politik, Kriminalität und Geheimdienste. Sie handelt von türkischer Wut und Machogehabe, von der Gier nach Geld und Anerkennung. Und von Männern, die in ihrem Drang nach Macht immer mehr außer Kontrolle geraten.

Ilhami Özden kannte Hamit Paksoy schon lange. Seitdem der als 20-Jähriger zu Özden in den Boxklub marschiert war und getönt hatte: „Ich will kämpfen!“ Özden sitzt in der Ditib-Moschee von Wuppertal, im Hintergrund laufen die türkischen Nachrichten, Erdogan in Nahaufnahme. Davor sitzen alte Männer und nippen Tee aus dünnwandigen Gläsern. Özden ist ein kleiner, drahtiger Mann mit Glatze, den seine Fäuste häufiger gerettet haben als seine Worte. Er hat viele Jungs wie Hamit trainiert. Jungs, deren Polizeiakten so dick waren wie Boxhandschuhe.

Deshalb war Özden überrascht, dass Paksoys Tod selbst in der Türkei so hohe Wellen schlug. Die regierungsnahе Zeitung „Sabah“ titelte: „Polizisten richten unbewaffneten Türken hin.“ In der Moschee, sagt Özden, hätten alle von nichts anderem geredet. Türkische Zeitungen beschrieben Paksoy als einen Vorzeigetürken. Als Familienvater, der gerade auf dem Weg in die Moschee gewesen sei, als er von einem „Deutschen erschossen wurde“. Selbst die Vertreterin des türkischen Konsulats war wegen der Sache Paksoy in der Stadt.

Dabei, sagt Özden, habe er Hamit Paksoy nie in der Moschee beten sehen. „Hamit war ein Gangster.“ Einmal seien vier Türken aus Holland in Ilhami Özdens Studio aufgetaucht und hätten nach Hamit gesucht. „Die wollten den umlegen, weil er sie verarscht hat“, sagt Özden. Das sei auch ein Grund gewesen, warum Hamit sich vor gut zwei Jahren den Rockern angeschlossen hatte. Er habe „einen Rücken“ gebraucht.

Anfang März 2016. Lindau am Bodensee, ein abgedunkelter Saal, Zigarettenrauch. Hamit Paksoy wird bei einem großen Treffen der Osmanen als der neue Präsident von Wuppertal vorgestellt. Er steht auf einer Empore, gleich neben dem Frankfurter „World-Präsidenten“ Mehmet Bagci, Mitte 40, Chef aller Osmanen. Paksoy zeigt seinen bulligen Oberkörper, trägt das Haar kurz rasiert, die rechte Hand hält er aufs Herz. „Blut

und Ehre, Osmanen Germania!“ , brüllen die Männer. Mehrere Hundert Mitglieder sind angegeist, ihre Lederkuppen spannen über aufgepumpten Muskeln, darauf das Logo: ein vermummtes Gesicht in Türkisch-Rot. Die meisten sind Türsteher, Zuhälter, Drogen-dealer. Sie küssen sich, nennen sich „Bruder“ . Viele sind miteinander aufgewachsen, sind verwandt oder kennen sich aus den Häuserblocks in Frankfurt oder dem Ruhrge-biet.

Ein ehemaliger Osmane, der sich „Django“ nennt, war in Lindau mit dabei. Er sitzt in einem McDonald's irgendwo im Ruhrgebiet, es ist spät, ein milder Frühlings-abend, Django trägt Sonnenbrille. Er sagt, er sei am Ende einer der engsten Vertrauten von Hamit Paksoy gewesen. Heute hat er Angst – vor den Osmanen, vor allem aber vor der „deutschen Polizei“.

Lindau sei eines der größten Treffen der Osmanen gewesen und eine Art „Rausch“, sagt Django. Überall hatten die Osmanen damals neue Chapter gegründet, auch in Österreich und der Schweiz. Nach dem „Meeting“ wurde im Saal noch ein Vi-deo gedreht. Es gibt Aufnahmen von dem Dreh, Rapper Remzi schreit ins Mikrofon: „Osmanen Germania, die Elite der Straße!“ Die Männer erheben grölend die Fäuste.

Django sagt, es sei die Mischung gewesen. Rocker sein, „mit Kutte und allem“. Stark sein. Eine Bruderschaft, „aber eben auf Türkisch“ . Da sei eine große Wut gewe-sen, auch auf die Deutschen, „wegen der ganzen Erdogan-Bashings“.

Es ist die Zeit, in der Jan Böhmermann den türkischen Präsidenten im Fernsehen einen „Ziegenficker“ nennt. Viele Deutschtürken sind empört. Das Gedicht empfinden sie als Kriegserklärung auch an sie selbst. In ganz Deutschland gehen Türken auf die Straße. Auch weil es in der fernen Heimat Anschläge gegeben hat und Erdogan die Kur-den dafür verantwortlich macht. In Berlin, Köln und Hamburg kommt es auf „Friedens-märschen“ gegen die „Terroristen“ zu Schlägereien zwischen Türken und Kurden. Er-dogans Kampf hat die deutschen Straßen erreicht. Für die Osmanen Germania beginnt die große Zeit.

Sie treten mittlerweile als „Sicherheitskräfte“ für die türkischen Demonstranten auf, um sie vor den Kurden zu „schützen“. Türkische Verbände haben sie eigens dafür engagiert. Denn selbst in der Türkei sind die boxenden Rocker inzwischen bekannt. Von „3500“ jungen Türken, die „Jugendliche von der Straße holen“ und Erdogans Politik

auch in Deutschland unterstützten, schrieb die Zeitung „Sabah“. Vor allem der Name „Osmanen“ hat in der Heimat Eindruck gemacht.

In Stuttgart kommt es am 10. April 2016, nur ein paar Wochen nach dem Treffen von Lindau, zu den bis dahin schwersten Auseinandersetzungen. Die Osmanen haben während der Demo ihre Kutten angezogen, das wiederum hat die „Bahoz“ provoziert, eine kurdische Rockergruppe, die sich als Antwort auf die Türkenrocker formiert hat. Bei wüsten Schlägereien werden 50 Polizisten verletzt. Der Osmanen-Anführer von Stuttgart ordnet noch am späten Abend an, von nun an in Gruppen durch die Stadt zu marschieren. So viele Osmanen wie möglich! Gesicht zeigen und klarstellen: Stuttgart wird kurdenfrei!

In einer dieser Nächte wird Hamit Paksoy, der „Neue“, für die Osmanen zum Helden. Es ist der 22. April, als ihm und seinen Männern ein 26-jähriger Bahoz über den Weg läuft. Die Männer ziehen Messer und Macheten. Als Passanten später die Polizei rufen, ist der junge Kurde fast tot, mit Blaulicht fährt ihn ein Rettungswagen in ein Klinikum in Ludwigsburg.

Noch in derselben Nacht brüstet sich Hamit Paksoy vor den Frankfurter Chefs, die Sache zu erledigen, bevor der Kurde aussagen kann. So berichten es zwei voneinander unabhängige Zeugen. Gegen 1.30 Uhr setzt sich Paksoy demnach mit einem seiner Leute ins Auto und fährt zum Krankenhaus, um den Bahoz-Jungen zu töten. Dort stehen auf dem Parkplatz Männer mit Baseballschlägern, es ist dunkel, Paksoy hält sie für Osmanen und ruft: „Gehört ihr zu uns?“ Da stürmen die Männer schon auf ihn los – es sind Bahoz. Ein Baseballschläger trifft Paksoy am Kopf. Er geht zu Boden, mit einem Filetmesser stechen sie auf ihn ein, durchtrennen eine Rippe.

Es war die erste Probe des Wuppertaler Präsidenten. Und möglicherweise sein erster, wenn auch gescheiterter Mordanschlag. Noch lange danach, sagt Django, habe Paksoy davon geschwärmt, wie der „World-Präsident“ Mehmet Bagci persönlich an seinem Krankenbett gestanden habe – mit Tränen in den Augen, so habe Paksoy es gern erzählt, weil er sein Leben „im Kampf gegen die Kurden“ aufs Spiel gesetzt habe.

In einem Prozess, in dem die Bahoz-Männer wegen des brutalen Überfalls auf Hamit Paksoy verurteilt wurden, kam dessen eigener mutmaßlicher Mordplan nicht zur Sprache. Allerdings legt ein von deutschen Ermittlern abgehörtes Telefonat nahe, dass die Angaben Djangos und die des zweiten Zeugen stimmen können.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Schon länger werden zu dieser Zeit die Chefs der Osmanen von den Behörden abgehört. In einem Telefonat, das nur ein paar Tage nach dem Vorfall vor dem Ludwigsburger Krankenhaus mitgeschnitten wurde, sagt Osmanen-Chef Bagci, die Osmanen würden jetzt das „PKK-Ding“, die Kurdensache in Stuttgart, regeln. „Wir sind bereit, für unsere Sache zu sterben und zu töten.“

Die Polizei hört ebenfalls, wie Bagci in dem Telefonat mit „sehr guten Kontakten“ zum türkischen Geheimdienst prahlt. Er erwarte Unterstützung aus der Heimat, die „unserer Geschäftsleute“ und die „des Staates“.

Die Ermittler gehen inzwischen von einem türkischen Netzwerk auf deutschem Boden aus. Lobbygruppen der AKP, der Geheimdienst und die Ditib-Moscheen arbeiten demnach gemeinsam gegen die „Feinde“ der Türkei. Auch die Rocker sollen dabei eine Rolle spielen: die Osmanen Germania als ausführende Kraft.

Immer wieder taucht in den abgehörten Gesprächen auch der Name Metin Külünk auf. Külünk ist Abgeordneter der AKP, ein Mann mit kurzem grauem Haar und Koboldgesicht. Er ist ein Jugendfreund Erdogans. Noch vor zwei Jahren lief gegen Külünk ein Verfahren wegen Mafiakontakten.

In Deutschland treffen die Osmanen Metin Külünk erstmals Anfang April 2016, einige Wochen vor den Ausschreitungen in Stuttgart. Die Rocker fungieren an diesem Tag als persönlicher Sicherheitsdienst Külünks bei einem Kongress der UETD in Köln. Sie gilt als Lobbypartei der AKP in Deutschland. Es gibt ein Foto von jenem Tag: Külünk, leger in dunklem Pullover, flankiert von Präsident Mehmet Bagci und seinem Vize. Daneben steht Hamit Paksoy, mit wichtiger Miene, in schwarzem Anzug und Kravatte.

Am 1. Juni 2016, kurz bevor der Bundestag das Massaker an den Armeniern zu einem Genozid erklären wird, treffen sie wieder auf Külünk. Hamit Paksoy und etwa 40 weitere Osmanen fahren mit zwei Reisebussen nach Berlin, um den Protest der Türken gegen die Resolution zu „sichern“. Mit zwei großen Türkefahnen posieren sie für ein Selfie, Paksoy brüllt: „Türkiye!“

Gegen 14.30 Uhr, die Demonstration ist in vollem Gang, beobachten LKA-Beamte, wie AKP-Mann Metin Külünk in der Nähe des Brandenburger Tors zwei Umschläge an den Osmanen-Präsidenten Bagci übergibt.

Darin seien 25 000 Euro gewesen, sagt ein Aussteiger. „Nicht für Waffen“, davon hätten sie genug gehabt. Der Mann meint, das Geld sei von den Osmanen als „Anerkennung“ empfunden worden. Und als Motivation, in der „Kurden-Angelegenheit“ weiterzumachen. Külünk habe, so die Ermittler, zudem in einem Telefonat einem Mannheimer UETD-Mann die Anweisung gegeben, den Feinden der Türkei „mit Stöcken auf den Kopf“ zu schlagen. Django bestätigt, das sei die Ansage gewesen, „draufhalten, alles filmen, die Beweise dann nach Ankara schicken“. Die „Kurdenangelegenheit“ zu regeln war nun ein direkter Auftrag aus der Türkei.

Dabei waren zwei Jahre zuvor in Deutschland Kurden und Türken in den Rockerklubs noch „Brüder“. Begonnen hatte alles bei den Hells Angels. Ein türkisches Mitglied, Aygün Mucuk, hatte die erste „Untergruppe“ für Migranten gegründet. Türken, Kurden, Albaner, Italiener, „alle zusammen“. Migranten unter sich, „dieselbe Denke, dasselbe Vokabular“.

Auch Mehmet Bagci, der spätere Osmanen-Chef, und sein Cousin waren Mitglieder. Erdogan suchte zu dieser Zeit immer mehr den Konflikt mit dem Westen. Bagci war ein glühender Fan. Er wollte nun auch bei den Rockern die rote Fahne mit dem Halbmond schwingen. Türke sein! Auf späteren Osmanen-Meetings beginnt Bagci jeden Satz mit „Wir Türken“, obwohl er einer der wenigen Osmanen ist, die einen deutschen Pass besitzen.

Das Problem sei, sagt Django, „dass wir auch für die Deutschen immer die Türken geblieben sind“. Dabei seien sie in Wahrheit keine Türken mehr. „Wir leben in einer eigenen Welt.“ Django nennt sie „Kanakendeutschland“.

Als Bagci, sein Cousin und einige andere Männer die Osmanen Germania gründeten, gingen die Kurden auf die Barrikaden, sie wollten auch politisch sein. So seien die Bahoz entstanden. Nicht zuletzt wegen der Kurden wuchs wiederum in Ankara der Wunsch, eine „paramilitärische Truppe im Ausland“ zu haben, behauptet Django. Die Osmanen hätten „Potenzial“ gehabt – wären nicht zu viele Männer wie Hamit Paksoy dabei gewesen. „Immer mit dem Kopf durch die Wand“, keine Selbstbeherrschung. „Hamits Problem war sein Charakter.“

Ein paar Wochen nach der Berliner Demo, Anfang August 2016, explodiert in Saarbrücken eine Handgranate in einer kurdischen Shisha-Bar. Bahoz haben zuvor einen Osmanen verprügelt. Die Frankfurter Chefs ordneten daraufhin an, Hamit Paksoy

solle entscheiden, wie die Sache zu regeln sei. „Hamit war überfordert, völlig von der Rolle“, sagt ein Informant, der damals dabei war. Er habe einfach entschieden, „dass die Männer eine Handgranate auf das Wohnhaus werfen“, in dem sich die Bar befindet. Nur durch Zufall wird kein Anwohner verletzt.

Hamit Paksoy beginnt immer mehr die Kontrolle zu verlieren. Er kifft bei den Meetings des Wuppertaler Chapters, er trinkt im „Bella Vita“, einer italienischen Spekulunke, bis in den Morgen Bier – in seiner Kutte. Bei Altrockern wie den Hells Angels oder den Bandidos müssen Anwarter monatelang Toiletten putzen, bevor sie dazugehören. Paksoy hingegen hat sich den Präsidententitel bei den Osmanen für 500 Euro gekauft. Den Osmanen ging es vor allem um Wachstum. Je mehr Chapter, desto besser. „Das war generell das Problem“, sagt Django. „Die Ungeduld und zu wenig Disziplin. Wir Türken sind für solche Klubs nicht gemacht.“

Immer öfter schläft Hamit Paksoy jetzt auch bei einem der Mädchen, die für ihn anschaffen gehen. Seiner Frau, die zu Hause mit den drei Kindern wartet, kauft er zur Beruhigung Pelze. Paksoys Drogengeschäfte, die er nun auch in Hessen und im Saarland betreibt, laufen durch den Klub besser denn je. In Gummersbach werden später 1,8 Tonnen Rohmaterial für die Herstellung der synthetischen Droge DMT sichergestellt. So viel wie wohl nie zuvor. In einem aktuellen Verfahren behauptet ein Zeuge, sie gehörten Hamit Paksoy.

Es ist der 3. September 2016, nur ein paar Wochen nach der Explosion in der Shisha-Bar, als die Situation weiter eskaliert. Schon länger gibt es Streit zwischen Hamit Paksoy und seinem Vize. Vor allem, weil Paksoy die Hells Angels provozierte und es dadurch in Wuppertal eine Menge Ärger gab. Die Chefs in Frankfurt planen deshalb, Wuppertal aufzuteilen, wenn die beiden Kontrahenten die Sache nicht unter sich regeln. Das Wuppertaler Chapter entscheidet, den Streit im Ring zu klären. Ilhami Özden stellt dafür sein Boxgym zur Verfügung. Doch Paksoy taucht nicht auf.

Ein paar Tage später bekommt der Vize einen Anruf. Hamit Paksoy hat einen seiner Anhänger abgefangen. „Zeig, dass du Eier hast, und hol ihn ab!“, schreit einer von Paksoys Männern ins Handy.

Ein schwarzer Golf lotst den Vize und seinen Begleiter später im Zickzack zum Treffpunkt. Auf einem Bahngelände stoppt der Wagen. Da springen Vermummte aus dem Gebüsch, einer ist mit einer Machete bewaffnet. Zehn Männer dreschen auf den

Vize ein. Paksoy sitzt ein wenig abseits in einem weißen Geländewagen. In der Rechten hält er eine Wodkaflasche, in der Linken das Handy, mit dem er alles filmt.

Das Video, das Paksoy an diesem frühen Morgen aufnimmt, wird später der Wuppertaler Staatsanwaltschaft zugespielt. Wodurch alles seinen Lauf nimmt: Verhöre, ein Verfahren wegen versuchten Mordes, die Zusammenarbeit mit der Polizei. Das „Bad Standing“ bei den Osmanen. Der Schuss.

Ein Mordanschlag auf einen der eigenen Männer, und das ohne Absprache mit den Chefs: In einem „deutschen“ Rockerklub hätte so ein Alleingang den sofortigen Rauschmiss bedeutet, sagt ein Ex-Osmane, der früher bei den Hells Angels war. Die Chefs in Frankfurt aber entscheiden, dass Hamit Paksoy lediglich ein Blutgeld an den Klub zu zahlen habe, 300 000 Euro. Es gehe am Ende eben auch bei den Türken nicht um „Stolz“, „Ehre“ und um „Zusammenhalt“, sagt Django. „Sondern um Koks, Nutten und para (türk. Geld, d. Red.).

Einen Monat nach der Attacke auf den Wuppertaler Vize melden die Nachrichten eine spektakuläre Hinrichtung. Vier Schüsse treffen den Chef des Migranten-Chapters der Hells Angels, Aygün Mucuk, in den Rücken, weitere in Brust, Hals und Gesicht. Der Mord bleibt unaufgeklärt. Mehrere Informanten aus der Szene behaupten aber, die Täter seien Osmanen. Es sei um Geschäfte gegangen – und auch um eine späte Strafe dafür, dass Mucuk die Gründung der Bahoz erlaubt hatte. Django sagt, da seien alle Hemmungen gefallen: Türken schießen jetzt auf Türken.

Hamit Paksoys Ende bei den Osmanen beginnt im Juni 2017 mit einem simplen Streit. Er ist auch der Grund, warum kurz darauf die gesamte Führungsriege der Osmanen zu Fall gebracht wird.

Es geht um eine Prostituierte, die Paksoy einem seiner Männer verkauft hat und für die er noch kein Geld gesehen hat. Der Mann will zudem aussteigen. Zu sehr hat in- zwischen Paksoys Unberechenbarkeit innerhalb der Gruppe für Unruhe gesorgt.

Die Sache geht hoch bis zu den Chefs. Der Aussteiger rastet am Telefon aus und beleidigt einen der Frankfurter Bosse. Der brüllt zurück: „Heute hörst du auf zu atmen!“ Danach ruft er Hamit Paksoy an und brüllt weiter: „Wenn du den Typen nicht erledigst, hörst auch du heute auf zu atmen!“

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Der Aussteiger aber geht zur Polizei und pakt aus – über Waffenverstecke, Drogen- und Frauengeschäfte, Mordaufträge. Paksoy und die Chefs in Frankfurt sind nun endgültig ein Fall für die Staatsanwaltschaft.

Zwei Monate später wandern Osmanen-Chef Mehmet Bagci und sieben seiner Männer in Untersuchungshaft. Derzeit stehen sie vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht. Es geht um versuchten Mord, versuchten Totschlag, gefährliche Körperverletzung, Zuhälterei, Waffendelikte, räuberische Erpressung, Drogengeschäfte.

Bei einer der Hausdurchsuchungen bleibt ein Schriftstück der Polizei liegen – versehen mit einem Vermerk: „Laut dem Zeugen Paksoy“. Damit ist den Osmanen klar, dass ihr einstiger Held inzwischen mit der Polizei spricht. Der Rauschmiss aus dem Klub erfolgt umgehend.

Paksoys eigene Männer verhöhnen ihn jetzt als „Mäh“, weil er gern Tiersendungen im Fernsehen ansah. Auf Facebook gehen Fotos des ehemaligen Wuppertaler Chefs herum. Darauf prangt in roter Schrift: „Bad Standing“. Es heißt so viel wie „vogelfrei“.

„Hamit hatte Angst vor der Rache der Osmanen“, sagt Django. Er habe sich in die Türkei absetzen wollen, dort auf einem Bauernhof leben. „Das war der Plan.“ Im Januar 2018 lauern vier Unbekannte in Wuppertal nachts einem Schmuckgroßhändler auf und erbeuten zwei Koffer mit Gold. Der Wert: 1,2 Millionen Euro. Die Staatsanwaltschaft bestätigte anfangs auf Nachfrage, dass „es Hinweise auf eine Beteiligung Paksoys“ an der Tat gebe. Später stellt sich heraus, dass die Täter Libanesen waren. Der anonyme Hinweis auf Paksoy war eine Racheaktion der Osmanen, die dem Wuppertaler Ex-Chef den Raub in die Schuhe schieben wollten.

Im Februar 2018 liegt der Staatsanwaltschaft Wuppertal schließlich ein Haftbefehl gegen ihn vor. Der Aussteiger, der mit Paksoy in Streit geraten war, hat nun auch über dessen Mordanschlag auf seinen Vize ausgepackt. Das SEK wird eingeschaltet. Hamit Paksoy soll verhaftet werden. Inzwischen spricht Metin Külünk in den türkischen Medien von den Osmanen als einer „kriminellen Bande“.

Aber es gebe Pläne, sagt Django. „Es wird weitergehen.“ Solange die Türken an der alten Heimat hängen, werde es immer neue Gruppen geben. Überall entstünden gerade welche. Mehmet Bagci hat kürzlich über seinen Anwalt ausrichten lassen, dass seine Männer vorübergehend den „Ball flach“ halten sollen. Die Osmanen wollen jetzt von Holland und Dänemark aus die Fäden ziehen, aus alten Fehlern lernen, „auch wegen

Ankara“. Am Abend vor dem tödlichen Schuss sitzt Paksoy im „Bella Vita“ . Er trägt einen weißen Pullunder und telefoniert mit einem seiner früheren Männer. Der ist dabei, eine neue Gruppe aufzubauen. Und Paksoy braucht jetzt „einen Rücken“.

Gegen sechs Uhr morgens geht Hamit Paksoy nach Hause. Er wird noch ein paar Stunden schlafen. Dann wird er duschen gehen.

Die unsichtbaren Volksvertreter

Mehr als 130 Berliner Abgeordnete betreiben ein Bürgerbüro. Damit sollen sie näher an die Wähler in ihrem Kiez rücken. Aber viele kassieren das Geld und verstecken ihre Büros vor der Öffentlichkeit

Von Ulrich Kraetzer und Martin Nejezchleba, Berliner Morgenpost, 12.11.2017

Die Suche nach den Volksvertretern endet in einem dunklen Gang im neunten Stock. Darin: ein graublauer Teppich, sieben braune Türen, durchnummeriert und namenlos. Keine Spur von den Wahlkreisbüros der vier AfD-Abgeordneten, die hier, im Haus der Kosmonauten in Marzahn, gemeldet sind. Auf Hinweistafeln in dem Büro-Plattenbau finden sich: die Kuschel GmbH, ein Legastheniezentrum und eine Firma namens Weinfein Illu Grafik. Die Namen der Abgeordneten Jeannette Auricht, Jessica Bießmann, Gunnar Lindemann und Karsten Woldeit sind dagegen nicht zu lesen. Nirgendwo im Haus.

Erst das Gespräch mit einer Mitarbeiterin der Hausverwaltung ergibt: Die vier AfD-Büros befinden sich tatsächlich im neunten Stock. Für die Zwölf-Quadratmeter-Büros zahlen sie je rund 170 Euro im Monat. Nebenkosten, Gemeinschaftsküche und Strom inklusive. Ein Schnäppchen. Zumal die Verwaltung des Abgeordnetenhauses für Amtsausstattung monatlich pauschal 2541 Euro bezahlt – davon 1000 Euro explizit für die Anmietung eines Büros. Steuerfrei. Auf die Frage, was mit den restlichen 830 Euro geschieht und warum die Abgeordnetenbüros nicht als solche gekennzeichnet sind, antworten die Volksvertreter nicht.

Seit der Parlamentsreform 2014 können Abgeordnete Büros im Kiez betreiben. Das soll ihre Arbeitsausstattung „in einer Weise verbessern, die unmittelbar der Bürgernähe der Abgeordneten zugutekommt“. So steht es in der Gesetzesbegründung. Heute nutzen über 130 Abgeordnete diese Möglichkeit. Ihre Dependancen nennen sie Bürgerbüros, Kiezbüros, Wahlkreisbüros. Andere sind kreativer. Sebastian Walter

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

(Grüne) hat in Schöneberg ein Regenbogen-Büro. Andreas Wild, der aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen wurde, eröffnete im Februar eine „Staatsreparatur“ in Lichterfelde.

2018 wird das Land Berlin rund 5,1 Millionen Euro für die Kostenpauschalen ausgeben, aus der die Bürgerbüros bezahlt werden. Aber wofür eigentlich? Die Berliner Morgenpost hat alle Öffnungszeiten recherchiert und die Büros von 43 Abgeordneten aller Fraktionen aufgesucht. Ein Ergebnis: Viele Abgeordnete scheinen bemüht, mit regelmäßigen Öffnungszeiten, Diskussionsabenden, Beratungen oder Vernissagen dem Bürger näherzukommen.

Notker Schweikhardt von den Grünen versucht es mit Tomatenstauden und Kompost. Auf einer Baulücke an der Schöneberger Grunewaldstraße hat er sich einen rostigen Container als Wahlkreisbüro stellen lassen, hat eine Kinoleinwand gespannt und Paletten zu Gemüsebeeten umgebaut. Urban Gardening als Begegnungsstätte. Bei der Bürgersprechstunde erzählt ein Nachbar, ein Jugendwerkstattprojekt für technische Bildung zu betreiben. Schweikhardt vermittelt einen Kontakt zum Zeiss-Großplanetarium. Bürgernähe kann so einfach sein.

Andernorts ist sie offenbar unerwünscht. Wer etwa dem Büro von Florian Kluckert (FDP) einen Besuch abstatten will, muss sich in einem Mariendorfer Industriegebiet seinen Weg zum Hintereingang eines alten Fabrikgebäudes aus Backstein erfragen. Heute siedeln dort Großraumbüros. Im vierten Stock, am Büro mit der Nummer sechs, klebt ein „Tegelretter“-Aufkleber, daneben ein Schild: „Herr Kluckert, MdA“. Sieht so Bürgernähe aus?

Mindestens fünf Abgeordnete der AfD und ein FDP-Abgeordneter verraten lieber gar nicht, wo sich ihr externes Büro befindet. Einer von ihnen ist Marcel Luthe, der innenpolitische Sprecher der FDP. Auf den Hinweis hin, sein Büro solle laut Gesetzesbegründung Bürgernähe fördern, berichtet Luthe von Drohungen und Angriffen auf Abgeordnetenbüros. Statt an sich selbst übt er Kritik an den Regeln des Präsidiums. Sie seien „schemenhaft“ und würde „dem freien Mandat nicht gerecht“. „Entscheidend ist, dass der Abgeordnete seine Arbeit erledigt – wo, ist herzlich egal“, sagt Luthe.

Rechtlich gesehen stimmt das. Denn auch Abgeordnete, die „geheime“ Bürgerbüros betreiben, verstoßen gegen keine Regelung. Wie das möglich ist? Das kann verstehen, wer Torsten Schneider im Abgeordnetenhaus besucht. Schneider ist parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion und gilt als „geistiger Vater“ der Parlamentsreform. Er nimmt den Aufzug in den fünften Stock und öffnet die Tür zu Raum 571. 15 Quadratmeter, ein Holztisch, vier Stühle: das Büro von zwei SPD-Abgeordneten, die hier mit bis zu drei Mitarbeitern unterkommen. „Das ist schlicht unmöglich“, sagt Schneider.

In der parlamentarischen Enge sah er 2013 eine Chance. Wenn die Abgeordneten bessere Arbeitsbedingungen brauchten, sollten sie auch etwas gegen die Politikverdrossenheit tun – und raus in die Kieze gehen. Der Volksvertreter als Nachbar, hinter einer transparenten Ladenfront, immer ansprechbar. Das war die Idee. Sie gefiel nicht allen. Das Ergebnis waren Kompromisse: In Paragraph sieben des Landesabgeordnetengesetzes ist nicht von Wahlkreis- sondern von „externen“ Büros die Rede. Das Ziel der Bürgernähe steht zwar in der Begründung – nicht aber im Gesetz selbst. Die Vorschrift, dass Abgeordnetenbüros gekennzeichnet sein müssen, steht in den Richtlinien des Präsidiums des Abgeordnetenhauses – aber nicht im Gesetz.

Abgeordnete, die ein externes Büro betreiben, müssen der Parlamentsverwaltung lediglich einen Miet- oder Nutzungsvertrag vorlegen – und schon erhalten sie bis zu 1000 Euro mehr als andere Parlamentarier. Wieviel Miete die Volksvertreter tatsächlich zahlen, spielt keine Rolle. Sie müssen das Büro auch nicht in ihrem Wahlkreis betreiben. Nach Gesetz und Richtlinien wäre es sogar möglich, eine Datsche in den Wäldern Brandenburgs anzumieten.

Doch selbst die überschaubaren Regularien scheinen einige zu überfordern. Zwei AfD-Abgeordnete haben ihr Büro hinter geschlossenen Jalousien in Johannisthal. Kein Schild, nur die zwei Namen der Abgeordneten an einem Briefkasten. Auch scheint dort der Bezirksverband der AfD Treptow-Köpenick zu siedeln und laut Handelsregister die Firma eines Vorstandsmitglieds. Das alles wäre rechtlich zulässig – so lange die Räume baulich getrennt sind. Ein Mann, der sich als ehemaliger Mitarbeiter eines Abgeordneten ausgibt und beim Ortsbesuch auftaucht, erzählt von einer Wand, die eingezogen worden sei. Ob man das Bürgerbüro sehen darf? Nein. Oder, na ja,

vielleicht nächste Woche, wenn der Abgeordnete da ist. Der aber antwortet nie auf eine Terminanfrage.

Auch Katrin Vogel antwortet nicht auf kritische Fragen. Dabei wären die Antworten der CDU-Abgeordneten sicher interessant. Denn Vogel betreibt ihr Bürgerbüro auf dem Gelände eines Autohauses. Das trägt den Namen Vogel – und gehört ihrem Ehemann, Michael Vogel. Laut Grundbuch gehört ihm auch das Grundstück. Hat sich die Parlamentarierin bei ihrem Ehemann eingemietet? Reicht sie die aus Steuergeldern finanzierte Pauschale für ihr Büro direkt an ihren Partner weiter? Vogel sagt lieber nichts.

Die unangenehmsten Fragen muss sich ausgerechnet einer der prominentesten des Abgeordnetenhauses gefallen lassen: Sebastian Czaja, Fraktionschef der FDP. Wer sein Bürgerbüro in der Machnower Straße 5, direkt am Bahndamm des S-Bahnhofs Zehlendorf besuchen will, findet eine Baustelle. Fragt man Czaja und seinen Bürokollegen Thomas Seerig nach den Hintergründen, hört man von Seerig gar nichts und von Czaja: Die Eröffnung verzögere sich wegen Baumaßnahmen des Vermieters. Man wolle 2018 aufmachen.

Bei der Frage, ob sie trotz Baustelle die Pauschale für ein Abgeordnetenbüro in Anspruch nehmen, verstrickt sich Czaja in Widersprüche. Zunächst behauptet er: „Die Pauschale werden wir in Anspruch nehmen, sobald die Miete fällig wird.“ Eine Nachfrage beim Präsidium des Abgeordnetenhauses ergibt allerdings: Czaja und Seerig beziehen die Pauschale bereits seit Juli dieses Jahres. Macht bis einschließlich November: 8500 Euro. Für ein großes Schaufenster, unverputzte Wände, Bauschutt und Zementsäcke.

Mit der Klarstellung des Abgeordnetenhauses konfrontiert, präsentiert Czaja (man möge verzeihen, wenn die ersten Antworten zu „vage“ gewesen seien) plötzlich eine andere Version: Ja, der Kollege Seerig und er hätten die Pauschale tatsächlich seit Juli dieses Jahres erhalten. Und, nein, Miete hätten sie wegen der anhaltenden Bauarbeiten nicht überwiesen. Über die Verzögerung habe der Kollege Seerig das Abgeordnetenhaus mehrfach informiert. Die Mietzahlungen seien wegen der Bauarbeiten „zurückgestellt“. Das „zurückgestellte Geld“ werde nach Unterzeichnung eines Auflösungsvertrages „umgehend an die Verwaltung zurückgezahlt“.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses erklärt dazu: Eine ersten Hinweis der Abgeordneten, dass für das Büro – trotz Bezugs der Pauschale – keine Miete gezahlt worden sei, habe man am 2. November erhalten. Das heißt: Czaja und Seerig wurden erst nach der Anfrage der Berliner Morgenpost aktiv. Der Abgeordnete Seerig hat die Pauschale laut Verwaltung des Abgeordnetenhauses mittlerweile zurückgezahlt. Czaja habe das angekündigt. Steuergelder in Höhe von mehreren Tausend Euro, die nicht für den vorgesehenen Zweck verwendet wurden: Ein Rechtsbruch? Die Auskunft der Verwaltung des Abgeordnetenhauses überrascht: Nach geltender Rechtslage müsse für den Bezug der Pauschale nur ein gültiger Mietvertrag vorgelegt werden. Die Höhe der Miete sei irrelevant, die Rückzahlung daher „eine persönliche und freiwillige Entscheidung der Abgeordneten Sebastian Czaja und Thomas Seerig. Sie ist rechtlich nicht geboten.“

Auch die Fälle, in denen Abgeordnetenbüros nicht oder kaum gekennzeichnet sind oder die Standorte geheim halten, hält die Verwaltung des Abgeordnetenhauses für unproblematisch. „Nach Prüfung der Aktenlage“ sehe man „keinen Anlass zu Beanstandungen“, teilt ein Sprecher mit. Die Verwaltung sei auch keine Kontrollinstanz. Es gelte das freie Mandat – und damit die Eigenverantwortung der Abgeordneten.

Christian Pestalozza, Staatsrechtler der Freien Universität Berlin, wundert sich über diese Einschätzung. „Der Präsident des Abgeordnetenhauses hätte die Aufgabe, die Einhaltung der Richtlinien, etwa durch routinemäßige Kontrollen, zu überprüfen“, sagt der Jurist. Abgeordnete, die ihre Büros nicht kennzeichneten, verstießen gegen die Richtlinien des Abgeordnetenhauses – und damit gegen das Landesabgeordnetengesetz, weil dieses ausdrücklich auf die Richtlinien verweise. Die Verwaltung des Abgeordnetenhauses dürfe die Pauschale bei Verstößen nicht zahlen – oder müsse diese sogar zurückfordern.

Die Regelungen würden zur „potenziellen Verschleuderung von Steuergeldern“ allerdings förmlich einladen. Schwammig und unkonkret seien sie, kritisiert Pestalozza. Vor allem aber: Die Verantwortung für angemessene Arbeitsbedingungen dürfe nicht auf die einzelnen Abgeordneten abgewälzt werden. Wenn es am Sitz des

Abgeordnetenhauses zu wenig Bürokapazitäten gebe, müsse das Abgeordnetenhaus eben andere Gebäuden anmieten.

So könnte es kommen. Denn das Umweltministerium des Bundes plant einen Neubau in direkter Nachbarschaft des Preußischen Landtages. Das Abgeordnetenhaus erwägt nun, sich dort mit mehr als hundert Büros einzumieten. Bis es soweit ist, dürften allerdings noch etliche Jahre vergehen. Das Gemurkse mit den externen Büros geht weiter. Es sei denn, die Abgeordneten entschließen sich dazu, die bisherigen Regelungen zu reformieren.

Schöner Schein

Seit der Affäre um schwarze Kassen gibt sich Siemens als Saubermann unter den Konzernen. Korruptionsurteile in China wecken jetzt aber Zweifel daran, dass das Unternehmen diesem Anspruch gerecht wird

Von Christoph Giesen, Klaus Ott, Nicolas Richter, Süddeutsche Zeitung,
29.09.2018

Um an sein Geld zu kommen, musste Direktor Chen das Auto nehmen. Zwei Stunden Fahrt von Qinzhou in die Provinzhauptstadt Nanning; vor dem Honglin-Hotel hielt er an, wie verabredet. Nun ging alles sehr schnell. Ein Mann kam, verstaute fünf große Kartons in Chens Auto, dann machte der Direktor sich schon wieder auf den Heimweg. Zu Hause wuchtete er die Pappkisten in sein Schlafzimmer, öffnete sie und fand bündelweise 100-Yuan-Scheine darin, sanft rot, mit dem Konterfei von Mao Zedong, alles wie verabredet. Insgesamt 60 000 Scheine, sechs Millionen Yuan, umgerechnet eine dreiviertel Million Euro. Es war Chens Lohn – sein Schmiergeld.

Chen war der Leiter des Ersten Volkskrankenhauses in Qinzhou, einer jener vielen chinesischen Städte, die kaum jemand kennt, und die doch Millionen Einwohner haben. Die Gegend um Qinzhou ist arm, die Menschen leben vom Zuckerrohranbau. Chens Klinik kann man schon von Weitem sehen: Mitten in der Stadt liegt sie, ein Campus mit modernen Hochhausriegeln, die alle anderen Gebäude überragen, der Haupteingang ist ein gewaltiges Tor, aus braunen Ziegeln gemauert und mit Rundbögen versehen. Es erinnert mehr an eine Burg als an ein Krankenhaus, nur die Zugbrücke fehlt. Direktor Chen war hier der Burgherr. Im Jahr 2011 hatte er einen Großauftrag zu vergeben: Für 36 Millionen Yuan, gut 4,5 Millionen Euro, wollte er mehrere Tomografen kaufen, raffinierte medizinische Geräte, mit denen Ärzte das Innerste des Menschen betrachten können.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die Vorgeschichte: Eines Tages kam ein Mann namens Jin aus dem fernen Guangzhou vorbei, ein Verkäufer, sie hatten sich auf einer Fachmesse kennengelernt. Jin arbeitete im Vertrieb von Siemens in China, er wollte beim Großauftrag den Zuschlag. Also einigten sich die beiden Männer diskret: Direktor Chen bereitete eine öffentliche Ausschreibung vor, alles musste transparent und ergebnisoffen wirken. In Wahrheit legte Chen die technischen Einzelheiten so fest, dass sie exakt zu den Siemens-Geräten von Verkäufer Jin passten.

Damit stand das deutsche Unternehmen als Gewinner fest, bevor die anderen Wettbewerber überhaupt von dem Großauftrag erfuhren. Am Ende ging der Zuschlag an einen Zwischenhändler, der mit Siemens verbunden war – auch hier lief alles wie vereinbart. Im Jahr 2012 folgte ein Auftrag nach demselben Muster. Siemens war zufrieden mit dem Absatz. Und offenbar auch mit dem ehrsigen Verkäufer Jin.

Drei Jahre später wurden Jin und Chen verhaftet. Der Siemens-Mann sagte vor Gericht aus, das Bestechungsgeld stamme teils von eigenen Konten, teils von Zwischenhändlern, nicht aber aus Siemens-Kassen. Im März 2016 wurde er zu drei Jahren auf Bewährung verurteilt, Direktor Chen musste mehr als 15 Jahre ins Gefängnis. Die Münchner Siemens-Zentrale will aber erst im Juli 2016 von dem kriminellen Geschäft erfahren haben: Das Unternehmen betont heute, es gebe keine Anzeichen dafür, dass der Konzern damals „die Handlungen von Herrn Jin“ unterstützt oder Geld für Bestechung bereitgestellt habe.

Trotzdem steht amtlich fest: Das Krankenhaus hat Siemens-Geräte gekauft, das Geschäft kam durch Bestechung zustande. Und nicht nur das: In chinesischen Gerichtsdatenbanken lassen sich mehr als 40 Strafurteile finden, die mit Siemens zu tun haben, die jüngsten wenige Monate alt. Sie geben Einblicke in den Kampf um Millionenaufträge: Beschuldigte und Zeugen werden mit ausführlichen Beschreibungen dazu zitiert, wie Korruption im chinesischen Gesundheitssektor abläuft.

Und das nicht nur bei Siemens, sondern auch bei den Konkurrenten aus Japan, den Niederlanden und den USA. Die Urteile lassen ahnen, wie es in der Volksrepublik im Geschäftsleben zugeht – und das unterscheidet sich dann doch sehr von den Sonntagsreden und Roundtable-Statements der Manager. Westliche Industrievertreter

beteuern gern, dass sie Schmiergeld verachten und in ihren Unternehmen ächten. Aber die in den Urteilen dokumentierten Aussagen über Umgangsformen im chinesischen Medizingeschäft werfen die alte Frage neu auf: Kann man auf bestimmten Märkten mitspielen, ohne sich die Finger schmutzig zu machen? Ist es nicht unvermeidlich, dass europäische oder amerikanische Firmen mit ihren Ansprüchen an „Compliance“, also an Gesetzestreue, in vielen Ländern erfahren, dass es dort im Geschäftsleben eben weniger korrekt zugeht als im Lehrbuch?

Das Gesundheitswesen der Volksrepublik ist ein gutes Beispiel für dieses Dilemma. Chinas Gesundheitsapparat gilt als äußerst anfällig für Korruption. 2010 ließ die Regierung in Peking 300 Ärzte befragen; 78 Prozent gaben an, es sei für Firmen unmöglich, ohne Bestechung wettbewerbsfähig zu bleiben. Alle Chinesen kennen die „hongbao“, die kleinen roten Umschläge: Zum Frühlingsfest bekommen Kinder die Kuverts überreicht, von Oma und Opa, von Eltern und Freunden. Das Geld in den Umschlägen soll Glück bringen. Das ist Tradition – einmal im Jahr. Für Chinas Ärzte hingegen ist an jedem Tag Neujahr: Mithilfe der Patienten bessern sie ihre niedrigen Gehälter kräftig auf. Wer einen Termin beim Spezialisten braucht, überreicht einen Umschlag, für Operationen auch mal eine ganze Tüte voll Geld. Das Gesundheitssystem habe historisch bedingt seine Eigenheiten, schreibt Siemens in einer Stellungnahme. Und eines dieser Probleme sei eben das Korruptionsrisiko.

Andererseits will sich der Konzern das China-Geschäft nicht entgehen lassen. Die Volksrepublik ist mit 1,4 Milliarden Menschen zweitgrößter Wirtschaftsraum der Welt. Es gibt dort rund 30 000 Krankenhäuser, die Zahl steigt Jahr für Jahr um gut sechs Prozent. Der Konzern setze hier jährlich 1,6 Milliarden Euro um, erklärt Siemens. Für Hersteller von Medizintechnik sei China ein „sehr wichtiger Markt“.

Gerade am Beispiel Siemens lässt sich die Frage von Anspruch und Wirklichkeit sehr gut studieren: Kaum ein Unternehmen von Weltrang hat sich so sehr der „Compliance“ verschrieben wie der Industriekonzern aus München. In den Jahren 2006 und 2007 war Siemens in den größten Korruptionsskandal der deutschen Wirtschaftsgeschichte verwickelt, Staatsanwälte filzten das Unternehmen, entdeckten schwarze Kassen. Der Konzern überlebte die Börsen- und Justizverfahren in Deutschland und Amerika nur, weil er sich zu absoluter Gesetzestreue

verpflichtete: Siemens wollte ehrlich werden, das große Vorbild sein. Im vergangenen Jahr schwor Vorstandschef Joe Kaeser seine Belegschaft erneut auf Kompromisslosigkeit im Umgang mit den Kunden ein: „Nur saubere Geschäfte sind Siemens-Geschäfte. Ohne Wenn und Aber.“

Wie kann ein Vorstandschef so ein bedingungsloses Versprechen abgeben, wenn er die raue geschäftliche Realität kennt, und sei es nur vom Hörensagen? In China gibt es eindeutig Probleme beim Verkauf von Medizintechnik, besonders bei den teuren Magnetresonanz- und Computertomografen: Es sind Geräte, die den Körper durchleuchten, Schicht für Schicht, selbst winzigste Veränderungen können sie gestochen scharf abbilden. Den Vertrieb seiner eigenen Produkte, das legen die chinesischen Strafurteile nahe, hat Siemens auch nach der großen Korruptionskrise nicht genau genug durchleuchtet. Vielleicht war es manchen Managern sogar recht, nicht alles zu wissen – obwohl man es gerade in Ländern wie China genau wissen sollte.

Unter jenen, die bestochen haben, sind mindestens zwei Männer, die zur Tatzeit bei Siemens China angestellt waren. In Dutzenden anderen Fällen ging die Bestechung von Zwischenhändlern aus, die Siemens-Geräte verkauften. Bezahlt wurde den Urteilen zufolge nicht nur mit Bargeld, sondern auch mit Geschenken: Uhren, Kleider, Kameras, Immobilien.

Das Handlungsmuster, das in den Urteilen sichtbar wird, ist Korruptionsexperten vertraut, es ist so alt wie die Bestechung selbst: Ein Unternehmen, das sich nicht in eine heikle Lage begeben will, setzt Zwischenhändler ein, die für etwaige Straftaten im Vertrieb selbst die Verantwortung übernehmen müssen – ein Klassiker des Bestechungswesens. Mögliche Korruption ist faktisch ausgesourct; ganz egal, ob das Absicht ist oder ein unbeabsichtigter Nebeneffekt. Und das ausgerechnet bei Siemens? Wie konnte es dazu kommen, nachdem das Münchner Unternehmen 2007 öffentlich Abbitte geleistet und sich der Compliance, der Sauberkeit als oberstem Geschäftsprinzip also, verpflichtet hatte?

Dabei haben die Münchner versucht, es besser zu machen. Anfang 2008 lud die Siemens-Niederlassung in Peking einen Mann aus Taiwan zum Vorstellungsgespräch ein. Kurz zuvor hatte das Landgericht München Siemens mit

einer ersten Bußgeld-Tranche von 201 Millionen Euro belegt. Die weiteren Ermittlungen zeigten, dass auch das China-Geschäft des Konzerns betroffen war. Nun brauchte Siemens neue Leute, die sich an Recht und Gesetz hielten. Liu Meng-lin, damals 40 Jahre alt, war so einer. Er hatte in Taipeh für einen Pharmakonzern als Compliance-Experte gearbeitet und zuvor Jura in den USA studiert. Am 28. März 2008 nahm Liu das Jobangebot von Siemens an. Er sollte die Firma säubern – und sie auch in der Zukunft sauber halten.

Heute, zehn Jahre später, sitzt Liu auf einem cremefarbenen Ledersofa in seiner Wohnung in einem Shanghaier Neubauviertel. 20. Stock. Nur von seinem Balkon aus sieht man die beeindruckende Skyline von Wolkenkratzern in der Ferne, die Jalousien im Zimmer sind heruntergelassen, aus den Lautsprechern erklingt Musik von Bach. „Ich habe meine Laufbahn aufs Spiel gesetzt. Viele meinen sogar, ich hätte Karriere-Selbstmord begangen“, sagt er mit einer für einen so groß gewachsenen Mann unerwartet leisen Stimme, er wirkt fast schüchtern. Als er damals bei Siemens anfang, stürzte er sich sofort in die Arbeit. Als Erstes sollte er örtliche Geschäftspartner überprüfen – wer durfte bleiben, wer flog raus?

„Es gab Hunderte Händler“, sagt Liu über seinen ersten Eindruck. „Manche von ihnen hatten nur einen einzigen Deal mit Siemensgemacht. Mutmaßlich steckten hinter diesen Firmen die Ehefrauen oder Verwandten der Krankenhausmanager.“ Liu vermutete, dass sich wenige Korrupte auf Kosten der Allgemeinheit bereicherten. „Ich wollte dafür sorgen, dass Chinas Krankenhäuser keine überteuerten Geräte mehr verwenden. Schließlich geht es um die Gesundheit der Menschen.“

In kürzester Zeit nahm Siemens-Compliance-Mann Liu Anstoß an etlichen Geschäften. „Angefangen hat es mit Nordkorea“, sagt er. Im Jahr 2009 meldete sich die Firma Rakwon 929 mit Sitz in Pjöngjang bei Siemens. Das Begehrt: Drei CT-Scanner für ein Krankenhaus in Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang. Der Vorschlag: Das Geld für den Auftrag – fast 1,1 Millionen Euro – sollte von einem Bankkonto in Belgien fließen, ein Zwischenhändler in Peking mitmischen. Dutzende E-Mails gingen hin und her.

Irgendwann meldete sich Aufpasser Liu zu Wort: „Liebe Parteien“, schrieb er. „Das Compliance-Risiko für dieses Projekt ist nicht richtig angesprochen worden.“ Er

äußere diese Kritik nun schriftlich – aus Beweisgründen. Siemens lieferte die CT-Scanner trotzdem nach Nordkorea – und erklärt heute, bei dem Deal sei alles in Ordnung gewesen.

Liu ist einer, der sich dennoch Fragen stellt. Er schlüpft aus seinen Schlappen, zieht Schuhe an, steigt in den Lift zur Tiefgarage. Es geht zu Siemens, auf die andere Seite des Flusses, wo der Konzern seine Medizintechnikzentrale angesiedelt hat, überall graue Flachbauten. „Sieht alles noch so aus wie damals“, sagt Liu. Nur das Logo hat sich geändert: „Siemens Healthineers“ steht nun da. Im März ist die Medizinsparte an die Börse gegangen. Im Foyer haben sie einen Scanner ausgestellt. Was genau das für ein Gerät ist, kann er von außen nicht sehen. Will er reingehen? „Auf keinen Fall“, sagt Liu, „das wäre nicht erlaubt.“ Nicht einmal den Siemens-Parkplatz will der frühere Mitarbeiter betreten. Regeln seien einzuhalten, sagt er. „Es ist verboten, also mache ich es nicht.“

Wenn er andere verdächtigt, Regeln zu brechen, kann der stille Herr Liu daher sehr ungehalten werden. Wie im Sommer 2010, als die jährliche Ausschreibung der Krankenhäuser der Volksbefreiungsarmee anstand. Das Militär ist der größte Klinikbetreiber Chinas, wahrscheinlich sogar der Welt, es bestellt manchmal Dutzende Scanner auf einmal. Da wäre jeder Anbieter gerne dabei. „Im Frühjahr meldete sich plötzlich eine Firma aus Peking bei Siemens“, sagt Liu. In Windeseile sollte er das Unternehmen auf die Liste der sauberen Zwischenhändler nehmen. „Das war verdächtig“, sagt er. Zudem sollte das Geschäft auf Wunsch des Kunden aus steuerlichen Gründen über Hongkong laufen. Offenbar deshalb hatte sich die Geschäftsführerin der Pekinger Firma kurz vor der Ausschreibung bei einer Hongkonger Firma eingekauft. Eine Abwicklung über Offshore – da blinkt aus Sicht von Korruptionsexperten das rote Warnlicht. Siemens beteuert, dass man alles untersucht habe, es gebe nichts zu beanstanden: Die Firma in Hongkong sei ein anerkanntes Handelsunternehmen für Medizintechnik.

Compliance-Fachmann Liu stellte damals Ermittlungen an, besuchte die Firma in Hongkong: „Da waren keine echten Mitarbeiter. Es war eine Briefkastenfirma, sonst nichts.“ Als er zurück war in Shanghai, legte er sein Veto ein – und wurde überstimmt. Siemens erklärt heute, Mitarbeiter hätten damals die „Niederlassung“ der

Hongkonger Firma besucht und mehrere Personen angetroffen mit „umfassenden Kenntnissen im Gesundheitsgeschäft“.

Das Bürohaus, das Liu 2010 besucht hatte, steht nicht mehr, es musste einem Shopping-Zentrum weichen. Die Firma der Medizintechnik-Spezialisten ist deshalb umgezogen – aber nicht nur deshalb. Dem Hongkonger Handelsregister zufolge befindet sich die Geschäftsadresse seit der Firmengründung im Jahr 2003 stets in den Räumlichkeiten eines in Hongkong stadtbekanntes Sekretariatservices. Derzeit ist dieser Sekretariatservice – und damit auch das Büro der angeblichen Medizinexperten – in einem Gebäude in der Leighton Road untergebracht – 250 Meter Luftlinie vom alten Sitz entfernt. Suite 1222, ein paar Quadratmeter und wenige Mitarbeiter, die Hunderte Firmen auf einmal betreuen. Am Eingang sind auf Metalltafeln sämtliche Unternehmen angegeben, die vertreten werden. Mitarbeiter, die sich mit Medizintechnik auskennen, gibt es nicht, die Angestellten haben sich erkennbar auf Briefkastenfirmen spezialisiert.

Siemens teilt dazu mit, dass man zwar seit 2014 nicht mehr mit der Firma arbeite, der Deal aber geprüft und einwandfrei gewesen sei. Nur: Wie lässt sich überprüfen, ob beim Umweg über Hongkong Bestechungsgeld im Ausland versickert ist? Der Fall offenbart das Dilemma aller Anbieter von Medizintechnik: Die Käufer in China schreiben dem Verkäufer alles Mögliche vor, die Nutzung einer dubiosen Importfirma oder einer Steueroase, und vieles davon lässt sich dabei schwer durchschauen.

Der einzige Verlierer im Hongkong-Deal war: Liu, der Compliance-Experte. Siemens hielt ihn für einen, der zu oft über das Ziel hinausschoss. Der Konzern stellte ihn frei und verlängerte seinen Vertrag nicht. Liu musste gehen und wurde zum Whistleblower, zu einem, der auf eigenes Risiko hin auf Missstände hinweist: 2011 zeigte Liu Siemens bei der Staatsanwaltschaft München an und bei der US-Börsenaufsicht. Zwei Jahre später zog er vor ein New Yorker Gericht, verlangte Schadenersatz. Aber weder Justiz noch Aufseher waren von seinem Kampf für Sauberkeit im Weltkonzern Siemens überzeugt: Die einen fühlten sich nicht zuständig, den anderen fehlte der schlagende Beweis für Straftaten.

Doch spätestens seit chinesische Richter Dutzende Strafurteile zu Geschäften mit Siemens-Geräten gesprochen haben, erscheint Lius Kampf in neuem Licht: Offensichtlich hat er früh die richtigen Fragen gestellt und die Probleme erkannt, die bis in die Gegenwart fortbestehen. Siemens mag heute behaupten, Liu sei damals mit seiner Aufgabe überfordert gewesen – doch in den Strafurteilen steht vieles, vor dem er im Grundsatz schon vor Jahren gewarnt hat. Und gewarnt hat er vor allem vor dem Korruptionsrisiko, das von Zwischenhändlern ausgeht. Liu, der einstige Aufpasser, er hat offenbar recht gehabt.

Die Straftaten spielten sich zwischen 2004 und 2014 ab, wobei die allermeisten sich sogar nach 2009 ereigneten, als Siemenserklärermaßen bereits sauber sein wollte. Etliche Strafurteile wurden 2014 und 2015 gefällt; der Konzern aber erklärt, er habe erst im Juli 2016 davon erfahren, als in einer chinesischen Fachzeitung über den Fall Jin berichtet wurde. Siemens will daraufhin „unverzüglich“ eine Untersuchung eingeleitet haben. Antikorruptionsexperten sind befremdet, dass der Konzern von den Straftaten selbst dann nichts mitbekam, als erste Urteile fielen. „Wenn jemand in einem so schwierigen Markt wie China agiert, dann sollte er diesen Markt auch ganz genau beobachten“, sagt etwa Otto Geiß, Mitglied im Vorstand der Organisation Transparency International.

An effektiver Kontrolle scheint es auch im Fall des Siemens-Angestellten An über Jahre gefehlt zu haben. Von 2008 bis 2014 arbeitete er für Siemens, zunächst im Vertrieb, später als Key-Account-Manager. Er war meist in der ländlichen Provinz Anhui unterwegs, die schön, aber arm ist, die Gelben Berge ragen hier steil in den Himmel. Auch An ist es dank seiner Beziehungen gelungen, Ausschreibungen zu Gunsten von Siemens zu beeinflussen. Im Gegenzug zahlte er zwischen 2010 und 2013 an führende Klinikangestellte der Stadt Fuyang. Es waren insgesamt Hunderttausende Yuan in etlichen Tranchen, einmal verschenkte An auch eine Digitalkamera. Der Siemens-Mann beging wohl regelmäßig, ja gewohnheitsmäßig Bestechung.

Wie im Fall Jin will Siemens aber auch bei An keine Anzeichen dafür gefunden haben, dass Siemens die „Handlungen“ unterstützt oder Geld zur Verfügung gestellt habe. Die beschuldigten Krankenhausmitarbeiter wurden zum Teil schon im Jahr 2015

verurteilt, Siemens will auch davon wieder nichts mitbekommen haben. Das Unternehmen bestätigt, dass es damals mehrere Geräte zum marktüblichen Preis an betroffene Zwischenhändler verkauft habe. Welche Marge diese Händler bei den Kliniken erzielt hätten, wisse man nicht. Vor allem aber seien Jin und An, die beiden erfolgsverwöhnten Verkäufer, nicht zu sprechen. Sie haben Siemens 2014 verlassen, angeblich auf eigenen Wunsch. Und sie standen nach Konzernangaben später auch nicht mehr für Nachforschungen zur Verfügung. „Wir können kriminelle Energie bei einzelnen Beteiligten nicht ausschließen“, erklärt Siemens heute. „Auf Grund der Größe und der Struktur des Marktes sowie lokalen Besonderheiten kann kein Marktteilnehmer ausschließen, dass es vereinzelt zu Korruptionsfällen kommt.“

Vereinzelt? In einem Land, in dem der Präsident persönlich eine Antikorruptionsoffensive ausgerufen hat? Als der heutige Staats- und Parteichef Xi Jinping im Jahr 2012 an die Macht kam, sagte er der Bestechung lautstark den Kampf an. Damals empfanden viele Chinesen die wuchernde Korruption als unerträglich, sie war zusammen mit der fortschreitenden Umweltverschmutzung die hässliche Kehrseite des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs. Vor den Ministerien in Peking etwa gab es Dutzende Läden, da konnten Bittsteller edlen Schnaps und teure Zigaretten für Beamte kaufen. Der Clou: Gegen einen Abschlag konnten die beschenkten Kader die teuren Aufmerksamkeiten dem Geschäft gegen gutes Geld zurückverkaufen.

Präsident Xi untersagte seinen Kadern auch, an teuren Banketten teilzunehmen – worauf viele auf diese Beamtenausen spezialisierte Restaurants pleitegingen. Dann mussten Beamte auf ihre edlen Zweit- oder Drittbüros verzichten. Und so ging es weiter: Xi putzte durch, Hunderttausende Kader auf allen Ebenen verloren ihre Jobs. Es waren nicht nur kleine Lichter, die Xi „Fliegen“ nennt, sondern auch mächtige Parteikader, die gefürchteten „Tiger“.

Beispiel Liu Zhijun. Von 2003 bis 2011 war er Chinas Eisenbahnminister. Als er verhaftet wurde, verfügte die Propaganda-Abteilung: „Allen Medien ist es hiermit untersagt zu berichten, dass Liu Zhijun 18 Geliebte hatte.“ Eine Pekinger Zeitung schrieb später, dass Ermittler 16 Autos und 350 Wohnungen gefunden hätten, die alle Ex-Minister Liu gehört haben sollen. Zudem soll er umgerechnet mehrere Hundert Millionen Euro besessen haben.

Natürlich muss man chinesische Korruptionssurteile mit Vorsicht betrachten. Die Richter handeln nicht immer nach rechtsstaatlichen Standards, schon gar nicht in politischen Verfahren. Und natürlich kann ein Parteikader ins Visier geraten sein, weil er sich politisch unbeliebt gemacht hat. Auffällig ist: Ausgenommen von der Antikorruptionskampagne ist offenbar der Präsidentenclan. Xis Verwandte sollen 376 Millionen Dollar investiert haben, vor allem in Immobilien und Firmenbeteiligungen, und das auch offshore. Doch Siemens beruft sich gar nicht darauf, dass die Urteile in Zusammenhang mit dem Verkauf der Geräte politisch motiviert waren, im Gegenteil. „Nach unserer Einschätzung zeigen die Gerichtsurteile eine zunehmende Verfolgung von Korruptionsdelikten durch die staatlichen Behörden“, erklärt Siemens. „Wir begrüßen und unterstützen diese Entwicklung.“

Damit sind sich der Konzern und sein ehemaliger Compliance-Mitarbeiter Liu endlich einmal einig: „Ich danke der chinesischen Justiz für die Aufarbeitung der Fälle“, sagt Liu. Viele der Urteile hat er mit Genugtuung gelesen. Sie werfen das Schlaglicht auf die Mittelsmänner, die die Bestechung ausüben – es ist genau das, was Liu einst bei Siemens angeprangerte. Fast immer sind es den Urteilen zufolge nicht Siemens-Beschäftigte, die schmieren, sondern eben Mitarbeiter von Drittfirmen; sie stehen zwischen Verkäufer und Endverbraucher. Mal sind sie nur kurz im Geschäft, mal sind es Großhändler. Siemens nennt sie „Distributoren“ oder „Business Partner“.

In den Gerichtsurteilen finden sich etliche Beispiele dafür, wie das Geschäft abläuft. Ein Medizingerätehändler besucht etwa einen Chef im Krankenhaus, sagt „ich hoffe auf ihre Gunst“ und hinterlässt eine schwarze Plastiktüte mit 70 000 Yuan. Anderes klingt rührend bis absurd: Im Jahr 2011 etwa feilschten ein Verkäufer und ein Chefradiologe in Nordchina um die Höhe des Bestechungsgeldes. Der Verkäufer bot 140 000 Yuan. Der Arzt wendete ein, dass die 14 keine Glückszahl sei. Anders betont, hört das Wort sich an wie: „Ich möchte sterben.“ Also verlangte er 180 000 Yuan. Die 18 wiederum ist beliebt, weil ihr Laut im Chinesischen dem Klang einer anderen Aussage ähnelt: „Ich möchte reich werden.“

Korruptionsexperten betrachten die Zwischenhändler mit größtem Argwohn. „Mit solchen Drittfirmen haben wir immer unsere Schwierigkeiten gehabt“, sagt ein

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Kenner von Siemens. „Sie sind das Einfallstor für Korruption.“ Strenge Compliance-Berater empfehlen deswegen, auf die Dienste solcher Firmen grundsätzlich zu verzichten. Siemens hingegen erklärt, dass es Zwischenhändler brauche, um die Nachfrage zu bedienen. Chinas Markt wachse so schnell, dass der Konzern längst nicht mehr jede Ausschreibung selbst bearbeiten könne. Siemens Healthineers beschäftigt 670 Mitarbeiter für den Vertrieb in China. Dem Konzern zufolge wäre es „praktisch nicht möglich“, alle Kunden und Interessenten von eigenen Fachleuten betreuen zu lassen. „Wir bräuchten ein paar Tausend Vertriebsmitarbeiter und Büros im gesamten Land und hätten dadurch erhebliche Kosten, die wir auf die Preise umlegen müssten.“ In China wickelt der Konzern 75 Prozent des Geschäfts über Dritte ab, auch das Geschäft mit den Spitzengeräten – trotz der damit verbundenen Gefahren: „Es bestand nie ein Zweifel daran, dass der Einsatz von Distributoren...ein Risiko in Bezug auf Compliance darstellt“, schreibt Siemens.

Aus genau diesem Grund verlangen Antikorruptionsexperten, dass Konzerne wie Siemens ihre Zwischenhändler penibel überprüfen, bis hin zur Kontrolle der Geschäftsbücher. Siemens erklärt, Prüfungen wie diese fänden in der Regel alle drei Jahre statt, bei Verdachtsmomenten auch öfter. Eine Prüfung alle drei Jahre? In Chinas dynamischem Markt sind drei Jahre eine Ewigkeit. Man könne jedenfalls nicht ausschließen, dass ein „Business Partner“ Bestechungsgelder zahle, gibt Siemens zu. Und wenn die Klinik auf dem Importeur oder Zwischenhändler ihres Vertrauens beharre, könne man den Kunden schwer davon abbringen.

Gewiss: Die Deutschen sind nicht die Einzigen, die sich mit notorischer Korruption in China herumschlagen. Große amerikanische, japanische und europäische Konzerne nutzen ebenfalls Drittfirmen, kämpfen mit den gleichen Problemen: Auch Fälle mit Bezug zu den Siemens-Konkurrenten finden sich in den Gerichtsurteilen.

Betrachtet man die Geschäfte, bei denen Siemens Zwischenhändler eingesetzt hat, fallen als Erstes die teils enormen Unterschiede zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen ins Auge. Der SZ liegt eine interne Tabelle vor, in der Siemens Einzelheiten für die Jahre 2011 und 2012 aufgelistet hat. In einem Fall kauft ein Krankenhaus einen CT-Scanner und zahlt dafür umgerechnet 3,7 Millionen

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Dollar an einen Händler. Der Händler zahlt dem Hersteller Siemens aber etwa 1,85 Millionen Dollar – die Hälfte des Endpreises, eine Marge von 100 Prozent. Aufgelistet sind rund 20 Beispiele dieser Art. Der geringste Unterschied zwischen dem, was die Klinik für den Einkauf zahlte, und dem, was Siemens tatsächlich erhielt, liegt bei 19 Prozent, der höchste bei märchenhaften 192 Prozent.

Siemens erklärt diese absurden Margen damit, dass der Zwischenhändler zusätzliche Leistungen erbringe und Risiken trage. Dies reiche von Schulungen über Umbauten bis hin zur Einweihungsparty für die neuen Diagnoseräume. Manchmal gewähre der Zwischenhändler eine längere Garantie oder biete eine Zwischenfinanzierung mit dem Risiko, dass die Klinik nicht zahle. Mehrere von der SZ befragte Korruptionsexperten stützen bei diesen hohen Margen. Otto Geiß, der Experte von Transparency International, sagt: Je größer eine Marge, bei der keine genaue Verpflichtung oder Gegenleistung zu erkennen sei, desto größer sei auch die Gefahr, „dass das Geld auch für andere Zwecke eingesetzt wird“.

Liu, der Whistleblower und ehemalige Siemens-Aufpasser, ist einsam geworden. Er findet keinen Job, gilt in der Branche als Querulant. „Ich habe viel Unterstützung erhalten, aber davon kann ich keine Familie ernähren“, sagt er. Seine Tage verbringt er vor seinem Computer. Er sucht nach neuen Gerichtsfällen, nachts versucht er sein Glück online an der New Yorker Börse: Nach dem Studium hat er einige Jahre als Investmentbanker in Taiwan gearbeitet. Damals pokerte er mit dem Geld der Bank, heute muss er seine Ersparnisse aufs Spiel setzen.

Siemens hat derweil angekündigt, neue Zukunftsmärkte erschließen zu wollen: Der Konzern möchte im Irak einsteigen, das Land elektrifizieren. Im jüngsten Korruptionsindex von Transparency International liegt China auf Rang 77, der Irak hingegen auf Platz 169. Viel Luft nach unten ist da nicht mehr – die Negativliste endet bei 180.

Die untenstehenden Texte sind Teil des *Daphne Projekts*. Die Partner in Deutschland sind die *Süddeutsche Zeitung* und die *Zeit*. Das gemeinsame Projekt der Konkurrenten soll ein Zeichen sein, dass der gewaltsame Tod einer Journalistin mitten in der EU wichtiger ist als Konkurrenz.

Der ungesühnte Mord

Am 16. Oktober 2017 tötet eine Autobombe in Malta die Journalistin Daphne Caruana Galizia. Bis heute sind die Hintermänner nicht gefasst. Eine Recherche zeigt nun, wie die Ermittler Hinweise auf höchste politische Kreise ignorieren

Von Mauritius Much, Hannes Munzinger und Bastian Obermayer, Süddeutsche Zeitung, 18.04.2018

München – Trotz massiven politischen Drucks aus der Europäischen Union ist die maltesische Polizei auch ein halbes Jahr nach dem Mord an der Journalistin Daphne Caruana Galizia noch immer nicht Spuren nachgegangen, die auf die Verwicklungen von Spitzenpolitikern und Behörden des Landes hindeuten. Nach Erkenntnissen der SZ wurde bisher keiner der Politiker vernommen, mit denen sich Daphne Caruana Galizia in den Monaten vor ihrem Tod erbitterte Auseinandersetzungen lieferte; sie hatte etwa im Zuge der Panama- Papers-Affäre Kabinettsmitgliedern Bestechlichkeit und moralische Verfehlungen vorgeworfen und sogar der Frau des Premiers eine heimliche Panama-Firma zugeschrieben. Inzwischen meldeten sich nach SZ-Informationen Zeugen, die Wirtschaftsminister Christian Cardona mit einem der mutmaßlichen Mörder gesehen haben wollen.

Eine Quelle mit detaillierten Kenntnissen über den Ermittlungsstand sagte, die Ermittler verfolgten unverändert die These, dass die Drahtzieher des Anschlags in der organisierten Kriminalität zu suchen seien. Die Familie der Journalistin zieht das in

Zweifel, sie verweist darauf, dass Caruana Galizia kaum in diesem Bereich recherchiert habe.

Bereits sechs Wochen nach dem Mord inhaftierte die Polizei drei Tatverdächtige. Sie geht davon aus, dass es sich um Auftragsmörder handelt. Die SZ hat nun erfahren, dass die drei Männer wohl vor ihrer bevorstehenden Verhaftung gewarnt wurden. Offenbar gab es ein Leck in einer Behörde. Damit steht die Ermittlung insgesamt in keinem besonders guten Licht.

Als Daphne Caruana Galizia am 16. Oktober 2017 getötet wurde, verurteilte Maltas Premier Joseph Muscat, den die Ermordete in ihren Texten hart angegriffen hatte, die Tat als „barbarischen Angriff auf die Pressefreiheit“. Er werde nicht locker lassen, bis der Mord geklärt sei. Er fügte hinzu: „Wir werden jeden Stein umdrehen.“

Die Polizei aber verfolgt auch nicht den brisanten Hinweis auf mögliche Kontakte von Wirtschaftsminister Cardona zu den mutmaßlichen Tätern – obwohl diese Information nach SZ-Erkenntnissen dem Ermittlungsrichter vorliegt. Caruana Galizia hatte über einen angeblichen Bordellbesuch des Ministers während einer Dienstreise nach Deutschland berichtet, er bestritt das und verklagte sie. Zeugen wollen Cardona nun mehrmals mit einem der mutmaßlichen Mörder gesehen haben.

Minister Cardona spricht von „haltlosen Gerüchten und Spekulationen“. Er könne sich an kein Gespräch mit einem der Verdächtigen erinnern, es habe „definitiv keine Verabredung“ mit ihnen gegeben.

Bislang beschränkt sich die Polizei bei ihren Ermittlungen vor allem auf das Umfeld der Verhafteten. Ein Expertenteam des FBI hatte aus Mobilfunkdaten Bewegungsprofile der mutmaßlichen Täter erstellt – darauf stützt sich die Ermittlung maßgeblich. Ein Verdächtiger soll die tödliche Bombe per SMS gezündet haben. Der

maltesische Geheimdienst hatte dessen Telefon bereits vor dem Mord abgehört, weil er in ein anderes Verbrechen verwickelt gewesen sein soll. Keiner der Männer hat sich zu den Vorwürfen geäußert.

Diese neuen Erkenntnisse entstammen dem sogenannten Daphne Projekt, einer internationalen Recherche von 18 Medienorganisationen, geleitet von der gemeinnützigen Rechercheplattform „Forbidden Stories“. Zu den Medien, mit denen die SZ kooperiert, gehören die New York Times, der Guardian, Reuters und La Repubblica, in Deutschland die Zeit, NDR und WDR.

Ein weiteres Problem für die Ermittler ist das Misstrauen der Familie der Journalistin – die so oft über staatliche Korruption in Malta berichtet hatte. Die Hinterbliebenen weigern sich, den Arbeitslaptop des Opfers der Polizei zu übergeben. „Daphne hätte ihren Laptop niemals ausgehändigt“, sagte ihre Schwester der SZ, lieber hätte sie ihn in einen Brunnen geworfen. „Sie wollte immer ihre Quellen schützen.“ Daran wolle die Familie auch nach Caruana Galizias Tod festhalten.

1

Mord auf Malta

Vor einem halben Jahr wurde die Investigativjournalistin Daphne Caruana Galizia ermordet. Ihre Recherchen im Sumpf aus Politik und Korruption wurden auf der Insel gefeiert und gefürchtet. Rekonstruktion eines Anschlags auf die Demokratie – dessen Hintermänner bis heute nicht gefasst wurden

Von Mauritius Much, Hannes Munzinger, Bastian Obermayer, Holger Stark und Fritz Zimmermann, Süddeutsche Zeitung, 18.04.2018

Das Feuer, in das Matthew Caruana Galizia starrt, ungläubig und panisch, es brennt grellorange und unheimlich laut. Ausgelöst von einer ferngezündeten Bombe, angefacht vom vielen Benzin im Tank des explodierten Wagens und von dem Wind, der von der Straße unaufhörlich in das Gerstenfeld fährt, auf dem Matthew steht – alleine und verzweifelt. Der Klang eines alles verzehrenden Feuers, vermischt mit dem permanenten Dauerton der eingeklemmten Hupe: Ein Geräusch, das Matthew zuvor nicht kannte, das er aber in seinem Leben nicht mehr vergessen wird. In seinem Kopf drückt derweil ein Gedanke alles beiseite: bitte nicht!

Matthew versucht in dem brennenden Auto etwas zu erkennen, eine Silhouette vielleicht, aber da ist nur Feuer. Würde er klar denken, hätte er längst alle Hoffnung fahren lassen, er hat ja das Kennzeichen und das Fabrikat des Wagens längst erkannt. Aber er denkt nicht klar, natürlich nicht, stattdessen rennt er barfuß wieder und wieder um den Wagen herum. Über Scherben, verschmorte Plastikfetzen und glimmendes Gras, auf der Suche nach einem Stock, nach irgendetwas hartem, etwas metallischen – in der sinnlosen Vorstellung, damit die Türen öffnen zu können. Stattdessen findet er etwas, das aussieht wie ein: menschliches Bein. Genauer gesagt, wie ein Teil eines Beines. Es dauert einige Momente, bis ihm klar wird, was das bedeutet, inmitten dieses Infernos, das nur wenige hundert Meter vom Haus seiner Eltern lodert. Der Gedankengang, den sein überwältigtes Hirn ihm anbietet, ist dann dieser: Das ist kein Stück Holz. Also ist es ein Bein. Und damit ist alles vorbei.

Wenig später stehen zwei Polizisten neben Matthew, sie schreien auf ihn ein, noch immer gegen das Geräusch des lärmenden Feuers: „Wer ist in dem Auto? Weißt du wer in dem Auto ist?“

Matthew schreit wieder und wieder zurück: „Meine Mutter ist in dem Auto! Sie ist tot! Sie ist in dem Auto!“

Etwa zur selben Zeit, gut zehn Kilometer entfernt, durchquert ein weißes Sportboot mit grüner Sonnenabdeckung die Einfahrt des großen Hafens der maltesischen Hauptstadt Valletta. An Bord des Bootes namens Maya befindet sich sehr wahrscheinlich George Degiorgio, 55, der in der maltesischen Unterwelt als „der Chinese“ bekannt ist. Zuvor hatte das Boot einige Minuten an einer Stelle gedümpelt, das zeigen Bilder einer Überwachungskamera des Hafensbetreibers. Die Ermittler sind sich sicher, dass George Degiorgio von diesem Ort aus per SMS die Bombe zündete, die Daphne Caruana Galizia tötete.

Beim Verlassen des Hafens schreibt Degiorgio eine weitere SMS, diesmal an seine Lebensgefährtin: „Besorg mir Wein, mein Schatz.“

Wenn man die abschüssige Straße, auf der Daphne Caruana Galizia am Nachmittag des 16. Oktober 2017 getötet wurde, vom Ort der Explosion etwa eine halbe Minute nach oben fährt, zweigt rechts ein holpriger Feldweg ab. Er führt zu dem Haus, in dem sie mit ihrem Mann Peter, einem Anwalt, mehr als 25 Jahre gewohnt hat. Das Haus, in dem Daphne – jeder kennt sie auf der Insel unter ihrem Vornamen – ihre drei Söhne groß gezogen hat, in dem sie telefoniert, recherchiert und geschrieben hat. Das Haus, in dem sie den Hörer aufgelegt hat, wenn nachts anonyme Drohanrufe kamen, das Haus, in dem sie die Drohbriefe entsorgt hat, manchmal ungeöffnet, wenn sie dick waren und weich: wenn ihr wieder jemand Scheiße geschickt hatte, als Zeichen seiner Verachtung.

Am Ende des Feldweges versperren eine gut zwei Meter hohe Mauer und ein gusseisernes Tor den Eingang zum Garten des Hauses, das seit etlichen Monaten auch zwei Polizisten bewachen. Peter Caruana Galizia kommentiert die Anwesenheit der Wächter mit einem Achselzucken, was soll er auch sagen – der Schutz kommt zu spät für seine Frau, und er selbst fühlt sich nicht in Gefahr. Er recherchiert ja nicht.

Das Daphne-Projekt

An diesem Tag besuchen nicht nur Reporter der SZ das Haus der Ermordeten, auch eine Kollegin des Guardian und Kameralente. Das Interview mit dem Witwer ist Teil des „Daphne Projects“ – einer internationale Recherchekooperation, ins Leben gerufen von der gemeinnützigen Organisation „Forbidden Stories“ (► siehe Kasten). Unter diesem Dach arbeiteten Reporter von 18 Medien wie der New York Times, des Guardian oder Le Monde zusammen daran, Daphne Caruana Galizias Recherchen fortzusetzen und ihre Ermordung zu rekonstruieren – aus Deutschland waren der Rechercheverbund aus SZ, WDR und NDR beteiligt sowie die Zeit. Weitere Texte werden folgen, die gemeinsame Recherche wird andauern. Auch um ein Zeichen zu setzen: Wer eine Reporterin tötet, riskiert, damit noch mehr Aufmerksamkeit auf die unliebsame Recherche zu lenken – weil andere Reporter genau diese Arbeit fortsetzen.

Das Haus des Myrte-Baums

Daphne und Peter haben das großzügige Haus, malerisch gelegen auf einer Anhöhe in dem Dörfchen Bidnija im Norden Maltas, 1991 gekauft. „Daphne hat es geliebt“, sagt der Ehemann. Man kennt das Anwesen als „Dar Rihana“, was „Haus des Myrte-Baums“ bedeutet. Sie haben sie etliche Innenmauern wegreißen lassen, um Weite zu haben, erzählt Peter. So gleicht der große Wohnbereich eher einer Leselandschaft: Sofas, Sessel und Couches, umgeben von hohen Stapeln von Magazinen und Büchern. Die Außenmauern sind durchbrochen von großen Fenstern, die viel Licht hereinlassen und den Ausblick auf die umliegenden Felder und Hügel erlauben.

Peter führt zu einem langen Holztisch, hier klappte Daphne Tag für Tag ihren Laptop auf und schrieb, ihre Kolumne für den Malta Independent und ihren rastlos bestückten Blog „Running Commentary“. Abends wechselte sie auf eines der Sofas – und schrieb weiter. „Wenn Daphne an einem Artikel arbeitete“, sagt Peter, „war sie

nicht zu stoppen. Weder durch Uhrzeiten noch durch sonst irgendwas.“ Er lächelt.
„Wobei ich es nie auch nur versucht hätte.“

Die Panama Papers

Im Frühjahr 2016 erhält Daphne, obwohl nicht selbst Teil des Rechercheteams, Dokumente aus dem der SZ zugespielten Datenleak Panama Papers. Damals bleibt sie ganze Nächte wach, erzählt Peter, weil sie wie elektrisiert ist: Konrad Mizzi, ein Minister, sowie Keith Schembri, der Stabschef des Premierministers, sind die heimlichen Eigentümer von Panamafirmen, die kurz nach dem Wahlsieg der Labourpartei 2013 gegründet wurden. Der Zweck: unbekannt. Das Konstrukt: undurchsichtig. Dennoch bleiben beide Politiker im Amt – in den meisten EU-Ländern unvorstellbar. Daphne erhebt später einen noch härteren Vorwurf, den sie allerdings nicht beweisen kann: Dass auch die Frau von Premier Joseph Muscat Begünstigte einer Panama-Firma gewesen sei. Der Premierminister spricht von der „größten Lüge der politischen Geschichte Maltas“ und verklagt Daphne. Die Klage ist noch anhängig.

Nichts belegt bisher, dass Daphne recht gehabt haben könnte. Aber wenn doch: Wäre vorstellbar, dass der Premierminister deswegen Mörder anheuert? Solche Fragen treiben Malta um seit Oktober. Die eine Hälfte des Landes glaubt Daphne und ist empört, dass Muscat noch immer im Amt ist – die andere glaubt Muscat, genauso empört. Die einen huldigen Daphne, die anderen verdammen sie – aber kalt lässt sie keinen.

Unter Beobachtung

Auf einem der Hügel, auf die Daphne von ihrem Arbeitsplatz aus blickte, liegt die Tat-Targa-Batterie, eine historische Militäranlage der Briten aus dem 19. Jahrhundert. Von ihr ist nicht viel mehr übrig ist als ein paar brüchige Mauern,

daneben Pferdeställe und, weiter oben, ein Wohnhaus. Ein Ort, an den man nicht zufällig kommt.

Wenn man einmal hier oben ist, kann man über das malerische Auf und Ab der Landschaft bis zum Meer hinüber sehen, auf Felder und Gewächshäuser. Aber auch auf Daphnes Haus, vor allem auf die Zufahrt. Es ist, im Polizeijargon, der perfekte Beobachtungsposten. Ab September habe hier immer wieder ein weißer Peugeot geparkt, oft tagelang, wird später ein Anwohner der Polizei sagen: Manchmal habe ein Mann darin gesessen, manchmal nicht.

Wer auch immer hier oben ausharrte, konnte bequem Daphnes Gewohnheiten notieren. Wie oft sie das Dorf verließ, und wann sie wieder kam. Wer hier wartete, konnte aber auch seine Komplizen anrufen, um zu melden, dass Daphne gerade in ihrem Wagen aus der Einfahrt fuhr, den Feldweg entlang zur Hauptstraße, wo die Explosion stattfand. Das glauben jedenfalls die Ermittler. Sie finden hier später eine ausgedrückte Zigarette – und an ihr DNA-Spuren von Alfred Degiorgio, 53, Spitzname „die Bohne“. Der Bruder von George Degiorgio, der die Bombe von dem Boot aus gezündet haben soll.

Der leitende Ermittler, Keith Arnaud, wird später vor Gericht erklären, wie die Auswertung von Mobilfunkdaten, die rund um Daphnes Dorf gespeichert wurden, die Beobachtung des Anwohners und der Fund der Zigarettenkippe zu einem Gesamtbild ergänzt. Gemeinsam mit einem Spezialteam des US-amerikanischen FBI durchsiebte die Polizei Tausende von Datensätzen und fand, dass sich das Handy von Alfred Degiorgio an acht von den neun Tagen vor dem Anschlag mit einem Sendemast verband, der die Gegend abdeckt. Auch zwei weitere Telefone, die Degiorgios Bruder George und einem Komplizen gehörten, haben sich demnach wiederholt in der Nähe an Mobilfunkmast eingeloggt. Es ist Mitte Oktober, das unsichtbare Netz um Daphne zieht sich zusammen.

Journalistin im Rampenlicht

Auf der anderen Seite des kleinen Tals, in Daphnes Haus, gehen die Dinge in den Tagen vor dem Mord wie gewohnt. Daphnes ältester Sohn Matthew, selbst Journalist, ist vor einiger Zeit aus Paris zurückgekehrt nach Malta, er wohnt und arbeitet zu Hause – genug Platz ist ja. Allerdings arbeitet er weiterhin für ein ausländisches Medium, das Internationale Konsortium für Investigativjournalisten in Washington D.C., er verantwortet den technischen Teil von Enthüllungen wie den Panama Papers. Als Daphnes Sohn wäre es aber auch so gut wie unmöglich, bei einem maltesischen Medium zu arbeiten, zu präsent ist sie selbst.

Daphne zu begreifen fällt von Deutschland aus schwer. Erst spät versteht man weshalb: Jemanden wie sie gibt es hier nicht und gab es wohl auch noch nie. Eine Journalistin, die wirklich jeder kennt, weil sie seit 25 Jahren die Debatten bestimmt in einem Land, das nicht einmal eine halbe Million Einwohner zählt. Seit Daphne Anfang der Neunziger mit Mitte Zwanzig eine Kolumne bei der ältesten Zeitung Maltas bekommt, der Times, sticht sie heraus. Allein schon, weil sie eine Frau ist.

„Die Leute haben mich gefragt, ob ich die Kolumne in Wahrheit schreibe“, erzählt ihr Ehemann. Aber bald versteht das Publikum, dass da, wo Daphne draufsteht, auch immer Daphne drin ist. Ihre Leserschaft folgt ihr auch zu ihrem Blog, den sie 2008 beginnt. Etliche ihrer Blogeinträge werden mehr als 400000 Mal aufgerufen, das ist mehr als die Auflagen aller maltesischen Zeitungen zusammen.

Am häufigsten schreibt Daphne über die politische Kaste Maltas: Hart und direkt, witzig und wütend, böse und – auch das – verletzend. Dieser Stil gehört genauso zu ihrer Marke wie ihre Recherchen, sie hat ein dichtes Netz von Informanten und Quellen. Sie ist den Zeitungen mit ihren vielen Reportern wieder und wieder voraus, und mit jeder neuen Exklusiv-Geschichte festigt sie diesen Ruf.

Eine ihrer wichtigsten Geschichten kreist um einen iranischen Milliardärssohn, der auf Malta eine kleine Bank gegründet hatte – die nach Daphnes Recherchen im Verdacht steht, Geldwäsche zu betreiben. Unter den Kunden: Muscats Stabschef Keith Schembri, Ex-EU-Kommissar John Dalli und eine Tochter des aserbaidischen Diktators Ilham Alijew. Der iranische Gründer der Bank wurde im März 2017 wegen des Verdachts auf Sanktionsbruch in den USA verhaftet. Ihm drohen 125 Jahre Gefängnis. Daphne hatte offenbar den Finger in eine Wunde gelegt.

Wieder die Frage: Ist der drohende Ruin einer Bank ein Motiv? Diktator Alijew geht in seiner Heimat brutal gegen Journalisten vor – tut er das auch im Ausland?

In Daphnes Blog finden sich viele umstrittene Figuren, über die sie recherchiert. Sie legt sich mit jedem an. Egal wer es ist.

Das hat Folgen. 1996 zündet jemand den Fußballstreifer vor ihrer Haustür an, als nächstes liegt einer ihrer Hunde mit durchgeschnittener Kehle vor dem Eingang. Eindeutige Drohungen. 2006 rollen Unbekannte im Schutz der Nacht Lastwagenreifen an die Hauswand und setzen sie in Brand. Ihr jüngster Sohn Paul kommt wenig später vom Ausgehen nach Hause, es ist gegen drei Uhr morgens, die Flammen haben bereits an der Hauswand emporgeschlagen, bis über das Dach, und die Fenster zum Bersten gebracht. Aber die Familie kann das Feuer löschen, mit einem Gartenschlauch. Niemand kommt zu Schaden.

Ist das noch Einschüchterung – oder schon ein Mordanschlag?

Ein früherer Polizeichef in Maltas Hauptstadt Valetta sagte vor einigen Jahren angeblich den Satz: „Ich wäre nur ungern Polizeichef, wenn Daphne Caruana Galizia ermordet wird. Ich wüsste nicht, wo ich anfangen soll.“

Die üblichen Verdächtigen

George und Alfred Degiorgio sind insofern ein naheliegender Ausgangspunkt, als dass ein Geschäftspartner, mit dem George eine gerichtliche Auseinandersetzung gehabt hatte, Ende Oktober 2016 umgebracht wurde. Mit einer Autobombe.

Die Brüder haben einen denkbar schlechten Ruf, sie gelten als rücksichtslose Berufskriminelle. Beide waren in einen spektakulären Banküberfall verwickelt, in dem es nie zu einem Verfahren kam. Alfred, der jüngere, saß vier Jahre wegen eines Bombenattentats auf eine Polizeistation im Gefängnis. Vor Gericht ist ihre Taktik immer dieselbe: Sie schweigen.

Bisher waren die beiden nicht im Fokus der Öffentlichkeit, auch Daphne hat, soweit bekannt, weder über sie geschrieben noch recherchiert.

Der Minister und das Bordell

Eine von Daphnes umstrittensten Geschichten begann so: „In diesem Augenblick ist Maltas Wirtschaftsminister Chris Cardona in einem Bordell in Velbert, in der Nähe von Düsseldorf.“ Ein regelmäßiger Informant hatte sich an einem Abend Ende Januar 2017 mit der Information bei Daphne gemeldet. Nur wenig später steht die Geschichte vom angeblichen Bordellbesuch des Ministers – der tatsächlich an diesem Tag in offizieller Funktion in Deutschland ist – schon auf Daphnes Blog.

Ohne zweite Quelle, und ohne dem Minister Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Stattdessen treibt Daphne die Geschichte als eine Art Live-Blog weiter, mit immer neuen Updates, über Cardonas Begleiter, einen angeblichen Dreier, ein

angebliches Tattoo: ein Portrait von Che Guevara auf seiner rechten Schulter. Christian Cardona bestreitet vehement, das Bordell besucht zu haben und verklagt Daphne. Der Prozess läuft noch immer, Daphnes Söhne verteidigen die Arbeit ihrer Mutter. Für Daphnes Gegner zeigt diese Episode, dass sie eben nicht unabhängig war, sondern auf der Seite der Opposition, der Nationalistischen Partei, im deutschen Parteienspektrum am ehesten vergleichbar mit der CDU. Ihr schriller Tonfall und ihr fahrlässiges Vertrauen in einzelne Informanten machen es schwer, diese Vorwürfe zu entkräften. Doch auch ihre scheinbare Neigung zu den Nationalisten hinderte sie im vergangenen Jahr nicht, deren frisch gewählten Vorsitzenden anzugreifen, und zwar kaum weniger brutal. Auf die Daphne-Art eben, so sehen es selbst ihre Verbündeten, ihre Freunde, ihre Familie. „Das war eben ihr Stil. Sie sagte immer, sie nimmt keine Gefangenen. Sie schoss, um zu töten“, sagt Ehemann Peter, „ich hatte manchmal Mitleid mit den Leute, aber ich wusste, dass sie am Ende recht hatte.“

Daphnes Ablenkung war der Garten, der das Haus umgibt. Hoch gewachsene Olivenbäume, Orangenbäume und Hunderte Kakteen, in Töpfchen und Töpfen und im Boden. Noch am Tag vor ihrem Tod geht Daphne auf einen Markt, auf dem sie Setzlinge kauft, Pinien, Caruben und anderes mehr. Matthew fährt derweil mit Daphnes Wagen ans Meer, zum Schwimmen. Als er gegen halb sechs zurückkehrt, stellt er ihn, wie so oft, außen vor dem lilafarbenen Tor ab. Seine Eltern hören ihn ankommen, zu dritt schlendern sie eine Weile durch den Garten und überlegen, wo sie die neuen Bäumchen einpflanzen wollen.

Die Bombe

Zu diesem Zeitpunkt sind die drei wohl nicht mehr alleine: zwei der Täter verstecken sich vermutlich ganz in der Nähe im Gebüsch. Die Polizei wird Matthew später erklären, dass die Mörder wohl mit einem speziellen Gerät das Funksignal des Schlüssels abgefangen haben, als er nach dem Schwimmen den Wagen seiner Mutter abspernte. Dafür wiederum müssen sie in unmittelbarer Nähe gewesen sein, als

Daphne, Peter und Matthew am Vorabend der Tat durch den Garten streiften. Solche abgefangene Signale lassen sich reproduzieren, und so konnten die Täter den Wagen öffnen, ohne äußerliche Spuren zu hinterlassen – jedenfalls ist das die Vermutung. Sicher ist nur: Die Bombe, hergestellt mit TNT oder einem ähnlichen Sprengstoff, wurde im Wageninneren platziert, direkt unter dem Fahrersitz.

Die Auswertung der Mobilfunkdaten bestätigt, dass zwei SIM-Karten, die die Polizei den Tätern zurechnet, in dieser Nacht in Bidnija sind. Die eine Karte steckt demnach in einem Gerät, mit dem man von unterwegs ferngesteuert elektronische Geräte einschalten kann, wie eine Zentralheizung oder die Gartenbeleuchtung. Oder eben: eine Bombe. „God device“ nennt die Polizei diese Vorrichtung: „Gott Gerät“.

Das Gerät funkt um 1.41 Uhr morgens zum ersten Mal aus Bidnija – die Bombe ist nun scharf. Und bleibt dort exakt bis zum Zeitpunkt der Explosion auf Empfang. Die andere Karte steckt in einem Billighandy, das nach der Überzeugung der Polizei von George Degiorgio verwendet wurde. Dieses Handy verbindet sich fünf Minuten später mit demselben Mobilfunkmast und verschwindet gegen 4.30Uhr aus Bidnija – offenbar als Degiorgio sich aus seinem Versteck in der Nähe des Gartens wagt. Der Hinterhalt ist gelegt.

Der Fehler

Am Morgen des 16. Oktober, um 7.59 Uhr, hält eine Überwachungskamera im Hafen von Maltas Hauptstadt Valletta fest, wie das Sportboot Maya den „Großen Hafen“ gemächlich in Richtung See verlässt.

Eine gute Stunde später, gegen neun Uhr, macht George Degiorgio den wohl entscheidenden Fehler. Er ruft nacheinander zwei Bekannte an und bittet sie, ihm fünf Euro Telefon-Guthaben per SMS zu schicken. Da Degiorgios persönliches Handy zu

dieser Zeit vom maltesischen Geheimdienst überwacht wird – weshalb, ist bislang nicht bekannt –, haben die Ermittler das schwarz auf weiß. Degiorgio bekommt das Guthaben und lädt es auf ein anonymes Wegwerfgerät, ein „Burner-Phone“, das die Polizei ohne diese Verbindung kaum zu ihm hätte zurückverfolgen können. So aber schon. In dem Telefon befindet sich ebenjene SIM-Karte, die sich Nachts in Bidnija verbunden hatte, und es kommuniziert nur mit zwei anderen Burner-Phones, die laut Polizei von seinem Bruder und einem Komplizen benutzt wurden. Eine reine Vorsichtsmaßnahme. Die Ermittler glauben deshalb, dass George wusste, dass er abgehört wurde. Mit seinem Fehler hängen alle mit drin.

Der dritte Mann

Ungefähr zur selben Zeit sieht der Anwohner am Beobachtungsposten bei der alten Kanonenabschussstellung wieder den weißen Peugeot. Die Ermittler lokalisieren außerdem Alfred Degiorgios persönliches Handy dort, zudem verortet die Polizei im Umkreis das Mobiltelefon eines weiteren polizeibekanntem Gangsters. Der Mann heißt Vince Muscat – die Namensgleichheit mit Premierminister Joseph Muscat ist Zufall. Im Grunde ist es erstaunlich, dass Muscat auf freiem Fuß ist, er wurde wiederholt schwerer Straftaten verdächtigt, kam aber immer irgendwie davon. Vor vier Jahren überlebt Muscat spektakulär einen Mordversuch: Er bekommt drei Kugeln in Kopf und Nacken. Eine Kugel steckt noch immer im Schädel. Der mutmaßliche Täter wird wenig später selbst erschossen – Muscat hat ein Alibi für diesen Mord.

Gegen 14.30 Uhr parkt der weiße Peugeot noch immer in der Nähe des Aussichtspunktes. Nach dem Mord wird er dort nie wieder gesehen.

Die letzten Stunden

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Für Matthew beginnt der Tag spät. Er schläft aus und setzt sich dann zum Arbeiten an den Wohnzimmertisch, gegenüber seiner Mutter. Er wird sich später an einen stillen Morgen erinnern, an dem die Stunden unbemerkt vergehen, ein Morgen, der nahtlos in den frühen Nachmittag übergeht. Der Geruch des wilden Schwarzkümmels zieht durch die offene Terrassentür ins Wohnzimmer, und alles, was an Geräuschen von der Außenwelt auf das Grundstück durchdringt, wird von den Blättern und Ästen der Bäume und Sträucher verschluckt, die sich um das Haus drängen. Sie sind Daphnes Schutzschild. Draußen, man kann es nicht anders formulieren, wird „die Hexe von Bidnija“ gejagt. Auf Blogs wird dazu aufgerufen, sie zu fotografieren, wo immer man sie antrifft. Fotos von ihr am Strand, in Cafés, am Flughafen erscheinen in diesen Blogs, versehen mit abfälligen, aggressiven Kommentaren über ihr Aussehen, ihren Ausschnitt oder darüber, dass eine Hose zu tief sitzt. Der Betreiber des Blogs, der Daphne am aggressivsten verfolgt, selbst Politiker der regierenden Labourpartei, verteidigt sich: Daphne habe Politiker ebenso gejagt, man habe nur ihre Taktik kopiert und „sie ihre eigene Medizin schmecken lassen“. Ihr Bild wurde sogar auf Wahlplakate neben die Gesichter von Politikern der Nationalistischen Partei gedruckt – als politische Gegnerin.

Also vermeidet Daphne bestimmte Orte, am Strand war sie laut ihrer Familie seit fünf Jahren nicht mehr. „Daphne war Freiwild geworden“, sagt Peter. „Wir haben sie langsam vor unseren Augen sterben sehen, schon bevor sie getötet wurde.“

Nur sechs Tage vor ihrem Tod gibt Daphne einer Wissenschaftlerin des Europarats ein langes Interview, in dem sie genau über all das spricht. Es klingt wie eine Ahnung, wenn man sie da sagen hört: „Sie haben mich letztendlich zu einem nationalen Sündenbock gemacht.“ Ihre Feinde hätten die Menschen gelehrt, sie zu hassen – „selbst Menschen, die meine Texte nicht kennen, weil sie kein Englisch verstehen.“

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Kurz nach 14.30 Uhr postet Daphne ihren letzten Blogeintrag. Es geht um Keith Schembri, den Vertrauten des Premierministers. Der letzte veröffentlichte Satz ihres Lebens lautet: „Wo auch immer man hinschaut, sind Betrüger. Die Situation ist hoffnungslos.“

Kurz vor 15 Uhr packt Daphne hastig ihre Sachen zusammen, sie ist spät dran für einen Termin in ihrer Bank. Sie eilt nach draußen und kommt wenig später wieder zurück: Sie hat das Scheckbuch ihres Mannes vergessen, ihr Konto ist eingefroren infolge des Rechtsstreits mit Wirtschaftsminister Cardona – in 47 gerichtlichen Auseinandersetzungen muss Daphne sich zu dieser Zeit verteidigen. Sie ruft Matthew zu: „Okay, jetzt gehe ich wirklich!“ Dann steigt sie in den Wagen.

Die Explosion

Gegen 14.55 Uhr stoppt die Maya in den Gewässern vor der Hauptstadt Valletta. Das Burner-Phone, das die Polizei George Degiorgio zuordnen kann, weil er das Guthaben darauf geladen hat, wird in den nächsten Minuten zweimal angerufen werden. Beide Male aus Bidnija, von einem der anderen anonymen Billigtelefone, das die Ermittler Alfred Degiorgio zuordnen – den sie wiederum auf dem Beobachtungsposten verorten. Der erste Anruf dauert 44 Sekunden, der zweite 107. Das passt genau zur Schilderung Matthews: Daphne verlässt das Haus, macht kehrt und kommt ein zweites Mal heraus. Um 14.58 und 55 Sekunden schickt jemand – die Ermittler glauben: George Degiorgio – eine einzeilige SMS an die SIM-Karte, die mit der Zündvorrichtung an der Bombe unter Daphnes Sitz gekoppelt ist. Das „Gott-Gerät“.

Der Wagen geht in die Luft.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die Polizei glaubt, dass George Degiorgio vom Boot aus die Explosion mit anhört. Das Telefon zum Telefonieren in der einen, das zum Auslösen in der anderen Hand.

In genau diesen Sekunden kommt ein Nachbar Daphne auf der abschüssigen Straße entgegen. Er hört ein Geräusch, das er später mit einem Gewehrschuss vergleichen wird, und sieht wie Daphnes Wagen plötzlich stark bremst. Augenblicke später folgt eine zweite Explosion, die das Auto in Flammen aufgehen lässt und von der Straße in das angrenzende Feld schleudert.

Vom Hügel gegenüber kann einer der Mörder dabei zusehen, wie Daphne stirbt.

„Ich habe das noch nie erzählt, weil es sich nicht richtig anfühlte“, sagt der Nachbar Reportern des Daphne-Projekts, „ich habe sie sogar schreien gehört. Aber in dem Moment, in dem sie zu schreien begann, wurde sie zu einem Feuerball.“

Als er aus seinem Wagen steigt, stellt er fest, dass Daphne von der Explosion zerrissen wurde. Er stoppt den Verkehr, damit keine Autos über die Leichenteile fahren.

Die Explosion ist so laut, dass die Fenster in Daphnes Haus erzittern. Panisch springt Matthew vom Tisch auf und rennt barfuß los. Er erinnert sich, wie er die Tür aufreißt, das Bellen der Hunde hört, das grelle Licht sieht und denkt, er würde einfach kollabieren. Aber er rennt weiter, vorbei an den Nachbarn, die von Explosion auch nach draußen getrieben wurden, über den steinigen Feldweg, ohne zu merken, wie die Steine in seine Fußsohlen einschneiden. Irgendwann sieht er die dicken Rauchschwaden vor sich, und einen schwarzen Krater auf der Straße, um ihn herum brennende Bäume, Glasscherben, Plastikfetzen, Autoteile – aber er sieht den Wagen

nicht. Er rennt weiter, entdeckt das Auto auf der Wiese und hofft immer noch, es wäre nicht das seiner Mutter. Bis er das Fabrikat erkennt, dann das Nummernschild und schließlich, als er kaum mehr bei sich ist, Teile eines Beins.

Die Razzia

Die Ermordung einer Journalistin in einem EU-Land sorgt für Entsetzen in ganz Europa. Auch die maltesische Regierung verdammt den Mord, Premier Muscat spricht von einem „barbarischen Akt“ und verspricht, Malta werde „nichts unversucht lassen, um diesen Fall aufzuklären“. Die Regierung lobt eine Million Euro aus für den entscheidenden Hinweis, der zur Ergreifung der Täter führt. Teams von FBI und Europol steigen ein, auch das Bundeskriminalamt (BKA) bietet Hilfe an.

Am frühen Morgen des 4. Dezember 2017 stürmen Polizei und Militär mit gezogenen Waffen eine rostige Baracke am Hafen von Marsa. Die Polizei wird danach ein Video des Einsatzes veröffentlichen, aufgenommen von der Helmkamera eines der Soldaten, die schwer bewaffnet aus Booten springen und den Fluchtweg über das Wasser abschneiden. Auf der anderen Seite der Baracke stürmt das Sondereinsatzkommando aus weißen Kleinbussen, Verdächtige werfen sich zu Boden. Wenig später tragen George Degiorgio, Alfred Degiorgio und Vince Muscat Handschellen.

In jener Baracke am Hafen, zwischen wild zusammengewürfelten Möbeln und Angelzubehör soll der Mord geplant worden sein. Die Razzia kommt für die drei wohl nicht überraschend, die Polizei glaubt, dass sie gewarnt wurden. Und sie haben vorgesorgt: Die Burner-Phones und persönlichen Handys liegen am Grund des Hafenbeckens, direkt neben der am Kai festgemachten Maya. Militärtäucher können die Telefone später bergen.

Alle drei Tatverdächtige sagen in den Verhören kein Wort zur Sache, alle drei plädieren auf nicht schuldig. Sie werden das Schweigegelübde der Unterwelt nicht brechen. Sicher scheint nur: Wenn sie es waren, dann als Auftragsmörder. Die Polizei glaubt offenbar noch nicht einmal, dass sie die Bombe selbst hergestellt haben.

Ein ratloses Land

Auch ein halbes Jahr nach dem Mord ist Daphne in Malta noch allgegenwärtig, Graffiti erinnern an sie, Mahnwachen, Protestmärsche. Ein Blumenschrein in Valletta wurde zehn Mal vom Ordnungsamt abgeräumt. Zehn Mal dekorierten ihre Anhänger den Schrein von Neuem.

Noch immer ist vollkommen unklar, warum Daphne ermordet wurde und von wem. Ihre Ermordung ergibt nur dann Sinn, wenn jemand ihre Recherchen stoppen wollte. Nur welche?

Die Arbeitshypothese der Polizei lautet: organisierte Kriminalität. Der Kreis derer, die ein Motiv haben könnten, ist in der Tat groß. Die Camorra? Die 'Ndrangheta? Die libysche Öl-Mafia? Alles möglich.

Nur: All das war nie Schwerpunkt von Daphnes Arbeit – anders als die maltesische Politik. In Kneipen, Cafés und Hotels ist das allen bekannt, dort werden fast immer maltesische Spitzenpolitiker als Hintermänner vermutet. Die Polizei ignoriert nach SZ-Erkenntnissen diese Linie bislang jedoch: Kein einziger der Politiker, über die sie in ihren letzten Monaten berichtet hat, wurde bislang vernommen. Als ob die Panama-Firmen des Stabschefs und eines Ministers, ihre Vorwürfe gegen den Premierminister, ihre Fehde mit dem Wirtschaftsminister, als ob all das nicht wenigstens untersucht gehörte.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Und dann erreicht Reporter des Daphne-Projekts der Hinweis, Wirtschaftsminister Cardona sei mit Alfred Degiorgio gesehen worden. Zwei anonyme Quellen berichten unabhängig voneinander, die beiden hätten sich sowohl vor, als auch nach dem Mord in einer Bar getroffen, seien vertraut gewesen, wären sogar gemeinsam kurz Spazieren gegangen um eine nahe Kirche. Angeblich gibt es noch weitere Zeugen, deren Namen dem Ermittlungsrichter bekannt seien.

Der Wirtschaftsminister und einer der mutmaßlichen Killer?

Kann man das glauben? Christian Cardona beteuert, er erinnere sich an „kein Gespräch“ mit einem der Verdächtigen, und es habe „definitiv keine Verabredung“ mit einem von ihnen gegeben. Alles andere seien „haltlose Gerüchte und Spekulationen“.

Nun machte es Cardona natürlich nicht zu einem Verdächtigen, wenn er Degiorgio getroffen hätte. Aber es ist ein Hinweis, dem die Polizei nachgehen muss.

Furchtbarerweise endet dieser Text, sechs Monate nach ihrem Tod, mit einer Frage: Wer ließ Daphne ermorden?

Matthew, ihr ältester Sohn, ist skeptisch, ob die Drahtzieher je verhaftet werden. Das heißt aber noch lange nicht, dass er aufgeben würde: „Wir können uns davon nicht abhalten lassen“, sagt er, „wir müssen weitermachen.“

Auch das Daphne-Projekt wird weitergehen.

Kasten „Forbidden Stories“

In den vergangenen fünf Monaten arbeiteten 45 Journalisten von 18 Medienhäusern aus 15 Ländern gemeinsam an Geschichten, die Daphne Caruana Galizia vor ihrem Tod recherchiert hatte – das „Projekt Daphne“. Koordiniert wurde die Kooperation von der gemeinnützigen Rechercheplattform „Forbidden Stories“ – die Recherchen von ermordeten oder inhaftierten Journalisten fortzusetzen will. „Forbidden Stories“ wird vom Omidyar Network finanziert, der Stiftung des E-Bay-Gründers Pierre Omidyar.

2

Wer hat sie umgebracht?

Vor sechs Monaten wurde auf Malta die Journalistin Daphne Caruana Galizia mit einer Autobombe getötet. Wieder und wieder hatte sie über die Zustände in ihrem Land berichtet: Über einen Premierminister, der maltesische Pässe an reiche Russen verkauft, und ranghohe Politiker, die Offshore-Firmen besitzen. Dann schlugen die Mörder zu

Von Hannes Munzinger, Bastian Obermayer, Holger Stark und Fritz Zimmermann, DIE ZEIT Nr. 17, 19.04.2018

Die Mörder warten bis tief in die Nacht. Am 16. Oktober 2017 schalten sie um 1.41 Uhr das erste Handy ein, ein sogenanntes Burner-Phone, ein Wegwerfgerät, ausschließlich für das Attentat gedacht. Ein paar Minuten später, um 1.46 Uhr, aktivieren sie ein zweites Gerät. Laut den Ortungsdaten befinden sich die Handys in der Nähe des Dorfes Bidnija, im Norden der Insel Malta.

Als um kurz nach sechs die Sonne aufgeht, hat sich einer der Attentäter bei den Überresten einer Kanonenstellung postiert, die die Briten im 19. Jahrhundert auf einem Hügel errichteten. Von hier oben reicht der Blick weit über das Land, über die

Gewächshäuser, in denen die Bauern Tomaten anbauen, die Hauptstraße, die sich durch den Norden Maltas schlängelt. Man erkennt auch das Landhaus der Journalistin Daphne Caruana Galizia am Ende einer schmalen Stichstraße.

Bei dem Mann auf dem Hügel handelt es sich offenbar um Alfred Degiorgio, das legen DNA-Spuren an einem Zigarettenstummel nahe, den die Polizei später bei der Geschützstellung sicherstellen wird. Degiorgio ist 53 Jahre alt und zählt zu einer Bande maltesischer Krimineller. Vor ein paar Monaten hat er ein weißes Sportboot mit grüner Sonnenabdeckung gekauft, die Maya.

An diesem Montagmorgen gleitet die Maya gegen 7.55 Uhr aus dem Hafen, eine Kamera am Kai filmt das vorbeifahrende Boot. Es wird von Alfreds Bruder George Degiorgio, 55, gesteuert, ebenfalls Mitglied der Bande und offenbar allein an Bord. Er hat ein weiteres Burner-Phone bei sich, das werden die Ermittlungen der Polizei ergeben, mit dem die Bombe später aus der Ferne gezündet wird. Das Boot bezieht Position südöstlich vom Hafen, unterhalb eines Denkmals, in Sichtweite der Küste.

Die Falle ist aufgestellt, die Mörder lauern. Jetzt muss das Opfer nur noch hineintappen.

Daphne Caruana Galizia, 53, setzt sich nach dem Frühstück mit einem Kaffee an den lang gezogenen dunklen Holztisch in ihrem Wohnzimmer, an dem sie so gerne arbeitet. Sie mag es, dabei aus dem großen Fenster in den Garten zu schauen.

Neben ihr sitzt ihr ältester Sohn Matthew, wie seine Mutter einen Laptop vor sich. Daphne Caruana Galizia schreibt E-Mails, später muss sie noch zur Bank. Seit Monaten hat sie keinen Zugang mehr zu ihrem Konto, der Wirtschaftsminister hat es per Gerichtsbeschluss sperren lassen. Caruana Galizia liegt im Streit mit der maltesischen Regierung. Viele der Berichte, die sie auf ihrem Blog veröffentlicht, handeln von staatlicher Korruption.

Sie komme zu spät zu ihrem Termin in der Bank, sagt Caruana Galizia nach einigen Stunden stillen Arbeitens zu ihrem Sohn, springt auf und verlässt das Haus. Die schwere Eichentür fällt hinter ihr ins Schloss – und öffnet sich gleich wieder. Sie habe das Scheckbuch vergessen, ruft Caruana Galizia lachend und verabschiedet sich mit einem fröhlichen »bye«. Sie läuft durch das gusseiserne Tor und steigt in einen

anthrazitfarbenen Peugeot 108. Der Wagen rollt langsam über die ungeteerte Stichstraße voller Schlaglöcher, dann biegt Caruana Galizia auf die Hauptstraße ein und beschleunigt.

Der Tod erreicht sie per SMS, der Text lautet »REL1=On«. Die Nachricht löst einen elektronischen Impuls aus.

Um 14.58:55 Uhr explodiert die Bombe.

Die Detonation ist weithin zu hören. Ein Augenzeuge wird später berichten, er habe zuerst an einen Gewehrschuss gedacht. Funken sprühen, Autoteile lösen sich und fliegen durch die Luft, aber noch rollt der Wagen weiter, noch lebt Caruana Galizia. Der Augenzeuge kann durch die Windschutzscheibe ihren panischen Blick erkennen, er hört ihren Schrei, mit einer Vollbremsung bringt sie den Wagen zum Stehen.

Dann eine zweite Detonation.

Die Wucht schleudert den Peugeot aus der Kurve. In einem Gerstenfeld geht er in Flammen auf, direkt unter der alten Kanonenstellung. Der Mörder auf dem Hügel kann zusehen, wie sein Opfer verbrennt.

George Degiorgio, den die Ermittler verdächtigen, die Bombe von Bord der Maya aus gezündet zu haben, schickt seiner Frau eine SMS: »Kauf mir eine Flasche Wein, Liebling.«

Autobomben, die Journalisten in die Luft jagen, davon liest man in Berichten aus Bogotá oder Beirut. Aber in einem wohlrespektierten Mitgliedsland der Europäischen Union? Wie kann es sein, dass hier ein solcher Anschlag möglich ist? Und wer könnte die Mörder beauftragt haben?

Dieses Dossier handelt von einer verschworenen Gemeinschaft, die auf Malta die Macht übernommen hat und Politik, Finanzgeschäfte und persönliche Vorteile auf das Vortrefflichste miteinander vermischt.

Es handelt auch von einer Reporterin, die diesen und anderen Machenschaften nachging und dabei ihr Leben verlor.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Was sich auf Malta ereignet hat, ist ein weltumspannendes Lehrstück über eine globale Elite, die mit Offshore-Konten, Zweitpässen und Millionenüberweisungen hantiert, als gäbe es keine Grenzen und keine Regeln.

In Kooperation mit einer Gruppe europäischer Medien und der Rechercheplattform Forbidden Stories hat die ZEIT diese Ereignisse rekonstruiert und neue Spuren verfolgt. In den vergangenen sechs Monaten werteten Reporter Ermittlungsakten der Polizei, die Panama Papers, die der Süddeutschen Zeitung zugespielt wurden, sowie unveröffentlichte E-Mails und Dokumente aus. Sie besuchten Caruana Galizias Ehemann, der sie durch das Haus in Bidnija führte, in dem die Journalistin bis Minuten vor ihrem Tod gearbeitet hatte. In Brüssel und Berlin trafen sie die Söhne der Journalistin, in Malta befragten sie ihre Freunde und Gegner sowie Anwälte und Parlamentarier. Sie sprachen mit aktiven und ehemaligen Polizisten und Finanzbeamten, die ein Gefühl eint: Angst.

Denn Malta mag zwar Mitglied der EU sein, aber um die Demokratie ist es dort derzeit schlecht bestellt. Polizisten, die es wagen, im Umfeld des Premierministers zu ermitteln, werden gefeuert oder versetzt. Ermittlungsverfahren mit Bezügen zur Regierung werden eingestellt oder führen zu nichts. Auf Malta ist nicht nur die Pressefreiheit in Gefahr, sondern auch der Rechtsstaat und damit die Sicherheit Europas, das von der Insel aus ohne Grenzkontrollen zu erreichen ist.

Die pittoresken Überbleibsel aus dem Mittelalter und die schmalen Gassen der Hauptstadt Valletta verleihen Malta einen besonderen Charme. Aber da ist auch eine andere Seite. Die sizilianische Mafia betreibt hier Kasinos, libysche Warlords schmuggeln Öl, vor allem aber wird das Land seit fünf Jahren von einer Clique regiert, die Politik und Privates schamlos miteinander vermengt. Kaum ein Großprojekt, bei dem es nicht Korruptionsvorwürfe gibt, kaum ein staatlicher Auftrag, bei dem nicht Günstlinge der Regierungspartei bedacht werden. Die Spuren des Geldes führen nach Panama und Aserbaidschan, nach Zürich, Dubai und in den Iran. Und nicht selten beginnen sie im Umfeld des maltesischen Premierministers Joseph Muscat.

Als Muscats sozialdemokratische Labour Party am 9. März 2013 die Wahlen gewinnt, wird in Valletta gefeiert. In der Altstadt, vor dem Sitz der neuen Regierungspartei, tanzen die Menschen in den Gassen, Feuerwerk steigt in den

Abendhimmel, Autos fahren hupend über die Insel. Nach 15 Jahren Opposition hat Muscat die Labour Party zurück in die Regierung geführt. Der künftige Premier ist am Wahlabend erst 39 Jahre alt, er sagt: »Für alle geht die Sonne auf.«

Mit seiner Frau Michelle, die gerne edle Abendkleider und schwere Halsketten zur Schau trägt, bildet Joseph Muscat Vallettas neues Traumpaar. »Joseph ist ein Vordenker, der seinen Mitmenschen oft zwei Schritte voraus ist«, schwärmt Glenn Bedingfield.

Bedingfield, 43, ist ein großer, massiger Mann, er und Muscat kennen sich seit mehr als 25 Jahren. Anfang der Neunziger arbeiteten sie beide als Praktikanten bei einer maltesischen Zeitung, da waren sie gerade volljährig. »Joseph hat damals gesagt, er werde nie für ein politisches Amt kandidieren«, erinnert sich Bedingfield. »Aber wir haben beide schnell herausgefunden, dass unsere Welt die Politik ist.«

Nach dem Wahlsieg 2013 wird Bedingfield Mitarbeiter in Muscats Büro. Der neue Premierminister scharf in der Castille, dem Palast des Regierungschefs, einen Kreis von Vertrauten um sich. Neben Bedingfield ist da der Geschäftsmann Keith Schembri, der sich selbst als »besten Freund« des Premiers bezeichnet und sein Stabschef wird. Da ist Konrad Mizzi, der jugenhaft aussehende Minister für Energie. Und schließlich Brian Tonna, ein drahtiger, kahlköpfiger Finanzunternehmer, der kein offizielles Amt bekleidet, aber, wie man heute weiß, als eine Art inoffizieller Chefbuchhalter fungiert. Unbemerkt von der Öffentlichkeit beginnt Tonna damit, ein Finanzgeflecht zu knüpfen, mit dem die Regierungsclique heimlich Geschäfte abwickeln kann.

Nur zehn Tage nach der Wahl, am 19. März 2013, wird über die berüchtigte panamaische Kanzlei Mossack Fonseca, einen der weltweiten Marktführer für die Einrichtung von Briefkastenfirmen, ein Unternehmen auf den Jungferninseln eröffnet. Der Name: Willerby Trade Inc. Der Eigentümer: Brian Tonna.

Kurz darauf, im Mai 2013, gründet Tonna einen maltesischen Ableger von Mossack Fonseca. Seine Mitarbeiter lassen Anfang Juli drei weitere Firmen in Panama eintragen: Tillgate Inc., Hearnville Inc. und Egrant Inc. Das erste Unternehmen wird Keith Schembri gehören, dem Stabschef des Premierministers, das zweite dem

Energieminister Konrad Mizzi. Die dritte Firma, Egrant, wird später eine Regierungskrise auslösen.

In den Tagen nach der Wahl macht sich die neue Regierung daran, ihre Wahlversprechen wie freies WLAN für alle und eine Sozialversicherung für Fischer umzusetzen. Muscat trifft allerdings auch eine Entscheidung, die in keinem Wahlprogramm stand: Der Premierminister will maltesische Pässe zum Kauf anbieten.

Normalerweise hängt die Staatsbürgerschaft eines Menschen von der Nationalität seiner Eltern oder seinem Geburtsort ab, in den meisten Ländern kann man nach jahrzehntelangem Aufenthalt einen Antrag auf Einbürgerung stellen, manchmal muss man dann komplizierte Fragen zur Geschichte des jeweiligen Landes beantworten. Eine Staatsbürgerschaft zählt zu den wenigen Dingen auf der Welt, die sich nicht kaufen lassen.

Joseph Muscat ändert das. Er verwandelt die maltesische Staatsbürgerschaft in eine Ware, in ein kapitalistisches Gut, das man für Geld erwerben kann wie eine Villa mit Swimmingpool. Muscat arbeitet dabei mit einem Mann zusammen, der Spezialist für den Handel mit Staatsbürgerschaften ist. Er heißt Christian Kälin, Spitzname: »der Passkönig«.

Malta, The Westin Dragonara Resort in St. Julian's, ein Treffen mit Kälin an einem Donnerstagmorgen im März 2018. In der Lobby plätschert Klaviermusik, Christian Kälin empfängt in einem Konferenzraum im Erdgeschoss, am Revers seines Anzugs steckt ein Pin mit dem Logo des Unternehmens, dessen Chef er ist: Henley & Partners. Kälin, 46, ist ein Schweizer Jurist, er pendelt zwischen Zürich und London und ist mit einer Frau aus Asien liiert. Seine Firma hat er als eine komplizierte Schachtelkonstruktion aufgebaut. Aus den Panama Papers und einem internen, vertraulichen Firmenorganigramm geht hervor, dass hinter einem Großteil des Unternehmens lange Zeit eine malaysische Verwandte Kälins als Begünstigte stand. Gerüchteweise besitzt er fünf Pässe, die genaue Zahl möchte er nicht verraten. Eine Zeit lang firmierte Kälin als Honorarkonsul des karibischen Inselstaats St. Kitts und Nevis.

Früher als andere hat der Schweizer eines der letzten Hemmnisse der Globalisierung identifiziert. Die transnationale Elite von heute ist mobil wie keine Generation vor ihr. Sie verfügt über Wohnsitze überall auf der Welt und bewegt ihr Vermögen in Sekundenschnelle per Tastendruck um den Globus. Es gibt nur eines, was Multimillionäre aus Russland, dem Iran oder Aserbaidschan mitunter daran erinnert, dass sie Bürger Russlands, des Iran oder Aserbaidschans sind: ihr Reisepass.

So ein Pass kann lästig sein, wenn zum Beispiel der Westen Sanktionen gegen Russland verhängt und russischen Unternehmern profitable Geschäfte in Europa auf einmal verboten sind. Es sei denn, man hat einen zweiten Pass.

Als Christian Kälin um die Jahrtausendwende bei Henley & Partners einsteigt, steht der Handel mit Staatsbürgerschaften noch ganz am Anfang. Er macht daraus innerhalb weniger Jahre ein Multimilliarden-Geschäft.

Kälin ist viel zu klug, um nicht zu wissen, wie umstritten sein Gewerbe ist. »Politisch kann man sich gut auf die Position stellen, dass es so etwas eigentlich gar nicht geben sollte«, sagt er in dem Hotel auf Malta. Andererseits ähnele die Staatsbürgerschaft in Ländern wie Deutschland einer Clubmitgliedschaft, bei der die politischen Rechte des Einzelnen eher in den Hintergrund getreten seien. »Die Leute interessieren sich dafür, was sie für ihr Geld bekommen«, sagt er. Deshalb sei es legitim, zu fragen, warum man diese Zugehörigkeit nicht für einige wenige Auserwählte öffne.

Zu Beginn gelingt es Kälin, die Regierungschefs teils korrupter, teils heruntergewirtschafteter Inselparadiese in der Karibik davon zu überzeugen, dass sich mit dem Verkauf von Staatsbürgerschaften viel Geld machen ließe. Bald vermittelt er im Auftrag von St. Lucia sowie St. Kitts und Nevis. In der Karibik paktiert Kälin mit einem Unternehmen, das heute weltweit berüchtigt ist: Strategic Communications Laboratories (SCL), die Muttergesellschaft von Cambridge Analytica – jener Firma, die derzeit im Zentrum des Facebook-Skandals steht, weil sie die Daten von mehr als 87 Millionen Personen missbraucht hat.

Kälin handelt nicht nur mit Staatsbürgerschaften, er macht auch Politik. Interne Mails zwischen ihm und SCL dokumentieren, wie er Ende 2010 hinter den Kulissen

die Fäden zieht, um auf der Karibikinsel St. Vincent seinem bevorzugten Kandidaten zum Wahlsieg zu verhelfen. Im November 2010 ködert er den Politiker sogar in einer persönlichen Mail, es gebe einiges, »was wir im Falle eines Wahlsiegs für Sie tun können«. Er verspricht, mehrere Großinvestoren stünden bereit, um einen Flughafen, Einkaufszentren und Autobahnen zu bauen.

Öffentlich beteuert Kälin stets, sich nie in Wahlkämpfe einzumischen. Aber der Mailverkehr belegt, dass er seinen präferierten Kandidaten nicht nur berät, sondern nach dessen Wahlniederlage auch den Entwurf einer Rede verschickt, wonach der Mann die Schlappe nicht anerkennen soll.

Mitunter wirkt es, als tanzten die karibischen Politiker wie Puppen an den Schnüren von Kälin und SCL. Auf Nachfrage während des Gesprächs auf Malta sagt Kälin, er habe mit SCL zwar »vor längerer Zeit Kontakt in der Karibik gehabt, aber mittlerweile seit Langem nicht mehr«. Eine neue Kooperation sei »aus Datenschutzbedenken« nicht zustande gekommen.

Im Frühjahr 2011 ist es ein bei SCL ausgeschiedener Mitarbeiter, der Kälin mit der Spitze der maltesischen Labour Party in Verbindung setzt.

»In Sachen Malta gibt es interessante Entwicklungen«, schreibt der ehemalige SCL-Mann am 2. Juni 2011 an Kälin. »Ich kann Dich dem Oppositionsführer vorstellen, wenn das hilft? Er ist jung, sehr zielstrebig und sehr aufgeschlossen gegenüber internationalen Investitionen. Viele sagen, er werde gewinnen. Vorstellung gewünscht?«

»Gute Idee«, antwortet Kälin.

Der junge, aufstrebende Oppositionspolitiker heißt Joseph Muscat und wird zwei Jahre später zum Premierminister gewählt.

Karibikstaaten wie St. Kitts und Nevis oder St. Lucia mögen Traumdestinationen für einen Strandurlaub sein – als erstklassige Referenz für weltweit agierende Geschäftsleute taugen sie aber nur bedingt. Die Karibik ist bestenfalls globale Economyclass.

Maltas Reisepässe hingegen tragen das Gütesiegel der Europäischen Union. Wer die maltesische Staatsbürgerschaft besitzt, ist dank europäischer Reiseabkommen in

wenigen Stunden in Berlin, Paris oder London, ganz ohne Grenzkontrollen, ein respektierter Bürger einer der angesehensten Regionen der Welt. Malta ist das Tor zur geopolitischen Freiheit, die globale First Class.

Im Herbst 2013 wird das maltesische Passprogramm verabschiedet, einen Tag vor Heiligabend ein erweiterter Vertrag unterzeichnet. Bei Henley & Partners nennen sie ihn »das Weihnachtsgeschenk«. Denn Kälins Unternehmen fungiert in dem Vertrag als exklusiver Partner der Regierung. Wer Neubürger Maltas werden möchte, muss 650 000 Euro an die Regierung bezahlen, weitere 150 000 Euro in einen maltesischen Investmentfonds investieren und auf der Insel eine Wohnung für mindestens 350 000 Euro kaufen oder langfristig mieten. Henley & Partners verdient an jeder verkauften Staatsbürgerschaft vier Prozent. Vorerst ist das Programm auf 1800 Pässe beschränkt. Insider schätzen, dass die Staatsbürgerschaften und damit zusammenhängende Investitionen zwischen 70 und 100 Millionen Euro in Henleys Kassen spülen.

Das Geschäft mit den Reisepässen hilft Joseph Muscat, sein größtes Problem zu lösen: den defizitären Staatshaushalt. Malta ist hoch verschuldet. Nun fließt viel Geld. Etwa zwei Milliarden Euro hat Malta nach Schätzung von Kälins bis heute durch den Verkauf der Staatsbürgerschaften eingenommen. Für ein kleines Land mit einem Bruttoinlandsprodukt von nur rund zehn Milliarden Euro eine beträchtliche Summe. Der Deal, schwärmt Muscat am Rande einer feierlichen Zeremonie 2013, werde dabei helfen, eine »prähistorische Wirtschaft« in die Moderne zu überführen.

Als jedoch das maltesische Parlament Einsicht in den Vertragstext verlangt, weigert sich der Premier. Muscat lässt lediglich eine an mehr als einem Dutzend Stellen geschwärzte Version vorlegen. Offenbar gibt es eine Reihe von Absprachen, die unbedingt geheim bleiben sollen.

Nach Informationen der ZEIT verbirgt sich hinter den unkenntlich gemachten Abschnitten eine Zusage über eine erhöhte Provision für Henley von bis zu fünf Prozent pro Staatsbürgerschaft, sollte eine bestimmte Anzahl von Pässen bis Ende 2019 verkauft sein. Hinzu kommt die Absicht, das Programm nach Verkauf der ersten 1800 Pässe weiterzuführen – ein politisch delikates Vorhaben. Denn die EU-

Kommission hält die maltesische Regierung an, den Handel mit Staatsbürgerschaften streng zu begrenzen.

Juristisch hat der Rest Europas allerdings keine Handhabe. Das Recht, eine Staatsbürgerschaft zu gewähren oder zu verweigern, gehört zu den vornehmsten Privilegien eines jeden souveränen Staats. Während ein paar Dutzend Seemeilen weiter nördlich, auf Sizilien, täglich neue Boote voller Flüchtlinge eintreffen, sind die Migrant*innen, die es von nun an nach Malta verschlägt, Millionäre. Die Namen der Antragsteller lässt die maltesische Regierung von privaten Firmen überprüfen, dazu werden sie durch verschiedene Datenbanken der Polizei gejagt. »Malta ist mit Abstand das sauberste und transparenteste aller Staatsbürgerschafts-Programme«, behauptet Christian Kälin. »Das sind alles ideale EU-Neubürger.« Wirklich?

Die meisten Passkäufer stammen aus Saudi-Arabien, China, Russland. Allein mehrere Hundert Russen wurden seit der Einführung des Programms eingebürgert – vor allem Geschäftsleute, die mit der neuen EU-Staatsbürgerschaft offenbar mögliche Sanktionen des Westens umgehen wollen. Unter ihnen sind schillernde Persönlichkeiten wie Arkadi Wolosch, Milliardär und Gründer von Yandex, der größten Internet-Suchmaschine Russlands. Er steht auf der Schwarzen Liste von Putin-Helfern, die von der US-Regierung im Januar veröffentlicht wurde, und ließ sich mit seiner Familie einbürgern.

Oder Oleg Muradjan, der frühere Präsident einer Tochterfirma der russischen Staatsbank.

Oder Boris Mints, russischer Milliardär, der sein Vermögen mit einer Investmentfirma gemacht hat.

Ihnen allen hilft der neue Pass bei Firmengründungen und Kontoeröffnungen, er macht aus suspekten Russen angesehene Malteser und damit EU-Bürger.

Joseph Muscats Regierung*clique hat ein hochprofitables Geschäft mit Staatsbürgerschaften eingeführt, und sie verfügt über ein klandestines Firmengeflecht in Panama. Was ihr noch fehlt, ist eine Möglichkeit, größere Geldsummen zu bewegen, ohne lästige Fragen beantworten zu müssen. Sie braucht eine Bank, die nicht

so genau hinschaut. Da fügt es sich gut, dass der Schweizer Christian Kälin einen Iraner namens Ali Sadr kennt.

Sadr ist ein geschmeidiger Unternehmer mit zurückgegelten schwarzen Haaren. Sein Vater, ein Milliardär, wird der »Bill Gates des Iran« genannt. Sadr hat an der renommierten Cornell-Universität an der amerikanischen Ostküste studiert, seit 2013 lebt er in Washington. Seine Frau mit den zwei Kindern residiert in London.

Der Iraner würde gerne in das Bankgeschäft einsteigen, aber mit seinem iranischen Pass darf er es nicht. Der Iran steht auf den Sanktionslisten der USA und der EU ganz oben.

Aber es gibt ja Henley & Partners: Kälins Firma vermittelt Sadr eine Staatsbürgerschaft von St. Kitts und Nevis. Damit ist Ali Sadr geschäftsfähig.

Im Oktober 2013, als Henley & Partners das neue maltesische Passprogramm mit einer pompösen Konferenz in einem Londoner Luxushotel feiert, bringt Kälin den Iraner mit dem maltesischen Premierminister zusammen. Augenzeugen erinnern sich, wie Joseph Muscat, dessen Stabschef Keith Schembri und Ali Sadr anschließend gemeinsam in einem Hinterzimmer verschwanden. Sadr habe damals »Interesse an einem Treffen mit dem Premierminister gehabt«, erinnert sich Kälin. Nach einer »kurzen Einführung« habe es weitere »bilaterale Treffen zwischen Mr. Sadr und dem Premierminister« gegeben, an denen er, Kälin, nicht mehr beteiligt gewesen sei.

Anfang Januar 2014, ein paar Wochen nach der Begegnung in London, erhält Sadr eine Lizenz der maltesischen Finanzbehörden. Sein Geldinstitut benennt er nach einem Berg in der Schweiz: Pilatus Bank.

Zu Sadrs ersten Kunden zählt Keith Schembri, Muscats Stabschef, der bei der Pilatus Bank ein Konto eröffnet. Brian Tonna, der kahlköpfige Finanzunternehmer, richtet bei der neuen Bank nicht nur ein Konto für sein Unternehmen ein – nach Aussage von Ali Sadrs ehemaliger Assistentin, mit der die ZEIT gesprochen hat, schaut er auch regelmäßig persönlich in der Bank vorbei und führt dem Geldhaus neue Kunden zu, viele von ihnen aus dem Ausland.

Auf einem von Tonnas Konten bei Pilatus gehen bald 166 831 Euro ein, eingezahlt von drei Russen. Die Russen zählen zu den Millionären, die einen

maltesischen Pass erwerben wollen. Nach Angaben von Beteiligten durfte Tonnas Firma auf ausdrücklichen Wunsch des Stabschefs Schembri als Vermittler in das Passgeschäft einsteigen. Bei dem Geld handelt es sich offenbar um einen Teil der Gebühren.

100 000 Euro davon leitet Tonna auf das Pilatus-Konto von Schembri weiter. Als maltesische Finanzermittler auf das Konto stoßen und nachfragen, was es mit der Überweisung auf sich habe, präsentiert Tonna eine überraschende Erklärung: Muscats Stabschef habe ihm vor einiger Zeit 100 000 Euro geliehen, weil er, Tonna, wegen seiner Scheidung finanziell ins Trudeln geraten sei. Nun habe er die Schulden beglichen.

Der Geldfluss und die fadenscheinige Begründung wären eigentlich ein Fall für die Polizei, steht doch der Verdacht im Raum, dass der Stabschef Geld von Tonna erhalten hat als Dank dafür, dass er diesen an dem lukrativen Passprogramm beteiligt hat.

Doch der Polizeichef wird in Malta direkt vom Premierminister ernannt. Er müsste also gegen den Stabschef seines eigenen Vorgesetzten ermitteln. Als die Finanzermittler ihren Bericht im April 2016 an die Polizei übergeben und um die Einleitung eines Verfahrens bitten, tritt der Polizeichef am nächsten Tag zurück, offiziell aus gesundheitlichen Gründen.

Vom Restaurant des Grand Hotel Excelsior bei Valletta hat man eine wunderbare Aussicht über den leuchtenden Hafen und die Yachten der Reichen, die dort zum Überwintern anlegen. An einem Abend im November 2017 erscheint Jonathan Ferris mit seiner Frau und seinem Anwalt zum Essen. Ferris war ein hochrangiger Finanzermittler, ein Gegenspieler der Regierungsclique. Bis man ihn aus dem Weg räumte.

An diesem Abend sieht Ferris verstört aus. Er sei am Morgen um 5.45 Uhr beim Spaziergang mit dem Hund von einem Auto verfolgt worden, erzählt er. Ohne Licht sei der Wagen hinter ihm hergefahren, im Schrittempo. Ferris hat danach seine Pistole aus dem Safe geholt, fürs nächste Mal, um sich verteidigen zu können. Er fürchtet um sein Leben.

Sechs Jahre habe er bei der Polizei gearbeitet, erzählt Ferris, Abteilung für Wirtschaftskriminalität. Ende 2016 wechselt er zur FIAU, einer Spezialeinheit für Finanzermittlungen, und wird dort Leiter der Analyseeinheit, die sich unter anderem mit der Pilatus Bank beschäftigt.

Im März 2017 verfasst seine Abteilung einen internen Bericht, in dem Energieminister Konrad Mizzi Geldwäsche und Korruption vorgeworfen wird. Dabei geht es unter anderem um dubiose Zahlungen in Zusammenhang mit der aserbaidischen Staatsfirma Socar. Auch Stabschef Schembri taucht in dem Bericht auf. Der Report liegt der ZEIT vor, er ist 110 Seiten dick und bis heute unveröffentlicht. Eine zentrale Rolle spielen die panamaischen Offshore-Firmen, die dem Energieminister zugerechnet werden. Es fehle eine Erklärung, warum die Offshore-Firmen ausgerechnet zu der Zeit aktiviert wurden, »als die maltesische Regierung mehrere Vereinbarungen schloss, die direkt das Ministerium von Konrad Mizzi betrafen«, so die Ermittler. Es bestehe ein »hinreichender Verdacht der Geldwäsche«.

Es ist der vierte Bericht der Finanzeinheit innerhalb eines guten Jahres, der Korruptionsvorwürfe gegen Regierungsmitglieder auflistet. Die Finanzbehörde leitet die fertigen Berichte an die Polizei weiter, doch die nimmt keine Ermittlungen auf.

Die maltesische Öffentlichkeit erfährt nichts von alledem. Dann beginnt die Journalistin Daphne Caruana Galizia, über die Offshore-Firmen zu berichten.

Vor einem Jahr, am Nachmittag des 20. April 2017, veröffentlicht sie auf ihrem Blog eine Recherche, wonach es eine Zahlung von rund einer Million Dollar von einem Konto bei der Pilatus Bank auf ein Konto der panamaischen Offshore-Firma Egrant Inc. in Dubai gegeben habe – einer der drei Firmen, die Muscats Freund Brian Tonna kurz nach der Wahl gegründet hatte.

Absender der Million laut Caruana Galizia: ein Unternehmen, das den Töchtern des aserbaidischen Präsidenten Ilham Alijew gehört. Alijew regiert sein Land seit 2003 mit eiserner Hand. Mit Muscat hat er einen milliardenschweren Energiedeal abgeschlossen, der Malta mit aserbaidischem Gas versorgen soll.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Am Abend desselben Tages veröffentlicht die Journalistin einen zweiten Text. Darin behauptet sie, Michelle Muscat, die Frau des Premiers, sei die Begünstigte von Egrant Inc. Als vermeintlichen Beweis legt sie die angebliche Besitz-Vereinbarung im Wortlaut vor, allerdings eine Abschrift, deren Echtheit unbewiesen ist.

Die beiden Texte versetzen Malta in Aufruhr. Sie scheinen zu belegen, dass die Korruption bis hinauf zum Premierminister reicht. Noch am selben Abend bestreitet Joseph Muscat die Vorwürfe in einer Pressekonferenz. Weder er noch seine Frau, noch sonst jemand in seiner Familie besäßen ein Unternehmen.

In derselben Nacht filmt ein Kamerateam am Firmensitz der Pilatus Bank, wie Ali Sadr das Gebäude mit mehreren Reisetaschen durch den Seiteneingang verlässt. Wenige Stunden später, um vier Uhr morgens, startet ein Privatjet vom Flughafen Malta. Das Reiseziel: Baku, die Hauptstadt von Aserbaidshan. Die Fluglinie, spezialisiert auf die Vermietung von Privatjets, wird später behaupten, es seien keine Passagiere an Bord gewesen. Kurz darauf schließt die maltesische Tourismusbehörde einen Werbevertrag mit der Firma ab und überweist dem Unternehmen eine Million Euro.

Am nächsten Tag legt Caruana Galizia nach. Sie beschreibt, wie bei der Pilatus Bank ein Konto für die Schwester von Ali Sadr eröffnet worden sei. Von dem Konto seien 400 000 Euro in die USA überwiesen worden. Die Empfängerin, behauptet Caruana Galizia, sei eine Freundin und Geschäftspartnerin von Michelle Muscat.

Wieder dementiert der Premierminister. Sein Freund Glenn Bedingfield spricht von »der größten politischen Lüge der Geschichte Maltas«.

Die Enthüllungen sind der Beginn einer Regierungskrise. Der schwer angeschlagene Muscat ruft Neuwahlen aus. Das Volk soll über seine Schuld oder Unschuld entscheiden. Niemand anderes. Wer wirklich hinter Egrant steckt, bleibt unklar. Bis heute.

Jonathan Ferris, der Finanzermittler, glaubt, er hätte das Rätsel lösen können. Seinen Chefs habe er erklärt, sein Team auf die Firma ansetzen zu wollen. Am nächsten Morgen, im Juni 2017, habe man ihn ins Büro gerufen und fristlos entlassen.

Die offizielle Begründung lautet, er sei seiner Aufgabe nicht gewachsen. »Sie wollten nicht, dass ich das Egrant-Rätsel löse«, meint Ferris.

Bei einer Durchsuchung der Pilatus Bank finden Ferris' Kollegen heraus, dass die Familie des aserbaidischen Präsidenten Alijew, über dessen Gasgeschäfte mit Malta Caruana Galizia geschrieben hatte, tatsächlich Verbindungen zur Pilatus Bank unterhält. Ein großer Teil der Konten gehören Eigentümern aus Aserbaidschan. Einige der Konten besitzen laut Ermittlern die beiden Töchter Alijews. Allein auf einem davon sollen sich mehr als 100 Millionen Euro befunden haben, so erzählt es ein Finanzermittler, der Einblick in die Pilatus-Konten hat.

Auch die Söhne des aserbaidischen Energieministers führen rund ein Dutzend Konten bei Pilatus. Damit bauen sie ein Netz aus Firmen und Immobilien in Europa auf. Insider geben an, dass häufig Gelder zwischen den Konten hin- und hergeschoben werden. Die Bank auf Malta ist für die Aserbaidschaner offenbar nicht nur ein Einfallstor nach Europa, sondern auch eine gute Möglichkeit, die Spuren des Geldes zu verschleiern. »Die Bank ist eine riesige Geldwaschanlage«, sagt der deutsche EU-Parlamentarier Sven Giegold. Und sein Kollege Fabio De Masi hält die Insel für »einen staatlichen Rückzugsraum für kriminelle Geschäfte«.

Dank der Hilfe von Joseph Muscats Regierungsklique wächst die Pilatus Bank schnell. Sie eröffnet ein Büro in Zürich, ein weiteres in Dubai, sie expandiert nach London. Als der Pilatus-Chef Sadr heiratet, sitzen Joseph Muscat, seine Frau Michelle und der Stabschef Keith Schembri bei der Hochzeitszeremonie in Italien in einer der vordersten Reihen.

Auf Malta benutzt eine Hyperelite die Politik, um Gewinne zu machen, und die Gewinne, um Politik zu machen. Eine Elite, die es nicht nötig hat, Banken zu überfallen, weil man sie gründen kann, und die es nicht nötig hat, Pässe zu fälschen, weil man sie kaufen kann.

Während der Premierminister Muscat trotz aller Korruptionsgerüchte auf einen Sieg bei den Neuwahlen hofft, wird die Journalistin Caruana Galizia nicht müde, ihn öffentlich zu kritisieren. Den Handel mit den Staatsbürgerschaften bezeichnet sie als »empörend«. Ganz Europa werde darunter leiden, dass die Pässe von »chinesischen

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Aluminium-Milliardären, israelischen Spionagesoftware-Magnaten und jordanischen Kameltreibern« missbraucht würden, schreibt sie auf ihrem Blog Running Commentary. Ihr Tonfall ist aggressiv, feindlich, mitunter vulgär.

Caruana Galizia gehört keiner Partei an, steht aber der konservativen Nationalist Party nahe, obwohl sie in vielen Punkten eher links als rechts argumentiert. Sie selbst bezeichnet sich als »liberale Demokratin«.

An guten Tagen erreicht Caruana Galizias Blog mehr Leser als alle maltesischen Tageszeitungen zusammen. Ihre Fangemeinde ist groß, sie ist zu einer Art Kummerkasten für alle geworden, die nicht mit der Regierung einverstanden sind. Oft kann sie sich vor Informationen kaum retten. Angestellte der Pilatus Bank, ehemalige Beamte der Polizei, Oppositionelle der Nationalist Party – sie alle wenden sich an sie.

Ihr Geld verdient sie eher nebenbei, mit einem Essensmagazin. Für die etablierten Tageszeitungen auf Malta möchte Caruana Galizia nicht mehr schreiben: zu viele Kompromisse. Sie will selbst bestimmen, was sie publiziert. Ihre Vorwürfe sind mal zutreffend, mal überzogen, manchmal auch haltlos.

Ihre Feinde nutzen das, um sie zu attackieren. »Sie war Psychologin und Psychiaterin in einem und dazu nicht nur eine Tratschtante, sondern auch eine Lügnerin«, behauptet Glenn Bedingfield, der Jugendfreund des Premierministers Muscat. »Sie hat uns verachtet.«

2016 eskaliert der Streit. Bedingfield, der in Muscats Büro arbeitet, eröffnet ein Anti-Blog. Mindestens einmal in der Woche schreibt er über Caruana Galizia, oft sogar täglich. Er hat bei Weitem nicht so viele Leser wie sie. In seinen Beiträgen kritisiert er nicht nur ihre Texte, sondern veröffentlicht auch Fotos von ihr, wie sie sich an öffentlichen Orten aufhält, in der Stadt, in Restaurants. Bedingfield betreibt sein Blog, während er für Muscat arbeitet. Ob Muscat davon gewusst habe? Langes Schweigen. »Der Premierminister war dafür offen, weil jeder das Recht hat, sich zu verteidigen«, antwortet Bedingfield schließlich.

Die Anfeindungen verändern das Leben der Journalistin. Caruana Galizia verlässt das Haus nur noch selten. In manchen Restaurants starren die Leute sie an, wenn sie den Raum betritt. In der Altstadt von Valletta wird sie erkannt und verjagt.

An den Strand traut sie sich nicht mehr, aus Angst vor Paparazzi. In die Stadt fährt sie nur noch, wenn sie ins Gericht muss. Ihre Gegner verpassen ihr Spitznamen: »die Hexe von Bidnija«. Oder: »die Hass-Bloggerin«. Oder: »die Galle-Königin«. Das einzige Mal, dass er sie in den vergangenen Jahren glücklich erlebt habe, sei auf der Hochzeit ihres Sohnes Andrew gewesen, sagt ihr Ehemann.

Peter Caruana Galizia ist ein großer Mann mit mächtigem Bauch. Er trägt ein rot-grau kariertes Hemd und eine dunkle Hose. Er sieht müde aus, tiefe Augenringe zeichnen sein gebräuntes Gesicht.

An einem Tag im März 2018 führt er durch das Haus der Familie. Hinter der Eingangstür hängt ein Bild einer Künstlerin, die Daphne Caruana Galizia nach ihrem Tod gezeichnet hat. Sonst ist alles so, wie die Journalistin es hinterließ. Im Wohnzimmer stehen Vasen und Figuren, die sie von ihren Reisen mitbrachte. Die Oliven auf dem Wohnzimmertisch stammen aus dem Garten, gepflückt von einem Baum, den sie gepflanzt hat. Durch das Fenster sieht man den Hügel, auf dem einer der Mörder stand.

Zum ersten Mal spricht Peter Caruana Galizia an diesem Tag über die vergangenen Monate, über seine Frau, über ihr Leben. Und über ihren Tod.

Die beiden lernten sich 1983 kennen, in einer Bar, er war 29 und ein junger Anwalt, sie neun Jahre jünger. Sie habe viel gelesen, sich begeistert über Politik unterhalten, das sei damals bei maltesischen Frauen nicht selbstverständlich gewesen. 1985 heirateten sie, 1991 kauften sie das Haus. »Sie hat es geliebt«, sagt er.

Nach der Geburt der drei Söhne begann Daphne Caruana Galizia zu schreiben. Sie erhielt eine wöchentliche Kolumne bei der Sunday Times of Malta, wurde bekannter, 2008 startete sie ihr Blog. Sie legte sich nicht nur mit der Labour Party an. Als sie über maltesische Rechtsextremisten und deren Hass auf afrikanische Flüchtlinge berichtete, sprühten Unbekannte an die Außenwand ihres Hauses in Bidnija: »Daphne lutscht schwarze Schwänze«. Ein paar Tage später stapelte jemand fünf Autoreifen an die Hauswand und zündete sie mit Petroleum an. Die Familie überlebte nur deshalb, weil einer der Söhne von einer Feier zurückkehrte und die Flammen rechtzeitig entdeckte.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Als Caruana Galizia die Geschäfte der Regierung zunehmend schärfer kritisiert, antwortet diese mit einer weiteren Form des Drucks: Gerichtsverfahren.

Premierminister Muscat, sein Stabschef Schembri, der Minister Mizzi, sie alle reichten Klagen ein. Ein regierungsnaher Geschäftsmann verklagte Caruana Galizia an einem einzigen Tag in 19 Fällen wegen eines Beitrags auf ihrem Blog. »Sie dachten, sie könnten sie damit stoppen«, sagt Peter Caruana Galizia. »Doch Daphne machte einfach weiter.«

Im November 2016 vereinbart der Schweizer Christian Kälin mit Muscat und dessen Stabschef Schembri, Caruana Galizia mit einer neuen Welle an juristischen Drohungen zu überziehen. Eine bekannte Londoner Rechtsanwaltskanzlei mahnt die Journalistin im Auftrag von Kälins Unternehmen Henley & Partners ab. Caruana Galizia soll diffamierende Kommentare von ihrem Blog löschen. »Wir haben nie irgendeinem Politiker irgendetwas gezahlt«, warnt Kälin sie. »Wenn Sie dies weiterhin insinuieren, summiert sich das zu einem Straftatbestand.«

»Ich will mich nicht mit Formalitäten aufhalten«, antwortet ihm Caruana Galizia. Stattdessen beschimpft sie den Premierminister und seinen Stabschef. Sie beschimpft den Tourismusminister und den Wirtschaftsminister, den sie einen Hurenbock nennt. »Sie alle – die Haie, die Sie ›Keith und Joseph‹ nennen – können sich Ihre Briefe und E-Mails in den Arsch stecken.«

Caruana Galizia seien »die Sicherungen durchgebrannt«, glaubt Kälin heute. »Ich habe versucht, ihr zu erklären, dass wir nicht dieses Monster sind. Wir wollten, dass sie uns rauslässt aus diesem politischen Drama.«

Am 26. September 2017 schreibt Caruana Galizia erneut, die von Kälin beauftragte Anwaltskanzlei könne sich »ihre E-Mails in den Arsch schieben«.

Sie hat noch 20 Tage zu leben.

Das maltesische Volk hat seine Entscheidung zu diesem Zeitpunkt bereits getroffen. Die Regierung Muscat mag korrupt sein, ihr mag der Ruf anhaften, mit der Schattenwelt zu paktieren. Aber die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt, den meisten Maltesern geht es gut. Bei den Neuwahlen im Juni 2017 siegt die Labour Party so souverän wie 2013, mit 55 Prozent der Stimmen.

Valletta, Februar 2018. In einem dunklen Gerichtssaal sitzen die mutmaßlichen Mörder von Daphne Caruana Galicia auf der Anklagebank. Rechts Alfred Degiorgio, links sein älterer Bruder George, der auf Malta »der Chinese« genannt wird und der nach Ansicht der Polizei die SMS verschickt hat, die die Bombe zündete. Dazwischen ein dritter Verdächtiger. Harmlos sehen die älteren Herren aus, mit ihrem lichten Haar, ihren faltigen Gesichtern. Doch laut Ermittlern sind sie kaltblütige Mörder. Als die Beamten sie am 4. Dezember festnehmen, hat George Degiorgio die Telefonnummer seiner Frau mit Filzstift auf seinen Unterarm geschrieben. Aus den Ermittlungsakten geht hervor, dass die Verdächtigen von ihrer bevorstehenden Festnahme wussten. Jemand muss sie gewarnt haben.

Der »Chinese« steht im Verdacht, bereits früher an einem Anschlag mit einer Autobombe beteiligt gewesen zu sein, 2016 starb auf diese Weise eine Unterweltgröße, ein Rivale. Die Polizei hat Degiorgios Handy abgehört, auch am Tag der Tat. Und dank der Hilfe von Spezialisten des amerikanischen FBI wissen die Ermittler, dass Alfred Degiorgios Handy vom 7. Oktober an nahezu ununterbrochen in der Nähe von Daphne Caruana Galizias Wohnort eingeloggt war. Offenbar haben die mutmaßlichen Attentäter ihr Ziel in den letzten neun Tagen vor dem Anschlag observiert. Zwei der Burner-Phones werden Taucher der Armee später im Schlick des Hafensbeckens am Liegeplatz der Maya bergen.

Die Frage, wer Daphne Caruana Galizia umgebracht hat, scheint geklärt. Aber wer hat den Auftrag erteilt?

In einem kleinen Ort im Süden Maltas, gegenüber einer mittelalterlichen Kirche aus Sandstein, liegt die Ferdinand's Bar. An den Tischen aus Eichenholz treffen sich Anwälte, Arbeiter, Politiker, eine bunte Mischung. Zu den Stammgästen, erzählt die Barfrau, gehöre ein Mitglied der Regierung: Chris Cardona, der Wirtschaftsminister. Über ihn schrieb Daphne Caruana Galizia im Januar 2017, er habe während eines Staatsbesuchs in Deutschland in Velbert, Nordrhein-Westfalen, ein Bordell besucht. Als Beleg führte sie unter anderem ein Che-Guevara-Tattoo an, das Cardona auf seiner Schulter trage und das einer der Gäste erkannt habe. Der Minister bestritt den Bericht und verklagte die Bloggerin. Caruana Galizias Konto wurde gesperrt, weil sie den

Streitwert von mehr als 40 000 Euro nicht hinterlegen wollte. Deshalb hatte sie am Tag ihres Todes den Termin bei der Bank.

Über Cardona kursiert auf Malta ein Verdacht, der so atemberaubend ist, dass man ihn kaum glauben mag, und den man gleichwohl ernst nehmen muss – weil er durch mindestens zwei Zeugenaussagen gestützt wird und mittlerweile auch den zuständigen Ermittlungsrichter erreicht hat, der den Mord an Caruana Galizia aufzuklären versucht.

Demnach soll sich der Wirtschaftsminister Mitte November, etwa vier Wochen nach dem Anschlag, vor der Ferdinand's Bar mit Alfred Degiorgio unterhalten haben, einem der mutmaßlichen Bombenleger. Die beiden Männer hätten sich in der Bar getroffen und seien dann eine große Runde um die nahe gelegene Kirche spaziert. Das Gespräch habe rund eine Stunde gedauert. Das Verblüffende: Die Gerüchte kursieren bereits vor der Festnahme der mutmaßlichen Mörder, sie beinhalten den Namen von Alfred Degiorgio, dessen Spitznamen »Foulu« und eine angebliche Summe, die an die Auftragskiller geflossen sein soll, etwa 200 000 Euro. Die Zeugen haben bislang nicht offiziell bei der Polizei ausgesagt, zu groß ist ihre Angst, dass sich in den Reihen der Beamten korrupte Ermittler befinden. Aber einer der Männer hat sich einem führenden Oppositionspolitiker anvertraut. Der Wirtschaftsminister Cardona, Ende vergangener Woche mit den Vorwürfen konfrontiert, sagt, er habe »keine Ahnung, wer gewollt haben könnte, dass Daphne Caruana Galizia getötet wird«. Die betreffende Bar sei ein Treffpunkt für alle Teile der Gesellschaft, auch Politiker. Als erfahrener Strafverteidiger wisse er zwar, wer die Verdächtigen seien. »Ich erinnere mich allerdings an kein Gespräch mit irgendeiner der Personen und hatte definitiv keine Verabredungen mit ihnen«, so der Minister. Alles andere seien »substanzlose Gerüchte und Spekulationen«.

Die Aussagen der Zeugen sind kein Beweis, dass Cardona mit einem der mutmaßlichen Bombenleger gesprochen hat, und erst recht nicht dafür, dass er mit dem Mord etwas zu tun hat. Aber sie sollten Anlass sein, dieser Spur nachzugehen. Gab es das Treffen? Und ist das Geld tatsächlich geflossen, das die Degiorgios angeblich für den Mord erhalten haben?

An einem Abend im November 2017 sitzt Matthew Caruana Galizia gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder Andrew auf dem Bett eines Hotelzimmers am Rande der Brüsseler Innenstadt, vor sich ein aufgeklappter Laptop mit Notizen. Matthew war an jenem Oktobertag zurückgeblieben, nachdem seine Mutter das Haus verlassen hatte. Wenig später hörte er die Explosion, sprang auf und rannte barfuß die Straße hinunter. Er habe das Auto wegen des Feuers zunächst nicht erkennen können, sagt er. Dann sah er eine der Radkappen, das Peugeot-Logo, eine furchtbare Ahnung überfiel ihn.

Er lief um das brennende Auto herum, suchte nach einem Weg, es zu öffnen. Sah einen abgerissenen Fuß auf der Wiese liegen, daneben ein Bein, halb verkohlt. Hörte die Hupe, die nicht aufhörte zu plärren, das Knistern des Feuers, das nach neuer Nahrung suchte. »Als ich um das brennende Auto meiner Mutter lief, da dachte ich nur: Diese Bastarde!«, sagt er. Am nächsten Tag hat Matthew Caruana Galizia einen Text auf Facebook veröffentlicht: Seine Mutter sei getötet worden, weil sie zwischen dem Rechtsstaat und denjenigen stand, die ihn missbrauchen wollten, schrieb er. »Wir sind im Krieg, gegen den Staat und das organisierte Verbrechen, die nicht mehr voneinander zu unterscheiden sind.«

Als die mutmaßlichen Mörder von Caruana Galizia im Dezember festgenommen wurden, da sei die Familie in keiner Weise erleichtert gewesen, sagt Matthews Bruder Andrew. »Es war, als hätten sie die Bombe verhaftet.« Der einzige Wert dieser Männer und ihrer Festnahme sei ihr Wissen, von wem sie den Mordauftrag erhielten. Aber die drei Angeklagten schweigen eisern.

An einem nieseligen Mittwoch Ende November 2017 trifft in Wiesbaden eine Delegation aus Malta ein, die aus einem Polizisten und einem Gerichtsexperten besteht. Die Malteser leiten die Ermittlungen gegen die Mörder von Caruana Galizia, sie haben sich beim Bundeskriminalamt (BKA) angemeldet, um mehr über die dubiosen Geschäfte ihrer eigenen Regierung zu erfahren. Die Deutschen haben 2017 die Panama Papers angekauft, 42 Millionen Datensätze.

Für den Besuch in Wiesbaden haben die BKA-Beamten eine Präsentation vorbereitet. Über den Bildschirm flimmern die Namen von 16 Offshore-Firmen, die Malteser in aller Stille auf Panama gegründet haben. Darunter: der Stabschef Keith Schembri, der Minister Konrad Mizzi, der Geschäftsmann Brian Tonna. Die BKA-

Beamten brennen eine CD mit den Daten. Noch vor Ort versiegeln die Malteser den Briefumschlag mit der CD.

Die Hilfe hat den Segen der Bundesregierung. Sie darf sich offiziell nicht einmischen, will aber verhindern, dass die Ermittlungen unter den Tisch gekehrt werden. Denn bislang ist kein einziger maltesischer Politiker in der Mordermittlung befragt worden, nicht einmal Chris Cardona, der Wirtschaftsminister, der angeblich mit einem der Verdächtigen gesehen wurde.

Anfang Februar meldet sich ein zweiter maltesischer Ermittlungsrichter bei der Bundesregierung, diesmal mit einem Rechtshilfeersuchen. Der Richter will alles über die vermeintlichen Geschäfte von Premierminister Joseph Muscat und dessen Frau Michelle wissen, über diverse Minister sowie über die Pilatus Bank und ihren Chef Ali Sadr. Die entsprechenden Daten, die den deutschen Behörden vorliegen, umfassen 100 Gigabyte, sie sollen demnächst der maltesischen Justiz übergeben werden. Vielleicht wird es doch noch eng für Muscats Regierung. Vielleicht siegt am Ende doch noch der Rechtsstaat.

Joseph Muscat hat ein Interview abgelehnt, trotz wochenlangen Vorlaufs. Aber er ist bereit, einige schriftliche Fragen zu beantworten.

»Kein Premierminister würde unter welchen Umständen auch immer wollen, dass eine Journalistin ermordet wird«, schreibt Muscat. »Das war ein Angriff auf unsere Gesellschaft.« Er habe »volles Vertrauen« in die Polizei. Bezüglich der Offshore-Firmen von Schembri, Mizzi und Tonna werde er »keine wilden und unbewiesenen Spekulationen und Anschuldigungen kommentieren«. Wenn es Fehlverhalten gegeben habe, sollten die Beteiligten zurücktreten. Als das Europäische Parlament Daphne Caruana Galizia im Oktober 2017 mit einer Schweigeminute ehrt, ist Muscat nicht anwesend. Er ist auf dem Weg nach Dubai, zu einer Konferenz von Henley & Partners, wo er als Hauptredner spricht. Sein Thema: exklusive Möglichkeiten für die Eliten des Mittleren Ostens.

Sein Stabschef Keith Schembri teilt mit, bei seinen Finanztransaktionen habe er sich auf seine Finanzberater verlassen. »Nichts, was meine Berater getan haben, war illegal.«

Brian Tonna, der kahlköpfige Unternehmer, der die Firmen in Panama eingetragen hat, richtet aus, es sei alles gesagt.

Konrad Mizzi, der frühere Energieminister, erklärt auf Anfrage, seine panamaische Offshore-Firma Hearnville Inc. sei nie aktiv gewesen. Tatsächlich hat er das Unternehmen im vergangenen Jahr abgewickelt – nach Caruana Galizias Enthüllungen. Muscat entzog ihm das Energieministerium, beließ ihn aber als Minister ohne Zuständigkeit im Kabinett. Später wurde er zum Tourismusminister ernannt.

Ali Sadr, Chef der Pilatus Bank und Iraner mit Zweitpass aus St. Kitts und Nevis, wurde vor wenigen Wochen vom FBI festgenommen, die Vorwürfe lauten auf Verstoß gegen die Iran-Sanktionen, Geldwäsche und Betrug. Der Staatsanwalt des Southern District von New York verdächtigt ihn, ein Geflecht an Tarnfirmen gegründet zu haben, um in Venezuela Wohnungen für 115 Millionen Dollar zu bauen. Sadr drohen bis zu 125 Jahre Haft. Der Iraner habe für das illegale Geschäft »seinen Reisepass aus St. Kitts und Nevis genutzt«, sagt der US-Staatsanwalt – jenes Dokument, das er bei Henley & Partners gekauft hatte. Alle Konten der Pilatus Bank sind eingefroren. Sadrs Anwälte wollen sich zu den Ermittlungen nicht äußern.

Christian Kälin, der Henley-Chef, versteht bis heute nicht, warum das Passprogramm so kritisch gesehen wird. Europa bürgere pro Jahr rund 800 000 Menschen ein. Für Kälin ist diese Zahl das Problem, nicht die kleine Zahl von superreichen Neu-Maltesern. »Wir sind zwischen die Fronten geraten«, klagt er.

Am Abend vor Caruana Galizias Tod parkt der Peugeot vor dem Landhaus der Familie. Als sich Peter, Daphne und Matthew Caruana Galizia schlafen legen, nutzen die Mörder die Dunkelheit der Nacht, um den Wagen zu präparieren. Den Sprengsatz aus TNT oder einem Derivat, wird die Polizei später ermitteln, montieren sie direkt unter dem Fahrersitz.

Am nächsten Tag, bevor sich Daphne Caruana Galizia ein letztes Mal ins Auto setzt, schreibt sie noch einen kurzen Beitrag für ihr Blog. Es geht um Keith Schembri. Der Text endet mit einem Satz, der zu ihrem Vermächtnis geworden ist und der viel über Malta aussagt. Ein Hilferuf und eine Kapitulation zugleich. »Überall, wo man hinschaut, sind Verbrecher«, schreibt sie. »Die Lage ist verzweifelt.«

3

Die Malta AG

Seit Jahren wird die Regierung des EU-Mitglieds Malta mit Korruptionsvorwürfen überzogen. Nun könnte Bewegung in die Arbeit von Anti-Korruptions-Spezialisten kommen – und die Recherche von Daphne Caruana Galizia bestätigen

Von Mauritius Much, Hannes Munzinger und Bastian Obermayer, Süddeutsche Zeitung, 20.04.2018

Wer verstehen will, warum viele Malteser ihre Regierung für korrupt halten, landet irgendwann in einem verlassen wirkenden Industriegebiet in San Gwann im Osten Maltas. Vom Sitz des Premierministers in der Hauptstadt Valletta bräuchte man hierher gut 15 Minuten – wenn kein Stau wäre. Der Ort ist ein wenig enttäuschend, aber im vierten Stock des Capital Business Center sitzt der Finanzdienstleister Nexia BT. Der hat der Mannschaft um Premier Joseph Muscat heimlich Firmen und stiftungsähnliche Trusts in Panama und Neuseeland beschafft.

Ziemlich sicher ist Nexia BT auch das einzige Büro im Industriegebiet, das feierlich vom Premier eröffnet wurde – am 20. Juni 2013, daran erinnert eine gerahmte Urkunde im Foyer. Das BT steht für Brian Tonna. Der kahlköpfige Unternehmensgründer ist seit 2013, als die Labour-Partei um Joseph Muscat an die Macht kam, so etwas wie der Finanzberater ihres Vertrauens. Und zwar sowohl offiziell – Nexia BT bekam in den ersten fünf Jahren der Muscat-Regierung 15 Aufträge im Wert von rund 590 000 Euro zugeschanzt, die in den Verantwortungsbereich des Büros des Premierministers fallen. Wie auch inoffiziell. Oder sollte man sagen: im Verborgenen?

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Nach Informationen des Daphne Projekts soll Tonna sogar ein eigenes Büro beim Premier besessen und dort zwei bis drei Tage pro Woche gearbeitet haben. In einer Antwort an einen Sonderausschuss des EU-Parlaments zu den Enthüllungen der Panama Papers bestritt Tonna, dort einen Schreibtisch gehabt zu haben. Auf SZ-Anfrage wollte er dem nichts hinzufügen.

Ständig gab es in der maltesischen Politik in den vergangenen Jahren vor allem eines: Interessenskonflikte sozialdemokratischer Regierungspolitiker. Auch unter der konservativen Vorgängerregierung gab es Skandale, aber das Ausmaß der Verfilzung unter Muscat ist dann doch erstaunlich.

Als Brian Tonna Berater der regierenden Clique wurde, herrschte in Malta Aufbruchsstimmung. Es ist März 2013. Gerade hat Joseph Muscat, 39 Jahre jung und tatendurstig, die Wahlen gewonnen. Aber der neue Premier kommt nicht alleine, sondern zu dritt: Hinter ihm stehen Stabschef Keith Schembri, ein Schulfreund von Muscat, und Konrad Mizzi, zuerst Energieminister, seit Juni 2017 Tourismusminister. Er gilt als Muscats Problemlöser und starker Mann. Mizzi und Schembri spielen die Hauptrollen in den meisten Affären, die Malta in den nächsten Jahren erlebt.

Zeitgleich passieren 15 Autominuten vom Sitz des Premier eine Reihe von Dingen, die auf den ersten Blick nicht mit dem Machtwechsel zusammenzuhängen scheinen: Brian Tonna und Nexia BT bestellen bei der panamaischen Kanzlei Mossack Fonseca eine Reihe von Briefkastenfirmen. Das ist die Kanzlei im Zentrum der Panama Papers, des Datenleaks, das der SZ vor gut drei Jahren zugespielt wurde.

Im Mai 2013 wird die Dependence der panamaischen Kanzlei auf der Insel gegründet. Zwischenzeitlich alleinige Anteilseignerin: eine Tochterfirma von Brian Tonnas Nexia BT. Der Direktor von Mossack Fonseca Malta darf offenbar auch im Büro des Finanzdienstleisters in San Gwann arbeiten, für 250 Euro pro Monat plus Mehrwertsteuer. Mossack Fonseca und Brian Tonna arbeiten also auf einem Flur.

Zweieinhalb Jahre bleiben Tonnas Briefkastenfirmen vor der Öffentlichkeit versteckt. Bis im Frühjahr 2016 die Panama- Papers-Affäre über Malta hereinbricht: Die Journalistin Daphne Caruana Galizia berichtet, dass drei Offshorefirmen in Wahrheit Konrad Mizzi und Keith Schembri zuzurechnen sind – Muscats rechter und linker Hand, wie die Malteser witzeln.

Aber die Reflexe einer normalen Demokratie greifen nicht auf der Insel. Mizzi und Schembri ziehen sich keineswegs aus der Regierung zurück – und Muscat entlässt sie nicht. Seine Gefolgsleute wischen die Enthüllungen weg, als parteipolitisch motivierte Angriffe einer niederträchtigen Journalistin – und haben damit Erfolg. Die Geschichte wird nie richtig aufgeklärt.

Reporter des Daphne-Projekt haben die Recherche nun fortgesetzt. Zentral sind die Briefkastenfirmen mit den Namen Tillgate und Hearnville, beide wurden im Juli 2013 von Tonna eingerichtet, kurz nach Amtsantritt der Regierung, und offiziell gehörten sie laut den Panama Papers ab Mitte 2015 Schembri und Mizzi. Die beiden packten ihre Firmenanteile wiederum in zwei Trusts in Neuseeland. Dort müssen weder die Begünstigten registriert werden, noch gibt es eine Steuer auf ausländisches Einkommen. Die Konstruktion ist also steuergünstig und absolut blickdicht.

Beim erneuten Check der Panama Papers findet sich ein Hinweis, der die Geschichte noch einmal in Schwung bringen könnte: Zwischen August 2015 und Februar 2016 versuchten Mossack-Fonseca-Mitarbeiter bei einer Reihe von Banken, Konten für die beiden Briefkastenfirmen zu eröffnen. Dafür muss man jede Menge Formulare ausfüllen und Fragen beantworten. So wollen die Kreditinstitute wissen, mit welchen Firmen die Inhaber Geschäfte machen wollen und aus welchen Quellen Geld erwartet wird. Ein Partner bei Nexia BT trägt, das sieht man in einer Email, eine Firma namens „17 Black Limited“ ein, sowohl in der Spalte „Hauptzielkunden“ als auch bei „mögliche Zahler/Absender“.

Die Firma „17 Black Limited“ wiederum findet sich in einem Bericht der maltesische Anti-Korruptions-Behörde FIAU, welcher der SZ vorliegt. Darin ging sie fragwürdigen Energie-Geschäften nach. Die Ermittler stießen im Zusammenhang mit einem 300-Millionen-US-Dollar Flüssiggas-Deal auf eine problematische Zahlung von 200000 US-Dollar. Der Deal ist Teil der maltesischen Energiewende weg vom Erdöl – dafür war zu dieser Zeit Energieministers Konrad Mizzi zuständig. Die 200000 US-Dollar gingen laut Bericht an „17 Black Limited“ in Dubai. Die Firma, mit der offenbar sowohl der Stabschef als auch der zuständige Minister Geschäfte machen wollten und von der ihre Offshore-Firmen Geld erwarteten. Die FIAU-Ermittler haben den Verdacht, dass es sich hier um Geldwäsche handelt. Sie finden aber keine Belege dafür, dass es tatsächlich zu den offenbar angedachten Transaktionen von 17 Black an die Firmen der Politiker gekommen ist. Möglicherweise liegt das an Caruana Galizias Recherchen: Nachdem sie im Februar 2016 die ersten Texte zu den Panama-Firmen Mizzis und Schembris veröffentlicht hatte, stoppten die Mossack Fonseca-Mitarbeiter offenbar den Versuch, Bankkonten zu eröffnen. Gut möglich, dass die heimliche Struktur zu früh aufflog. Aber schon der Wille dazu sollte einem Politiker auf die Füße fallen, könnte man meinen.

Mizzi und Schembri bestreiten die Offshore-Firmen und Trusts nicht. Mizzi behauptet aber, es habe keine Verbindung zu jener „17 Black Limited“ gegeben. Konfrontiert mit einem Screenshot der Email, zweifelt er die Authentizität der Dokumente an. Keith Schembri antwortet zunächst nur allgemein: Er sei dem Rat seiner Finanzberater gefolgt, und „nichts, was meine Berater taten, war illegal.“ Dann gab er anders als Mizzi zu, dass 17 Black Limited zu den potenziellen Kunden seiner Firmengruppe gehört habe. Jedoch sei es zu keinen Geschäften oder Transaktionen gekommen.

Ein merkwürdiger Maßstab. Europäische Politiker sorgen sich wegen der Verwicklungen maltesischer Politiker in den Panama-Papers-Skandal und dem Mord

an Daphne Caruana Galizia um den Inselstaat. Ende November 2017 bereist eine Delegation von EU-Parlamentariern Malta. In ihrem Bericht heißt es: „Besonders besorgniserregend“ sei, dass „keine Polizeiuntersuchung, die sich auf den Verdacht von Korruption und Geldwäsche von einem Kabinettsminister und dem Stabschef des Premierministers konzentrierte, eingeleitet wurde.“ In der Tat. Bis heute hat die maltesische Polizei keine Ermittlungen aufgenommen – und Konrad Mizzi und Keith Schembri sind weiter im Amt.

4

Geld verdienen mit Pässen

Wer einen maltesischen Ausweis erhalten möchte, muss viel Geld investieren – dafür erhält er den Zugang zur Europäischen Union. Die Journalistin Daphne Caruana Galizia bekämpfte das lukrative Geschäftsmodell vehement – ehe sie vor einem halben Jahr ermordet wurde

Von Lena Kampf, Mauritius Much, Frederik Obermaier, Bastian Obermayer, Holger Stark und Fritz Zimmermann, Süddeutsche Zeitung, 19.04.2018

Der Weg zum maltesischen Pass ist nicht unmenschlich anstrengend – Malta will ja Geld verdienen, nicht abschrecken. Ein paar Hunderttausend Euro. Das ist die Eintrittskarte, dafür wird man Staatsbürger eines Mitgliedslandes der Europäischen Union.

Trotzdem müssen etliche Dokumente beigebracht werden, Urkunden, Beglaubigungen und so weiter. Wer akzeptiert wird, muss am Ende selbst in Malta erscheinen, Millionär hin, Milliardär her. Und zwar im Mediterranean Conference Center in der Hauptstadt Valetta, einem großen, einfallslosen Steingebäude nur wenige

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Meter von der Uferpromenade entfernt, mit atemberaubendem Blick auf die Bucht vor Valetta.

Aber wohl die wenigsten sind hier, um Urlaub auf Malta zu machen. Denn dafür braucht man ja keinen maltesischen Pass – der ist für ganz andere Dinge von Nutzen: als Statussymbol, zur Sanktionsumgehung, zum Steuerdumping oder einfach nur, um bei internationalen Geschäften nicht den iranischen oder den russischen Pass vorzeigen zu müssen. Trotzdem soll es feierlich zugehen, wenn die maltesischen Neubürger, meist mindestens fünf Millionen Euro schwer, ihren Schwur auf ihre neue Heimat leisten – und deswegen stehen hinten im Büro von Jonathan Cardona auch ein Tischchen und zwei kleine Stühle: So können Kinder malen oder auf dem iPad herumdrücken, während Papa und Mama Malteser werden.

Jonathan Cardona ist der Geschäftsführer (Managing Director) von Identity Malta, und das wiederum ist die Behörde, die auf Malta das Passprogramm verantwortet, also: das Geldverdienen mit Pässen. Eine Handvoll Mitarbeiter trommelt Cardona zusammen, die den Gästen aus Deutschland versichern sollen, dass keine Terroristen oder Mafiapaten sich einen europäischen Pass erkaufen können, und dass es beim Passprogramm auch sonst mit rechten Dingen zugeht.

Seit Malta im Jahr 2013 angefangen hat, aus Pässen Geld zu machen, hagelt es Kritik aus ganz Europa, vom EU-Parlament, der Kommission und Europol, aber auch aus Malta selbst. Auf der Insel war Daphne Caruana Galizia eine der Wortführerinnen. Daphne, wie die im Herbst ermordete Investigativjournalistin überall auf der Insel genannt wurde, lehnte aber nicht nur die Idee an sich ab. Sie hatte guten Grund zu glauben, dass es rund um dieses lukrative Geschäft nicht mit rechten Dingen zugeht. Der Verdacht war genährt aus verschiedenen Quellen und substantiiert durch die Panama Papers, die geleakten Unterlagen der panamaischen Kanzlei Mossack Fonseca, die der SZ zugespielt wurden – und sie berichtete über Einbürgerungen von Geschäftsmännern mit zweifelhaftem Ruf. Daphne konnte ihre Recherchen nicht

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

vollenden. Zum Zeitpunkt ihrer Ermordung liefen 47 Klagen gegen sie wegen ihrer Recherchen, darunter auch solche, die mit dieser Recherche zu tun haben. Eine Gruppe von investigativen Reporterinnen und Reportern hat sich nun dieses Themas angenommen. Geleitet von der gemeinnützigen Rechercheplattform „Forbidden Stories“ arbeiten internationale Medien wie der Guardian, Reuters, die New York Times oder Le Monde sowie aus Deutschland der Rechercheverbund aus SZ, NDR und WDR und die Zeit im Rahmen des „Projekts Daphne“ zusammen.

Wer zu den Geschäften mit den Pässen recherchiert, stößt auf eine sechsstellige Zahlung, die über eine Panama-Papers-Firma an den Stabschef des Premierministers gelangt, auf eine erstaunliche Anzahl russischer Neubürger, auf eine geheimnisvolle Frau aus Malaysia und – allgegenwärtig – auf Premierminister Joseph Muscat, der bis heute unablässig die Werbetrommel für das Passprogramm rührt. Als etwa im Europäischen Parlament eine Schweigeminute für Daphne Caruana Galizia abgehalten wird, ist Muscat auf dem Weg nach Dubai, um für maltesische Pässe zu werben.

Der Passhandel steht stellvertretend dafür, wie auf der Mittelmeerinsel seit der Wahl des Labour-Kandidaten Muscat ins Amt des Premierministers 2013 eine kleine Clique von Politikern und Geschäftsmännern das Land in ihre Hand gebracht hat.

Über das internationale Geschäft mit den Pässen hat kaum jemand so viel recherchiert wie die New Yorker Journalistin und Autorin Atossa Abrahamian. Drei Jahre arbeitete sie an ihrem Buch „The Cosmopolites: Die Geburt des Globalen Bürgers“ und traf dafür etliche der wichtigen Akteure dieser speziellen Nische. Eine Nische übrigens, die gar nicht so klein ist: Bloomberg schätzt den Marktumfang auf zwei Milliarden US-Dollar. Auf der Terrasse eines Hotels auf den Cayman Islands, wo sie einen Vortrag über ihr Buch gehalten hat, erzählt Abrahamian von einer irren Parallelwelt, in der Superreiche darum konkurrieren, wer die meisten Pässe besitzt. Vor allem auch solche aus Aserbaidschan, Russland oder dem Iran, deren Vermögen

möglicherweise nicht ganz sauber entstand – oder die fürchten, durch internationale Sanktionen in ihrer Mobilität eingeschränkt zu werden. Da hilft dann: ein zweiter Pass.

Natürlich kennt Atossa Abrahamian auch das maltesische Pass-Programm. „Da haben sich die Macher große Mühe gegeben, es als eine Art ‚Premium-Produkt‘ wirken zu lassen“, sagt sie. Zum einen, erklärt Abrahamian, weil es eines der teuersten sei, zum anderen weil Malta viel Wert darauf lege, wie aufwendig der Bewerbungs- und Zulassungsprozess sei. Der Ruf Maltas, meint Abrahamian, sei vergleichsweise gar nicht so schlecht.

Angestoßen wurde das Pass-Programm in Malta durch die Kanzlei Henley & Partners mit Sitz in Jersey. Deren Chef, der Schweizer Staatsbürger Christian Kälin, der selbst nicht nur diesen einen Pass besitzt, gilt als einer Männer, die das Passgeschäft weltweit groß gemacht haben. Atossa Abrahamian nennt ihn „the man who sold the world“ – „den Mann, der die Welt verkauft hat“. In der Branche nennt man ihn meist schlicht „den Passkönig“.

Kälin, der selbst lieber von Staatsbürgerschaften spricht, verkaufte anfangs Pässe für ein paar eher schattige Finanzplätze, er hatte vor allem Länder wie St. Lucia oder St. Kitts und Nevis im Angebot, später auch Grenada, Zypern oder Antigua. Der Pass von Malta ist sehr viel wertvoller, denn sein Halter darf ohne Visa in 160 Länder reisen, da Malta in der EU, im Schengenraum und auch im Commonwealth Mitglied ist.

Der Weg von Henley & Partners zum Passprogramm in Malta führt über eine Firma, die seit einigen Wochen weltweit einen phänomenal schlechten Ruf hat: Strategic Communications Laboratories (SCL), die Muttergesellschaft von Cambridge Analytica, jener Firma also, die im Zentrum des Facebook-Skandals steht. Über Cambridge Analytica sollen 87 Millionen Personendaten ohne Wissen der jeweiligen Nutzer aus Facebook abgeflossen sein.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Henley-Chef Christian Kälin kannte die Mutterfirma von Cambridge Analytica schon länger, Mails aus dem Jahr 2010 zeigen, wie Kälin und die Firma versuchen, im karibischen Saint Vincent dem Oppositionsführer Arnhim Eustace zum Wahlsieg zu verhelfen. Zwar beschwört Kälin öffentlich, er mische sich nicht in Wahlkämpfe ein, aber die E-Mails, die dem Team des „Daphne Projekts“ vorliegen, deuten darauf hin, dass er sich auch nicht wirklich heraushält. So verspricht er vor der Wahl dem Oppositionsführer, es gebe einiges, „was wir im Falle eines Wahlsiegs für Sie tun können“, er habe Investoren für allerlei Großprojekte, Einkaufszentren, Flughäfen und so weiter. In einer E-Mail an SCL fällt das Wort „Propagandakrieg“.

Auf Anfrage erklärt Henley & Partners Reportern des Daphne-Projekts, Kälin könne sich an die Umstände nicht erinnern, in denen angeblich das Wort gefallen sei – der Vorfall liege ja auch acht Jahre zurück. Im Übrigen sei das keine Einmischung in den Wahlkampf, man interagiere lediglich regelmäßig mit Regierungen und Parteiführern.

Wenig später bringt ein ehemaliger Mitarbeiter von SCL Kälin mit Joseph Muscat zusammen, damals noch Oppositionsführer. Der Mann bietet im Sommer 2011 in einer E-Mail an Kälin an: „Ich kann dich dem Oppositionsführer vorstellen.“ Muscat sei „jung, sehr zielstrebig und sehr aufgeschlossen gegenüber internationalen Investitionen“. Kälins Antwort: „Gute Idee.“ Als Muscat gewinnt und das von Kälin maßgeschneiderte Passprogramm startet, wird dessen Firma zum exklusiven Partner der Regierung – der Lohn dafür, Muscat überhaupt erst auf diese einfache und lukrative Masche gebracht zu haben.

Es läuft so: Wer einen maltesischen Pass haben möchte, muss 650000 Euro bezahlen und 150000 Euro in Investmentfonds packen, außerdem eine Wohnung für 350000 Euro kaufen oder dauerhaft anmieten. Letzteres mit der absurden Folge, dass Wohnungen zwar pro forma angemietet werden, dann aber oft ungenutzt bleiben. Weil

ein wohl ordentlicher Anteil der reichen Neu-Malteser an Malta nicht wirklich interessiert ist, sondern nur am Pass. Die Regierung und Henley sind wiederum nicht an den Neu-Maltesern interessiert, sondern nur an ihrem Geld. Win-win, könnte man sagen – wenn nicht einige ganz besonders profitieren würden, und der Rest Europas hinnehmen muss, dass europäische Pässe verschachert werden.

Das Programm ist vorerst auf 1800 Pässe beschränkt, aber wer weiß, was kommt? Henley & Partners wird zu Diensten sein.

Malta hat als souveränes Land das Recht, seine Pässe auszugeben an wen auch immer. Allerdings betrifft es gleichzeitig jedes andere Land in der europäischen Union: Wenn Geld alleine das Kriterium ist, dann kann sich die EU einen ordentlichen Teil ihrer Geldwäsche- und Sicherheitsanstrengungen sparen – weil Malta jeden in die EU lässt, der ein paar Hunderttausend Euro auf den Tisch legt. Jonathan Cardona und seine Kollegen von Identity Malta versichern, dass jeder Neubürger exzessiv geprüft werde, sie präsentieren ein Modell mit etlichen Sicherheitssäulen und -richtlinien, und natürlich klingt das alles erst mal gut.

Tatsächlich ist das Passprogramm vor allem eine Lizenz zum Gelddrucken. Kälén, der Chef von Henley & Partners, schätzt, dass Malta rund zwei Milliarden Euro eingenommen hat mit den Pässen. Zum Vergleich: Der jährliche Haushalt von Malta liegt bei gerade mal zehn Milliarden. Bei Henley & Partners dürften nach Schätzungen von Insidern alles in allem um 70 bis 100 Millionen Euro angekommen sein, Käléns Firma verdient an jedem verkauften Pass vier Prozent, so geht es aus den Verträgen hervor. Bei Henley spricht man firmenintern angeblich vom „Weihnachtsgeschenk“.

Wem aber gehört Henley & Partners, diese so erfolgreiche Kanzlei? Wer profitiert von dem Geschäft?

In den Panama Papers findet sich ein mit Hand gezeichnetes Organigramm von Henley & Partners – Stand 2013. Demnach gehörte damals ein Großteil der Aktien indirekt zwei Trusts, und die Begünstigte beider Trusts wiederum war laut der Unterlagen eine nahezu unbekannt malaysische Frau. Aus Firmenkreisen erfahren Reporter des Daphne-Projekts, dass es sich dabei wohl um eine Tante von Kälins Frau handelt.

Auf dem Papier ist das Rätsel damit gelöst, aber wer ist diese Frau? Hat sie etwas mit der Firma zu tun? Ist sie eine Strohfrau? Henley & Partners antwortet Reportern des Daphne-Projekts, die Frau spiele inzwischen keine Rolle mehr im Unternehmen, die von den Reportern geschilderte Firmenstruktur sei falsch. Mehr wolle man dazu jedoch nicht Stellung nehmen.

Das maltesische Passprogramm führt noch an anderer Stelle in die Panama Papers. Denn dort findet sich eine panamaische Briefkastenfirma, von der 2015 100 000 Euro in zwei Tranchen an Muscats Stabschef Keith Schembri geflossen sind. Die Offshore-Gesellschaft gehört einem maltesischen Finanzberater, der auch maltesische Pässe an seine Kunden vermittelt. Und das Geld auf dem Konto der Panama-Firma kommt direkt von drei russischen Neubürgern, als Bezahlung für ihren maltesischen Pass. Maltesische Finanzermittler sprechen in einem bislang unveröffentlichten Bericht, der für das Daphne-Projekt eingesehen werden konnte, von der „hochgradig verdächtigen Natur dieser Zahlungen“. Waren es Bestechungsgelder? Kickbacks?

Die erstaunliche Erklärung des wohlhabenden Finanzberaters: Die 100 000 Euro seien eine Rückzahlung, weil Schembri ihm das Geld geliehen habe, als er wegen seiner Scheidung Finanzprobleme gehabt habe. Auch Stabschef Schembri sagt auf Anfrage: An seinem Darlehen gebe es „kein Fehlverhalten“. Zu den genaueren Fragen, etwa warum das Darlehen über eine Offshore-Firma zurückgezahlt wurde, möchte Schembri nichts sagen. Der Finanzberater will überhaupt keine weiteren Angaben machen.

Reporter des Daphne-Projekts treffen Christian Kälin dann tatsächlich auf der Insel, an einem Donnerstag im März. Der Jurist, der halb in Zürich und halb in London lebt, erscheint im dunklen Anzug mit Henley & Partners-Logo am Revers und gibt den gebildeten Weltmann, der durchaus Verständnis hat für Bedenken. „Politisch kann man sich gut auf die Position stellen, dass es so etwas eigentlich gar nicht geben sollte“, sagt er den Reportern. Aber: „Malta ist der Goldstandard und mit Abstand das sauberste und transparenteste aller Staatsbürgerschafts-Programme“, behauptet Christian Kälin. „Das sind alles ideale EU-Neubürger.“

Man kann das auch anders sehen. Die drei Länder mit den meisten Passkäufern sind Saudi-Arabien, China und Russland. Vor allem die Russen machen viele in Malta nervös, Hunderte wurden seit 2013 eingebürgert, darunter sind mindestens problematische Namen wie der Milliardär Arkady Wolosch, Gründer von Yandex, der größten Internet-Suchmaschine Russlands. Wolosch steht auf der schwarzen Liste von Putin-Helfern, die von der US-Regierung im Januar veröffentlicht wurde. Auch neu auf der Insel: der frühere Präsident einer Tochterfirma der russischen Staatsbank.

Daphne Caruana Galizia bekämpfte das Passprogramm vehement, und zwar so, wie sie immer kämpfte, wenn sie irgendwo Unrecht witterte: laut, direkt, mitunter anmaßend, aber immer gut informiert. Sie warnte, das Programm würde von „chinesischen Aluminium-Milliardären, israelischen Spionage-Software-Magnaten und jordanischen Kameltreibern“ missbraucht, und kritisierte die mangelnde Intransparenz: Anfangs wurde überhaupt nicht veröffentlicht, an wen maltesische Pässe ausgegeben wurden. Inzwischen geschieht dies zwar, allerdings in einer absurden Liste, in der Neugeborene und Passkäufer wild gemischt werden – sie alle sind ja Neubürger Maltas. Während Daphne die superreichen Neuankömmlinge sehr skeptisch sah, setzte sie sich gleichzeitig für die anderen Neuankömmlinge ein: für die Flüchtlinge, die immer wieder in Malta anlandeten, unterernährt, ohne Lobby, ohne Zukunft auf der Insel.

Am Ende bildet sich eine erstaunliche Allianz gegen Daphne: Im Herbst 2016 spricht sich Christian Kälin mit dem maltesischen Premierminister Muscat und dessen Stabschef Schembri – dem 100000 Euro-Empfänger aus Pass-Mitteln – per E-Mail darüber ab, wie man juristisch gegen Daphne vorgehen sollte. Kälin schlägt vor, über Großbritannien anzugreifen, wo Klagen mal eben in Millionenhöhe gehen können. Der Premier antwortet, mit seiner privaten Mail-Adresse: „Kein Einwände.“

Also bekommt Daphne Post aus London, von einer der großen Kanzleien, die berühmt sind dafür, investigative Journalisten zu attackieren – sie soll Anschuldigungen von ihrem Blog löschen. Daphne antwortet im Herbst 2017 trocken. „Ich will mich nicht mit Formalitäten aufhalten“, sagt sie, und empfiehlt der Anwaltskanzlei wie allen Beteiligten, sich die Briefe und E-Mails an sie „in den Arsch zu schieben“.

Weiter schreitet die Sache nicht voran. 20 Tage später wird Daphne von einer Autobombe zerrissen.

5

Die Spur nach Aserbaidtschan

Die Pilatus Bank auf Malta verwaltete Dutzende Briefkastenfirmen, die offenbar dem Herrscher-Clan des Kaukasus-Staats gehören. Über die Firmen flossen Millionen ins Ausland ab – in Immobilien und Luxushotels

Von Mauritius Much, Hannes Munzinger und Bastian Obermayer, Süddeutsche Zeitung, 24.04.2018

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Es sind filmreife Szenen, die sich in einer Nacht im April 2017 am Yachthafen des Örtchens Ta'Xbiex in Malta abspielen. Ein Kamerateam des Senders NetNews wartet gegen 23 Uhr vor dem Gebäude der Pilatus Bank, einer prächtigen fünfstöckigen Residenz, in der unter anderem auch die Deutsche Botschaft ihren Sitz hat. Die Journalisten hatten den Tipp bekommen, dass so spät noch Licht brennt in der Bank – nachdem sie wegen eines Artikels von Daphne Caruana Galizia den ganzen Tag in den Schlagzeilen gewesen war: In einem Safe in der Küche der Bank sollen Dokumente gelegen haben, die angeblich belegen, dass der Frau des maltesischen Premierministers Joseph Muscat eine panamaische Briefkastenfirma gehöre. Diese Firma soll eine Million Euro von einer Tochter des aserbaidischen Diktators Ilham Alijew bekommen haben – beides blieb unbewiesen, der Premier bestreitet.

Die TV-Reporter haben Glück, tatsächlich kommt der Besitzer der Bank, Ali Sadr Hasheminejad, ein iranischer Milliardärssohn, durch einen Seitenausgang aus dem Gebäude. In jeder Hand trägt er eine prall gefüllte Reisetasche. Die Reporter laufen neben ihm her, einer hält die Kamera auf ihn, der andere fragt: „Was machen Sie hier so spät in der Nacht mit dem ganzen Gepäck?“ Der Bankchef verstaut die Taschen im Kofferraum eines Autos und sagt: „Ich bin gerade erst angekommen“. Dann fährt er davon. In derselben Nacht fliegt ein Privatflugzeug von Malta aus in die aserbaidische Hauptstadt Baku.

Hat der Pilatus-Chef brisante Akten von aserbaidischen Kunden in Sicherheit gebracht? Die Verbindung zu Aserbaidistan wurde von seiner früheren Assistentin, einer Russin namens Maria Efimova, erstmals publik gemacht: Sie hatte sich damit an Daphne Caruana Galizia gewandt. Efimova war von der Bank gefeuert worden und wollte nun auspacken über die illegalen Vorgänge, die sie behauptet, in der Bank miterlebt zu haben. Zu den Geheimnissen, die sie Caruana Galizia anvertraute, gehörte, dass die Pilatus Bank vor allem von Abermillionen aus Aserbaidistan zehrte – bis hin, sagte Efimova, zu einer Tochter des Diktators Ilham Alijew.

Daphne Caruana Galizia wurde am 16. Oktober 2017 durch eine Autobombe getötet. Eine Gruppe von 18 Medien hat sich im Anschluss zum Daphne-Projekt zusammengetan, um ihre Recherchen fortzusetzen, koordiniert von der gemeinnützigen Rechercheplattform „Forbidden Stories“.

Die Recherchen des Daphne-Projekts legen nun nahe, dass die führenden Familien Aserbaidischans tatsächlich Kunden der Pilatus Bank waren, und hinter Dutzenden von anonym gehaltenen Briefkastenfirmen stehen, die mithilfe der Bank Millioneninvestitionen von Europa bis Dubai getätigt haben, in Immobilien, Hotels und Firmen.

Dem aserbaidischischen Präsidenten und seinen Gefolgsleuten werden seit Jahren Menschenrechtsverletzungen, Korruption und Wahlfälschung vorgeworfen, insofern sind derartige Investments immer auch ein Politikum. Alijew wurde gerade erst wiedergewählt, mit einem Votum von 86 Prozent. Allerdings boykottierten Oppositionsparteien die Wahl.

Insgesamt 50 Firmen oder stiftungsähnliche Trusts, die Konten bei der Pilatus Bank haben, sollen Aserbaidischanern zuzuordnen sein. Das bestätigen drei Quellen, die mit den Transaktionen vertraut sind. Dutzende der Firmen gehören offenbar dem Alijew-Clan, darunter seinen Töchtern Arzu und Leyla, oder der Familie von Kemaladdin Heydarov, insbesondere seinen Söhnen Tale und Nijat. Heydarov ist Minister für „Notsituationen“ in Aserbaidischan und gilt als wichtigstes Kabinettsmitglied. In den von Wikileaks 2010 enthüllten US-Botschaftsdepeschen wurde er bezichtigt, seinen großen Wohlstand durch unrechtmäßige Zahlungen aus seiner Zeit als Zollchef angehäuft zu haben.

Auf Anfrage des Daphne-Projekts bestritt Heydarov, durch Korruption und Amtsmissbrauch zu seinem Reichtum gekommen zu sein. Sein Wohlstand stamme aus der Zeit, bevor er 1995 in die Politik ging und eine erfolgreiche Firma namens Gilan Holdings führte. Damals habe er die Firma, erklären seine Anwälte, an seine Söhne übergeben. Der älteste Sohn war zu diesem Zeitpunkt nur zehn Jahre alt.

Der Gilan-Konzern ist im Bankwesen, Baugewerbe, Tourismus und in der Landwirtschaft tätig – und am Fußballverein FK Qäbäla beteiligt, der sich in dieser Saison für die Gruppenphase der Fußball-Champions-League qualifizierte. Die Recherchen des Daphne-Projekts legen nun erstmals nahe, dass auch die beiden Alijew-Töchter offenbar Anteile an Gilan haben. Einer Briefkastenfirma der Alijew-Töchter gehört demnach außerdem das Fünfsternehotel Sofitel auf der eigens aufgeschütteten Luxusinsel „The Palm“ in Dubai. Geführt wird das Hotel von der französischen Kette Accor Hotels, auch bei zwei anderen Hotels kooperieren Accor und die Alijew-Familie. Das Unternehmen erklärt, ihre Partner würden im Hinblick auf Ethik und Geldwäsche überprüft, zu Details wollte die Firma nichts sagen.

Die Söhne von Minister Heydarov besitzen über weitere Briefkastenfirmen mit Pilatus-Konten offenbar teure Häuser in London, eine Villa in Spanien, ein ehemaliges Sanatorium in Georgien sowie mehrere Firmen in Frankreich. Die Familie Heydarov bestätigte auf Anfrage des Daphne-Projekts, dass Familienmitglieder Begünstigte von Firmen sind, die Konten bei der Pilatus Bank haben. Die Familie Alijew ließ die Anfragen unbeantwortet.

Ende März 2018 wurde Ali Sadr, der Besitzer der Pilatus Bank, in den USA verhaftet. Sadr soll die Sanktionen gegen Iran umgangen haben, ihm drohen bis zu 125 Jahre Haft. Seither ist alles Vermögen der Bank eingefroren. Ali Sadr beantwortet keine Fragen zur Bank, sein Anwalt verweist auf das US-Gerichtsverfahren und die Untersuchungen in Malta. Die Bank selbst reagierte auf wiederholte Anfragen nicht.

Sadr, der selbst kein Banker ist, hatte vor fünf Jahren die maltesische Banklizenz bekommen. Drei Monate zuvor hatte er im Oktober 2013 den Premier Maltas, Joseph Muscat, kennengelernt. Schädlich sind gute Kontakte zum Premier sicherlich nicht, vor allem, wenn sie so eng werden: Als Ali Sadr 2015 in Florenz seine Hochzeit feiert, mit einer luxuriösen Party, folgte Premier Muscat der Einladung, ebenso wie sein Stabschef Keith Schembri. Der Stabschef wiederum hatte selbst auch ein Pilatus-Konto. Auf diesem war eine fragwürdige Zahlung eingegangen, die von Ermittlern der maltesischen Anti-Korruptions-Einheit FIAU als geldwäscheverdächtig eingestuft wurde. Schembri erklärte, es habe kein Fehlverhalten gegeben.

Die FIAU hatte sich – nach Hinweisen auf suspekte Geschäfte mit aserbaidischen Kunden – im März 2016 auch die Pilatus Bank vorgenommen. Mit vernichtendem Ergebnis: „Es scheint, dass die Bank nachlässig in der Umsetzung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ist“, heißt es in dem Abschlussbericht. Anscheinend habe es eine „eklatante, möglicherweise absichtliche Missachtung der maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen gegeben“. Die Inspektoren bemängeln unter anderem, dass die Bank politisch exponierte Personen aus Aserbaidschan als Kunden akzeptierte, aber die Herkunft der Gelder, die über die Bankkonten transferiert werden sollten, mitunter gar nicht oder nur unzureichend dokumentierte.

Die Finanzfahnder der FIAU übergaben ihren Bericht 2016 der Polizei. Doch auch zwei Jahre danach hat diese noch kein Ermittlungsverfahren aufgenommen. Angesichts der Verhaftung des Bank-Chefs und vor dem Hintergrund der neuen Enthüllungen über die aserbaidischen Kunden der Pilatus Bank drohen Premier Muscat und seiner Regierung unangenehme Fragen. Etwa: Wie konnte die Bank überhaupt eine Lizenz bekommen?

Der Umgang mit Fälle von sexueller Belästigung beim WDR -eine gemeinsame Recherche von CORRECTIV und „stern“

Von Wigbert Lör (Stern) und Marta Orosz (CORRECTIV)

Unsere Recherche befasste sich mit sexueller Belästigung bei einer Anstalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dem WDR. Wir konnten in einem ersten Beitrag nachweisen, wie ein dortiger Korrespondent zwei (teils heute ehemalige) Mitarbeiterinnen sexuell belästigt und seine Macht missbraucht hatte.

Schon in dem ersten Beitrag ging es uns aber auch um den Umgang des Senders mit dem Fall.

Wir konnten einen weiteren Fall von Machtmissbrauchs schildern, hier ging es ebenfalls um einen bekannten ARD-Journalisten, der lange auch eine WDR-Führungskraft gewesen ist. Auch diese Recherche basierte auf Dokumenten. Diese zeigten, dass ein Whistleblower, der den Fall gemeldet hatte, anschließend mundtot gemacht wurde. WDR-Intendant Buhrow bezeichnet dies inzwischen als Fehler.

Unser dritter Fall betraf einen ranghohen Mitarbeiter im WDR-Kosmos. Ihm wurden das Schaffen einer sexualisierten Arbeitsatmosphäre und Machtmissbrauch vorgeworfen. Bei dieser Recherche bekamen wir es mit unterschiedlichen Medienanwälten zu tun, einer vertrat den ranghohen Mitarbeiter, ein anderen die WDR-Intendanz. Wir publizierten dennoch.

Der Impact unserer Recherche:

1. Der Korrespondent wurde entlassen.

2. Der WDR ließ seinen Umgang mit sexueller Belästigung und Machtmissbrauch umfangreich und von Außen aufarbeiten (durch die frühere EU-Kommissarin Monika Wulf-Matthies).

3. Es meldeten sich dutzende weitere Frauen beim WDR. Sie machten Angaben zu sexueller Belästigung, unter anderem auch die Autorin Charlotte Roche. Sie und andere Frauen belasteten den Fernsehfilm-Chef des WDR, der daraufhin entlassen wurde. Etliche Fälle werden gerade aufgerollt.

4. Der WDR schuf neue und bessere Möglichkeiten für Mitarbeiter, Machtmissbrauch und sexuelle Belästigung anzuzeigen. Es entstand ein Bewusstsein innerhalb der Belegschaft, dass das Melden derartiger Vergehen gewünscht ist.

—

Er nannte sich „Alpha-Tier“

Ein Auslandskorrespondent der ARD zeigte einer Praktikantin Pornos und schrieb einer Kollegin eindeutige E-Mails. Trotzdem sieht man ihn noch im Fernsehen. Eine gemeinsame Recherche von CORRECTIV und „stern“.

Von Wigbert Lör (Stern) und Marta Orosz (CORRECTIV), 04.04.2018

Als die WDR-Chefredakteurin Sonia Mikich im vergangenen November in den „Tagesthemen“ zum Kommentar ansetzte, sprach eine Frau, die sich mit ihrem Thema bestens auskannte. Es ging um die #MeToo-Debatte, um Frauen, die öffentlich machen, wie sie sexuell belästigt wurden. Das Thema schwappte damals aus den USA nach Deutschland.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Sonia Mikich hätte den Zuschauern an diesem Abend von einem Kollegen erzählen können, einem bekannten ARD-Korrespondenten, von dessen junger Kollegin, von Champagner und Pornofilmen im Hotelzimmer. Sie hatte den Fall, der in ihrem Sender spielt, gerade erst aufgearbeitet.

Die renommierte Journalistin beließ es im Kommentar bei einigen allgemeinen Feststellungen. Es bewege sich endlich etwas, sagte sie, die weltweite #MeToo-Kampagne breche die Schweigespirale auf.

CORRECTIV und „stern“ sind dem Fall des langjährigen Auslandskorrespondenten auf den Grund gegangen. Aus rechtlichen Gründen wird dessen Name nicht genannt. Auch so erzählt seine Geschichte vom Verhalten eines Mannes, der sich über Jahrzehnte sehr viel herausnahm. Sie zeigt, wie der größte Sender im ARD-Verbund sexueller Belästigung begegnete. Und sie wirft die allgemeine Frage auf, wie Arbeitgeber in solchen Fällen angemessen reagieren.

IN SEINEM ZIMMER SCHENKTE ER CHAMPAGNER EIN UND ADDETE MICH AUF FACEBOOK. DANN ZEIGTE ER MIR AUF SEINEM LAPTOP BANG-BUS-PORNOS.

Berlin, in einem Restaurant, Mitte März. Die junge Frau möchte anonym bleiben. Sie schildert, wie sie vor sechs Jahren ihr Praktikum in jenem Auslandsstudio antrat, das der Korrespondent damals leitete. Mitarbeiter vor Ort hätten sie vor dem Chef gewarnt. Sie war 22 Jahre alt.

Sie berichtet von einer Reise in den Süden des Landes, von einer Recherche für einen Beitrag über die Kneipenszene dort. Der Korrespondent habe sie dabei irgendwann „Hasi“ genannt und den Arm um sie gelegt. Er habe ihr auch von einer Porno-Serie namens „Bang Bus“ erzählt; Frauen wird darin Geld geboten, in einem Bus vor laufender Kamera Sex zu haben.

Später kehrten sie ins Hotel zurück. „Ich musste auf dem Weg in mein Zimmer an seinem Zimmer vorbei“, erzählt die junge Frau. „Im Flur lud er mich auf einen Drink zu sich ein.“ Sie beschreibt, wie unangenehm ihr das Angebot war. Sie habe ihrem Chef aber keine böse Absicht unterstellen wollen. „In seinem Zimmer schenkte er Champagner ein und addete mich auf Facebook. Dann zeigte er mir auf seinem Laptop

Bang-Bus-Pornos.“ Sie habe das Zimmer dann verlassen, sagt die Frau, die ihre Angaben mit einer eidesstattlichen Versicherung untermauert.

Über Jahre hat sie nichts von dem Vorfall erzählt – bis ihr Ende 2016 eine Freundin von einer ähnlichen Erfahrung berichtete. „Ich hatte meiner Freundin geraten, das bloß nicht hinzunehmen. In dem Moment wurde mir aber klar, dass ich ja selbst seit Jahren schwieg.“ Sie meldete sich bei der WDR-Chefredakteurin Sonia Mikich.

Die ehemalige Praktikantin ist nicht die einzige Frau, die solche Erfahrungen mit diesem Korrespondenten machte. Auch eine heute sehr bekannte Journalistin hat sich beim WDR gemeldet und ihr Erlebnis mit dem Mann geschildert. Mit einem weiteren Vorfall befassten sich Sonia Mikich und der WDR Anfang 2017. Das Opfer hier war keine Praktikantin, sondern eine feste Mitarbeiterin des Senders.

ICH KRIEGE (BOAH, IST DAS ARROGANT) IMMER, WAS ICH WILL.

Diese Mitarbeiterin hatte mit dem Korrespondenten einmal kurz zusammengearbeitet. Danach ergab sich die Möglichkeit eines Wiedersehens. Sie fragte per Mail: „Gehen wir in Deinen zwei Wochen in Köln noch mal essen?“ Er antwortete: „Boah, endlich. Wie lange brauchst du eigentlich, um mir diesen Vorschlag zu machen?“ Als Termin schlug er einen Montagabend vor: „Du würdest mir meinem Geburtstag versüßen :) Übrigens süß, wie Du Dir manche Kommentare einfach komplett verkneifst :)“

Für die Mitarbeiterin bewegte sich die Kommunikation bald in die falsche Richtung. Sie erwähnte deshalb die Frau des Korrespondenten. Der ließ sich jedoch nicht beirren. Er führe eine „offene Beziehung“, schrieb er. „Hättest Du gefragt, wüsstest Du das :)“

Die Mitarbeiterin bremste ihn, mehrfach. Fragte, ob sie jetzt Angst haben müsse. Erklärte, sie habe schon unangenehme Situationen mit Kollegen erlebt, „die sich nicht wiederholen müssen“. Er antwortete: „Bitte gib mir mal Deine Handy-Nr.“

Als sie ihm daraufhin schrieb, sie sei jetzt total verunsichert, reagierte der Korrespondent erzürnt: „Was redest Du eigentlich? Du vergällst mir ja die Wiedersehensfreude.“ Sie müsse entscheiden, ob sie wolle. „Das Alpha-Tier hat zwar Sehnsucht nach Dir, aber keinen Bock, sich in eine Reihe mit besoffenen AKS-Doppelzimmer-Redakteuren stecken zu lassen. Böse guck.“ Die Abkürzung AKS steht für das WDR-Magazin „Aktuelle Stunde“.

Der Korrespondent warb jetzt sogar unzweideutig für Sex mit ihm. Und er bezeichnete sich erneut als „Alpha-Tier“, schrieb: „Ich kriege (boah, ist das arrogant) immer, was ich will.“ Zu einem Treffen kam es dann nicht.

Der ARD-Korrespondent ist wohl kein zweiter Fall Dieter Wedel. Die Vorwürfe, die „Die Zeit“ gegen den Filmregisseur zusammentrug, wiegen schwerer, es geht dort auch um Vergewaltigung. Ihre Macht missbrauchten allerdings beide Männer, um sich jungen, weniger mächtigen Frauen in eindeutiger Absicht zu nähern.

DEN PORNO, DEN ER EINER 22-JÄHRIGEN IM HOTELZIMMER BEI CHAMPAGNER ZEIGTE, HABE ER AUS JOURNALISTISCHEN GRÜNDEN GEZEIGT.

Was die beiden Frauen im Fall des Korrespondenten ärgert: Der Journalist darf weiterhin für den WDR berichten.

In dem Sender befasste sich die Chefredakteurin selbst mit den Vorwürfen. Sonia Mikich befragte den Korrespondenten und die betroffenen Frauen. Dabei ging es auch um frühere Fälle. Die lägen aber 20 Jahre zurück und dürften, so Mikich in einem internen Schriftwechsel, nicht mehr ausgewertet werden.

Protokolle einiger dieser Gespräche zeigen, dass der Korrespondent anfangs von einem „Komplott“ gegen ihn sprach. „Hasi“ sei in dem Land, aus dem er berichtet habe, ein gewöhnlicher Spitzname. Den Porno, den er einer 22-Jährigen im Hotelzimmer bei Champagner zeigte, habe er aus journalistischen Gründen gezeigt. Er versuchte also zunächst, sich rauszureden.

Irgendwann, so erfuhr es die frühere Praktikantin später von Mikich, habe der Korrespondent die sexuelle Belästigung dann doch eingeräumt, er bereue das.

Im Sommer 2017 bedankte sich Mikich fast euphorisch bei der jungen Frau. Die Hierarchien und die Fachabteilung hätten sich „mit sexueller Nötigung am Arbeitsplatz“ befassen müssen, schrieb Mikich. Und dass der WDR „das Ausnutzen einer Machtposition in keiner Form“ toleriere.

„Und dann“, sagt im Restaurant in Berlin die Ex-Praktikantin und macht eine kleine Pause. „Dann nichts. Frau Mikich schreibt, dass der WDR solche Sachen nicht toleriert. Aber was war die Konsequenz für diesen Typen, der mich immer noch anschaut im Fernsehen? Ein paar Gespräche und ein Eintrag in seiner Personalakte.“

Hätte ein großes Unternehmen wie der WDR anders reagieren müssen, wenn zwei mutige Frauen einen prominenten Angestellten derart belasten? Kann ein Arbeitgeber den Frauen die Zusammenarbeit mit einem Kollegen wie dem Korrespondenten weiter zumuten? Wären also auch bei Fällen jenseits von Vergewaltigung härtere Sanktionen im Job angebracht?

*IN DEN VERGANGENEN ZEHN JAHREN SEIEN SIEBEN FÄLLE VON
SEXUELLER BELÄSTIGUNG AKTENKUNDIG GEWORDEN.*

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat einen Leitfaden erstellt, an dem sich Arbeitgeber orientieren können. „Bei wiederholter sexueller Belästigung“, steht darin, sei „Kündigung ein geeignetes Mittel“. Das sieht der Hamburger Arbeitsrechtler Heiko Hecht mit Blick auf den Fall des Korrespondenten ähnlich. „Je nach Schwere kann sogar eine einmalige sexuelle Belästigung eine Kündigung rechtfertigen“, sagt er. „Der Arbeitgeber hat ja auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den anderen Arbeitnehmern.“ Notfalls müsse man sich eben vor Gericht wiedersuchen.

Hechts Kollege Markulf Behrendt von der renommierten Kanzlei Allen & Overy hat in einem Fachaufsatz zur sexuellen Belästigung darauf hingewiesen, dass es für die Schärfe der Sanktion wichtig sei, ob der Täter sein Verhalten glaubwürdig bereue. Allgemein, sagt er, reiche es heute eher nicht, nur ein bisschen Reue zu zeigen. Eine Kündigung bezeichnet er gleichwohl als „Ultima Ratio“, sie könne in Einzelfällen unverhältnismäßig sein.

Der WDR wollte sich zu dem konkreten Fall nicht äußern. In den vergangenen zehn Jahren seien sieben Fälle von sexueller Belästigung aktenkundig geworden, erklärte eine Sprecherin. Diese habe man konsequent verfolgt, „mit dem Maximum an rechtlichen und disziplinarischen Möglichkeiten“.

Sexuelle Belästigung beim WDR: Personalrätin erhebt Vorwürfe gegen Senderspitze

Beim WDR gibt es Streit. Die Chefin des Personalrats wirft der Spitze des Senders vor, die Verantwortung für fehlende Konsequenzen bei Fällen sexueller Belästigung zu tragen

Von Wigbert Lör (Stern) und Marta Orosz (CORRECTIV), 06.04.2018

Beim WDR gibt es Streit über den Umgang mit sexueller Belästigung. CORRECTIV und das Magazin „stern“ hatten in dieser Woche [Fälle von sexueller Belästigung durch einen Auslandskorrespondenten](#) aufgedeckt. Für den Reporter gab es kaum Konsequenzen. Die Chefin des Personalrats des Senders Christiane Seitz trat am Freitag aus dem sogenannten Interventionsteam zurück, an das sich Opfer von sexueller Belästigung wenden können.

Anlass für den Rücktritt von Seitz ist die Reaktion des WDR auf unsere Recherchen. „Die Verantwortung wird auf den Kopf gestellt“, schreibt Seitz in einer internen E-mail an WDR-Mitarbeiter. Seitz will außerdem nicht länger an internen Richtlinien gegen sexuelle Belästigung mitarbeiten. Machtlos gegen die Hierarchien?

Gegenüber dem [Kölner Stadt-Anzeiger](#) hatte eine Sprecherin des WDR gesagt, es sei Aufgabe des Interventionsteams, Vorwürfe von sexuellem Missbrauch zu prüfen und arbeitsrechtliche Konsequenzen vorzuschlagen. Diese würden dann von der Perso-

nalabteilung umgesetzt. Das erweckte offenbar den Anschein, die Spitze des Senders wolle die Verantwortung abwälzen.

Seitz schreibt, nicht der Personalrat, sondern die WDR-Führung sei dafür verantwortlich, dass Fälle von sexueller Belästigung nicht ausreichende Konsequenzen nach sich gezogen hätten. „Vorgesetzter des betreffenden Auslandskorrespondenten ist der Fernsehdirektor (Anm: Jörn Schönenborn), dessen Vorgesetzter ist der Intendant des Westdeutschen Rundfunks (Anm: Tom Buhrow).”

Seitz schreibt in ihrer Email weiter, dass der Personalrat gegenüber den Senderhierarchien machtlos gewesen sei. „Der Personalrat (...) hat immer wieder vergeblich gefordert, im absolut hierarchisch geprägtem WDR eine wirklich umfassende, strukturelle Kontrolle und Ahndung von Machtmissbrauch und Herabwürdigung gegenüber Schwächeren und Abhängigen zu gewährleisten.“ Derartige Vorschläge, so Seitz, „wurden teils ins Lächerliche gezogen, teils als überflüssig oder ‘zu aufwändig’ erklärt.“

CORRECTIV und „stern“ hatten über den Fall eines WDR-Korrespondenten berichtet, der mehrere Kolleginnen sexuell belästigte. Die Frauen meldeten die Vorfälle dem Sender, woraufhin Chefredakteurin Sonia Mikich eine interne Aufarbeitung einleitete. Obwohl der Korrespondent die Vorwürfe teilweise einräumte, gab es kaum ernsthafte Konsequenzen. Er ist weiter für den WDR auf Sendung. Ein Vermerk in seiner Personalakte und eine Ermahnung waren die einzigen Folgen, die die Führungsebene für angemessen hielt.

Die Personalrätin Seitz fordert mit ihrem Rücktritt aus dem Interventionsteam grundlegende Änderungen im Umgang mit den Menschen und eine neue Unternehmenskultur.

„Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Personalratsvorsitzende ihre Mitarbeit im Interventionsteam eingestellt hat und können die Begründung nicht nachvollziehen,“ teilte eine Sprecherin des WDR mit. Auf die konkreten Vorwürfe ging sie nicht ein.

Zweiter Fall von sexueller Belästigung im WDR - mit absurden Folgen

Der Fall „Alpha-Tier“ beschäftigt den WDR noch. Nun zeigt unsere gemeinsame Recherche mit dem „stern“, wie der Sender mit einem anderen bekannten TV-Journalisten umging. Auch ihm wurden Übergriffe vorgeworfen. Es gab eine Ermahnung – für einen Hinweisgeber

Von Wigbert Löer (Stern) und Marta Orosz (CORRECTIV), 11.04.2018

Vergangenen Freitagabend, 21.36 Uhr, eine Email mit zehn Absätzen, der Verteiler: WDR, alle Mitarbeiter. Der Absender: Tom Buhrow.

Der Intendant fasste sich lang. Er beruhigte. Und er lobte, was unter seiner Führung passierte: Der WDR habe einen Interventionsausschuss geschaffen, an den sich jeder wenden könne bei sexueller Belästigung.

Sexuelle Belästigung und der Missbrauch von Macht, darum geht es im größten Sender der ARD, seit CORRECTIV zusammen mit dem „stern“ vergangene Woche enthüllte, wie ein bekannter WDR-Journalist mit einer Praktikantin und einer Mitarbeiterin umgegangen ist – und wie die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt darauf reagierte. Opfer jenes Korrespondenten können nicht verstehen, dass der Mann, der sich selbst „Alpha-Tier“ nannte, weiterhin am Bildschirm zu sehen ist. Nach unserer Veröffentlichung wurde er freigestellt.

Neue Recherchen von CORRECTIV und „stern“ zeigen nun, wie der WDR in einem zweiten Fall sexueller Belästigung agierte. Auch dieser Mann berichtet bis heute

für die ARD, man sieht ihn regelmäßig in der „Tagesschau“ und in den „Tagesthemen“. Sein Fall macht deutlich, wie schwierig es im System WDR offenbar war, Hinweise ernst zu nehmen und Frauen, die sich vertraulich beschwerten, zu schützen.

Senderspitze war involviert

Aus juristischen Gründen soll dieser bekannte ARD-Journalist hier Schmidt heißen. Vorwürfe gegen ihn wurden 2010 bekannt. Es wurde telefoniert, Emails wurden geschrieben, die komplette Senderspitze war involviert. Es kam zu Gesprächen und Verwerfungen – und am Ende zu einer überraschenden, schwer nachvollziehbaren Entwicklung.

Ins Rollen brachte den Stein im Fall Schmidt ein anderer männlicher Mitarbeiter des Senders. Dieser Mann hatte Kontakt zu fest angestellten Kolleginnen und zu freien Mitarbeiterinnen, die sich über sexuelle Belästigung, Mobbing und Machtmissbrauch in ihrer Programmgruppe beklagten. Fast alle Schilderungen betrafen den Kollegen Schmidt.

Die Senderspitze nahm die Schilderungen des männlichen Kollegen durchaus ernst. Die damalige Programmdirektorin Verena Kulenkampff gab ihm einen Auftrag: Er solle die Frauen, die sich beschwert hätten, an eine Vertreterin des Personalrats vermitteln. Dieser Personalrätin vertraute die Programmdirektorin Kulenkampff.

„Angst und Scham“

Der männliche Kollege tat wie besprochen, und so konnte die Personalrätin vertrauliche Gespräche mit den Frauen führen. Es ging dabei um Taten, die schon etwas zurück lagen. Es ging aber auch um die Gegenwart.

Die Personalrätin gewann den Eindruck, dass es Grenzüberschreitungen gegeben habe und weiterhin gebe, Vorkommnisse, die man als sexuelle Belästigung verstehen könne. Das geht aus internen Sender-Dokumenten hervor. Allerdings baten die betroffenen Kolleginnen dringend um Anonymität. Sie wollten sich nicht outen, den WDR-Journalisten nicht offiziell melden. Die Personalrätin spürte während der Gespräche bei den Frauen extreme „Angst und Scham“. Davon setzte sie die Programmdirektorin auch in Kenntnis.

Die Personalrätin machte auch einen Vorschlag, wie der WDR mit den Vorwürfen umgehen solle: Die Senderspitze solle sich mit der entsprechenden Programmgruppe in Verbindung setzen und deutlich machen, dass sexuelle Belästigung im WDR „keine Kleinigkeit“ sei. „Achtsamkeit und Fürsorge“ sollten die WDR-Chefs einfordern in der Programmgruppe, sich dort eindeutig gegen Diskriminierung und gegen die Verletzung der Würde aussprechen.

Es gab Konsequenzen – für den Hinweisgeber

Es waren ziemlich deutliche Empfehlungen, die die Personalrätin des WDR gab. Und drei Monate später hatte der Fall dann auch ein Ergebnis. Es kam zu einer Ermahnung. Die disziplinarische Maßnahme traf ausgerechnet jenen WDR-Mitarbeiter, der auf die Vorwürfe der Frauen aufmerksam gemacht und die Frauen dann auf Bitte der Programmdirektorin Kulenkampff an die Personalrätin verwiesen hatte.

Der Sender statuierte an ihm offenbar ein Exempel. Er bestrafte den Hinweisgeber. Der WDR verbot dem Mitarbeiter jetzt „ausdrücklich“, von sexueller Belästigung in der Programmgruppe zu sprechen. Er verbot dem Mitarbeiter außerdem zu sagen, dass in der Programmgruppe Vorwürfe wegen sexueller Belästigung erhoben worden seien. Und er ließ keinen Zweifel daran, zu weiteren Maßnahmen bereit zu sein: „Sollten Sie sich an diese Vorgabe nicht halten, kann das Auswirkungen auf Ihr Arbeitsverhältnis haben.“

Der WDR tat also so, als habe es die Gespräche der Personalrätin mit den Frauen nie gegeben. Schriftlich hielt der Sender fest, es entspreche „nicht den Tatsachen“, dass sich jemand „an die im Hause für solche Fälle zuständigen Ansprechpartner gewandt“ und „Beschwerden über sexuelle Belästigung“ in der Programmgruppe erhoben habe. Dieser Satz verblüfft: Tatsächlich hatten sich ja sehr wohl mehrere Frauen einer Personalrätin des WDR geöffnet. Sie hatten sich nur nicht getraut, namentlich aufzutreten und den renommierten Journalisten Schmidt zu belasten.

Ein Tag im April, Köln, eine Frau erzählt, wie sie die Zusammenarbeit mit dem WDR-Mann Schmidt erlebt hat. Sie hatte ihn als Praktikantin kennen gelernt und erzählt nun, wie er sie während einer Party „ziemlich respektlos angemacht“ habe. Zuvor habe sie ein „Perspektivgespräch“ in seinem Büro gehabt.

„Abends einen trinken“

Sie habe sich abgewandt, berichtet die Frau, ihre Erfahrung aber Kolleginnen mitgeteilt und dabei gelernt, dass es Anderen ähnlich ergangen sei. Einige Jahre später bekam sie Schmidt dann als Chef. Sie war Redakteurin beim WDR geworden, mit Zeitvertrag. Zuerst habe Schmidt sie freundlich behandelt. Er habe sie gelobt, sie mit spannenden Aufgaben betreut.

Dann aber sei es von Schmidts Seite zu „immer wiederkehrenden Aufforderungen“ gekommen, gemeinsam zu Mittag zu essen oder „abends einen trinken“ zu gehen. „Am meisten störte mich dabei sein stets auf meine Brust gerichteter Blick“, sagt die Journalistin.

Sie sei den Abendeinladungen nicht gefolgt und habe auch nicht auf weitere Anspielungen reagiert. Die Folge sei gewesen, dass sie „sukzessive in Ungnade gefallen“ sei. Interne Konferenzen hätten ohne ihr Wissen stattgefunden, vor Kollegen sei Schmidt ihr ins Wort gefallen. Insgesamt habe er ihr nun zu verstehen gegeben, dass ihr Zeitvertrag nicht verlängert werde. So kam es dann auch.

Machtmissbrauch leicht gemacht

Der Journalist Schmidt hat über Jahre seine Macht missbraucht, so sieht es die Frau in Köln. Sie widerstand ihm, ließ sich nicht auf ihn ein. Aber für sie ist klar, dass ihr Vertrag beim WDR deshalb nicht verlängert wurde. „Er hat mir mein Selbstvertrauen genommen und letztlich meine WDR-Karriere zerstört“, sagt sie. Und eines fügt sie noch hinzu: Bei einem Sender wie dem WDR hätten ziemlich viele Kollegen keinen festen, unbefristeten Vertrag.

Tatsächlich beauftragten öffentlich-rechtliche Sender viele Journalisten als freie Mitarbeiter oder statten sie mit Zeitverträgen aus. Das liegt an den Sparvorgaben, denen ARD und ZDF unterliegen – flächendeckende Festanstellungen laufen dem zuwider. Allerdings können Vorgesetzte so eben auch ihre Macht leichter missbrauchen. Freie Mitarbeiter oder Kollegen mit Zeitvertrag überlegen es sich drei Mal mehr, ob sie einen Chef melden.

Die Journalistin, deren Zeitvertrag unter Schmidt nicht verlängert wurde, wandte sich allerdings dennoch an den WDR. Ihre Erfahrungen mit Schmidt gingen schriftlich

beim Sender ein, damals, 2010. Der Sender hätte damit arbeiten können, hätte sich mit dem Fall Schmidt auseinander setzen können. Er hätte nun Schmidts Karriere bei WDR und ARD stoppen können.

Aufklärung nicht möglich?

Der WDR sagt heute, man habe die Vorwürfe nicht aufklären können. Der Mann, der hier Schmidt heißt, ist zur Zeit im Urlaub und war für CORRECTIV und „stern“ nicht zu erreichen. Eine Email mit Fragen zu seinem Fall blieb unbeantwortet.

CORRECTIV und „stern“ schickten zu den neuen Recherchen auch einige Fragen an den WDR selbst: „Es gab in dem betreffenden Jahr Hinweise auf mögliches Fehlverhalten. Diesen wurde sehr sorgfältig nachgegangen. Der WDR hat möglichen Betroffenen einen Weg der Beschwerde geschaffen. So gab es zum Beispiel eine Ombudsperson, an die sich Betroffene wenden konnten. Diese baten aber ausdrücklich darum, die Anonymität zu wahren. Abschließend ergab die damalige Prüfung, dass die Vorwürfe nicht aufgeklärt werden konnten. Zu weiteren Details äußern wir uns aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht.“

Nach dem ersten Bericht von CORRECTIV und „stern“ vergangene Woche hatte sich die Chefin des WDR-Personalrats vernehmlich beschwert. Ihre Botschaft, an die komplette Belegschaft gemailt, lautete: Im WDR wird der Kampf gegen sexuelle Belästigung nicht ernst genug genommen. Um das zu unterstreichen, trat sie sogar aus dem Interventionsausschuss zurück. Die Chefin des Personalrats hatte ihre Kritik direkt an die beiden mächtigsten Männer des Senders gerichtet, an den Intendanten Tom Buhrow und an den Programmdirektor Jörg Schönenborn.

Beratungsstelle ohne Beraterin

Tom Buhrow schrieb in seiner Mail vom vergangenen Freitag mehrfach von der „Verunsicherung“ seiner Belegschaft. Er bot den Mitarbeitern an, Fragen zu Übergriffen künftig gemeinsam zu bewältigen. „Gesprächsforen oder Ähnliches wären z.B. eine Möglichkeit. Falls Sie das für sinnvoll halten, werden wir das unterstützen, z.B. auch durch Hinzuziehung von Mediatoren.“ In seiner Zeit als USA-Korrespondent habe er „beobachtet, wie ernst dort große Konzerne den Schutz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen“.

Das klang gut, und vielleicht wird Buhrow bei der Psychosozialen Beratungsstelle des WDR anfangen. Die Fachfrau, die dort zwei Jahrzehnte lang die Mitarbeiter beriet, befindet sich im Ruhestand. Nachgefolgt ist ihr niemand. Die Beratungsstelle hat der WDR seit mehr einem Jahr mit ihrer Sekretärin besetzt, halbtags. Der Sender wollte sich dazu nicht äußern.

„...wieder ein sexy Strickkleid an“

Die Vorwürfe über sexuelle Belästigung beim WDR reißen nicht ab. Uns liegt eine Beschwerde vor, in der mehrere Frauen Belästigung und Diskriminierung durch einen WDR-Mann in Führungsposition beklagen. Der Sender reagiert auf den Skandal: Betroffene sollen sich jetzt auch an eine externe Anwaltskanzlei wenden können. Doch ausgerechnet die hat bisher den Sender gegen die Opfer vertreten

Von Wigbert Lör (Stern) und Marta Orosz (CORRECTIV), 18.04.2018

Weitere Opfer melden sich mit Vorwürfen und bitteren Erfahrungen. Die Senderspitze musste sich zweieinhalb Stunden lang den bohrenden Fragen der Belegschaft stellen. Es geht drunter und drüber im WDR, seit CORRECTIV und „stern“ zwei Fälle von Machtmissbrauch und sexueller Belästigung enthüllt haben. Eine Geste allerdings halten Intendant Tom Buhrow und Programmdirektor Jörg Schönenborn offenbar für unnötig: eine öffentliche Entschuldigung bei jenen Frauen, die über Jahre unter prominenten Journalisten des Senders litten.

Stattdessen behauptete Jörg Schönenborn mit Blick auf einen der beiden Belästigungsfälle, es habe damals ein „dringendes Interesse aufzuklären“ bestanden.

Größere Konsequenzen hatte der angebliche Drang zur Wahrheit offenbar eher selten. Das zeigen auch neue Recherchen von CORRECTIV und „stern“. In einem dritten, bisher unbekanntem und recht aktuellen Fall geht es um Machtmissbrauch und sexuelle Diskriminierung.

SIE STEHT AUF MICH, DAS WEISS ICH.

Der Mann, gegen den sich die Vorwürfe richten, amtiert im WDR-Kosmos weiterhin an hoher Stelle. Er soll für diesen Text Tilo Matzen heißen. CORRECTIV und „stern“ liegt eine Beschwerde über Matzen vor, die Ende 2016 an drei verschiedenen, jeweils zuständigen Stellen des WDR vorgetragen und auch in Papierform vorgelegt wurde. Das Dokument, über das der WDR seitdem verfügt, fasst die Erfahrungen mehrerer Mitarbeiterinnen mit Tilo Matzen zusammen.

„Sexuelle Diskriminierung“ und „Arbeiten in sexuell aufgeladener Atmosphäre“ seien an der Tagesordnung gewesen, heißt es in dem Papier. Die Frauen belegen das mit etlichen Zitaten, die sie Tilo Matzen zuschreiben.

- Eine Kollegin, habe der gesagt, „hatte heute wieder ein sexy Strickkleid an. Man konnte alles durchsehen.“ – „Sie steht auf mich, das weiß ich.“

- Ein Kollege, sagte er dem Beschwerdepapier nach ebenfalls, falle für einige Wochen aus. „Er hat Rücken. Kein Wunder. Er hat ja jetzt eine neue Freundin. Und endlich wieder Sex.“

- Weiter wird Matzen in dem Papier zitiert: „„Na, hattest Du ein schönes Wochenende mit Deinem Freund, oder warum kannst Du Dich nicht mehr bewegen?“ (Die Mitarbeiterin hatte einen Hexenschuss.)“

ICH HABE KEINE LUST MEHR AUF DIE DISKUSSIONEN MIT DEN FRAUEN. NUR MIT MÄNNERN IST ES VIEL EINFACHER UND SCHÖNER.

Matzen war dem Beschwerdepapier nach bemüht, es nicht bei Worten zu belassen. Der Versuch, ihm auszuweichen, konnte demnach zu unangenehmen Konsequenzen führen. „Eine Mitarbeiterin hat er auf einer Dienstreise nach der

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Zimmernummer gefragt. Nachdem sie ihm die falsche Nummer gesagt hatte, hat er später behauptet, sie stände kurz vor dem Burnout und sie sei mit dem Job überfordert.“

Eine Frau, die zu einem Abendtermin nach Köln reiste und davon ausging, dass auch Matzen selbst im Hotel absteigen würde, habe sich von Matzen „so stark bedrängt“ gefühlt, „dass Kolleginnen ebenfalls in Köln übernachtet haben, damit sie nicht alleine mit ihm an der Bar sitzen musste“. Insgesamt waren laut dem Beschwerdepapier „mind. sieben Frauen im direkten und weiteren Arbeitsumfeld von Herrn Matzen bekannt, die er bedrängt hat“.

Matzen hatte seinerzeit begonnen, sein Reich neu zu ordnen. Dabei verloren mehrere weibliche Führungskräfte ihren Job. Matzen sagte damals laut Beschwerdepapier: „Ich habe keine Lust mehr auf die Diskussionen mit den Frauen. Nur mit Männern ist es viel einfacher und schöner.“

Nach Informationen von CORRECTIV und „stern“ war mit der Beschwerde beim WDR auch die stellvertretende Intendantin befasst. Der Sender bestätigte das auf Nachfrage. Eine Sprecherin schrieb, die Vize-Intendantin habe den Mann „in einem kurzfristig angesetzten Gespräch“ mit den Vorwürfen konfrontiert. Dieser habe sie mit aller Deutlichkeit zurückgewiesen. Die stellvertretende Intendantin habe in dem Gespräch deutlich gemacht, das „jegliches Fehlverhalten solcher Art“ nicht geduldet werde.

*AM BESTEN ERWECKT MAN NICHT MAL DEN ANSCHEIN, ETWAS KÖNNE
FALSCH LAUFEN.*

Matzen selbst antworte auf Fragen zu den konkreten Vorwürfen, dass er sich so nicht geäußert beziehungsweise nicht entsprechend gehandelt habe. Die Zitate entsprächen auch nicht seinem Sprachstil.

„Zum Schutz der betroffenen Frauen“ sind in dem Beschwerdepapier die einzelnen Kolleginnen nicht namentlich erwähnt. Genau das verdeutlicht das Problem, vor dem der Sender seit vielen Jahren steht, wenn es um Machtmissbrauch, Mobbing

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

und sexuelle Belästigung geht: Es herrscht ein Klima der Angst. Ein Klima, in dem Frauen sich nicht trauen, Fehlverhalten von Vorgesetzten zu melden.

Kürzlich schrieb die Vorsitzende des WDR-Personalrats, ihr Gremium habe „immer wieder vergeblich gefordert, im absolut hierarchisch geprägten WDR (...) eine Ahndung von Machtmissbrauch und Herabwürdigung gegenüber Schwächeren und Abhängigen zu gewährleisten“. Eine langjährige WDR-Führungskraft erklärt das Phänomen so: „Es geht immer um Gesichtswahrung. Am besten erweckt man nicht mal den Anschein, etwas könne falsch laufen. Denn darunter könnte ja der Sender leiden.“

Sexuelle Nötigung dulde der WDR nicht, sagte kürzlich Intendant Tom Buhrow. Nach den Enthüllungen präsentiert der WDR nun im Intranet zwei externe Ombudsfrauen, junge Rechtsanwältinnen, die ihre Karriere gerade gestartet haben: An sie sollen WDR-Mitarbeiter sich bei Machtmissbrauch und Übergriffen gefahrlos wenden können.

Auf jene Frauen, die unter Tilo Matzen litten, dürfte dieses Angebot zynisch wirken. Als sie das Unternehmen verließen und über ihre Abfindungen verhandelten, vertrat nämlich genau die Kanzlei der zwei neuen Ombudsfrauen die Gegenseite. Absurd der Gedanke, dass die Frauen ihre Probleme mit dem Chef zuvor gerade der Kanzlei anvertraut hätten, die sie im anschließenden Verfahren gegen sich hatten.

UPDATE vom 19. April 2018, 16:15 Uhr.

Der Personalrat stellt sich deswegen offen gegen die Senderspitze: „Wir raten von dieser Kanzlei ab“, schrieb der Personalrat am Donnerstag in einer Email an alle Mitarbeiter des Senders. Denn diese Kanzlei habe den Sender gegen einen Korrespondenten vertreten, der intern auf Vorwürfe sexueller Belästigung aufmerksam machte und vom Sender deswegen abgemahnt wurde. Auch in weiteren Prozessen habe diese Kanzlei den Sender gegen Mitarbeiterinnen vertreten.

Vor allem fordert der Personalrat weiter eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle.

Schließlich erwarteten die Beitragszahler vom WDR die kritische Auseinandersetzung mit Missständen – und das solle auch im eigenen Hause praktiziert werden.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Hier die Email des Personalrats im Wortlaut:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir, die Personalratsmitglieder des WDR, die Jugend- und Auszubildendenvertretung und die Schwerbehindertenvertretung, wenden uns persönlich an euch, um folgendes klarzustellen:

1. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle. Die Verantwortlichen, die trotz eindeutiger Hinweise nicht eingeschritten sind, müssen benannt werden und sich bei den Betroffenen entschuldigen.

2. Die Beauftragung der Kanzlei Küttner als Anlaufstelle für Betroffene von sexueller Belästigung wurde nicht mit uns abgesprochen. Wir raten von dieser Kanzlei ab, da sie den WDR auch gegen den Korrespondenten vertreten hat, der sich für die Betroffenen von sexueller Belästigung eingesetzt hat. Die Kanzlei Küttner hat auch in anderen Prozessen den WDR gegen MitarbeiterInnen vertreten.

3. Wir fordern das Haus auf, herabwürdigende Bemerkungen über den o.g. Korrespondenten zu unterlassen. Äußerungen wie u.a. auf dem Sonderdialog „Er habe in allen Redaktionen Probleme gehabt“, tragen nichts zur Aufarbeitung der Vorfälle bei.

4. Den Kolleginnen und Kollegen, die sich kritisch zum Umgang des WDR mit dem Thema sexuelle Belästigung und Machtmissbrauch äußern oder beim Sonderdialog geäußert haben, dürfen keine Nachteile daraus erwachsen. Das gilt für feste, freie und befristet angestellte KollegInnen.

5. Das frühe Unterbinden von sexueller Belästigung, Machtmissbrauch und herabwürdigendem Verhalten ist eine Führungsaufgabe. Vorgesetzte müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

6. Die Aufgabe, Fälle sexueller Belästigung zu sammeln, kann deswegen nicht an „Vertrauensleute“ aus den Teams delegiert werden, wie das jetzt in einigen Abteilungen diskutiert wird. Denn diese KollegInnen sind selbst Teil des Teams und stehen in genau den gleichen Abhängigkeiten. Außerdem besteht die Gefahr, dass

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

- diese KollegInnen durch ihre Sonderrolle vom Team isoliert werden, weil sie als Kontrollinstanz wahrgenommen werden.

- sie von Vorgesetzten unter Druck gesetzt werden, Fälle zu bagatellisieren.

- sie von den Konsequenzen, die diese Stellung mit sich bringt, überfordert werden.

Die kritische Auseinandersetzung mit Missständen gehört zum Kerngeschäft des WDR und ist maßgeblicher Bestandteil unserer Legitimation für die BeitragszahlerInnen. Nur wenn wir bereit sind, ebenso kritisch mit uns selbst umzugehen, bewahren wir unsere Glaubwürdigkeit. Deswegen muss dringend ein Klima geschaffen werden, in dem Kritik zur Unternehmenskultur gehört. Unserer Meinung nach brauchen wir dazu Hilfe von außen - zum Beispiel in Form eines Beirats.

„In tiefer Sorge um den WDR“

Beim WDR nimmt der Unmut der Mitarbeiter über den Umgang von Intendant Tom Buhrow mit dem hauseigenen #metoo-Skandal zu. Der Sender reagiere nicht entschieden genug auf die Vorwürfe sexueller Belästigung. Das wichtigste Kontrollgremium des Senders zeigt sich unterdessen ob der Kritik an Buhrow ratlos

Von Wigbert Lör (Stern) und Marta Orosz (CORRECTIV), 26.04.2018

Eigentlich sollte alles so schön werden. „Ich bring die Liebe mit“, hatte Tom Buhrow verkündet, als er vor fünf Jahren Intendant des Westdeutschen Rundfunks wurde. Heute ist von Liebe wenig zu spüren. Seit CORRECTIV und „stern“ Anfang April den ersten und anschließend zwei weitere Fälle sexueller Belästigung im WDR aufdeckten, taumelt die Anstalt von Vorwurf zu schlechtem Krisenmanagement zu Panik.

„Kühlen Kopf bewahren!“, gebot Tom Buhrow seiner Belegschaft vorigen Freitag im Intranet. Die Frage ist allerdings, ob er selbst nicht etwas zu cool bleibt.

Ein System der Vertuschung

Erst Ende März hatte der WDR-Rundfunkrat den Vertrag des Intendanten vorzeitig verlängert. Aus heutiger Sicht könnte man auch sagen: gerade noch rechtzeitig. Denn in diesen Wochen schlittert der meist jovial auftretende Buhrow durch die schwierigste Zeit seiner Intendanz. Vergangene Woche berichtete der „Spiegel“ von einem vierten Fall: Einem Mitarbeiter der Revisionsabteilung hätten Kolleginnen massive Vorwürfe wegen sexueller Belästigung gemacht. Damit wäre jemand, der WDR-intern ermittelt, selbst zum Fall für interne Aufklärung geworden.

Es scheint, als offenbare sich ein System der Verdrängung und Vertuschung. Ganze acht Jahre ist es her, dass sich der WDR-Korrespondent Arnim Stauth mit Hinweisen auf Vorwürfe sexueller Belästigung an die Senderspitze gewandt und auf deren Wunsch den Kontakt zu den betroffenen Kolleginnen hergestellt hat.

Doch warum wurde er danach von der Personalabteilung einbestellt und offiziell ermahnt? Und warum wurde wenig später bei einer WDR-Führungskraft, der man angeblich nichts nachweisen konnte, eine Glasscheibe in die Bürotür eingesetzt? Aus Sicherheitsgründen, sagt der WDR auf Anfrage, so wie in anderen Büros auch. Nichts habe das mit der Person zu tun.

Sein Krisenmanagement betreibt der Sender aus dem fünften Stock des sogenannten Vierscheibenhauses im Herzen von Köln. Hier residieren der Intendant und sein Büroleiter Rüdiger Paulert, ein Radiojournalist, den Buhrow aus gemeinsamen Tagen im ARD-Studio Washington kennt.

Ebenfalls in der Nähe der Macht sitzen die Vize-Intendantin Eva-Maria Michel, eine Juristin und als solche unter den vielen Journalisten in der Senderspitze eine Ausnahme, und der Fernsehdirektor Jörg Schönenborn.

Tiefe Sorgen

Der Umgang der Senderspitze mit dem Korrespondenten Stauth verstört heute weite Teile der Belegschaft. 2010, sagt ein Mitarbeiter, ging es um Einschüchterung, jetzt um persönliche Diskreditierung. Vorigen Donnerstag stellte sich der Personalrat hinter Stauth und ermahnte den Sender, „herabwürdigende Bemerkungen über den o. g. Korrespondenten zu unterlassen“.

Der Personalrat meinte damit Aussagen, Stauth habe „in allen Redaktionen Probleme“ gehabt. Zudem bezweifelte der Personalrat, dass Buhrow die Krise allein meistern könne. Die Forderung des Gremiums: „Hilfe von außen“.

CORRECTIV und „stern“ liegt auch eine interne E-Mail von 70 WDR-Journalisten vor. Gesendet wurde sie an Tom Buhrow „in tiefer Sorge um den WDR, für den in diesen Tagen großer Schaden entsteht“. Unterschrieben haben inzwischen weitere WDR-Kollegen. Statt „mit maximal möglicher Transparenz“ auf die Vorwürfe zu reagieren, „schweigt das Haus oder äußert sich allgemein und mit Verweis auf arbeitsrechtliche Beschränkungen ausweichend“, heißt es in der Mail.

Die WDR-Journalisten schreiben von „Verschleppung“ und „Intransparenz“. Sie fragen: „Wie sollen wir künftig über den Splitter im Auge des anderen berichten, wenn in unserem ein Balken steckt?“ Es werde der Eindruck in Kauf genommen, „dass etwas vertuscht werden soll oder beteiligte Personen geschützt werden sollen“. Zielt der Vorwurf auf Jörg Schönenborn? Buhrows Vertrauter spielte bei der internen Aufklärung der ersten zwei Fälle eine fragwürdige Rolle. Sein Vertrag als Fernsehdirektor wurde noch nicht vorzeitig verlängert.

Auch die Redakteursvertretung mailte kürzlich an den Intendanten. Das Gremium mahnte Buhrow zur „notwendigen Selbstkritik“. Es stellte fest, dass immer mehr Kollegen „persönliche Nachteile befürchten“, wenn sie Kritik äußern. Ein „Klima des Vertrauens“ fehle im WDR.

Viel Unmut von unten bekommt Tom Buhrow zu spüren, aber immerhin läuft es nach oben hin gut. Der WDR-Verwaltungsrat, der die Geschäftsleitung kontrolliert, befasste sich am Freitag mit den Vorgängen. Ludwig Jörder, der Vorsitzende des Gremiums, sagte dem „stern“ zum Krisenmanagement des Intendanten: „Ich wüsste nicht, was er sonst noch machen sollte.“

Der #metoo-Skandal beim WDR: Eine Chronologie

Der WDR, der größte öffentlich-rechtliche Sender in Deutschland, wird seit Wochen durch Vorwürfe sexueller Belästigung in Atem gehalten. Ein Überblick

Von Marta Orosz (CORRECTIV), 07.05.2018

5. April 2018

CORRECTIV und „stern“ berichten zum ersten Mal über einen WDR-Auslandskorrespondenten, der mehrere weibliche Mitarbeiterinnen sexuell belästigt hat. Der Korrespondent hatte intern die Vorwürfe teilweise eingeräumt, dennoch arbeitet er immer noch beim größten öffentlich-rechtlichen Sender in Deutschland.

6. April 2018

Die Chefin des Personalrats kritisiert die WDR-Führungsspitze und tritt aus dem Interventionsteam zurück, an das sich Opfer von sexueller Belästigung wenden können.

8. April 2018

Wie die „Bild am Sonntag“ berichtet, hat der WDR den Auslandskorrespondenten freigestellt, über den CORRECTIV und „stern“ zuvor berichtet haben.

9. April 2018

Die „Bild“ findet im eigenen Archiv einen Artikel aus dem Jahr 1991 über die sogenannte „Doppelzimmer-Affäre“ des WDR-Auslandskorrespondenten. Damit ist klar, dass Vorwürfe gegen den Auslandskorrespondenten schon seit 27 Jahren intern bekannt waren.

11. April 2018

CORRECTIV und „stern“ berichten über einen zweiten Fall von Vorwürfen von sexueller Belästigung beim WDR: Der Sender wusste spätestens seit 2010 über die Anschuldigungen gegen einen bekannten Fernsehreporter. Der Sender ließ ihn weiterarbeiten – ermahnte aber den Brüsseler Korrespondent Arnim Stauth, der auf die Vorwürfe intern aufmerksam machen wollte.

12. April 2018

Intendant Tom Buhrow beruft eine Personalversammlung ein, um die Fragen der WDR-Belegschaft zur aktuellen Berichterstattung über den Sender zu beantworten. Die Führungsspitze benennt die Anwaltskanzlei Küttner als Ombudsstelle für Betroffene von sexueller Belästigung.

13. April 2018

Redakteure wenden sich in einer internen Email „in tiefer Sorge“ an den Intendanten Tom Buhrow. Die WDR-Belegschaft kritisiert die Intransparenz und die Verschleppung im Umgang mit den Vorwürfen von sexueller Belästigung.

18. April 2018

Der WDR kündigt Sofortmaßnahmen an: Schulungen und Dialogveranstaltungen sollen auch Führungskräfte für das Thema sexuelle Belästigung sensibilisieren.

19. April 2018

CORRECTIV und „stern“ berichten über einen dritten Fall von sexueller Belästigung im WDR-Kosmos. In einer Email an die Belegschaft rät der Personalrat davon ab, sich an die Kanzlei Küttner zu wenden. Denn die Anwälte, die nun als Ombudsstelle agieren sollen, haben bis dahin den WDR gegen die eigenen Mitarbeiter vertreten.

20. April 2018

Der „Spiegel“ berichtet über einen vierten Fall: Gegen einen Mitarbeiter der Revision sollen „massive Vorwürfe wegen sexueller Belästigung“ vorliegen. Diese Abteilung hatte seit einiger Zeit die zusätzliche Aufgabe, einen Überblick bei den Beschwerden über sexuelle Belästigung zu schaffen.

22. April 2018

In einem weiteren Brief an Tom Buhrow fordert die WDR-Redakteursvertretung die „notwendige Selbstkritik“ von dem Intendanten.

26. April 2018

Der Sender beauftragt Monika Wulf-Mathies, eine frühere Gewerkschaftsvorsitzende, die Vorwürfe zu prüfen. Intendant Tom Buhrow kündigt auf einer Pressekonferenz an, dass der WDR zwei weitere externe Anwaltskanzleien in die Aufarbeitung der Vorwürfe sexueller Belästigung eingeschaltet hat. Der Intendant entschuldigt sich erstmals öffentlich bei den Betroffenen.

30. April 2018

Ein zweiter, hochrangiger WDR-Mitarbeiter wird wegen Vorwürfe von sexueller Belästigung freigestellt, berichtet die „Bild“. Der Mitarbeiter macht am nächsten Tag über seinen Anwalt öffentlich, dass es um ihn geht. Er heißt Gebhard Henke, ist Leiter des Programmbereichs Fernsehfilm, Kino und Serie beim WDR und ist damit der Koordinator der Serie „Tatort“. Henke bestreitet die Vorwürfe.

Prüferin Wulf-Mathies über MeToo-Skandal beim WDR: „eine sehr hässliche Form von Machtmissbrauch“

Es geht um Vorwürfe sexueller Belästigung beim WDR, Enthüllungen von CORRECTIV und stern haben die Aufarbeitung notwendig gemacht. Nun äußerte sich die externe Prüferin Monika Wulf-Mathies auf einer internen Veranstaltung vor WDR-Mitarbeitern. Die frühere EU-Kommissarin fand klare Worte

Von Wigbert Lör (Stern) und Marta Orosz (CORRECTIV), 12.09.2018

Es ist voll in der Kantine des WDR-Funkhauses in Köln, die Mitarbeiter sind gespannt. Die Veranstaltung heißt „Sonder-Dialog“, sie ist intern. Das Thema: sexuelle Belästigung. Nicht in Hollywood, sondern hier im größten Sender der ARD.

Gemeinsam mit dem stern hatte CORRECTIV im Frühjahr insgesamt drei Fälle enthüllt, in denen Männern aus dem WDR-Kosmos Machtmissbrauch und sexuelle Belästigung vorgeworfen wird. Ein vierter Mann, der Spielfilmchef Gebhardt Henke, machte seinen Fall danach selbst bekannt. Die Autorin Charlotte Roche und andere Frauen warfen ihm im Spiegel vor, sie sexuell belästigt zu haben.

Nun steht also Monika Wulf-Mathies vor der WDR-Belegschaft. Die 75-Jährige war Gewerkschaftschefin, später EU-Kommissarin. Auf Bitten des WDR hatte sie sich bereit erklärt, als unabhängige Prüferin zu wirken. Wulf-Mathies sollte herausfinden, wie der WDR mit Hinweisen auf sexuelle Belästigung umgegangen ist. Ihre Einschätzung, zusammengefasst: alles andere als angemessen.

„Angst, nicht ernst genommen zu werden und berufliche Nachteile zu erleiden“

Gleich zu Beginn fallen deutliche Worte: „Machtmissbrauch, Diskriminierung, Frust“. Wulf-Mathies habe „erfahren, wie entwürdigend es sein muss, Opfer von sexueller Belästigung zu werden“. Und „wie groß die Angst ist, nicht ernst genommen zu werden und berufliche Nachteile zu erleiden“.

Die Prüferin beschreibt mit ihren Sätzen schonungslos das Klima, das demnach über Jahrzehnte beim WDR herrschte. Der Intendant Tom Buhrow hatte vorher gesagt, man habe einen „völlig unabhängigen und auch ungeschönten Blick“ auf den WDR haben wollen. Jetzt bekommt er ihn.

Selbst wenn einige Fälle lange zurück lägen, fährt Wulf-Mathies fort, „viele Betroffene leiden darunter heute noch“. Sie spricht von einer „sehr hässlichen Form von Machtmissbrauch“, von einem „Machtgefälle zwischen in der Regel männlichen Chefs und weiblichen Untergebenen“. Und sie sagt: „Die Fälle sexueller Belästigung im WDR werfen auch ein Schlaglicht darauf, dass wir weit im Berufsleben ziemlich weit von

Chancengleichheit entfernt sind. Es gibt subtile und verdeckte Formen von Diskriminierung, um männliche Dominanz zu demonstrieren, zu rechtfertigen und zu festigen.“

Porno für die Praktikantin

Die Fälle: Da ist ein selbsternanntes „Alphatier“, ein früherer Korrespondent des Senders, der längst nicht nur schlüpfrige Emails an Kolleginnen schrieb, der nicht nur nachts im Hotel eine Praktikantin auf sein Zimmer lud und ihr dann einen Pornofilm zeigte. Ihn hat der WDR bis zu den Recherchen von CORRECTIV und stern nicht einmal abgemahnt. Dann aber, nach der Veröffentlichung, empörten sich etliche weitere Frauen und berichteten, wie sich der Mann ihnen gegenüber verhalten hatte. Der WDR kündigte dem Angestellten, der klagt dagegen.

Zu den Fällen zählt auch ein ranghoher Mitarbeiter aus dem WDR-Kosmos, dem Mitarbeiterinnen in einem Papier, das sie auch in den WDR einspeisten, Machtmissbrauch und Arbeiten in sexuell aufgeladener Atmosphäre vorwarfen. In der Beschwerde sind Zitate zu lesen, die von höchster Frauenfeindlichkeit zeugen und davon, dass eine Frau regelrecht Angst vor dem Mann hatte. Der Mann weilt nach Informationen von CORRECTIV und stern weiterhin auf seinem gut dotierten Posten.

Zu den Fällen zählt schließlich ein bekannter WDR-Journalist, über den mehrere Frauen ähnliche Verhaltensweisen berichten. Der Mann arbeitet weiterhin beim Sender.

Die Rolle der Verantwortlichen

„Es hätte eine befriedende Wirkung, wenn der WDR sich bei den Opfern entschuldigen würde“, sagt Monika Wulf-Mathies in der WDR-Kantine. Dann kommt sie auf die Verantwortlichen im Sender zu sprechen.

Monika Wulf-Mathies hat Gespräche im und außerhalb des Senders geführt. Und sie hat Akten gelesen. Das Ganze hat einige Monate gedauert, nun ist ihr Bericht fertig. Ihr sei klar geworden, sagt sie, dass die Verantwortlichen im WDR „Gerüchten und Beschwerden, die seit den Neunzigern kursiert haben, zwar nachgegangen“ seien, dass sie „aber wenig unternommen haben“. Es habe sich, erklärt Wulf-Mathies, meist um anonyme Hinweise gehandelt.

Eine Entschuldigung für Nichtstun? Nicht für Wulf-Mathies, denn: „Man hat sich meist darauf beschränkt, im Umfeld bei früheren Vorgesetzten oder Kollegen nachzufragen, aber weder haben die Verantwortlichen eigene Nachforschungen angestellt noch in den jeweiligen Bereichen, zum Beispiel in Dienstbesprechungen, darauf hingewiesen, dass sexuelle Belästigung bei WDR nicht geduldet“ werde.

Ein „größerer Ermittlungseifer“ sei „nötig gewesen“, sagt die Prüferin

Man kann es wohl so sagen: Wenn eine Frau beim WDR nicht komplett aus der Deckung kam, wenn sie nicht ihren Namen nannte und nicht versprach, auch öffentlich zu wiederholen, dass ihr Vorgesetzter X sie zu küssen versucht oder ihr angeboten habe, gegen sexuelle Leistungen ihre Karriere zu fördern – dann wurde der Fall dieser Frau nicht weiter verfolgt. Dann war das eben so. „Ein größerer Ermittlungseifer“, sagt Monika Wulf-Mathies, wäre „nötig gewesen“. Und fügt hinzu, wohl mit Blick auf alle Führungskräfte, die in der Vergangenheit argumentierten, es habe sich doch immer bloß um „Gerüchte“ gehandelt: „Das gilt besonders in den Fällen, wo sich die Beschwerden häuften und der Flurfunk nicht verstummte.“

Die unabhängige Prüferin kommt schließlich zu dem Ergebnis, dass es beim WDR „ein großes Misstrauen gegenüber Vorgesetzten und Führungskräften“ zu geben scheine, „außerdem Angst vor negativen beruflichen Konsequenzen und Sorgen, dass die Vertraulichkeit ihrer Angaben nicht gewährleistet“ ist. Sie fordert, dass der Sender eine „externe Beschwerdestelle“ einrichte. Eine Dienstvereinbarung, die Intendant Tom Buhrow einführt und auf die er nach den CORRECTIV- und stern-Recherchen gegenüber Mitarbeitern immer wieder verwies, habe „nicht die erwünschte Wirkung“ gehabt, sagt Wulf-Mathies.

Man habe zu wenig auf den Personalrat gehört, gibt der Intendant Tom Buhrow zu

Der Intendant Tom Buhrow, schlägt sie dann vor, solle sich an die Spitze der Bewegung stellen. Es müsse sich viel ändern beim WDR. Mitarbeiter würden die Kommunikation als „wenig offen und wertschätzend“ erleben. „Meine Gesprächspartner vermissten vor allem ein respektvolles und wertschätzendes Betriebsklima.“ Die Personalabteilung könne die Beschwerden von sexueller

Belästigung nicht allein aufarbeiten. Eine Feedback-Kultur müsse eingeübt werden. Es gehe „um mehr als Me too: Es geht um die Qualität der Zusammenarbeit zwischen Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“. Es brauche einen „Kulturwandel“

Der Intendant Tom Buhrow erweckt am Ende der Veranstaltung den Eindruck, dass er bereit ist, das zu tun. Er habe gar nicht gewusst, was gemeint gewesen sei, als in der Presse von „Angst“ beim WDR die Rede gewesen sei, beteuert er. Und, ja, man habe vielleicht zu wenig auf den Personalrat als allgemeiner Fiebermesser gehört. Zu den einzelnen Fällen äußert er sich auf der Versammlung nicht.

WDR: Neue Details beleuchten Probleme mit der Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch

Der Abschlussbericht ist da, der Intendant gibt sich demütig. Doch abgeschlossen ist nach den Me-too-Enthüllungen beim WDR wenig. Das zeigt auch der Vermerk eines Falles, der für den Beschuldigten glimpflich ausging

Von Wigbert Lör (Stern) und Marta Orosz (CORRECTIV), 13.09.2018

Er hatte sich schon entschuldigt, „im Namen des WDR und persönlich“ und bei allen Frauen, die im WDR Opfer sexueller Belästigung geworden sind. Er hatte auch allen Frauen für ihren Mut gedankt, sich dem Sender anzuvertrauen. Tom Buhrow, Intendant des größten ARD-Senders, lobte am Mittwoch auf der Pressekonferenz zur sexuellen Belästigung und den Folgen Besserung. Er ertrug auch, dass die externe Prüferin und ehemalige EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies nichts weniger als einem Kulturwandel beim WDR einforderte. Buhrow wirkte dabei so freundlich und zugewandt, wie man ihn als Moderator der „Tagesthemen“ in Erinnerung hat. Aber irgendwann schien es ihm dann doch zu reichen.

Gegen Ende der Pressekonferenz in Bonn unterstellte er einem Journalisten, eine Entscheidung des WDR „infrage“ zu stellen. Das hatte dieser Journalist mit keinem Wort getan. Der nächste Fragesteller musste sich vom Intendanten vorwerfen lassen, er wolle zwei Führungskräfte des WDR „jagen“. Dabei hatte der Journalist sich – eine genauso berechtigte wie sinnvolle Frage – nur nach der Verantwortung etwa von WDR-Programmdirektor Jörg Schönenborn erkundigt.

Buhrows Souveränität: Jetzt war sie aufgebraucht.

Das Oberhaupt des WDR wird allerdings in den nächsten Monaten noch einiges an Gelassenheit brauchen. Das Thema sexuelle Belästigung sei nur „die Spitze des Eisbergs“, erklärte die Prüferin Monika Wulf-Mathies. Darunter verbergen sich laut ihres Abschlussberichts strukturelle Probleme in der Betriebskultur. Es geht demnach auch, aber längst nicht nur, um die „subtilen und verdeckten Formen von Diskriminierung, mit der vorwiegend männliche Dominanz gefestigt wird“.

Ein Fall ist noch gar nicht geklärt

Viel Arbeit bekam Tom Buhrow da aufgebrummt, und der Personalrat des WDR wird sich auf den Wulf-Mathies-Bericht berufen. Doch auch die Klärung der Vorwürfe im WDR-Kosmos ist noch nicht abgeschlossen. Zwei Angestellten hat der WDR wegen sexueller Belästigung bereits gekündigt. Aber da ist etwa noch ein ranghoher Mitarbeiter, dem Frauen in einem Papier Machtmissbrauch und „Arbeiten in sexuell aufgeladener Atmosphäre“ vorwarfen – ein Fall, der während Tom Buhrows Intendanz vorgekommen ist. Es seien insgesamt noch ein paar Gespräche zu führen, sagte Buhrow auf Nachfrage. Bei Gesprächen allerdings dürfte es in diesem Fall wohl kaum bleiben.

In einem anderen Fall hat der Sender Gespräche geführt. Und er hat auch entschieden: Dieser Journalist, beschuldigt von fünf Frauen, verbleibt an seinem Arbeitsplatz. Seine Geschichte erzählt einiges über die Möglichkeiten, die ein Mann hat, der von Frauen der sexuellen Belästigung bezichtigt wird. Sie gewährt außerdem einen Einblick in die Kultur beim WDR.

Dort hat man all die Gespräche und Recherchen in einem Dokument zusammengefasst. Das Papier heißt „Prüfung arbeitsrechtlicher Maßnahmen gegenüber Peter Schmidt“ (Name geändert). Vorwürfe gegen Schmidt sind nichts Neues beim

WDR. Bereits 2010 äußerten mehrere Mitarbeiterinnen, dass sie sich von Schmidt sexuell belästigt fühlten. Schmidts Vorgesetzte waren damals involviert, bis weit hinauf in die Senderspitze. Sie machten keine gute Figur. Das räumte Tom Buhrow bereits selbst ein. Die externe Prüferin Monika Wulf-Mathies sagte allgemein, ein „größerer Ermittlungseifer“ sei „nötig gewesen“.

Fünf Frauen, teilweise ähnliche Vorwürfe

Nachdem CORRECTIV und stern Schmidts Fall recherchiert und im April veröffentlicht hatten, meldeten sich laut des WDR-Vermerks mehrere Frauen beim Sender. Hinzu komme „ein Fall, der bereits 2010 berichtet wurde“. Von „Grenzüberschreitungen in fünf konkreten Fällen“ ist dann über Schmidt zu lesen und von „mehreren Hinweisen, dass er sich im alltäglichen Umgang mit Kollegen regelmäßig unangemessen verhalten hat“.

Bis auf eine der Frauen hätten alle anonym bleiben wollen, steht weiter in dem Vermerk. Der Sender durfte Schmidt aber mit den Vorwürfen konfrontieren. Das tat er auch, im Juli. Schmidt brachte seinen Rechtsanwalt mit, der WDR erschien mit einer ranghohen Journalistin, einem Juristen und zwei Vertretern der Personalabteilung.

Der Vermerk widmet sich den Einlassungen der verschiedenen Frauen, die Schmidt Vorwürfe machten. Eine von ihnen hat Schmidt demnach versucht zu küssen. Auf ihren Einwurf, sie sei verheiratet, habe er: „ich auch“ geantwortet und den Übergriff dann mit dem Satz beendet: „Schade, ich hätte Dir sonst eine große Karriere beim WDR ermöglichen können.“ Karriere gegen Sex? Schmidt bestritt die Äußerung und auch den versuchten Kuss.

Schmidt sei „häufig Frauen nachgestiegen“, heißt es im WDR-Vermerk

Danach hielt ihm sein Arbeitgeber dem Vermerk zufolge einen Bericht einer anderen Frau vor: Schmidt habe sie auf dem Weg nach Hause abgepasst, zu küssen versucht und sich dafür eine Ohrfeige eingefangen. Überhaupt sei er dieser Frau zufolge „häufig Frauen nachgestiegen“. Schmidt, so steht es im Vermerk, habe sich an den 25 Jahre zurück liegenden Fall nicht erinnern können.

Fall drei handelt von einer WDR-Mitarbeiterin, mit der sich Schmidt auch abends habe verabreden wollen, die er zuvor gefördert, die ihm aber für einen Drink nach

Feierabend abgesagt habe. Danach habe er sie im Arbeitsalltag gemobbt und schließlich ihren Zeitvertrag nicht verlängert. Auch habe Schmidt ihr immer auf die Brüste gestarrt. Dieser Fall ist wie die beiden ersten in dem Vermerk als anonym eingestuft.

Schmidt konnte bei diesem Fall offenbar glaubhaft darlegen, dass er selbst nicht dafür verantwortlich gewesen sei, dass der Zeitvertrag der damaligen Kollegin nicht verlängert wurde. Zu dem Vorwurf, stets auf die Brüste gestarrt zu haben, äußerte er sich laut Vermerk auch. Seine Erklärung: Sein Blick schweife häufig ab, wenn er in Gedanken sei.

Sex gegen Karriere? Schmidt streitet das ab

Die Vorwürfe im vierten Fall sprach eine Frau aus, die ausdrücklich nicht auf Anonymität besteht und in dem Vermerk auch namentlich genannt wird. Sie arbeitet heute als Führungskraft in einem anderen Fernsehsender. Diese Frau erklärte, dass Schmidt sie zu einem Treffen abends eingeladen und ihr dann angeboten habe, bei weiteren Schritten in ihrer Karriere behilflich zu sein. „Als Herr Schmidt dann unumwunden sexuelle Gegenleistungen für den offerierten Praktikumsplatz eingefordert habe, sei ihr schlagartig ein Licht aufgegangen und sie habe zügig das Lokal verlassen“, wird die Frau in dem Vermerk wieder gegeben.

Sex gegen Karriere, so lautet auch hier der Vorwurf. Und auch hier stritt Peter Schmidt ab. Glaubt man Schmidt, war alles ganz anders. Dann muss man die Sache so betrachten, dass sich beim WDR mehrere Frauen meldeten, die Dinge erfanden, nur um ihm zu schaden. Darunter wäre sogar eine Frau, die bei einem anderen Sender Karriere machte und die bereit ist, ihre – laut Schmidt erfundenen – Vorwürfe auch vor Gericht zu wiederholen.

Der Vermerk kommt schließlich in der Gegenwart an. Eine Maskenbildnerin habe sich beschwert: Herr Schmidt bitte nach dem Abschminken bevorzugt junge Kolleginnen, „ihn im Gesicht einzucremen und ihm den Kopf zu massieren“. Dies sei ein absolut unüblicher Vorgang.

Was der Fall Schmidt über die Kultur beim WDR sagt

Mehrere Frauen, denen man beim WDR offenbar durchaus glaubte, eine, die auch vor Gericht ausgesagt hätte. Und andererseits Taten, die länger schon zurück liegen oder

– wie die Forderung nach Kopfmassage – nicht justiziabel sind: Das war die Gemengelage im Fall Peter Schmidt. Der WDR sah sich aufgrund der vorliegenden Vorwürfe nicht imstande, Schmidt zu kündigen oder wenigstens abzumahnern. Die Mobbing- und Belästigungsvorwürfe seien alt und eben größtenteils anonym, heißt es in dem Vermerk. Eine Abmahnung oder Kündigung hielt man daher für zu riskant.

Es wäre möglicherweise anders gekommen, wenn sich mehr Frauen entschlossen hätten, auch für eine Aussage vor Gericht zur Verfügung zu stehen. Dass dies nicht geschah, spiegelt das Problem des WDR. Die externe Prüferin Wulf-Mathies schreibt in ihrem Abschlussbericht von einer „Frage des Vertrauens“. Die meisten Frauen hätten sich nach Übergriffen auch aus dem Grund nicht beim WDR gemeldet, „weil sie Angst vor negativen beruflichen Konsequenzen hatten. Insbesondere bei freien Mitarbeiterinnen und ‚Externen‘ wie Schauspielerinnen oder Praktikantinnen ist diese Angst sehr ausgeprägt. Sie befürchten, im WDR keine Chance mehr zu haben, wenn sie entsprechende Vorgänge melden.“ Und, fügt Wulf-Mathies hinzu: „Selbst bei festangestellten Mitarbeiterinnen ist die Unsicherheit groß.“

Der Fall Schmidt zeigt, dass die Frauen dem WDR auch im Jahr 2018 noch nicht vertrauen. Sonst hätten sich im Fall Schmidt wohl alle fünf Anklägerinnen entschlossen, ihre Erlebnisse notfalls auch vor Gericht zu schildern. Tom Buhrow wies bei der Vorstellung des Abschlussberichts mehrfach darauf hin, dass viele Fälle sexueller Belästigung sich ja schon in den 90er Jahren ereignet hätten. Doch bis heute konnte der WDR vielen Frauen ihre Angst nicht nehmen.

Fehler im System

Es ist still geworden um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Deutschlands wichtigste Flüchtlingsbehörde. Doch was als Erfolgsgeschichte verkauft wird, hat tatsächlich zahllose Schwächen

Von Manuel Bewarder, WELT AM SONNTAG / NÜRNBERGER NACHRICHTEN, 25.03.2018

So kann es nicht weitergehen - dessen ist sich die Spitze der deutschen Flüchtlingsbehörde an diesem Morgen sicher nach dieser unfassbaren Nachricht: Ein rechtsextremer Bundeswehrsoldat hat sich erfolgreich als syrischer Kriegsflüchtling ausgegeben. Er, der kein Wort Arabisch spricht und nie im Nahen Osten war, glitt durch alle Prüfungen und wurde vom BAMF als Asylbewerber anerkannt. Monatelang narrete er das deutsche Asylsystem und soll im Schutz seiner Scheinidentität einen Anschlag geplant haben, um so den Verdacht auf Migranten zu lenken.

Vor einem Jahr, am 27. April 2017, kam der Fall Franco A. ans Licht. Aus dieser Peinlichkeit konnte Deutschlands wichtigste Flüchtlingsbehörde eigentlich nicht ohne einschneidende Folgen herauskommen. Im zuständigen Innenministerium und im BAMF rechnete man mit dem Schlimmsten. Doch dann trat Ursula von der Leyen vor die Kamera.

Die Verteidigungsministerin schaffte es, den Skandal um den rechtsextremen Bundeswehroffizier in ihr Ressort umzuleiten. "Die Bundeswehr hat ein Haltungsproblem, und sie hat offensichtlich eine Führungsschwäche auf

verschiedenen Ebenen", erklärte die CDU-Politikerin. Will sagen: Die Truppe habe den Fall Franco A. möglich gemacht. Nicht etwa das BAMF.

In Nürnberg konnten sie ihr Glück kaum fassen. In der öffentlichen Debatte um Franco A. ging es jetzt nur noch um das Verhältnis der Bundeswehr zur Wehrmacht, um Helme in Vitrinen, um Liedgut aus dem Zweiten Weltkrieg. Dass das Asylsystem so eklatant versagt hatte, war kein Thema mehr – das BAMF war aus dem Schneider.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist der Trichter im Asylsystem. Jeder, der Schutz möchte, sitzt irgendwann vor einem BAMF-Mitarbeiter. 2007, als gerade mal 30.000 Asylanträge pro Jahr gestellt wurden, lief das System noch routiniert: Antrag annehmen, bearbeiten – und dann positiv bescheiden oder negativ. Doch bald stiegen die Zahlen. Kriege in Syrien, Afghanistan, Libyen, im Irak. Dazu die Armut auf dem Balkan, in Afrika. Das setzte eine Flüchtlingsbewegung in Gang wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. 2015 kamen rund eine Million Asylsuchende. Die Kanzlerin entschied, die deutsche Grenze nicht zu schließen.

Die Flüchtlinge landeten beim BAMF. Hier stauten sich bald Hunderttausende unbearbeiteter Anträge. Die überforderte Behörde stand vor der Wahl: Gründlichkeit oder Tempo. Weil eine staatliche Behörde aber nicht einfach kapitulieren darf, blieb ihr angesichts der Flüchtlingszahlen nur diese eine Möglichkeit: Tempo machen, die Schlagzahl erhöhen. Nur so wurde ein Fall wie Franco A. möglich.

Dass auf Tempo gesetzt wurde, ist bekannt. Recherchen zeigen aber erstmals, wie groß die Risiken tatsächlich sind, die dabei in Kauf genommen wurden – und immer noch werden.

Das BAMF gaukelt der Öffentlichkeit vor, man wisse heute ziemlich genau, wer einreise und von wem eine Gefahr ausgehe. Neue technische Instrumente zur

Feststellung der Identität, mit viel Tamtam vor der Bundestagswahl angekündigt, leisten jedoch viel weniger als erwartet und werden selten eingesetzt. Hinweisen auf Kriminelle oder Terroristen unter den Flüchtlingen geht das Amt außerdem kaum noch selbst nach – man schiebt sie stattdessen schnell weiter zu den Sicherheitsbehörden.

Vielleicht kann eine Behörde an der Mammutaufgabe, eine Million Flüchtlinge ordentlich zu überprüfen, tatsächlich nur scheitern. Und so versucht sie, dieses zu kaschieren - und selbst das übergeordnete Bundesinnenministerium an der Nase herumzuführen. Dort macht man sich derweil keine Illusionen mehr. "Das BAMF hat längst ein Eigenleben entwickelt." Das sagt ein hochrangiger Vertreter des Innenministeriums. Man habe alles versucht. Aber die Kontrolle über das BAMF sei entglitten.

Am 31. Mai 2017 sitzen BAMF-Chefin Jutta Cordt und der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im Innenausschuss des Bundestages. Es geht um Franco A. Die Innenexperten verlangen Antworten: Wo im Asylsystem hat die Kontrolle versagt?

Kurz bevor die interne Sitzung beginnt, haben die Abgeordneten das Ergebnis einer Überprüfung erhalten. Die Bilanz der Stichprobe: Bei Franco A. sind bei nahezu jedem Schritt im Verfahren Fehler passiert. Doch das sei, erklärt das BAMF den Abgeordneten, bei keiner der anderen 2000 überprüften Entscheidungen so gewesen. Die Behörde verkauft Franco A. als Einzelfall. Es gebe keinen Hinweis auf Ähnliches.

Schließlich landet die Runde bei Grundsätzlichem: Was soll das BAMF eigentlich leisten? Zwei Lager bilden sich. Auf der einen Seite vor allem Abgeordnete der Linken und Grünen. Dazu gesellt sich Frank-Jürgen Weise. Er führte das BAMF vor Cordt – auch auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise. Seit seinem

Abschied dort fungiert er als Beauftragter der Bundesregierung fürs Flüchtlingsmanagement.

Weise grätscht in die Runde. Bei "allen Diskussionen" über Sicherheitsfragen wolle er eines klarstellen: "Asyl ist im Endeffekt erst einmal ein Schutzrecht, und das BAMF ist keine Sicherheitsbehörde." Das Pendel dürfe auch nach dem Fall Franco A. nicht "zu weit ausschlagen". Vor allem Unionsleute sind baff. Was sagt Weise da? Der Sicherheitsaspekt im Asylverfahren sei doch gesetzlich festgeschrieben!

Schließlich spricht de Maizière ein Machtwort. "Natürlich sind Sicherheitsaspekte bei der Prüfung des Asyl- und Schutzstatus wichtig", sagt der Minister. "Es ist die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit des BAMF, Sicherheitshinweisen, wenn sie irgendwie auftauchen, nachzugehen!" Er legt nach: "Darüber lässt sich nicht streiten."

Cordt, von Weise als seine Nachfolgerin an die BAMF-Spitze gesetzt, reagiert auf die Ministeransage mit einem nüchternen Rapport. Der Aspekt Sicherheit fließe selbstverständlich in die Qualität der Asylentscheidungen ein. Man habe das Sicherheitsreferat aufgestockt, um Hinweisen auf mögliche Gefahren besser nachgehen zu können. "Schnell und tagesaktuell", fügt Cordt hinzu. Die Kritiker verstummen. Tagesaktuell, das klingt gut.

Die Wahrheit ist: Es klingt zu gut. Doch das erfährt an diesem 31. Mai 2017 in Berlin noch niemand.

Wenn es um Sicherheit geht, stellt sich für das BAMF zunächst die Identitätsfrage: Wer ist der Mensch, der da einreist? Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise kamen fast 80 Prozent ohne Ausweisdokumente. Heute ist dieser Anteil geringer. Doch reisen laut Sicherheitskreisen weiter deutlich über die Hälfte aller Asylsuchenden ohne Pass, Ausweis oder Führerschein ein. Es gibt eine interne, bislang unbekannte Regierungsbilanz dieses Durchwinkens: Danach gelangten

innerhalb kürzester Zeit 700.000 Menschen ins Land, deren Identität nicht eindeutig geprüft war.

Die Klärung der Identität ist aber Grundlage jedes Asylverfahrens. Ob ein Antrag angenommen oder abgelehnt wird, hängt eng mit dem Herkunftsland zusammen. Zudem macht eine Identität, die nicht belegbar ist, Rückführungen so gut wie unmöglich.

In den Jahren 2015 und 2016 erleben die Behörden einen massenhaften Missbrauch. Es gibt zahlreiche Syrer, die kommen - aber mancher gibt sich auch nur als solcher aus. Damals übernimmt das BAMF zunächst ungefragt die Angaben der Asylbewerber. Syrer ist, wer behauptet, Syrer zu sein. Das hinzunehmen soll das Tempo erhöhen.

Zudem wollte die Behörde damals den Eindruck vermeiden, überlastet zu sein. Im November 2015 aber schlägt der Personalrat Alarm. Er spricht von "systemischen Mängeln" bei den Verfahren und der Identitätsprüfung. Dies erleichtere - unter anderem - das "Einsickern von Kämpfern der Terrormiliz IS nach Mitteleuropa". Zwei Tage nach dieser Warnung töten IS-Terroristen in Paris 130 Menschen. Fast alle Attentäter waren als Flüchtlinge von Syrien nach Frankreich gereist.

Auch hierzulande steigt die Terrorgefahr. Die Zahl der Warnungen, die BAMF - Außenstellen an das Sicherheitsreferat in Nürnberg melden, steigt rapide an: Asylsuchende sollen mit einem Terrorauftrag aus Syrien geschickt worden sein. Es gibt Hinweise auf Mörder, Folterer, Kriegsverbrecher. Und auf junge Flüchtlinge, die sich immer weiter radikalisieren.

Aus der Bedrohung wird schließlich Realität: Im Sommer 2016 erlebt Deutschland erste heftige islamistische Anschläge: Würzburg, Ansbach. Dann der

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

schwere Terroranschlag des Tunesiers Anis Amri auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz mit zwölf Toten. Nach jedem neuen Anschlag fragt man sich im BAMF: Kam der Täter als Asylsuchender? Falls ja, werden die Protokolle der Anhörungen nachgelesen. Dann stellen sich Fragen: Hätte man dem Terroristen auf die Spur kommen können? Gab es Hinweise auf eine Tat, denen wir nicht nachgegangen sind?

Im Kalten Krieg prüften noch der Bundesnachrichtendienst (BND) und der Verfassungsschutz direkt, ob sich Terroristen oder Spione als Asylbewerber ausgaben. Und wenn die deutschen Agenten damit fertig waren, wurden die Akten der Reihe nach an die Dienste der Amerikaner und der Briten weitergereicht. Das war effektiv, aber ungesetzlich. Vor ein paar Jahren wurde diese Praxis beendet - die Dienste sollten nun aufs zuständige BAMF warten. Wenn nun bei einer Anhörung oder in einer Asylunterkunft irgendwo im Land ein Verdacht aufkam, wurde er nach Nürnberg an die Zentrale gemeldet.

Im Sicherheitsreferat dort schaute man sich diese Fälle genauer an. Man las die Anhörungsprotokolle und wertete sie aus. Abschließend wurde der Sachverhalt zusammengefasst. Das BAMF bereite die Hinweise also mit all seinem Fachwissen so gut wie möglich auf - um sie dann in die Hände von Verfassungsschutz, BND oder Bundeskriminalamt zu übergeben.

Mit der auf eine Million zulaufenden Zahl der Asylbewerber steigt ab Herbst 2015 auch die Menge der Sicherheitshinweise, die in Nürnberg eintreffen. Die Mitarbeiter kommen nicht mehr hinterher. Zeitweise liegen über tausend Meldungen unbearbeitet herum. Obwohl sie so schnell wie möglich an die Sicherheitsbehörden weitergeleitet werden müssten.

Im Frühjahr 2017 beschließt die Behördenspitze, das Problem auf ihre Art zu lösen. Die Mitarbeiter des Sicherheitsreferats sollen die Hinweise künftig nicht mehr

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

umfangreich aufbereiten, sondern im Grunde direkt an die jeweiligen Sicherheitsbehörden durchwinken. So wird in kurzer Zeit der Berg abgetragen - oder wie es BAMF-Chefin Cordt im Innenausschuss versprach: Man bearbeite Hinweise "tagesaktuell". Konkret heißt das: Man schiebt die Warnungen einfach weiter.

Über all das wurde die Hausspitze des Bundesinnenministeriums nicht unterrichtet - ein Affront. Das BAMF hat seine Entscheidung, die Warnungen durchzuwinken, nie mit dem übergeordneten Ministerium abgesprochen. Was tun? Die Verantwortlichen von ihrem Posten entfernen? Ministerium und BAMF einigen sich darauf, die Mitarbeiter in den Außenstellen so schnell wie möglich zu schulen: Sie sollen die Hinweise auf Terroristen und Kriminelle so genau wie möglich formulieren, um den Sicherheitsbehörden die nachfolgende Arbeit zu erleichtern.

Die Flüchtlingsbehörde und das Ministerium haben sich auseinandergeliebt. Nie war die Abkopplung so offensichtlich wie im vergangenen Jahr. Ihren Anfang nimmt sie bereits im Herbst 2015. Damals erklärt der glücklose BAMF-Chef Manfred Schmidt seinen Rücktritt. Die Kanzlerin ernannt persönlich Frank-Jürgen Weise als Nachfolger, damals Chef der Bundesagentur für Arbeit. In der "Neuen Zürcher Zeitung" wird Weise von einem Notruf der Regierung sprechen - der Appell laute: "Weise, stellen Sie das ab, die unendlichen Wartezeiten und die schlimmen Bilder."

Der Auftrag der Kanzlerin ist klar formuliert. Die Asylbewerber sollen schnell durch den Behördenschwungel geführt werden. Das Tempomachen aber widerspricht dem Kurs des Innenministeriums, das innerhalb der Regierung nun einmal auf die Sicherheit zu achten hat. Jetzt aber zählt offensichtlich anderes: Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise übernimmt das Kanzleramt die Steuerung der wichtigsten Flüchtlingsbehörde.

Es sind nur noch rund acht Wochen bis zur Bundestagswahl, als das BAMF am 25. Juli 2017 eine große Show auf die Beine stellt. Cordt und Weise zeigen den

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Journalisten, was sich die Behörde unter dem sperrigen Namen "Integriertes Identitätsmanagement" ausgedacht hat. Von dem Termin soll vor allem ein Signal ausgehen: Kein Kontrollverlust. Wir prüfen ganz genau, wer einreist.

Das BAMF präsentiert eine Reihe von Instrumenten, mit denen man Betrügern auf die Schliche kommen will. Dazu gehört ein Bildvergleich. Wer einreist, wird fotografiert. Dann schaut man, ob sich im System bereits Personen befinden, die ähnlich aussehen. Hinzu kommt das Auslesen von Handys. Die Metadaten werden ausgewertet, um Informationen über die jeweilige Reise nach Deutschland zu gewinnen. Und zwei weitere neue Instrumente gibt es: die Analyse des Namens und eine Überprüfung des Dialekts. Es klingt vielversprechend.

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion vom Dezember 2017 gibt sich die Regierung überzeugt von der Einführung der Spracherkennung. Die Sache ist einfach: Zwei Minuten lang beschreibt ein Asylbewerber ein Bild. Eine Software analysiert das Gesprochene, vergleicht es mit arabischen Dialekten - und spuckt ein Ergebnis aus. Die Regierung lobt überschwänglich: Die Fehlerquote betrage 20 Prozent. In keinem anderen Land gebe es ein "vergleichbares Verfahren". Das BAMF "befand und befindet" sich zur Entwicklung und Verbesserung der Software im Austausch mit "verschiedenen Institutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen". Für 2018 sei eine wissenschaftliche Begleitung geplant. Mittlerweile habe sich die Fehlerquote reduziert.

Wer an deutschen Hochschulen die Experten für Arabistik fragt, ob das BAMF dort jemals um Rat im Bezug zur Spracherkennungssoftware habe, bekommt stets die gleiche Antwort: Nein. Führende Arabisten halten es sogar für unwahrscheinlich, dass so etwas möglich ist. BAMF-Mitarbeiter, die selbst die Software ausprobiert haben, berichten denn auch von abenteuerlichen Ergebnissen. Intern sei die Rede von einem "netten Spielzeug - aber nicht mehr". Nur 20 Prozent Fehlerquote? Das glaubt niemand. Den Zweifeln liefert das Bundesamt im Dezember

2017 selbst Futter, als sich der damalige oberste Dienstherr de Maizière von der automatischen Dialekterkennung überzeugen will.

Vor seinen Augen redet eine BAMF-Dolmetscherin im arabisch-levantinischen Dialekt, ihrer Muttersprache, ins Mikrofon. Dann spuckt der Computer das Ergebnis aus: 71,7 Prozent: unbekannt. 10,8 Prozent: arabisch-levantinisch. 9,3 Prozent: persisch. 5,8 Prozent: deutsch. Während die umstehenden Journalisten ratlos schauen, übergeht ein Mitarbeiter die Situation. Es handele sich um ein "Lernsystem, mit jeder Eingabe wird es besser".

Auch der zuständige Abteilungsleiter für IT bemüht sich um Zuversicht: "Das ist einzigartig in der Welt." Man habe das alles in Rekordzeit entwickelt. Der Mann, der das sagt, heißt Markus Richter. Bei ihm laufen die Fäden zusammen, wenn es um die technische Neuaufstellung des BAMF geht. Richter weiß, welche Systeme klappen. Er weiß aber auch, wo es hakt.

Die digitale Analyse von Namen stellt den allerersten, grundlegenden Schritt zur Feststellung der Identität dar. Arabische Namen erzählen vieles. Mitunter liefert ein Name wertvolle Hinweise auf Herkunftsregion, Stamm, Klan. Das BAMF selbst spricht von "Plausibilisierung und Absicherung der namensbasierten Identitätsangaben".

Im Innenministerium zeigt man sich beeindruckt, als eine niederländisch-israelische Firma ihr Produkt vorstellt. Die Software analysiert arabische Namen und erkennt, ob einer unvollständig ist, ob eine Kombination des Namens und der angegebenen Herkunftsregion wahrscheinlich ist oder eben nicht. Zusammen mit dem BAMF wird die Software monatelang angepasst. Eine Probeanalyse erhält die Arbeitsüberschrift "Pinocchio". Bei Testläufen mit echten BAMF-Daten zeigt sich dem Vernehmen nach, wie notwendig eine solche Software ist: Mehr als 80 Prozent der gespeicherten Namen von Asylbewerbern sollen mindestens fragwürdig sein.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Es muss sich dabei nicht um Betrüger handeln. Die hohe Quote kann auch damit zu tun haben, dass die Namen schlichtweg falsch in lateinische Buchstaben übersetzt eingegeben wurden. Oder verkürzt: Im System des BAMF müssen Vor- und Nachname eingegeben werden. In vielen Regionen der Welt sind Namen allerdings nicht so simpel aufgebaut. Die Folge: Was genau Vor- und was Nachname ist, entscheidet oft einfach ein Mitarbeiter. Klar ist: Speicherung und Analyse der Namen müssen dringend besser werden.

Bei der Pressekonferenz in Bamberg im Juli 2017 wird auch die Software der Firma vorgestellt. Tage später soll sie im gesamten Bundesgebiet eingeführt werden. Mündlich und schriftlich ist das Vorgehen bereits genau besprochen. In internen Schreiben spricht das BAMF von der "Lösung" seines Problems. Doch mit einem Mal ist die Zusammenarbeit mit dem BAMF beendet.

Trotz Nachfragen ist bis dato unklar, was damals genau passierte, warum die Software zur umfassenden Namensanalyse doch nicht mehr eingesetzt wird. Offiziell teilt man mit, dass die Zusammenarbeit mit der niederländischen Firma schon im Juni 2017 vorbei gewesen sei - also noch vor der Präsentation. Man erklärt, dass die heute eingesetzte Software zwar weniger kann, als damals bei der Pressekonferenz versprochen wurde. Man gibt sich damit aber zufrieden. Zudem habe mit der nun ausgewählten Firma bereits ein Rahmenvertrag bestanden.

Warum aber wurde dann in Bamberg noch die alte Software präsentiert? Das Ministerium sagt: "Zur bloßen Veranschaulichung der Funktionalitäten". Monatelange gemeinsame Tests, eine Präsentation vor zahlreichen Journalisten und Lobeshymnen auf die neuen technischen Errungenschaften - die kommen dann aber teilweise gar nicht zum Einsatz?

Sogar Selbstverständliches scheint sich in Nürnberg durchaus nicht von selbst zu verstehen. Ein anderes Beispiel: Der deutsche Staat verspricht Asylbewerbern Schutz. Viele Menschen, die aus Kriegen fliehen, haben alles verloren. Hierzulande wännen sie sich in Sicherheit. Was aber passiert, wenn das Regime aus dem Heimatland sie weiterverfolgt, bis nach Deutschland?

Im BAMF klafft in dieser Hinsicht eine riesige Sicherheitslücke. Mehr als 5000 Mitarbeiter können die digitalen Akten der Schutzsuchenden lesen. Sie haben die Möglichkeit, aus diesem "Migrations-Asyl-Reintegrationssystem" (Maris) problemlos Informationen abzusaugen - und an Dritte weiterzuleiten. Maris erfasst den Namen, die Staatsangehörigkeit, das Aktenzeichen, Scans wichtiger Schriftstücke, das Protokoll der Anhörung oder die Adresse des Schutzsuchenden. Intime Daten also. Über 2,5 Millionen Akten sind heute im System gespeichert.

Auch bei der Polizei oder beim Verfassungsschutz können erstaunlich viele in den elektronischen Akten lesen. Doch es gibt einen wichtigen Unterschied: In fast allen Systemen wird ein Zugriff so dokumentiert, dass die Behörde später zentral nachvollziehen kann, wer sich wann eine Akte angesehen hat.

Bei Maris aber ist es anders: Das Lesen einer bestimmten Akte wird nur auf dem jeweiligen Computer des lesenden Mitarbeiters gespeichert und nicht auf einem Server. Kurzum: Sollte ein türkischer Spion den Namen eines Regimegegners eingeben und so dessen Wohnort erfahren, wäre es für das BAMF nahezu unmöglich, das zu merken oder gar nachzuvollziehen.

Als Ende 2017 erstmals darüber berichtet wurde, wiegelte das Innenministerium ab: Aus der Speicherpraxis der Lesezugriffe auf Asylakten ergäben sich "keine Sicherheitslücken". Kurz danach aber haben Innenministerium und Bundesdatenschutzbeauftragte im BAMF eine Arbeitsgruppe installiert, um die Zugriffsmöglichkeiten zu überprüfen. In internen Papieren werden die Risiken nun

deutlich benannt: "Gefahr der Nutzung von Zugriffsmöglichkeiten außerhalb des dienstlichen Gebrauchs", heißt es da. Oder: "Gefahr einer Weitergabe von Informationen an Externe".

Angela Merkel sprach in ihrer Regierungserklärung in dieser Woche auch über die Flüchtlingskrise. "Im Großen und Ganzen" habe man die Aufgabe bewältigt, sagte sie. Es sei eine "humanitäre Ausnahmesituation" gewesen.

Monat für Monat kommen weiterhin mehr als 10.000 Asylsuchende in die Bundesrepublik. Im vergangenen Jahr haben nur rund 35 Prozent ein Ausweisdokument im Asylverfahren vorgelegt - das sind sogar noch weniger als 2016. Wer die Menschen sind? Das festzustellen bleibt die große Herausforderung.

An diesem Freitag erreichte Abgeordnete per Post ein Schreiben von BAMF-Chefin Jutta Cordt. Es sei gelungen, "die Rückstände in den Asylverfahren weitestgehend abzubauen", lobt sie die Arbeit ihrer Behörde. "Gleichfalls haben wir in 2017 ein Augenmerk darauf gelegt, wie wir unseren Beitrag zur Sicherheit noch optimieren können." Man habe etwa "IT-gestützte Assistenzsysteme" eingeführt, um die Herkunftsländer der Schutzsuchenden "noch besser bestimmen zu können". Die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden habe man zudem "geschärft", schreibt Cordt. Sie stehe für einen "persönlichen Austausch" gern zur Verfügung.

Der Mann an ihrer Seite

Ausgerechnet beim Opferhilfeverein Weißer Ring sollen in Lübeck Frauen erneut zu Opfern geworden sein. Hinweise darauf kursierten schon seit Jahren.

Von Rafael Buschmann, Jörg Schmitt, Jürgen Dahlkamp und Gunther Latsch, Der Spiegel, 07.03.2018

Ihr Mann war weg. Konnte nicht mehr, wollte nicht mehr, hatte das Auto mitgenommen, das letzte Geld, hatte sie sitzen lassen. Im vierten Monat schwanger, mit drei Kindern, in einer verschimmelten Bude. Ihr Leben war schon länger eine Kettenreaktion immer neuer Katastrophen gewesen. Aber so schlimm wie jetzt war es noch nie. Der Kühlschrank war leer.

Damals, im April 2016, schien alles hoffnungslos. Verloren. Wer half jetzt noch? Sie ging ins Netz, suchte nach: Weißer Ring, dem Verein, der sich um Verbrechensopfer kümmert. Sie fand in Lübeck Detlef Hardt, den Mann, der in der Stadt der Weiße Ring in Person war. Der Leiter der Außenstelle, früher Polizist, vor seiner Pensionierung Sprecher der Lübecker Polizei. Und seit Jahren die starke, entschiedene Stimme derjenigen, die aus Angst oder Scham ihre Stimme verloren haben.

Sie wählte die Nummer. Hatte ihr Mann sie nicht bestohlen, war sie nicht auch ein Opfer? Sie hatte sonst keinen, den sie hätte anrufen können. Hardt nahm gleich ab.

Aus dem Erlebnisbericht der Diana M., protokolliert beim Frauennotruf Lübeck:

"Er war sehr nett und ... gab uns ... unaufgefordert eine Soforthilfe vom Weißen Ring von 250 Euro, und da waren wir sehr, sehr glücklich ... Wir konnten also Lebensmittel kaufen, und das Leben ging weiter irgendwie ... Er hat mich dann ... noch ins Gewerkschaftshaus reinbestellt, in sein Büro, abends um halb sieben ... ohne Kinder ... Mir ging's psychisch ganz, ganz dreckig ... Er ... hätte da so ne Idee, wie ich am allerschnellsten aus der ganzen Misere

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

rauskommen könnte ... Ob ich schon mal als Prostituierte gearbeitet hätte. Nein, hab ich nicht. Ja, das wäre die Lösung, nach Hamburg zu fahren, ein-, zweimal die Woche würde genügen, und dann könnte ich Geschäftsmänner ... verwöhnen, bis 1000 Euro und mehr wären an einem Abend zu verdienen ... Irgendwann stand er auf von seinem Platz und kam zu mir auf meine linke Seite."

Der Weiße Ring, rund 50 000 Mitglieder, Zentrale in Mainz, 420 Außenstellen im ganzen Land, ist so etwas wie das Gute an sich. Wie die Welthungerhilfe, die Bahnhofsmision. Ein Verein, der Menschen hilft, die in Not geraten sind, unschuldig, als Opfer eines Verbrechens. Viele Tausend hat der Weiße Ring im vergangenen Jahr gestützt, mit Geld, mit Therapiegutscheinen oder einfach: durch Zuhören, Mitleiden. Durch Worte, die heilen, was an Selbstvertrauen kaputtgegangen ist.

Der Verein füllt eine Lücke, die der Staat lässt, und der Staat ist dankbar dafür: Wenn Richter Geldbußen zu verteilen haben, denken sie gern an den Weißen Ring. Und wenn der Verein zu seinen Jahrestreffen ruft, dann sind sie da: Minister, Abgeordnete, Gerichtspräsidenten, Polizeichefs, alles Verbündete, Freunde im Namen der guten Sache.

Und genau das ist anscheinend nun das Problem: Was, wenn die gute Sache plötzlich böse wird? Wenn der makellose Ruf auf dem Spiel steht – wen schützt man dann? Den Verein und sein Image? Oder Frauen, die dort in die Hände eines Mannes geraten sind, der sie offenbar für Freiwild hielt?

In Lübeck, dafür sprechen fünf Verdachtsfälle, die der SPIEGEL und die "Lübecker Nachrichten" recherchiert haben, wurden beim Opferhilfeverein Weißer Ring die Opfer offenbar erneut zu Opfern. Sie fühlten sich ausgeliefert – den Fantasien eines Mannes und seiner Macht, darüber zu entscheiden, ob der Weiße Ring hilft. Oder nicht.

Detlef Hardt, 73, hat deshalb seinen Posten Anfang des Jahres räumen müssen, aber das Warum, das sollte keiner erfahren. Erst als der Druck der Opferfrauen zu groß wurde, setzte der Weiße Ring eine "Presse-Handreichung" auf. Sorgfältig durchformuliert in der

Bundesgeschäftsstelle in Mainz, abgestimmt mit dem Landesvorsitzenden Uwe Döring, früher Justizminister von Schleswig-Holstein.

Darin heißt es, mehrere vom Verein betreute Menschen hätten unabhängig voneinander von "Grenzüberschreitungen" durch den Leiter der Außenstelle berichtet. Kein Wort davon, dass es Frauen waren, kein Wort, dass sie Hardt sexuelle Übergriffe vorwarfen.

Aus dem Erlebnisbericht der Diana M., protokolliert beim Frauennotruf Lübeck:

"Irgendwann stand er auf von seinem Platz und kam zu mir auf meine linke Seite und sagt, verdammt, Sie haben so, wie hat er gesagt, magische, nee, tolle Augen ... Er könnte jetzt nicht mehr widerstehen ... und er kam dann zu mir und zog seinen Hosenlatz runter, ich war ganz geschockt. Er meinte ... ob er meine Brüste anfassen dürfte, da hab ich gesagt, nee, und ich solle ihm bitte ... (Genitalteil –Red.) zeigen. Das war so wortwörtlich, und er zog seinen hängenden, widerlich stinkenden ... (Genitalteil –Red.) raus, Entschuldigung, ich hab den Geruch heut noch in der Nase ... Ich fing an zu weinen, bin heulend zusammengebrochen. Ich ... merkte, es war nichts mit Freundschaft oder mit väterlicher Hilfe ... sondern wieder mal ein Arschloch, was einfach nur in der Notsituation ... seinen Nutzen daraus ziehen wollte."

Das also war es, was der Weiße Ring mit seiner "Presse-Handreichung" kaschiert hat. Das und andere mutmaßliche Fälle. Frauen, die erzählen, Hardt habe auch sie gefragt, ob er ihre Brüste anfassen dürfe. Und ob sie als Hure gutes Geld verdienen wollten.

Mit dieser Heimlichtuerei hatte der Verein bis in die Spitze der Bundeszentrale offensichtlich eines im Sinn: seinen guten Ruf, nicht die Frauen. Dabei kam gelegen, dass die #MeToo-Frauen in diesem Fall keine Filmstars waren, nur Frauen in einer prekären Lage. Vorbestrafte Frauen, Frauen in der Privatpleite, Frauen, die nicht um die nächste große Rolle kämpfen, sondern um einen vollen Kühlschrank. Frauen, die reden, sogar schreien könnten, ohne dass ihnen einer wirklich zuhörte.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Aber es geht nicht nur um den Weißen Ring: Viele in der Stadt haben geschwiegen, nach Hardts Abschied, weil nicht wahr sein sollte, was nicht wahr sein durfte. Dass der Mann, der die Honoratioren bei den Empfängen des Weißen Rings im Rathaus begrüßt hatte, im Audienzsaal, der mit jedem von ihnen auf Pressefotos posierte – dass so einer Frauen in seiner Obhut belästigt haben soll: wenn das öffentlich würde?

Wie peinlich für alle, die sich die Ehre gaben, wenn Hardt sie in seinen zwölf Jahren als Außenstellenleiter gerufen hatte: der frühere BKA-Chef Jörg Ziercke, geboren in Lübeck und Bundesvize des Weißen Rings, Ex-Landesvater Björn Engholm, die Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm, Landtagspräsident Klaus Schlie, der Ex-Innenminister Stefan Studt.

Was, wenn sich jetzt herausstellt, dass der Mann, den sie hofiert hatten, schmutzige Geheimnisse hatte, die aber so geheim gar nicht waren? Denn schon seit Jahren wurde in Lübeck geflüstert, dass sich Hardt angeblich an Opfer heranmache, sie belästige. Die Staatsanwaltschaft hat seit 2006 drei Hinweise bekommen; es reichte aber nie für ein Ermittlungsverfahren. Auch die Polizeiführung erfuhr schon 2012, dass Hardt sich bei Frauen nicht immer im Griff gehabt haben soll.

Aussage eines Lübecker Polizisten gegenüber dem SPIEGEL:

"Da hat eine ganze Stadt den Mund gehalten bis hinein ins Rathaus. Diese Leute schämen sich natürlich, dass sie so lange mit ihm zusammengekungelt haben, dass sie ihm eine Plattform gegeben haben. Es ist schon schäbig, dass jetzt das große Schweigen einsetzt. Die haben alle Angst."

Aussage eines anderen Lübecker Polizisten gegenüber dem SPIEGEL:

"Es gab einige Polizisten, die wie ich aus dem Weißen Ring ausgetreten sind, als wir hörten, was Hardt mit Opfern gemacht haben soll. Das war schon, bevor er gehen musste."

Aus einem Schreiben des Frauennotrufs Lübeck an den Weißen Ring vom 18. Januar 2018:

"Innerhalb der vergangenen Wochen haben sich mehrere Frauen persönlich und telefonisch bei uns gemeldet. Die Frauen haben Kenntnis davon, dass sowohl Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle in Lübeck als auch der Landesverband Weißer Ring seit Längerem von diesen Vorkommnissen wussten; durch das Nichthandeln und Verschleiern fühlen sie sich erneut gedemütigt. Auch wir hatten im Laufe der Jahre Beschwerden von Frauen gegen Herrn Hardt, die sich auf sexuell grenzverletzendes Verhalten und verbale sexuelle Belästigungen bezogen. Wir haben daher 2012 den Ortsverein und Herrn Hardt anonymisiert mit den Beschwerden konfrontiert."

2012. Damals stand Hardt also schon in Verdacht. Aber auch der Frauennotruf, die Organisation, die sich in Lübeck wie keine andere für geschlagene und missbrauchte Frauen einsetzt, hat die Sache weiterlaufen lassen. In der Hoffnung, dass schon alles gut wird? Oder weil der Frauennotruf vor allem am Geldtropf von Stadt und Land hängt und sich lieber nicht mit einem Mann anlegen wollte, der beste Drähte ins Rathaus und nach Kiel hatte?

Diana M. hat jetzt, im Februar, noch einmal eidesstattlich versichert, was ihr mit Hardt passiert sein soll. Aber schon im November 2016 war sie damit zum Frauennotruf gegangen; am 20. Juni 2017 ließ sie dort ihre Aussage protokollieren. Alles: der offene Hosenlatz, der Vorschlag, sie könne doch als Hure arbeiten. Auch dass Hardt gesagt haben soll, die Männer, die beim Umzug geholfen hatten, könne sie ganz einfach bezahlen, indem sie sich vor ihnen niederkniet und es ihnen "besorge".

Danach blieb Hardt trotzdem noch ein halbes Jahr im Amt.

Es gibt, um das klar zu sagen, keine Anklage; es gibt Protokolle, Aussagen, und es gibt den Lübecker Anwalt Jens Hülsebusch, der in dieser Woche für zwei Frauen Anzeige erstattet hat, wegen des Verdachts der sexuellen Nötigung. Wie immer gilt auch im Fall Hardt die Unschuldsvermutung. Und nicht alles, was "widerlich" ist – ein Lieblingswort von Hardt, wenn er früher über Sexualtaten redete –, ist auch strafbar.

Hardt sagt, nichts von dem, was ihm Frauen nun vorwürfen, sei wahr. Alles nur Missverständnisse. Oder noch schlimmer: Lügen. Sein Anwalt hat selbst Strafantrag gegen unbekannt gestellt – Verdacht auf üble Nachrede, falsche Verdächtigung, Verleumdung. Aussage steht gegen Aussage; Hardt war allein mit den Frauen, als passiert sein soll, was sie beschreiben.

In einigen Fällen mag es auch Gründe geben, generell an der Glaubwürdigkeit einer Zeugin zu zweifeln, wegen ihres Vorlebens und weil sie es mit der Wahrheit nicht immer ernst genommen hat, um durchzukommen. Das gilt auch für Diana M., 40, eine Frau mit der fatalen Neigung, sich in Schwierigkeiten zu bringen. Manchmal auch mit dem Gesetz. Doch es gibt zu viele Einzelfälle und die eine Frage, die am Ende auch der Weiße Ring nicht mehr so beantworten konnte wie Hardt: Wenn mehrere Frauen, die sich nicht kannten, über sexuelle Übergriffe klagten, wie glaubwürdig ist dann sein Dementi?

Aus dem Erlebnisbericht der Petra K., 50, gegenüber dem SPIEGEL:

"Ich habe Krebs, die Ärzte geben mir nur noch Wochen, aber zwei Sachen will ich noch: mein Enkelkind sehen. Und jeder soll wissen, was der Hardt mit mir gemacht hat. Ich bin als Kind missbraucht worden; 2015 habe ich mich an den Weißen Ring gewandt, denn ich hatte gehört, dass es ein neues Gesetz gibt, eine Opferrente. Hardt tat erst fürsorglich, aber als er hörte, dass ich allein lebe, sagte er: eine Frau mit Ihrem Dekolleté, und dann kein Mann, unvorstellbar ... Schlimmer als seine Worte war aber sein Blick, den kannte ich, diesen Schlange-Kaninchen-Blick.

Das hat bei mir alte Dinge wieder aufgerissen, etwa die Unfähigkeit, mich zu waschen, unter der ich als Kind nach dem Missbrauch wochenlang gelitten hatte. Das habe ich Hardt auch am Telefon gesagt. Und er meinte, ich hätte Glück, er könne gleich da sein und mir beim Duschen helfen. Aber vorher müsste ich ihn duschen. Da habe ich ihn angeschrien, dass ich schon meinen Therapeuten angezeigt habe, als er mir auch so kam. Der hat seine Zulassung verloren. Da hat Hardt ganz kalt geantwortet, er würde mich unter Betreuung stellen lassen. Danach habe ich aufgelegt und mich wochenlang in meiner Wohnung verkrochen."

Schon 2012 hatte sich eine Frau bei der Polizei gemeldet, Opfer eines Einbruchs, und behauptet, Hardt sei ein Stalker, lasse sie nicht in Ruhe. Damals gab es noch eine Beschwerde: Eine Frau, die zuvor vergewaltigt worden war, sagte, Hardt habe sie so merkwürdig angesprochen; es sei unangenehm mit ihm geworden. Eine Polizistin machte einen internen Vermerk, schickte ihn an ihre Behördenleitung.

Das Ergebnis? Zwei Gespräche mit dem Lübecker Polizeichef. Der hieß damals Heiko Hüttmann. Aber kein Problem, sagt Hardt heute, der Polizeichef sei "sehr freundlich" gewesen. "Mit Herrn Hüttmann wurde vereinbart, noch sensibler vorzugehen." Hüttmann, inzwischen pensioniert, will mit dem SPIEGEL nicht reden, dafür hat die Polizei Lübeck eine Überraschung parat: Hüttmann habe nicht nur mit Hardt geredet, sondern auch mit der Landesspitze des Weißen Rings, mit Döring. Der Polizeichef habe darauf gepocht, dass "Herr Hardt zukünftig unbedingt die notwendige Distanz bei der Betreuung von Opfern einhält". Döring war also schon 2012 gewarnt.

Was die Polizistin damals notiert hatte, scheint aber auch beim Lübecker Frauennotruf gelandet zu sein. Eine Mitarbeiterin rief die Beamtin an und wollte wissen, was sie tun sollten, wenn sich wieder mal jemand beim Frauennotruf über Hardt beschwere. Die Polizistin, so heißt es unter Kollegen, habe geraten: alles schriftlich machen, Anzeige erstatten, die Polizeiführung informieren.

Vorher schon, im September 2012, schrieb der Frauennotruf einen bösen Brief an Hardt, der sich wie eine Vorladung liest. Frauen hätten seine Art "unangemessen" gefunden, "grenzverletzend", es gehe "nicht um Einzelfälle". Deshalb hätten Frauen "zunehmend Bedenken", noch zum Weißen Ring zu gehen. Hardt musste beim Frauennotruf antreten. "Ergebnis der Konfrontation", wie das der Frauennotruf heute nennt: Hardt habe versprochen, Frauen beim Weißen Ring nicht mehr allein zu treffen. Das meldete der Frauennotruf auch der Lübecker Polizei. Hardt sagt dagegen, gar nichts habe er zugesagt.

So oder so: Das Misstrauen gegen ihn war schon massiv. Intern. Nach außen aber sah es weiter so aus, als wäre das Vertrauen unerschütterlich. Hochachtung, überall. Leute wie Hardt

sind es schließlich, die eine Stadt zusammenhalten, ihr sozialer Kitt, der aus dem Nebeneinander- ein Zusammenleben macht. Die Gesellschaft schließt einen Pakt mit ihnen: Sie geben ihre Zeit, ihre Kraft, dafür hebt das Engagement solche Leute aus der Masse heraus. Lässt sie strahlen, mit Fotos in der Zeitung, einem Schulterklopper vom Minister. Hardt, sagen viele, habe sein Amt genossen.

Der Weiße Ring machte Hardt in Lübeck groß. Dafür machte der aber auch den Weißen Ring in Lübeck groß: Auf 500 Mitglieder kam der Verein in der Hansestadt, viermal so viel wie im Durchschnitt. Auch die Stadt selbst ist Mitglied. Und Hardt wusste genau, was man von ihm hören wollte, wenn er zum Empfang einlud. Worte, die in der gediegenen Backsteinbürgerlichkeit Lübecks wohliger widerhallten. Seine vielleicht flammendste Rede hielt er 2009 – auf die Zivilcourage. "Dieses Leid der Opfer hat Ohren. Es gibt viele Menschen, Nachbarn, Verwandte, Freunde, die von diesem Unrecht wissen und schweigen. Dieses Wegsehen ist der eigentliche Skandal in unserer Gesellschaft." Aus heutiger Sicht nahm ausgerechnet Hardt damals vorweg, wie man mit seinen mutmaßlichen Eskapaden umging.

Schon Ende 2016 erzählte ein Mitarbeiter des Weißen Rings beim Adventskränzchen, im Rathaus piffen es doch "die Spatzen von den Dächern, dass der Hardt sich an Opfern beim Weißen Ring vergeht".

Im November 2016 wusste auch Landeschef Döring Bescheid. Er behauptet: erst da. Dabei hatte ihn ja schon vier Jahre vorher Polizeichef Hüttmann ins Gebet genommen. Was genau Döring 2016 hörte, will er heute nicht sagen. Aber es muss so gravierend gewesen sein, dass Hardt danach "prinzipiell keine weiblichen Opferfälle" mehr betreuen durfte, wie Döring sagt, und wenn ausnahmsweise doch, dann nicht allein. Das hat "Herr Hardt gegenüber dem Landesvorstand schriftlich bestätigt". Auch die Bundeszentrale in Mainz kannte den seltsamen Deal, Döring hatte sie informiert.

Ihm blieb auch kaum noch etwas anderes übrig, denn am 21. Dezember schrieb ihm der neue Lübecker Polizeichef Norbert Trabs, dass die Polizei mit dem Weißen Ring nur noch zusammenarbeite, wenn sicher sei, dass Hardt keine Opfer sexualisierter Gewalt mehr betreue.

Anschließend wies Trabs sein zuständiges Kommissariat an, solche Opfer nicht mehr zum Weißen Ring in Lübeck zu schicken.

Nicht allein mit Frauen zu reden, genau das hatte Hardt aber angeblich schon 2012 versprochen, dem Frauennotruf. Und auch jetzt sollte er sich nicht darum scheren. Man habe das nicht kontrollieren können, sagt Döring, "Herr Hardt hat wiederholt erklärt, dass er sich an die Vereinbarung hält". Während also getuschelt, getratscht, nichts getan wurde, kamen weiter Frauen zu ihm. "Auf dem goldenen Tablett serviert", wie ein Therapeut des Weißen Rings heute sagt.

Aus der eidesstattlichen Versicherung der Wiebke R. vom 13. März 2018:

"Der Weiße Ring sollte mir bei dem Gerichtsverfahren helfen ... Dann kam der Herr Hardt ... Er sagte: Machen Sie sich mal ein bisschen locker, er zupfte mir über der Brust an der Bluse, da war ich schon etwas geschockt ... Beim zweiten Treffen, da war ein Bekannter von mir dabei ... fragte mich Herr Hardt hinterher, ob ich Sex mit dem Herrn hätte. Kurz vor dem Prozess sagte er, er würde mir schon gern helfen, aber vorher wolle er mit mir ins Hotel ... Und noch etwas später hat er mich gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, etwas lieb zu älteren Männern zu sein ... Damit könnte ich Geld verdienen. Ich dann: Nein, ich mache so was nicht. Und er: Anders kann ich Ihnen da nicht helfen. Im Sommer 2017 war ich mit ihm in der Stadtbäckerei ... verabredet, da sagte er, wenn ich lieb und nett bin, mit Anfassen ... würde er mir helfen."

2017 soll Hardt mit einer Frau im Auto gesessen und sie gefragt haben, ob er ihre Brüste anfassen dürfe, er sei so erregt. Eine andere soll nach ein paar Gesprächen beim Weißen Ring im Prestige gelandet sein, einem Lübecker Bordell. Und auch eine Mitarbeiterin der Polizei erzählte, Hardt habe sie im Auto sexuell bedrängt, 2017.

Damit ging es aber nicht um eine Frau mit angekratztem Ruf und angeknackster Seele; jetzt wurde es ernst für Hardt. Die Kripo machte ein Protokoll und schrieb Döring im Juli 2017, Hardt müsse raus aus dem Amt. Nun endlich drängte auch Döring seinen Lübecker Statthalter

zum Rückzug, aber geordnet, nur nichts überstürzen. Hardt konnte sich damit noch ein halbes Jahr Zeit lassen.

Heute, nach Hardts Abgang, hat sich der Frauennotruf an einer Erklärung versucht, warum der Mann nicht früher gestoppt wurde. "Die Frage war und ist stets: Wem wird geglaubt, einem Opfer, das möglicherweise auch andere schwierige Lebensverhältnisse vorzuweisen hat, oder einem ehemaligen Polizisten und Außendienststellenleiter, der Verbindungen bis in die Politik hat? Es sind immer wieder dieselben Mechanismen, die Opfer hindern zu sprechen."

Allerdings, das nur zur Erinnerung, kannte auch der Frauennotruf schon 2012 Beschwerden über Hardt. Er ließ sich von ihm einlullen, statt auf seinen Rauswurf zu drängen oder wenigstens die Spitze des Weißen Rings zu informieren. Es sagt zudem viel über die Frauensolidarität des Frauennotrufs, wie es im Fall Diana M. offenbar weiterging.

Der Verein hatte ein halbes Jahr gebraucht, bis ihre Aussage im Juni 2017 protokolliert war. Eine Anwältin, die der Frauennotruf dazuholte, soll gesagt haben, es sei schlauer, damit nicht gleich zur Polizei zu gehen, sonst drohe eine Anzeige von Hardt, wegen Verleumdung. Besser also, das Protokoll anonym der Mainzer Zentrale des Weißen Rings zuzuspielen. Diana M. war einverstanden, der Frauennotruf sollte das erledigen.

Als Diana M. Monate später erleichtert nachfragte, ob Hardt über sie gestürzt sei, soll die Antwort des Frauennotrufs frostig ausgefallen sein. Nein, das habe mit ihr nichts zu tun. Aber das Protokoll? Oh, das sei nicht nach Mainz geschickt worden; man habe aufs letzte Okay von ihr gewartet. Welches letzte Okay? Die Anwältin – eine ausgewiesene Frauenschutz-Aktivistin – habe ihren Fall auch nicht mehr weiterführen wollen.

Der Frauennotruf will dazu heute nichts sagen – die Schweigepflicht. Dafür redet Diana M.: "Ich habe mir gedacht, der Hardt ist weg, jetzt soll das also vertuscht werden, damit der Frauennotruf und der Weiße Ring sauber dastehen ... Ich war denen egal."

Das änderte sich spätestens im Januar. Da nämlich versuchte der Frauennotruf immer wieder, sie zu erreichen. War es die Angst, Dinge könnten nun doch an die Öffentlichkeit kommen und der Frauennotruf könnte schlecht aussehen? Ein paar Tage vorher hatte sich Hardt in einem Zeitungsinterview zum Abschied noch mal als Mann der großen Gefühle inszeniert, hatte gebarmt, dass "jedes Opfer entsetzlich leiden kann". Und Landeschef Döring hatte ihm bescheinigt, "viel für den Verein geleistet zu haben".

Danach meldeten sich empörte Frauen beim Frauennotruf, die erzählten, was sie mit Hardt angeblich erlebt hatten. Auch der Weiße Ring bekam Anrufe, bis heute haben sich gut ein Dutzend Frauen beklagt. In einem Brief forderte der Frauennotruf deshalb vom Weißen Ring eine "Distanzierung von Herrn Hardt". Das war der Auslöser jener verdrucksten "Presse-Handreichung", die der Weiße Ring aufsetzte.

Jetzt, da jeder erst mal an sich selbst denkt, zerbröselt auch die Solidarität der Opferschützer untereinander. Landeschef Döring keilte in einem Brief an seine Außenstellen gegen den Frauennotruf: Wenn die Beratungsstelle, wie sie schreibe, schon 2012 Hinweise erhalten habe, dann "bedauere ich es außerordentlich, dass dem Weißen Ring als Landesverband diese Vorwürfe nicht sofort mitgeteilt wurden. Dann wären wir möglicherweise nicht in die jetzige Situation gekommen". Erste Hinweise? Die hatte Döring 2012 schon selbst.

Am Ende seines Schreibens glaubte der Landeschef aber noch, wieder zur Routine übergehen zu können: "Ich hoffe, dass wir diese Krise nun bald überstanden haben!"

Dabei hat Detlef Hardt angekündigt, künftig Musikstudenten zu fördern. Der Frauennotruf hat den Weißen Ring schon gewarnt: Es gebe die Sorge, dass an der Lübecker Musikhochschule "Studentinnen gefährdet" seien. Der Weiße Ring solle öffentlich erklären, warum Hardt sein Amt niederlegen musste.

Meister Proper mit Problem

Airbus wird von einem Skandal erschüttert: Die Vertriebsgruppe in Frankreich soll weltweit geschmiert haben. Der deutsche Konzernchef Tom Enders greift jetzt hart durch. Dabei hat auch seine Karriere dunkle Flecken, wie Papiere enthüllen.

Von Catalin Prisacariu, Gerald Traufetter, Rafael Buschmann, Dinah Deckstein, Jörg Schmitt, Jürgen Dahlkamp und Gunther Latsch, Der Spiegel, 07.10.2017

Das hier ist die Geschichte einer Weltfirma. Ihrer Geheimnisse. Die Geschichte über einen korrupten Konzern.

Airbus.

Eine Geschichte, die mit dem Wort "Scheiße" beginnt. Mit einem Dacia Duster, Sondermodell Black Touch. Und einer Minifirma, die den Airbus-Chef den Job kosten kann. Weil auch er offenbar ein schmutziges kleines Geheimnis hat.

Aber eins nach dem anderen.

Erst mal die "Scheiße": Toulouse, im Juni, das Treffen der Spitzenmanager, der engste Kreis. Tom Enders, der Vorstandschef, steht auf der Bühne. 17 Jahre ist er jetzt im Konzern, sein Englisch ist immer noch Drei minus, der Akzent hartdeutsch. Aber was er sagen will, verstehen seine Topkräfte auch so: "Wenn hier noch Leute im Raum sitzen, die glauben, dass wir die Scheiße unter den Teppich kehren sollten, dann muss ich sagen, ich lasse diese Leute fallen."

Enders, 58, spricht über eine Vergangenheit, die Airbus lange geleugnet hat: Jahre, in denen die Firma wohl auch mit Schmiergeld in den Himmel aufstieg, zum zweitgrößten

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Flugzeugbauer der Welt nach Boeing. Und Enders spricht über die Gegenwart, in der das jetzt alles herauskommt. In der ihm sein Laden in die Luft zu fliegen droht.

Es geht um Milliardenstrafen, Milliardenverluste, es könnte für Airbus – 134 000 Mitarbeiter, 67 Milliarden Euro Jahresumsatz – tatsächlich ums Überleben gehen. Deshalb die Ansage von Enders, an jeden, der es nicht begriffen hat. An jeden, der denkt, er könne seine Geschäfte so weitermachen, mit Bestechung: "Verlass die Firma, bevor wir dich rausschmeißen. Denn wir sind in einer todernten Lage."

Und damit zum Dacia Duster: Ende Mai 2017 erfüllt sich in Bacău, Rumänien, ein Mann seinen Traum vom neuen Auto. Es reicht für einen Diesel der Billigmarke Dacia, Modell Duster, Sonderedition Black Touch. Das Geld dafür musste sich Constantin Ster allerdings leihen. Ein Blick ins Handelsregister, und man ahnt, warum: Seine Firma machte vergangenes Jahr 1300 Euro Umsatz; die davor ging pleite.

Constantin Ster ist ein Bankrotteur, eine ganz kleine Nummer. Dabei soll er vom Flugzeugkonzern, der damals noch EADS hieß, mehr als fünf Millionen Euro kassiert haben. Für die Vermittlung von Aufträgen. Er? Millionen? Ster schien perplex, als Ermittler ihm das vorhielten. Wenn aber nicht bei ihm, wo landeten die Millionen dann? Wofür war dieser Constantin Ster, Besitzer eines 15 000-Euro-Autos auf Pump, der Strohmann des Konzerns?

Und jetzt zur Minifirma: Den Mann aus Rumänien ließ die Staatsanwaltschaft München schon Ende 2015 vernehmen, seitdem noch viele andere Zeugen. Fünf Jahre lang waren die bayerischen Ermittler unterwegs, in den nächsten Monaten soll es so weit sein: Sie werden Anklage erheben – gegen eine ganze Reihe früherer EADS-Manager, gegen deren Handlanger.

Diese sollen ein Schattenreich für den Konzern aufgebaut haben. Im Mittelpunkt: die Vector Aerospace in London, eine Zwei-Mann-Firma, die 114 Millionen Euro von EADS bekam. Was die Vector für so viel Geld geleistet hat? Arbeitsnachweise haben die Fahnder jedenfalls nur für 9 Millionen Euro gefunden. Der Rest: wurde an Briefkastenfirmen weiterverteilt. Ging nach Hongkong, Singapur, auf die Britischen Jungferninseln. Ist versickert, verdampft, verschwunden.

Bisher sah es so aus, als ob das alles nur mit dem Verkauf von Kampfflugzeugen zusammenhinge: mit 18 "Eurofightern" für Österreich, gebaut von einem Konsortium, an der Spitze EADS. Die Staatsanwaltschaft schreibt, dass "erhebliche Geldbeträge" aus der Vector-Kasse "dazu dienen sollten, Schmiergeldzahlungen an Entscheidungsträger ... in Österreich" zu leisten. Damit die Alpenrepublik den "Eurofighter" bestellte. So steht es in einem Rechtshilfeersuchen der Staatsanwaltschaft München aus dem Dezember 2016.

Aber das war offenbar nicht alles. Inzwischen spricht einiges dafür, dass die Millionen, die aus der Vector kamen und über den Mann in Rumänien liefen, eher im Geschäft mit Passagierjets gelandet sind. Und das nährt den Verdacht, dass die Vector mit ihrem Geld für den ganzen Konzern als Schmiernippel gedient hat. Es sei bei Vector auch darum gegangen, so die Münchner Staatsanwälte weiter, Geld getarnt für künftige Zwecke der Korruption bereitzuhalten". Und das "getrennt vom Vermögen der EADS". Eine schwarze Kasse also, "von den Beteiligten bewusst geschaffen", nicht nur für die Kampfjets in Österreich. So wird das demnächst wahrscheinlich auch in der Anklage stehen.

Wenn sich das alles so bestätigt – Airbus bestreitet in diesem Fall die Vorwürfe –, wäre das schon schlimm genug für Tom Enders. "Scheiße" eben. Aber bevor die dubiose Vector 2004 in London an den Start ging, hatte es bereits auf Zypern eine Firma gegeben. Die sollte auch schon jede Menge Konzerngelder bekommen, und wie die Vector angeblich dafür, dass sie Geschäfte auftrieb, um Österreichs Wirtschaft blühen zu lassen. So hatte es EADS versprochen, sonst hätte es den "Eurofighter"-Auftrag nicht gegeben. Bereits der Vorläufer auf Zypern war aber eine Klitsche. Und wer hatte die Gründung abgenickt, wenn man einem Sitzungsprotokoll glauben darf? Richtig, Tom Enders. Und wer bekam ein langes Memo, als dann doch die Vector übernahm? Wieder Enders. Der heute den Meister Proper mit dem harten Besen gibt.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit droht damit ein "Siemens 2". Ein neuer weltweiter Schmiergeldskandal, so wie das Jahrhundertbeben, das den Münchner Industrieriesen ab 2006 erschütterte und ihn jahrelang nachwackeln ließ. In Großbritannien und Frankreich ermittelt die Antikorruptionsbehörde gegen Airbus, in Deutschland die Münchner Staatsanwaltschaft, gemeinsam mit der in Wien. Airbus hat Selbstanzeige gestellt, in England. Und überall ploppen Verdachtsfälle auf: Sri Lanka, Indonesien, China, Tunesien, Kasachstan, Mali.

Die Parallelen zu Siemens sind unübersehbar: hier wie dort Geschäfte rund um den Globus, auch in Ländern, die als besonders korrupt gelten. Hier wie dort windige Firmen und wendige Berater, die zig Millionen bekamen, um Geschäfte anzuschieben. Vermutlich mit Schmiergeld für Politiker und Beamte. Und hier wie dort eine gewachsene Hauskultur, dass man das eben so macht, weil man das angeblich immer so gemacht hat/das doch alle so machen/das anders gar nicht zu machen ist.

In einer Hinsicht ist der Fall aber brisanter: Airbus ist zu einem guten Teil noch ein Staatsbetrieb, er gehört zu 22 Prozent der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Die Sache ist damit politisch, es geht um das Verhältnis beider Länder, die sich brauchen, immer wieder und überall. In der Bundesregierung blickt man deshalb nervös auf Airbus, wo Deutsche und Franzosen im Konzern gerade aufeinander losgehen. Hass, Wut, Misstrauen, Angst: Wer hat was gewusst, wer wem was eingebrockt? Wer muss nun bezahlen? Wer hat danach die Macht im Konzern? Deutsche? Franzosen? Der Kampf um die Wahrheit wird zum Kampf der Nationen.

Auf weit über hundert mögliche Korruptionszahlungen sind interne Ermittler schon gestoßen. Und das ist erst der Anfang. "Die Dimension der Affäre ist noch nicht absehbar, aber sicherlich groß", sagt ein Insider. Das "Krebsgeschwür", von dem er redet, scheint in alle Sparten gestreut zu haben. Es geht nicht nur um Kampfjets, um Passagierjets. "Leider haben wir ähnliche Probleme auch in anderen Bereichen gefunden", bekannte Enders' Chefaufräumer John Harrison beim Treffen der Spitzenmanager in Toulouse. Mit gutem Grund könne man glauben, "dass die Ermittlungen sich ausweiten, weil wir Geschäftspartner hatten, die für alle Sparten arbeiteten".

Enders ist ein Getriebener, er hat keine andere Chance mehr als den harten Schnitt: Er hat alle verdächtigen Verträge mit externen Beratern eingefroren, die Aufträge für Airbus hereingeholt haben. Er hat die zentrale Vertriebsabteilung in Paris kaltgestellt, die er als "Bullshit Castle" ausgemacht hat, als Keimzelle schmutziger Deals mithilfe solcher Berater. Er hat Leute rausgeschmissen, hat eine Anwaltskanzlei ins Haus geholt, die sich durch Aktenordner und Festplatten wühlt. Er hat den Anwälten seinen eigenen Laptop gegeben. Kürzlich holte er sich auch noch den früheren Finanzminister Theo Waigel als Berater, der für

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

seriöse Aufklärung stehen soll. Aber vor allem hat Enders sich mit seiner Selbstanzeige in Großbritannien die staatlichen Fahnder ins Haus eingeladen. Er gibt nun den radikalen Aufklärer, den die Ermittler sehen wollen. Den letzten Mann, der stehen bleiben muss, wenn andere als Signal der neuen Entschlossenheit fallen müssen.

Enders stilisiert sich damit zum getäuschten Konzernlenker, der erst 2014 gemerkt haben will, was da lief, und seitdem rücksichtslos durchgreift. Damit aber riskiert er nicht nur die Wut der Franzosen, die in der Entmachtung des Pariser Zentralvertriebs einen deutschen Blitzkrieg sehen, gegen französische Interessen.

Vor allem riskiert Enders seinen Job: Jetzt kommt auch heraus, dass der als knallhart bekannte Manager, Spitzname: Major Tom, lange Zeit offenbar kein Aufdecker, sondern ein Weichspüler, ein Verharmloser war. Womöglich sogar ein Mitwisser. So zumindest lassen sich die Münchner Ermittlungsakten lesen, die dem SPIEGEL und seinem französischen Partner, dem Internetmagazin Mediapart, vorliegen.

Zurück ins Jahr 2000: Als Deutschland, Frankreich und Spanien den EADS-Konzern schmiedeten, um die Luftherrschaft der Amerikaner zu brechen, vor allem von Boeing, da brachten die Franzosen nicht nur ihren Rüstungsriesen Aérospatiale-Matra ein. Sondern auch ein Vertriebsteam. Einen verschworenen Haufen, der gelernt hatte, was man besonders beim Verkauf von Militärjets lernt: dass es nicht darauf ankommt, wer die beste Maschine liefert.

Wo Kampfflieger zum Machtsymbol werden, gerade in den Operettendiktaturen und Bananenrepubliken, gelten andere Regeln. Da wollen Militärs mitverdienen, Minister, Beamte, die etwas zu sagen haben. Die in ihrer Ehre gekränkt wären, wenn keiner versuchen würde, sie zu bestechen, weil das ja heißen würde, dass sie nicht wichtig genug sind.

Mit solchen Kunden hatte EADS International zu tun, die Vertriebsabteilung des Konzerns in Paris, später SMO genannt. Jenes "Bullshit Castle", von dem Enders heute spricht. Die meisten dort kamen aus der französischen Rüstungsschmiede Matra, aber auch zwei Deutsche gehörten dazu: Klaus-Dieter Bergner, früher Geschäftsführer der DDR-Fluglinie Interflug. Und Manfred Wolff, der in Asien gearbeitet hatte, für die AEG, bis seine Sparte von

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

EADS geschluckt wurde. Was das Geschäftsklima bei EADS International mit Neulingen machte, beschreibt ein Konzernkenner heute so: "Wenn Sie Mutter Teresa im Drogenviertel aussetzen, bleibt sie auf Dauer auch keine Heilige."

Dass Versuchung und Sünde bei EADS immer und überall waren, davon sind heute auch die Ermittler in München und Wien überzeugt. Sie durchleuchten den "Eurofighter"-Deal in Österreich, ein Zwei-Milliarden-Geschäft. 2003 bestellte die Regierung 18 Jagdmaschinen. Lange hatte es so ausgesehen, als hätte der "Eurofighter", gebaut von einem Konsortium um EADS, keine Chance gegen die Saab-"Gripen" aus Schweden. Aber am Ende gewann er doch. Gegen alle Widerstände – und wie heute viele in Österreich sagen: gegen alle Vernunft. Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil hat im Februar Strafanzeige gegen Airbus wegen des Verdachts auf arglistige und betrügerische Täuschung gestellt. Eine Anzeige, die Airbus allerdings empört.

Das Zuckerl, mit dem das "Eurofighter"-Konsortium den Österreichern damals das Geschäft versüßte, waren die sogenannten Gegengeschäfte: Um den Auftrag zu bekommen, musste "Eurofighter" zusichern, dass man Österreich Geschäfte für vier Milliarden Euro besorgt. Deals, die nichts mit Flugzeugen zu tun haben mussten; Hauptsache, die Wirtschaft würde irgendwie angekurbelt. Wenn "Eurofighter" das nicht geschafft hätte, wären 200 Millionen Euro Strafe fällig gewesen.

Nun wurde es schräg. Ende 2004 nahm EADS Deutschland mit Tom Enders an der Spitze dem "Eurofighter"-Konsortium dieses Risiko ab. Dafür musste "Eurofighter" der deutschen EADS aber 183 Millionen Euro geben. Was die Ermittler daran merkwürdig finden: Es zeichneten sich damals schon Gegengeschäfte für 1,8 Milliarden Euro ab. Man ging deshalb intern längst nicht mehr von 200 Millionen, allenfalls noch von 35 Millionen Euro Strafe aus. So steht es zumindest in einem EADS-Protokoll, das die Ermittler einem Beschuldigten vorhielten. Wofür, fragen sie, holte EADS Deutschland dann aber noch 183 Millionen aus dem Jagdfliegerkonsortium heraus?

Die Antwort führt nach Paris, zur berüchtigten Vertriebsgruppe EADS International. Zwar sollten sich die Franzosen aus dem "Eurofighter"-Geschäft in Österreich eigentlich

heraushalten. Doch die Deutschen bettelten um Hilfe, und Paris ließ sie nicht hängen. Von dort kam Klaus-Dieter Bergner; er brachte Manfred Wolff mit, beide für die Gegengeschäfte in Österreich. Zwei Deutsche, die gelernt hatten, wie man Dinge auf die französische Art regelt.

Es war dann Wolff, der für die deutsche EADS den Vertrag mit "Eurofighter" aushandelte, um die Sache mit den Gegengeschäften zu übernehmen. Und es war Bergner, der sich um die Geschäfte kümmerte. Er baute dazu eine Firma in Wien auf, die Euro Business Development (EBD). Sie schleppte tatsächlich Aufträge für österreichische Firmen an – so wie es schon das "Eurofighter"-Konsortium getan hatte, bevor die Aufgabe zur EADS Deutschland gewechselt war. So weit, so gut.

Doch von Bergner und seiner Pariser Truppe stammte auch die Idee, nicht nur eine Firma aufzumachen, die EBD in Österreich. Sondern noch eine zweite. Die dubiose Vector in London. Kaum hatte die deutsche EADS die Gegengeschäfte übernommen und zum Ausgleich 183 Millionen Euro kassiert, da reichte sie die Aufgabe – und den Großteil des Geldes – an Vector weiter. Die behauptete nun, Geschäfte zu besorgen, kassierte dafür satte 114 Millionen Euro Provision aus der EADS-Kasse. Nach Ansicht der Staatsanwälte hatte sie aber mit Gegengeschäften fast nichts zu tun. Das Geld brauchte sie für etwas anderes: offenbar auch zum Bestechen.

Das sieht Airbus anders, und so sehr Konzernchef Enders sich über die "Scheiße" im Allgemeinen beklagt, die nicht länger unter den Teppich gehört – bei Vector gibt es für ihn nichts, was riecht: "Weder die seit Jahren andauernden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in München und Wien noch unsere eigenen umfangreichen Untersuchungen haben Anhaltspunkte ergeben, die auf Bestechung im Zusammenhang mit dem Verkauf von ‚Eurofighter‘-Flugzeugen nach Österreich hindeuten", heißt es in einer Erklärung gegenüber dem SPIEGEL. Dasselbe gelte für schwarze Kassen. Angeblich nichts belegt. Vector habe getan, wofür es gegründet wurde: Gegengeschäfte besorgen. Schon gar nicht habe Enders etwas über mögliche illegale Machenschaften gewusst. Von "Rufmord" ist beim Konzern die Rede.

Gut belegt ist allerdings, wie es zur Gründung der Vector kam, und diese Vorgeschichte belastet Enders heute: Vector war nicht die erste Klitsche, die sich um die Gegengeschäfte

kümmern sollte, angeblich zumindest. Schon Anfang 2004 war dafür eine Firma auf Zypern entstanden. Ihr Name: Omesco. Ihr Eigentümer: Manfred Wolff, der deutsche Vertriebsexperte, der seinen Job bei EADS gegen den bei der Omesco eintauschen sollte. Das Konzept für diese Zypernvariante kam aus dem Pariser "Bullshit Castle".

Wofür aber die Firma, wenn damals noch das "Eurofighter"-Konsortium erfolgreich Gegengeschäfte hereinholte? Warum Zypern, warum so eine Klitsche? Nach außen sollte sie unabhängig wirken, in Wahrheit ließ sich die deutsche EADS zusichern, dass sie dort immer das letzte Wort hatte.

Die Sache stank. Andere "Eurofighter"-Partner wie die Italiener und die Briten waren dagegen: zu viel Einfluss für die Deutschen. Tom Enders aber stank sie nicht. Er stand hinter dem Zypernmodell, mehr noch, er drückte es offenbar sogar durch. In einer Sitzung im Mai 2004, in der es um die Omesco geht, verkündete ein EADS-Topmanager: "Dr. Enders befürwortet erneut" die Beauftragung der Gegengeschäfte "an Omesco". Das steht so im Sitzungsprotokoll.

Kurze Zeit später ließ der Konzern die Zypernidee zwar fallen. Stattdessen wurde in London aber die Vector gegründet. Anderer Name, gleiches Muster, nur dass nicht mehr Wolff an der Spitze stand, sondern ein Italiener.

Airbus-Chef Tom Enders kannte auch die Vector. Im Dezember 2004 bekam er ein "streng vertrauliches" Memo direkt aus dem "Bullshit Castle" in Paris. Zwar durfte man dort offiziell nichts mit dem Österreichgeschäft zu tun haben. Aber auf Bitte der Deutschen prüften die Franzosen die Vector-Konstruktion dann doch. Man half ja gern. In dem Memo an Enders steht: EADS International empfiehlt, die Gegengeschäfte an Dritte "einschließlich Vector" zu übertragen. Dafür sollten die Deutschen die Vector mit "entsprechenden finanziellen Mitteln" versorgen.

Aber war das schon alles, wusste Enders wirklich nicht mehr? Dass bei Vector Geld versickern würde, womöglich von langer Hand geplant, um Bestechungsgelder in aller Welt zu zahlen?

Wenn nicht, dann hätte er zumindest erkennen können, wie viel "Bullshit" in diesem Modell steckte: London galt damals als Geheimtipp, als Ort, an dem Ermittler nicht so genau hinschauen. An einer Stelle im Memo heißt es außerdem, die Vector sei aus "Gründen der Vertraulichkeit" in London aufgesetzt worden, um die "Namen der Letztbegünstigten von Vector" zu schützen; zwei Waffenhändler aus Österreich. Alles ganz harmlos, behauptet Airbus heute: "Vector hatte nicht aus Gründen der Vertraulichkeit seinen Sitz in London, sondern aus steuerlichen Gründen."

An einer anderen Stelle des Pariser Memos heißt es, EADS Deutschland habe zwar 183 Millionen Euro von "Eurofighter" bekommen, aber das reiche möglicherweise nicht aus. Ausreichen wofür? Für die Gegengeschäfte in Österreich sicher, da lag das vermutete Strafrisiko damals schon viel niedriger. Aber für andere Verpflichtungen, die der Konzern eingegangen war? Fürs Schmieren? Alles unbelegt, sagt Airbus. Mag die Truppe aus Paris auch noch so viele Schmiergeldkonstrukte gebaut haben – ausgerechnet die Vector soll nicht dazugehört haben.

Also noch mal zurück nach Rumänien, nach Bacău, zu Constantin Ster. Der Weg führt zu einem vierstöckigen Wohnblock, Graffiti an der Tür, die Wände waren mal gelb. Hier hat sich Ster vor zweieinhalb Jahren ein Apartment gekauft, 30 000 Euro, finanziert mit einem Staatskredit für die erste eigene Wohnung. Nebenan liegt das Eisenbahndepot, das Industriegebiet, wer Geld hat, wohnt anders.

Ster ist Buchhalter am Gymnasium, "ich bin ein ehrlicher, freundlicher Mann mit einem guten Herzen, ich mag es, mit vielen Leuten überall auf der Welt zu reden", schreibt er über sich im Netz. Am Telefon vergeht ihm aber schnell die Lust. Er habe doch den Staatsanwälten schon alles gesagt. Journalisten? Lieber nicht. Dabei könnte er viel erzählen. Über seine Zeit in den Vereinigten Arabischen Emiraten und über Manfred Wolff, den Deutschen, den er da kennengelernt hatte.

Von 1997 bis 2009 lebte Ster am Golf. Er arbeitete an einer Schule, machte Bekanntschaft mit einem Neffen des Herrschers, er stand der Familie nahe, wie er den

Ermittlern sagte. Damit war er offenbar interessant für den Mann aus der EADS-Vertriebsmannschaft. Der wollte damals, so Ster, Airbus-Passagierjets in die Emirate verkaufen. "Soweit ich verstanden habe, stand Airbus im Wettbewerb mit Boeing, und er war am Abschluss des Vertrags interessiert." Der Rumäne will Wolff mit dem Entscheider für den Auftrag zusammengebracht haben. Dafür habe er, Ster, von Wolff 40 000 Dollar bekommen – was Wolff in seiner eigenen Vernehmung bestreitet; ebenso, dass er überhaupt je Passagierjets verkaufen wollte.

In Papieren, die den Ermittlern vorliegen, geht es um viel größere Summen. Und um die Vector, damals frisch gegründet. Am 18. April 2005 überwies Vector zwei Millionen Euro an Ster nach Abu Dhabi. Zwei von fünf Millionen, die fließen sollten, weil Ster angeblich mehrere Gegengeschäfte für den "Eurofighter"-Deal im fernen Österreich hereingeholt hatte. Das war Unsinn: Die Geschäfte gab es, nur hatte Ster damit nichts zu tun, die Vector auch nicht. Das Ganze war reine Fassade, dahinter steckte etwas anderes.

Bevor die restlichen Millionen an Ster gingen, machte sich aber wohl irgendeiner bei Vector oder EADS plötzlich Sorgen, dass die Überweisung direkt an den Rumänen zu riskant sein könnte. Also zurück mit dem Geld an Vector, und ein paar Tage später eine neue Rechnung. Nun alles gut getarnt. Die Rechnung landete nicht mehr bei Vector, sondern im Steuerparadies Isle of Man, bei einer Briefkastenfirma namens Columbus. Die zahlte dann fünf Millionen an eine Firma, die dem Rumänen gehörte, und bekam ihr Geld von Vector zurück. Manfred Wolff lieferte dafür die Regieanweisungen.

Ster will von alldem aber nichts gewusst haben. Columbus? Nie gehört. Fünf Millionen auf ein Firmenkonto von ihm? Auf keinen Fall.

Klingt nach Ausrede, angesichts der Papiere. Muss aber keine sein. Auch in England wunderte sich kürzlich ein Steuerberater, was mit seinem Namen, aber garantiert nicht von ihm selbst unterschrieben worden war. In einem Papier, das von ihm sein sollte, war sogar sein Name falsch, in einem anderen das Englisch so schlecht, dass sich der Brite gruselte. "Heavy discussions" für "schwierige Gespräche", das könne er doch unmöglich gewesen sein, sagte er in seiner Vernehmung.

Er hatte arglos für einen Kunden eine Briefkastenfirma aufgesetzt und kurz danach in Paris einen Vertrag mit EADS unterschrieben. Wolff und Bergner waren dabei. Später floss eine Million Euro von EADS über die Briefkastenfirma an den Kunden, der gute Beziehungen in Österreich hatte.

Beide Fälle, in Rumänien und in England, sprechen dafür, dass Manfred Wolff mit Helfern aus der Pariser Vertriebszelle Identitäten gestohlen haben könnte, um Schmiergelder durchzuleiten. Für den "Eurofighter" in Österreich, für den Verkauf von Airbus-Maschinen in den Emiraten. Wolff wollte Fragen des SPIEGEL mit Hinweis auf laufende Ermittlungen so wenig beantworten wie Bergner.

So hätte es auch mit Vector vermutlich noch lange laufen können, wenn EADS nicht Pech gehabt hätte: Der Italiener an der Spitze der mutmaßlichen Schmiergeldfirma, Gianfranco Lande, machte noch ein paar andere Geschäfte nebenher, als Finanzberater der besseren römischen Gesellschaft und einer anderen ehrenwerten Gesellschaft, der 'Ndrangheta in Kalabrien. Lande spekulierte, zog ein Schneeballsystem auf, verbrannte knapp eine viertel Milliarde Euro und kam 2011 in Haft. Über die Mafia wollte er dort lieber nichts sagen, über EADS schon. Er erzählte, dass er die Vector für Bergner und Wolff geführt habe. Für EADS. Für schmutzige Geschäfte. Bis 2008, als er rausflog.

Schon als Lande auspackte, hätte EADS aufräumen können. Stattdessen nur die bekannten Reflexe: der zahme Untersuchungsbericht einer Anwaltskanzlei, der sich liest wie bestellt. Beschwichtigende Worte von Tom Enders, der sich bereits 2013 im "Handelsblatt" über eine "Kriminalisierung und Vorverurteilung" beklagte. Es war das Übliche, wie einst bei Siemens: alles kleinreden, nur nicht das Geschäft gefährden.

Die Entlastungslinie bei EADS lautete: Leute wie der Betrüger Lande, der sich tatsächlich 34 Millionen Euro bei Vector in die eigene Tasche steckte, hätten den Konzern ausgeplündert. Dort, bei korrupten Managern, sei das Geld verschwunden. Der Konzern sei sauber; er sei nicht Täter, sondern Opfer.

Wie bei Siemens waren es dann auch bei Airbus wohl die staatlichen Ermittler, die alles ins Kippen brachten.

Die Geschichte, die Airbus dazu erzählt, geht allerdings ganz anders. Sie steht in einem internen Papier, das Enders als Titan in einem epischen Kampf schildert. Auf seiner Seite: Finanzvorstand Harald Wilhelm und Chefsyndikus John Harrison. Auf der anderen die dunkle Macht: EADS International in Paris, der Zentralvertrieb, der 2007 seinen Namen in SMO umänderte.

Schon Anfang 2014, nach der Umbenennung von EADS in Airbus Group, habe sich Finanzvorstand Wilhelm über eigenartige Zahlungen gewundert. Er habe nachgehakt, Paris habe sich gewunden. Er habe Geschäfte schärfer kontrollieren wollen, Paris habe ihn umgangen. Plötzlich hätten sich auch noch angebliche Airbus-Berater gemeldet und Millionen gefordert. Deshalb habe Enders hart durchgegriffen: Zahlungen an Berater eingefroren, SMO die Zuständigkeit für alle Auslandsgeschäfte weggenommen, die Abteilung 2016 aufgelöst. Und schließlich sei man dahintergekommen, dass SMO in Exportpapieren falsche Angaben über Berater und deren Honorare gemacht habe. Es folgte die Meldung an die britischen Exportbehörden, schließlich die Selbstanzeige bei den Korruptionsermittlern des Serious Fraud Office in England. Und auch deutsche und französische Stellen für staatliche Exportbürgschaften bekamen Post von Airbus: das Eingeständnis, dass früher nicht alle Angaben korrekt waren.

Vergessen hat der Stab von Enders in dieser Heldengeschichte, welche Rolle der Chef selbst offenbar bei Vector gespielt hat. Und auch, was einer der Haupttreiber der neuen Gnadenlosigkeit gewesen sein dürfte: Druck von außen. Externe Ermittlungen. Selbst wenn Airbus behauptet, dass man auch ohne die Fahnder im Nacken aufgeräumt hätte.

Das Serious Fraud Office war den Airbus-Leuten in einem anderen Verfahren offenbar längst auf der Spur. 2012 hatte es sich den britischen Rolls-Royce-Konzern vorgeknöpft, der auch Turbinen für Airbus-Flieger liefert. Am Ende stand der größte Korruptionsfall in der Geschichte der Behörde. Die Fahnder legten einen Bericht vor, der alle Schmiergeldzahlungen

seit 1989 in mehr als einem Dutzend Staaten auflistete. Rolls-Royce musste 800 Millionen Dollar Bußgeld bezahlen.

Was das mit Airbus zu tun hatte? In Indonesien soll Rolls-Royce über einen Vermittler schon vor Jahren Millionen an eine Firma gezahlt haben, in der ein Verwandter des damaligen Präsidenten arbeitete. Denselben Vermittler setzte aber auch Airbus ein. Und wenn man offenbar schon für die Triebwerke der Maschinen bestechen musste, die sich die staatliche Fluglinie Garuda anschaffte, dann lag der Verdacht nahe, dass es bei den Flugzeugen nicht anders lief. Der Fall Indonesien soll auch im Mittelpunkt der Selbstanzeige von Airbus bei den Briten stehen, die seit 2016 wegen Betrugs, Bestechung und Korruption ermitteln.

Wie Enders nun alles vorantreibt, möglicherweise voran in den eigenen Untergang, das lässt sich deshalb weniger als Epos erzählen, eher als Bericht über ein Wettrennen: Wer ist schneller beim Aufklären, die Staatsanwaltschaft oder der Konzern? Enders punktet mit allem, was er selbst aufdeckt; gegen ihn zählt, was die Ermittler früher ausgraben und ihm vorwerfen.

Es ist ein Rennen rund um die Welt. Beispiel Sri Lanka: Dort läuft ein Ermittlungsverfahren gegen Manager der staatlichen Fluglinie SriLankan. Der Premierminister sieht massive Ungereimtheiten beim Kauf von 10 Airbus-Maschinen im Jahr 2013. Oder Mauritius: 6 Passagierjets. Hier soll der Ex-Regierungschef geschmiert worden sein. Oder Tunesien: 16 Maschinen. Gut 70 Millionen Euro werden bei einem Schwiegersohn des früheren Präsidenten Ben Ali vermutet; Staatsanwälte in Frankreich und Tunesien ermitteln. Oder Kasachstan: offenbar Bestechung für den Verkauf von 45 Hubschraubern. Oder China: 2013 hat ein früherer Chinaagent des Konzerns, ein Türke, 700 Millionen Euro Provision gefordert, für den Verkauf von 160 Airbus-Maschinen im Wert von 10 Milliarden Dollar. 700 Millionen, diese Summe ist so gigantisch, dass Airbus es auf einen Streit ankommen ließ, dann aber feststellen musste, dass die Pariser Vertriebsabteilung dem Mann bis dahin unbekannte Zusagen gemacht hatte. Mittlerweile hat man sich mit dem Türken verglichen. Aber ob alles sauber lief, bleibt unklar. In Mali kaufte der Konzern sogar Anteile einer Goldmine (). Abgesehen vom Fall Vector und Österreich will sich Airbus zu allen laufenden Verfahren nicht äußern.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

John Harrison, der Chefjustiziar, ist jetzt der wichtigste Mann für Tom Enders. Verteidigung und Angriff. Sein Spielmacher, seine Abwehrkante, sein Stürmer, alles in einer Person. Harrison muss Airbus verteidigen, bei den Ermittlern, aber dazu muss er im Konzern attackieren, die alten Sipp- und Seilschaften. Die Kultur des Kungelns.

"Ich nenne es den Roten-Gesichts-Test", sagt er in Toulouse beim Treffen mit den Spitzenmanagern. "Wenn eine Struktur, die du aufgesetzt hast, morgen früh auf der Titelseite der ‚Financial Times‘ steht, bekommst du ein rotes Gesicht? Wenn ja: Lass es." Wie gut er damit im Saal ankommt, zeigt der Applauertest nach seiner Rede: drei Sekunden, mehr nicht.

Harrison ist Engländer. Er hat die Ermittler förmlich eingeladen mit der Selbstanzeige, jetzt hofft er auf einen Vergleich. Alles auf den Tisch, dann einen Deal mit den Behörden machen, angloamerikanische Gerichtskultur. Wenn Airbus in der Zwischenzeit aber noch mal mit Geschäften "in die Grauzone" gehe, "sind wir tot", warnt er.

Ein französischer Insider, bestens vertraut mit den Verhältnissen, glaubt dagegen, dass sich Enders und Harrison grandios verschätzt haben. Dass ihnen nach ihrer Selbstanzeige längst alles entglitten ist. Airbus bekommt heute keine Exportbürgschaften mehr in Großbritannien, Frankreich und Deutschland, wegen der falschen Angaben in den Exportpapieren. Noch schlimmer: In vielen Ländern könnte Airbus auf die schwarze Liste kommen; dann dürfte der Konzern bei Aufträgen nicht mehr mitbieten. Da drohen Milliardenausfälle. Erzfeind Boeing lauert nur darauf, in die Lücke zu springen, vor allem in den USA.

Und wie teuer ein Vergleich mit den Behörden in Europa noch wird – aus Sicht des Insiders ist das völlig unberechenbar. Selbst die Enders-Mannschaft weiß nicht annähernd, was früher alles gelaufen ist, welche faulen Geschäfte noch in den Büchern schlummern.

Glaubt man dem Franzosen, der unerkant bleiben will, sind auch die Risiken für Enders persönlich nicht mehr kalkulierbar. Denn so schwarz und weiß, gut oder böse, deutsch gegen französisch sollen die Dinge nicht gewesen sein. "Es gab keinen Staat im Staate", bestätigt auch ein früherer Topmanager aus Paris; beim Bestechen hätten Deutsche und Franzosen gut zusammengearbeitet. So soll auch bei allen zweifelhaften Verträgen das Vier-Augen-Prinzip

gegolten haben, und zwei dieser Augen gehörten angeblich den Finanzleuten von EADS in Ottobrunn. Selbst als dort schon der heutige Finanzchef Wilhelm das Sagen hatte. Falsch, behauptet ein Enders-Mann, die Franzosen von SMO hätten ihre eigenen Finanzexperten gehabt. Für EADS in Deutschland sei Paris eine geschlossene Kapsel gewesen.

Allerdings war es Enders, der ab 2007 Beraterverträge für die Verkehrsfliegersparte, die er gerade übernommen hatte, über SMO laufen ließ. Damit stärkte er die Drecksabteilung also noch.

Aber da er habe doch nicht gewusst, was in Paris lief, beteuern Vertraute.

Widerspruch von einem der Franzosen, die sich in der Pariser Filiale gut auskennen: Enders sei über alle großen Geschäfte informiert gewesen. Und natürlich habe es immer Länder gegeben, in denen man nur mit Schmiergeld weiterkam. Das sei doch allen klar gewesen. Aus Sicht des Insiders besteht die größte Sünde der Pariser SMO auch nur darin, dass sie in Frankreich saß und größtenteils aus Franzosen bestand. Darum gehe es doch. Dass die Deutschen um Enders jetzt alles auf die Franzosen abladen wollten.

Egal was stimmt, die Stimmung ist so gefährlich, dass Enders schon das Bundeswirtschaftsministerium vorgewarnt hat. Dort will man auf SPIEGEL-Anfrage kein Wort zu dem Fall sagen. Nur keinen Funken schlagen, der zu einer Explosion führt.

Den Funken könnte jetzt aber die alte Vector-Geschichte zünden. Ausgerechnet Chefaufklärer Harrison hatte 2007 Airbus-Berater auf ihre Geheimhaltungsklauseln festgenagelt, damit sie nicht in Österreich im Untersuchungsausschuss des Parlaments aussagten. Den Ausschuss verspottete er als "kangaroo court", als Bühne für einen Schauprozess. "Es könnte für unsere Agenten gefährlich sein, sich detaillierten Fragen auszusetzen, was dann vor Gericht gegen uns verwendet werden könnte." Und Enders? Er war damals der Chef, der entweder zu viel über Vector und den Vorgänger Omesco wusste – oder nicht genug nachhakte. Der entweder eingeweiht war – oder ahnungslos, dann aber seine Firma nicht im Griff hatte.

Die Blaupause für Vector kam aus Paris. Wenn Enders über Vector stürzt, wäre das für die wütenden Franzosen die perfekte Rache.